D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 4
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

29. Januar 1982
Preis 1,80 DM

Zimbabwe im Jahr der ,,nationalen Umgestaltung"
Arbeiter bekommen Einspruchsrechte, der Mindestlohn wurde kräftig heraufgesetzt. Doch der ZANU fehlt die Verbindung zur Arbeiterbewegung .. S. 9



Seit 10 Jahren Berufsverbote Ein Erlaß und seine Folgen
Amtliche Spitzelei sollte den Staatsdienst von untreuen Beamten rein halten. Doch Beamte und Lehrer sind heute eher weniger ergeben ...... S. 6

Kultur, Subkultur und Gegenkultur.
Kultur als soziale Praxis, gespalten wie die Lebensbedingungen der gesellschaftlichen Klassen selbst. Jugendkultur als Widerstand? .... S. 15

30. Januar: Tag der Solidarität mit Solidarność
Wie hat sich die Lage in Polen weiterentwickelt, was folgt aus den polnischen Ereignissen, welche Aufgaben stellen sich der Linken - 4 Seiten extra

Startbahn West

Wir sind nicht am Ende

kow.Frankfurt. Vergangenen Montag, den 25.1.1982, 11.41 Uhr, seien wieder die ersten Bäume gefallen auf dem Startbahngelände außerhalb des schon mit Betonmauern eingegrenzten Bauloses 1, berichtet die bürgerliche Presse befriedigt. Kapitulationsmeldungen, jetzt müsse Schluß sein mit dem Widerstand, die Gedanken seien ja weiterhin ,,frei" – so der Landrat von Groß-Gerau und einige Kirchenvertreter – werden von der betroffenen Bevölkerung zum großen Teil schroff abgelehnt. Aber die Mobilisierung zur Verteidigung des Waldes und auch zu Demonstrationen in Frankfurt und Darmstadt ist ziemlich schwach.

Am Montag schlugen Holzfäller unter Polizeischutz 100 – 300 m lange Schneisen in den Wald (Baulos 2), wie weit die Sache bis Samstag gediehen ist, kann man noch nicht sagen. Die Staatsmacht fährt auf jeden Fall den Kurs, jetzt knallhart durchzuschlagen, so berichteten auch befreundete Polizisten. Zu noch größeren Teilen als bisher besteht die herangekarrte Truppe aus Elitesöldnern vom Bundesgrenzschutz. Trotz dieser Schwierigkeiten ruft die BI für Samstag, 30.1., bundesweit zur Platzbesetzung auf. Die Aktion sollte man unbedingt unterstützen, die genauen Maßnahmen werden erst am Donnerstag besprochen.

Spektakuläre Aktionen wie Besetzungen von SPD-Büros, Baumbesetzungen usw. werden weitergehen, der Kampf kann auch von anderer Seite neue Impulse bekommen. In Merenberg und Frankenberg formiert sich der Widerstand gegen die geplante WAA, in Frankfurt wird die Gefahr ei-

derstand, die Gedanken seien ja weiterhin ,,frei" – so der Landrat von Groß-Gerau und einige Kirchenvertreter – werden von der betroffenen Bevölkerung zum großen Teil schroff abgelehnt. Aber die Mobilisierung zur Verteidigung des Waldes und auch zu Demonstrationen in Frankfurt und Darmstadt ist ziemlich schwach.

Am Montag schlugen Holzfäller unter Polizeischutz 100 – 300 m lange Schneisen in den Wald (Baulos 2), wie weit die Sache bis Samstag gediehen ist, kann man noch nicht sagen. Die Staatsmacht fährt auf jeden Fall den Kurs, jetzt knallhart durchzuschlagen, so berichteten auch befreundete Polizisten. Zu noch größeren Teilen als bisher besteht die herangekarrte Truppe aus Elitesöldnern vom Bundesgrenzschutz. Trotz dieser Schwierigkeiten ruft die BI für Samstag, 30.1., bundesweit zur Platzbesetzung auf. Die Aktion sollte man unbedingt unterstützen, die genauen Maßnahmen werden erst am Donnerstag besprochen.

Spektakuläre Aktionen wie Besetzungen von SPD-Büros, Baumbesetzungen usw. werden weitergehen, der Kampf kann auch von anderer Seite neue Impulse bekommen. In Merenberg und Frankenberg formiert sich der Widerstand gegen die geplante WAA, in Frankfurt wird die Gefahr ei-
nes völligen Kollaps wegen der Luftverpestung gerade bei dieser Wetterlage immer bedrohlicher. Aber auf der Delegiertenversammlung zeigte sich, daß die Aktivisten der BI nicht einfach auf bessere Zeiten hoffen, sondern nach den Gründen suchen für die momentane Lähmung.

Auf die Ablehnung des Volksbegehrens durch den Staatsgerichtshof gab es von seiten der BI praktisch außer Wut und Enttäuschung keine politische, vorwärtstreibende Reaktion. Ich selber kann hier auch keinen konkreten Vorschlag machen, wie es politisch weitergehen kann.

Mit dem beantragten Volksbegehren wurde versucht, die Kräfteverhältnisse in Hessen so zu verändern, daß die Startbahn ,,politisch unmöglich" würde – aus der Einsicht heraus, daß mit dem Widerstand im Wald *allein* der Bau nicht zu verhindern ist. Zu keiner Zeit wurde aber genau geklärt (auch von uns nicht), was das heißt: ,,Politisch nicht durchsetzbar." Die einen dachten wohl, der politisch-moralische Verschleiß der Regierung werde durch dieses politische Druckmittel derart beschleunigt, daß sie es sich nicht mehr leisten könne zu bauen. Obwohl der Verschleiß Börners und der SPD gewaltig ist, erwies sich diese Auffassung als Trugschluß, der ,,moralische Sieg" reicht nicht. Andere hatten den Gedanken, das Volksbegehren sei ein tatsächliches Machtmittel, um sich gegen die Landesregierung durchzusetzen. Auch das ist Illusion. Der Volksgesetzgeber ist nach den Ausführungsbestimmungen des Volksbegehrens nicht der wahre Souverän, sondern ein vom Volk gewähltes Gericht. – Einmal ganz abgesehen von den tausend Verdrehungen, Betrügereien, Erpessungen, Repressionen und Rechtsbeugungen der Landesregierung. Trotzdem war das Volksbegehren richtig und nützlich.

Ähnlich wie die Solidarność in Polen muß die Bevölkerung der Region die Erfahrung machen, daß es keine wirkliche Volksherrschaft geben kann, solange die Herrschenden über solche Truppen wie den BGS verfügen. Und solange der bürokratische Zentralstaat diktiert, statt eines demokratischen Zusammenschlusses der Kommunen.

Die Schwierigkeit besteht tatsächlich darin, daß die Bevölkerung alle gesetzlichen, reformerischen Möglichkeiten weitgehend ausgereizt hat, und nach wie vor soll die Startbahn gebaut werden. Demonstrationen, Klagen vor Gericht, Unterschriftenlisten, Volksbefragungen – diese Aktionen lassen die wirklichen Machtverhältnisse unangetastet, dieses Gefühl lähmt die Menschen. Ein ,,autonomes Volksbegehren" scheint mir aus diesen Gründen auch keine Lösung. Die Landtagswahlen können sicherlich zur Stärkung beitragen, aber die Bewegung kann nicht darin aufgehen, schon das Volksbegehren war eine praktische Kritik des Parlamentarismus.

Offenbar handelt es sich nicht um Börners ,,mangelndes Demokratieverständnis", sondern um knallharte Interessensgegensätze. Das Interesse der NATO und damit der US-Imperialisten an Erweiterung der Flughafenkapazitäten mit guter Infrastruktur in Grenznähe ist augenscheinlich. Die

muß die Bevölkerung der Region die Erfahrung machen, daß es keine wirkliche Volksherrschaft geben kann, solange die Herrschenden über solche Truppen wie den BGS verfügen. Und solange der bürokratische Zentralstaat diktiert, statt eines demokratischen Zusammenschlusses der Kommunen.

Die Schwierigkeit besteht tatsächlich darin, daß die Bevölkerung alle gesetzlichen, reformerischen Möglichkeiten weitgehend ausgereizt hat, und nach wie vor soll die Startbahn gebaut werden. Demonstrationen, Klagen vor Gericht, Unterschriftenlisten, Volksbefragungen – diese Aktionen lassen die wirklichen Machtverhältnisse unangetastet, dieses Gefühl lähmt die Menschen. Ein ,,autonomes Volksbegehren" scheint mir aus diesen Gründen auch keine Lösung. Die Landtagswahlen können sicherlich zur Stärkung beitragen, aber die Bewegung kann nicht darin aufgehen, schon das Volksbegehren war eine praktische Kritik des Parlamentarismus.

Offenbar handelt es sich nicht um Börners ,,mangelndes Demokratieverständnis", sondern um knallharte Interessensgegensätze. Das Interesse der NATO und damit der US-Imperialisten an Erweiterung der Flughafenkapazitäten mit guter Infrastruktur in Grenznähe ist augenscheinlich. Die
FAG als Betreiberin des Flughafens hat die vage Hoffnung, mit der 3. Startbahn ihr Geschäft ausdehnen zu können. Die Kapitalistenklasse allgemein, deren Transportagent die FAG ist, erhofft sich eine Ökonomisierung ihres im Transport steckenden Kapitals. Dem Verwertungsprozess des Kapitals sind solche Prinzipien wie der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen völlig fremd – ebenso wie Urlaub und Krankengeld für die Lohnabhängigen. Dennoch konnte letzteres von der Arbeiterbewegung durchgesetzt werden, ohne revolutionäre Kämpfe, allerdings zu einer Zeit beschleunigter Kapitalakkumulation. Heute, wo das Kapital selber zur Schranke der Produktion geworden ist, bald 2 Mio. sind ohne Arbeit, versuchen die Kapitalisten mit allen Mitteln, Schranken ihrer Akkumulation niederzureißen bzw. zu verhindern, so geht es mit dem Umweltschutz allgemein, ebenso mit sozialen Leistungen und der 35-Stunden-Woche. Die stofflichen Mißverhältnisse, die der Kapitalismus gerade zwischen Mensch und Natur geschaffen hat, können nur beseitigt werden durch große Anstrengungen von produktiver, gesellschaftlicher Arbeit – die millionenfach brachliegt. Aber selbst die kleinste Besserung scheint *heute* mit dem Kapitalismus unvereinbar.

In der Formulierung und Erkämpfung von radikalen Alternativen, sowohl der gesellschaftlichen Beziehungen wie des Stoffwechsels mit der Natur, liegt die aktuelle, gemeinsame Zukunftsperspektive der Ökologie- und Arbeiterbewegung.



Am Sonntag wurde bekannt, daß mit Baulos 2 an der Startbahn West begonnen wird. Wie verabredet, war auch jetzt wieder der Platz besetzt. Am Montag wurde von der Polizei geräumt.

Der SPD-Vorstand will den Streit um den NATO-Beschluß verschieben

bep. Gelingt es der SPD, sich wieder zu konsolidieren und ihre inneren Konflikte einzudämmen? Der SPD-Abgeordnete Conradi, Mitglied der ,,Parlamentarischen Linken", sah letzte Woche in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau eine Besserung des



Am Sonntag wurde bekannt, daß mit Baulos 2 an der Startbahn West begonnen wird. Wie verabredet, war auch jetzt wieder der Platz besetzt. Am Montag wurde von der Polizei geräumt.

Der SPD-Vorstand will den Streit um den NATO-Beschluß verschieben

bep. Gelingt es der SPD, sich wieder zu konsolidieren und ihre inneren Konflikte einzudämmen? Der SPD-Abgeordnete Conradi, Mitglied der ,,Parlamentarischen Linken", sah letzte Woche in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau eine Besserung des
Verhältnisses der SPD zu den Gewerkschaften und zur Friedensbewegung; letztere unterstütze den Bundeskanzler weitgehend wegen seiner Haltung in der Polenfrage. In dieser Lage schienen ihm die Überlegungen von Hansen und Coppik über eine Neugründung links von der SPD besonders irreal.

Eine Sonderkommission des SPD-Vorstandes hat den Entwurf eines Leitantrags zur Sicherheitspolitik für den Bundesparteitag der SPD in München erstellt, der Parteivorstand hat den Antrag übernommen. Innerhalb der Kommission gelang eine weitgehende Verständigung zwischen Vertretern verschiedener politischer Richtungen, die Widersprüche im Vorstand blieben gering. Der Preis, mit dem die SPD-Spitze die Zustimmung der Delegierten zur Vertagung des Problems erreichen will, ist die Zusicherung, daß die SPD auf jeden Fall noch vor der Stationierung auf einem Sonderparteitag im Herbst 1983 einen Beschluß faßt. Das widerspricht der bisher auch von der Regierung vertretenen Interpretation des NATO-Beschlusses, wonach ,,stationiert wird", wenn die Verhandlungen bis Herbst 1983 keine sichtbaren Ergebnisse erbringen.

Beim zweiten Hinsehen müssen allerdings einige Zweifel an der neuen Eintracht innerhalb der SPD auftauchen. Die Sonderkommission des Parteivorstands hatte offenbar gewisse Mühen, sich zu einigen. Verteidigungsminister Apel lehnte die Diskussion über einen ersten Entwurf ab, von dem er den Eindruck hatte, ,,er käme von Petra Kelly". Getilgt wurden daraufhin alle Passagen, aus denen Distanz

zu den USA zu deutlich hätte werden können. Die Beschlüsse des Hamburger SPD-Parteitages stehen eindeutig im Widerspruch zur Regierungspolitik: Gefordert wird ein Moratorium für die Aufstellung nicht nur von neuen nuklearen Kurzstreckenwaffen (mit einer

zu den USA zu deutlich hätte werden können. Die Beschlüsse des Hamburger SPD-Parteitages stehen eindeutig im Widerspruch zur Regierungspolitik: Gefordert wird ein Moratorium für die Aufstellung nicht nur von neuen nuklearen Kurzstreckenwaffen (mit einer
Reichweite bis 1000 km) – das fordert auch der Antrag des Parteivorstandes –, sondern auch von Mittelstreckenwaffen für die Dauer der Genfer Verhandlungen. Das widerspricht jedenfalls dem NATO-Beschluß. Die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa kritisierte Apel in Hamburg als ,,irreal", vor allem wegen der konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion in Europa; aber vorherrschend ist das Bemühen der SPD-Spitze, die Forderung wieder dorthin zu verweisen, wo sie über zwei Jahrzehnte geschlummert hat: ins Arsenal der praktisch folgenlosen ,,Langfristforderungen", zurück also in die Vergessenheit, in der die folgende Formulierung des Godesberger Programms von 1959 seither geruht hat: ,,Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in einer europäischen Zone der Entspannung und der kontrollierten Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder vewendet werden dürfen."

Die Diskussion um ähnliche Perspektiven bricht sich aber offensichtlich Bahn: Im Dezember hatte sogar ein Sonderparteitag der Westberliner FDP die Forderung nach einer europäischen atomwaffenfreien Zone verabschiedet; zur gleichen Zeit verlangte der Bremer SPD-Parteitag unter anderem ein Veto-Recht der Bundesrepublik vor Stationierung und Ersteinsatz von Kernwaffen auf ihrem Gebiet.

Reaganomics in der Krise

frb. Von den Feiern zum ersten Jahrestag des Amtsantritts von Ronald Reagan wird berichtet, sie seien prunkvoll wie gewöhnlich gewesen. Zur gleichen Zeit sollen an einem anderen Ort Washingtons die Armen angestanden haben, um von der Regierung Käse aus übergroßen Lagerbeständen entgegenzunehmen. Beides steht für Reagans Politik. Mit 9,5 Millionen zählt die Statistik mehr Arbeitslose als je seit den 30er Jahren, das sind 9% der Zivilbeschäftigten, und bald werden es noch mehr sein. Und nun hat der Präsident in seiner Rede zur Lage der Nation weitere Einschnitte bei den Sozialprogrammen angekündigt. So sollen die Kosten für die Sozial- und Lebensmittelhilfe auf die Haushalte der Bundesstaaten abgewälzt werden, die dafür kein Geld haben.

Eigentlich war erwartet worden, Reagan müßte eine Verdoppelung der Tabak-, Alkohol- und Mineralölsteuer verkünden. Jetzt will er offenbar entsprechende Mittel durch weitere Beschneidung von Sozialausgaben holen. Denn Tatsache ist, daß er in seiner Wirtschaftspolitik bisher keines der vorgegebenen Ziele erreicht hat. Er mußte zugeben, daß das Haushaltsdefizit auf 100 Mrd. $ steigen wird – 43 Mrd. $ hatte er geplant. Der Präsident, der die hohen Staatsausgaben und die staatliche Verschuldung zum Hauptübel erklärt hatte, steht nach einem Jahr Amtszeit mit dem größten Haushaltsloch aller Zeiten da.

Reagan hatte auf einen schnellen Aufschwung gesetzt, und damit hat er sich verschätzt. Bautätigkeit, Industrieproduktion und Sozialprodukt sinken seit Mitte vorigen Jahres wieder kräftig. So blieben die Steuereinnahmen immer weiter hinter den – teils ebenfalls krisenbedingten – Ausgaben

sident in seiner Rede zur Lage der Nation weitere Einschnitte bei den Sozialprogrammen angekündigt. So sollen die Kosten für die Sozial- und Lebensmittelhilfe auf die Haushalte der Bundesstaaten abgewälzt werden, die dafür kein Geld haben.

Eigentlich war erwartet worden, Reagan müßte eine Verdoppelung der Tabak-, Alkohol- und Mineralölsteuer verkünden. Jetzt will er offenbar entsprechende Mittel durch weitere Beschneidung von Sozialausgaben holen. Denn Tatsache ist, daß er in seiner Wirtschaftspolitik bisher keines der vorgegebenen Ziele erreicht hat. Er mußte zugeben, daß das Haushaltsdefizit auf 100 Mrd. $ steigen wird – 43 Mrd. $ hatte er geplant. Der Präsident, der die hohen Staatsausgaben und die staatliche Verschuldung zum Hauptübel erklärt hatte, steht nach einem Jahr Amtszeit mit dem größten Haushaltsloch aller Zeiten da.

Reagan hatte auf einen schnellen Aufschwung gesetzt, und damit hat er sich verschätzt. Bautätigkeit, Industrieproduktion und Sozialprodukt sinken seit Mitte vorigen Jahres wieder kräftig. So blieben die Steuereinnahmen immer weiter hinter den – teils ebenfalls krisenbedingten – Ausgaben
zurück. Die Szene erweist sich als Teufelskreis. Denn einerseits treibt das Rekorddefizit den Staat an die Kreditmärkte und damit dort zusätzlich den Zins hoch, andererseits verhindert der hohe Zins eine wirtschaftliche Belebung, womit auch die Staatseinnahmen niedrig bleiben – und das Haushaltsdefizit hoch. Auch sonst wirkt nichts mäßigend auf den Zins ein. Erst diese Woche haben die US-Zinsen einen Sprung nach oben gemacht.

Reagan rechnet sich als Verdienst an, daß die Inflation zurückgeht. Dabei ist dies bloß ein Ergebnis der Produktions- und Absatzeinbrüche, die mittlerweile sogar die Detroiter Automobilgiganten gezwungen haben, ihre Preise zu senken; in der letzten Krise haben sie sie noch erhöht.

Ohne Zweifel ist Reagans Programm nach einem Jahr in einer tiefen Krise. Doch man sollte sich nicht der Illusion hingeben, es würde sich selbst den Knock-out versetzen. Wie in England ist es auf *lange Sicht* angelegt; das Lebensniveau der Volksmassen soll *dauerhaft* gesenkt werden, damit das Kapital wieder flott akkumulieren kann. Das Kapital soll beschäftigt werden, die Ausschöpfung des Arbeitsvermögens ist dem untergeordnet und kein Erfolgsmaßstab. Und gegen dieses Programm ist der Widerstand erst zaghaft, konnte doch die Lotsengewerkschaft zerschlagen werden und hat sich jetzt die Gewerkschaft der Automobilarbeiter mit einer Lohnsenkung einverstanden erklärt.

Beschäftigung schon – aber für Strauß & Co. beschäftigt sein?

Von Friedemann Bleicher

Franz-Josef Strauß hat wieder mal den Vogel abgeschlossen, oder vielleicht sollte man besser sagen, mitten in den wunden Punkt getroffen. Auch er macht sich jetzt für ein Konjunkturprogramm stark, es soll sich auf 10 – 15 Mrd. Mark belaufen und – vor allem Investitionshilfen umfassen. Schon auf einer Veranstaltung des DGB in Erlangen hatte Strauß letzte Woche entsprechende Andeutungen gemacht.

Zuvor schon hatte Ernst Albrecht in Niedersachsen erklärt: „Wenn die Bundesregierung ein Beschäftigungsprogramm auflegen sollte, dann wird die Union sich dem nicht widersetzen.“ Gerhard Stoltenberg hat Zustimmung zu einer höheren Verschuldung des Bundes bekundet, sofern damit investive Ausgaben finanziert werden.

Diese Vorstöße enthüllen die dahinter stehenden Interessen nicht schon dadurch, daß sie von der CDU/CSU kommen. Während Helmut Kohl nach dem Motto verfährt, die Regierung im eigenen Saft schmoren lassen, und damit schon vor seiner eigenen Fraktion auf den Bauch gefallen ist, wird von seinen Vorstandskollegen volles Kapital aus der offenen Flanke geschlagen, die der DGB mit seinem „Beschäftigungsprogramm“ läßt. „Beschäftigung wollen wir auch“, sagen die Unionsgrößen, weil sie sich dem politischen Druck nicht entziehen können. Und solange die Diskussion unter dem Stichwort „Beschäftigung“ läuft, lassen sich damit die unterschiedlichsten Interessen transportieren. Kraftmeierische Sprüche wie das „Gebt Arbeit“ von Rudolf Sperner, dem BSE-Vorsitzenden, sind da ein Musterbeispiel für politischen Leichtsinn. Sie sind auch ein Rückschritt hinter den Inhalt dessen, was der DGB fordert. Auch Heinz Oskar Vetter soll hinter den Bonner verschlossenen Türen Sprüche gemacht haben, wie, dem DGB seien Arbeitsplätze wichtiger als Prinzipien.

Professor Walter Hamm wittert in der „Frankfurter Allgemeinen“ hinter den DGB-Vorschlägen die Forderung nach Investitionslenkung. Und da wird's ihm gefährlich. Die freie Verfügung der Kapitalbesitzer über die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums antasten! Strauß &Co. wollen das verhindern, indem sie eine andere „Lösung“ bieten.

Daß aber auch „Investitionslenkung“ nicht ausreicht, zeigt die Forderung nach dem Bau einiger Tausend zusätzlicher Sozialwohnungen, die sich allseitiger Beliebtheit erfreut. Sicherlich würde mit der Bereitstellung von einigen Milliarden Mark hierfür die Investitionstätigkeit beeinflußt und die Kapitalisten sähen dieses Geld in ihren Fabriken investiert. Die akute Wohnungsnot könnte an einigen Brennpunkten etwas gemildert werden, doch allenfalls kurzfristig, und die Krise in der Wohnungsversorgung kann so nicht behoben werden. Vielmehr ist es gerade das System des sozialen Wohnungsbaus, das zu der heutigen Lage geführt hat.

Über ⅔ der Kostenmiete sind Zinskosten, und der soziale Wohnungsbau beruht darauf, daß die öffentlichen Haushalte einen Teil dieser Zinskosten übernehmen. So wird Kapital in diesen Bereich gelockt, weil es sich ebenso verwertet wie in anderen Bereichen auch. Lediglich geht nicht die volle Verzinsung des dort angelegten Kapitals in die Miethöhe ein.

Nach dem zweiten Weltkrieg war der Wohnungsbau zunächst zum Teil durch zinslose oder geringverzinsliche Darlehen aus öffentlichen Haushalten finanziert worden. Insofern gingen diese Wohnungen in öffentliches Eigentum über, sie konnten Gebrauchsgegenstand sein, ohne Kapital zu sein. Bald aber wurde die Finanzierung ganz umgestellt auf Leihkapital. Dem Verleiher wurde die Verzinsung seines Kapitals *garantiert*. Damit war auch der Wohnungsbau den Profitgesichtspunkten der Kapitalbesitzer ausgeliefert. Das wird auch bei den jetzigen Forderungen nicht in Frage gestellt. Es muß aber in Frage gestellt werden, obwohl es schon kaum durchsetzbar sein wird, überhaupt mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau zu bekommen. Um Arbeitsbeschaffung, bei der bloß festgeschrieben wird, daß das Arbeitsprodukt zum Kapital wird, kann es ja wohl nicht gehen.

Vision vom „Großen Bruder“, Wirklichkeit schon vor 1984?

gkr. Beleidigt reagierte Bundesinnenminister Baum auf den in der vergangenen Woche veröffentlichten Bericht des Bundesbeauftragten für Datenschutz. Es ist offensichtlich, das Bild des für Datenschutz aufgeschlossenen Ministers, der schon mehrere Dateien in seiner Amtszeit hat auflösen lassen, wird durch den Bericht des Datenschutzbeauftragten erheblich ramponiert.

Bull, der über den Bereich der Sicherheitsbehörden noch vor zwei Jahren zu der Aussage gelangt war, daß „allgemein ein wachsendes Datenschutzbewußtsein im Sicherheitsbereich festzustellen“ ist, richtet in dem diesjährigen Datenschutzbericht die Hauptkritik gerade gegen diese Sicherheitsbehörden. Sein Gesamtergebnis: „Die bei diesen Prüfungen gemachten Feststellungen ergeben in ihrer Gesamtheit leider kein erfreuliches Bild. Zum Teil wurden schwerwiegende Verstöße gegen Datenschutzrecht festgestellt.“ Diese generelle Feststellung Bulls wird anhand verschiedener Behörden und Dateien belegt: Zwar werden, so Bull, wiederholt Löschungen vorgenommen, aber alleine die Zahl der im Rahmen der polizeilichen Beobachtung beim BKA gespeicherten Kontaktpersonen habe sich innerhalb von eineinhalb Jahren um 50% erhöht. Ähnlich stark sei die Zahl der im Rahmen der Häftlingsüberwachung gespeicherten Daten gestiegen. Bei PIOS (Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) sind nach wie vor Anzeigenerstatter, Hinweisgeber und Zeugen gespeichert, geschweige denn, daß dort die in den Richtlinien festgelegten Überprüfungs- und Löschungsfristen eingehalten würden. Gespeichert werden in PIOS Personen, deren Verbindung „zum Terrorismus vermutet wird“, die einem „Terroristen“ vielleicht zufällig einmal begegnet sind; oder in einer Datei der Abteilung Staatsschutz Personen wegen „wilden Plakatierens“, egal, welchen Inhalt das Plakat hatte. Es kommt hinzu, daß aus der „Organisationskartei“ gelöschte Datensätze in anderen Dateien auftauchen – schon Ende 1978 hatte diese Praxis zu Presseberichten und einer Anfrage im Bundestag geführt, die von dem verantwortlichen Staatssekretär mit einem „nichts dementierenden Dementi“ beantwortet wurde. Da werden aus dem „Zentralen Personenindex“, der dem aktuellen Zugriff dient, zu löschende Daten in den „Vorgangsnachweis Personalien“ eingegeben, zusätzlich schlichte Bürger*anfragen*. Die Vision des ehemaligen BKA-Chefs Herold vom total erfaßten Bundesbürger bleibt lebendig.

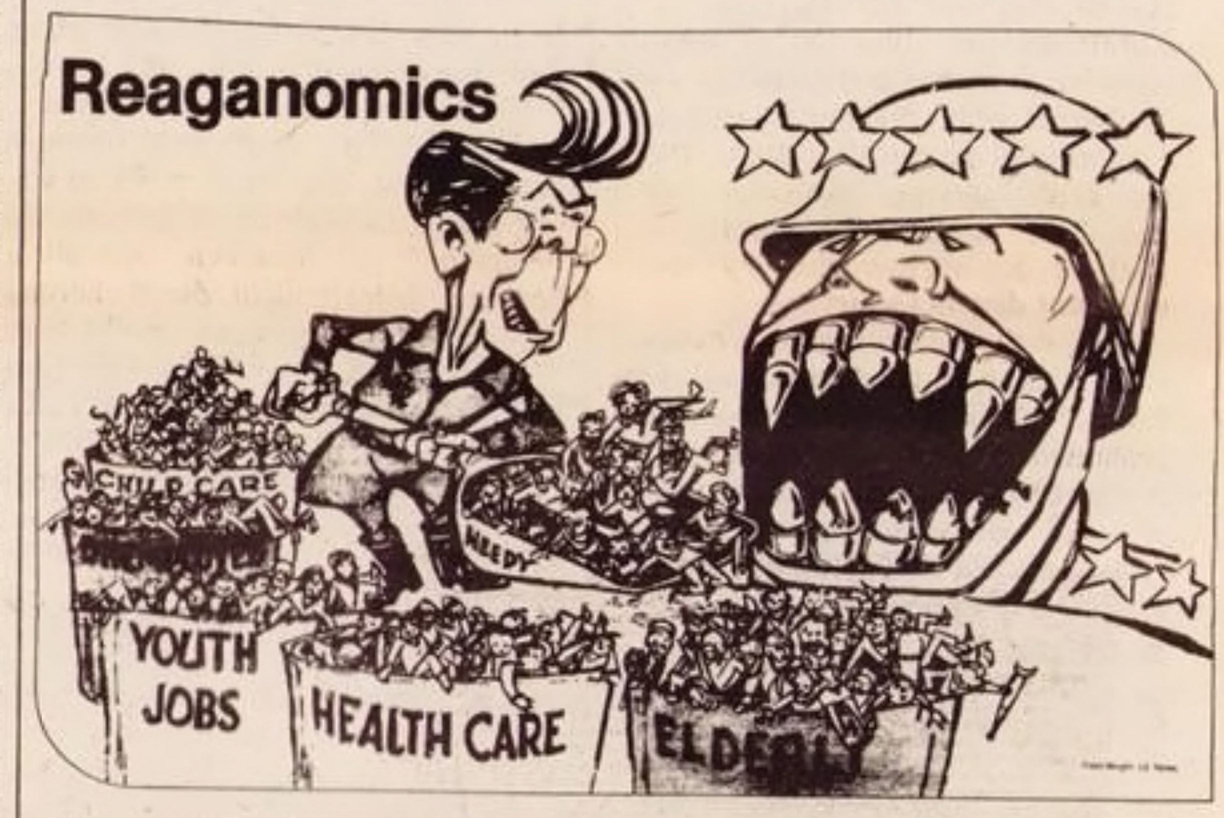
Alleine diese Beanstandungen im Bereich des BKA zusammengenommen wird die Erklärung des Innenministers, seit April 1981 seien 91 Mitarbeiter im BKA (dies wird von Bull bezweifelt) ausschließlich mit Bereinigungsaufgaben betraut, und nach Abschluß dieser Aktion würden bis April 1982 nahezu 1 Mio. Kriminalakten und erkennungsdienstliche Unterlagen vernichtet sein, eher zu einer Enthüllung über den Umfang der Datenerfassung als zu einer Reinwaschung der Nachrichtendienste und des BKA.

Beim militärischen Abschirmdienst (MAD) stellte Bull Dateien fest, „in der Informationen über Personen enthalten waren, deren Speicherung nach meiner Auffassung selbst durch den Verfassungsschutz nicht zulässig gewesen wäre, weil es sich nicht um Träger verfassungsfeindlicher Bestrebungen handelte.“ Und dennoch, der oberste Datenschützer kommt zu einer positiven Bewertung des MAD, weil auf seine Kritik hin „umfangreiche Bereinigungen vorgenommen (wurden), in deren Verlauf Tausende von Personendaten gelöscht wurden“ (nur in Kiel und Düsseldorf). Man kanns genausogut als erneutes Indiz für den Umfang der Datenerfassung werten.

Schließlich: erneut kritisiert der Datenschützer die nach wie vor ungetrübte Zusammenarbeit verschiedener „Sicherheitsbehörden“. Es ist nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Bundesgrenzschutz und BND. Hier ist die früher gültige „Sonderanweisung grenzpolizeilicher Kontrolle“ (SoGK), aufgrund derer z.B. jeder, der in die DDR fuhr, zwecks Rekrutierung von Spitzeln dem Nachrichtendienst gemeldet wurde, mittlerweile durch eine eingeschränkte Dienstanweisung ersetzt worden. Bull dazu: „Die Neuregelung ist in der Öffentlichkeit teilweise geradezu überschwenglich begrüßt worden. Ich kann diese Einschätzung im Augenblick noch nicht teilen.“

Der Bundesbeauftragte ist nicht der einzige Datenschützer, der besonders staatliche Stellen wegen extensiver Datenspeicherung kritisiert. Fast gleichzeitig mit seinem Bericht sind auch Kritikpunkte der baden-württembergischen Datenschutzbeauftragten Ruth Leuze bekanntgeworden: In der „Personenauskunftsdatei“ (PAD) des Stuttgarter Landeskriminalamtes sind derzeit etwa 673000 Menschen registriert, etwa ein Zehntel aller erwachsenen Bürger des Landes. In dieser Datei sind auch Prostituierte erfaßt, die bisher keinesfalls strafrechtlich verfolgt wurden, demnächst will der Chef des LKA die Datei noch um Rocker erweitern lassen, nicht ganz unähnlich der bundesweit geplanten Erfassung aller „gewalttätigen Demonstranten“ in der „Störer-Datei“.

Und schließlich: Der bayrische Innenminister Tandler gab fast zum gleichen Zeitpunkt bekannt, daß Bayerns Polizei ein „Digitales Sondernetz“ (DISPOL) erhalte, mit dem die Polizei vor Ort für bestimmte Personen von LKA, BKA, bei Erreichen der vollen Ausbaustufe sogar aus Computern der öffentlichen Verwaltung erhalten könne. Es scheint, als ob bundesdeutsche Überwachungsorgane nach spektakulären Ankündigungen von Bereinigungen nun die Zeit für günstig halten, das elektronische Überwachungssystem erneut auszudehnen.



„Reaganomics“: die Armen, die Alten, Gesundheitsfürsorge, Arbeitslosenversicherung, Kindergeld und Jugendarbeitsprogramme – alles in den Rachen des Rüstungsmolochs

die Regierung im eigenen Saft schmoren lassen, und damit schon vor seiner eigenen Fraktion auf den Bauch gefallen ist, wird von seinen Vorstandskollegen volles Kapital aus der offenen Flanke geschlagen, die der DGB mit seinem „Beschäftigungsprogramm“ läßt. „Beschäftigung wollen wir auch“, sagen die Unionsgrößen, weil sie sich dem politischen Druck nicht entziehen können. Und solange die Diskussion unter dem Stichwort „Beschäftigung“ läuft, lassen sich damit die unterschiedlichsten Interessen transportieren. Kraftmeierische Sprüche wie das „Gebt Arbeit“ von Rudolf Sperner, dem BSE-Vorsitzenden, sind da ein Musterbeispiel für politischen Leichtsinn. Sie sind auch ein Rückschritt hinter den Inhalt dessen, was der DGB fordert. Auch Heinz Oskar Vetter soll hinter den Bonner verschlossenen Türen Sprüche gemacht haben, wie, dem DGB seien Arbeitsplätze wichtiger als Prinzipien.

Professor Walter Hamm wittert in der „Frankfurter Allgemeinen“ hinter den DGB-Vorschlägen die Forderung nach Investitionslenkung. Und da wird's ihm gefährlich. Die freie

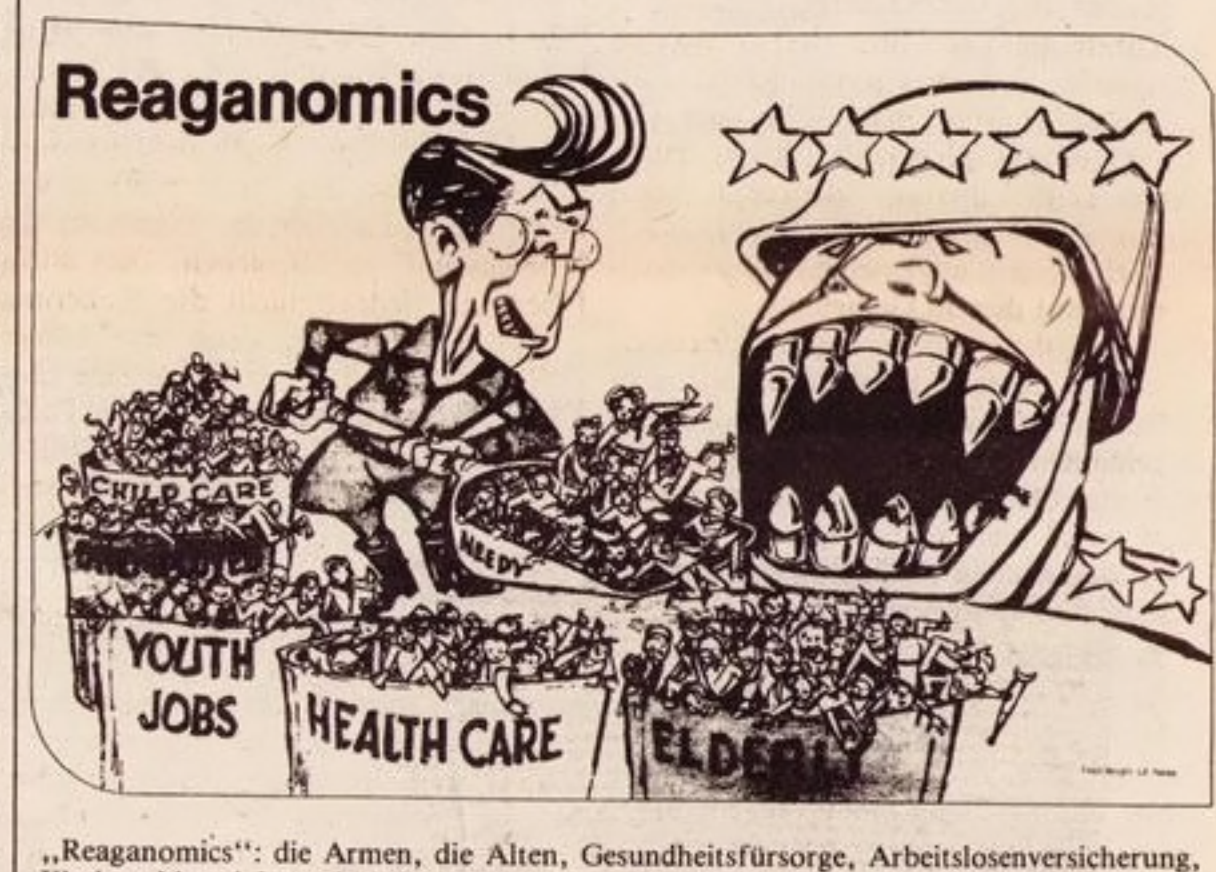
ser Zinskosten übernehmen. So wird Kapital in diesen Bereich gelockt, weil es sich ebenso verwertet wie in anderen Bereichen auch. Lediglich geht nicht die volle Verzinsung des dort angelegten Kapitals in die Miethöhe ein.

Nach dem zweiten Weltkrieg war der Wohnungsbau zunächst zum Teil durch zinslose oder geringverzinsliche Darlehen aus öffentlichen Haushalten finanziert worden. Insofern gingen diese Wohnungen in öffentliches Eigentum über, sie konnten Gebrauchsgegenstand sein, ohne Kapital zu sein. Bald aber wurde die Finanzierung ganz umgestellt auf Leihkapital. Dem Verleiher wurde die Verzinsung seines Kapitals *garantiert*. Damit war auch der Wohnungsbau den Profitgesichtspunkten der Kapitalbesitzer ausgeliefert. Das wird auch bei den jetzigen Forderungen nicht in Frage gestellt. Es muß aber in Frage gestellt werden, obwohl es schon kaum durchsetzbar sein wird, überhaupt mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau zu bekommen. Um Arbeitsbeschaffung, bei der bloß festgeschrieben wird, daß das Arbeitsprodukt zum Kapital wird, kann es ja wohl nicht gehen.

eineinhalb Jahren um 50% erhöht. Ähnlich stark sei die Zahl der im Rahmen der Häftlingsüberwachung gespeicherten Daten gestiegen. Bei PIOS (Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) sind nach wie vor Anzeigenerstatter, Hinweisgeber und Zeugen gespeichert, geschweige denn, daß dort die in den Richtlinien festgelegten Überprüfungs- und Löschungsfristen eingehalten würden. Gespeichert werden in PIOS Personen, deren Verbindung „zum Terrorismus vermutet wird“, die einem „Terroristen“ vielleicht zufällig einmal begegnet sind; oder in einer Datei der Abteilung Staatsschutz Personen wegen „wilden Plakatierens“, egal, welchen Inhalt das Plakat hatte. Es kommt hinzu, daß aus der „Organisationskartei“ gelöschte Datensätze in anderen Dateien auftauchen – schon Ende 1978 hatte diese Praxis zu Presseberichten und einer Anfrage im Bundestag geführt, die von dem verantwortlichen Staatssekretär mit einem „nichts dementierenden Dementi“ beantwortet wurde. Da werden aus dem „Zentralen Personenindex“, der dem aktuellen Zugriff dient, zu löschende Daten in den „Vorgangsnachweis Personalien“ eingegeben, zusätzlich schlichte Bürger*anfragen*. Die Vision des ehemaligen BKA-Chefs Herold vom total erfaßten Bundesbürger bleibt lebendig.

tenschützer die nach wie vor ungetrübte Zusammenarbeit verschiedener „Sicherheitsbehörden“. Es ist nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Bundesgrenzschutz und BND. Hier ist die früher gültige „Sonderanweisung grenzpolizeilicher Kontrolle“ (SoGK), aufgrund derer z.B. jeder, der in die DDR fuhr, zwecks Rekrutierung von Spitzeln dem Nachrichtendienst gemeldet

vor Ort für bestimmte Personen von LKA, BKA, bei Erreichen der vollen Ausbaustufe sogar aus Computern der öffentlichen Verwaltung erhalten könne. Es scheint, als ob bundesdeutsche Überwachungsorgane nach spektakulären Ankündigungen von Bereinigungen nun die Zeit für günstig halten, das elektronische Überwachungssystem erneut auszudehnen.



„Reaganomics“: die Armen, die Alten, Gesundheitsfürsorge, Arbeitslosenversicherung, Kindergeld und Jugendarbeitsprogramme – alles in den Rachen des Rüstungsmolochs

Westdeutsches Gericht: Folterung ist kein Asylgrund

kvz. Ein türkischer Kurde wurde mehrere Male in der Türkei verhaftet, weil er eine kurdische Zeitung verteilte, und zweimal vom Militär und von der Polizei schwer gefoltert. In die BRD entkommen, beantragte er Asyl, das ihm auch zuerkannt wurde. Doch die Bundesregierung, vertreten durch den Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten, legte Widerspruch ein. Am 20. April entschied der Verwaltungsgerichtshof in Wiesbaden, der Asylantrag sei abzulehnen, der Kurde muß also in die Türkei zurück. „Von einer Verfolgung kann keine Rede sein“, so das Gericht, „denn es handelt sich dabei um Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung terroristischer und separatistischer Bestrebungen“. Und wenn es zu Folterungen gekommen sei, so sei dies offensichtlich im Bestreben der Behörden geschehen, „ein als strafbar angesehenes Verhalten des Klägers aufzuklären und einer Wiederholung, nämlich einer weiteren Verbreitung einer Zeitung, vorzubeugen“. Da es sich nicht um ein politisches Verfahren handele, könnten „auch Beeinträchtigungen von Leib, Leben oder persönlicher Freiheit im allgemeinen nicht als politische Verfolgung gewertet werden“.

Brokdorf-Prozeß: Augen zu und durch!

kvz. Im Itzehoher Brokdorf-Prozeß gegen Michael Duffke und Markus Mohr hatte das Bundesverfassungsgericht die verhandelnde Jugendkammer gerügt, weil Pressevertreter unzulässig von der Verhandlung ausgeschlossen worden waren. Daraufhin entwickelte sich eine Auseinandersetzung zwischen Verteidigung und Gericht, ob die ganze Verhandlung oder nur die Verhandlungstage, wo mit beschränkter Öffentlichkeit getagt wurde, zu wiederholen seien. Zum Ergebnis der Auseinandersetzung teilen die Verteidiger in einer Presseerklärung mit: „Zur Überraschung aller Verfahrensbeteiligten gab das Gericht heute bekannt, es werde gar nichts wiederholt. Der Verfassungsverstoß berühre ausschließlich die Rechte der Presse, nicht aber die Öffentlichkeit des Verfahrens. Da die Öffentlichkeit insgesamt während 9 Tagen ausgeschlossen gewesen sei, sei die Presse ohnehin als Ausnahme zugelassen gewesen. Die Zurückweisung einzelner Pressevertreter, die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig gerügt worden war, sei für das Verfahren unerheblich ... Wir Verteidiger stellen dazu fest: Um den gescheiterten Prozeß auf Biegen und Brechen zu retten, setzt sich das Gericht zulasten der Angeklagten über seine eigene Erkenntnis hinweg und führt den Prozeß fort, als sei nichts gewesen – den Revisionsfehler im Gepäck.“

7. o. vds-MV in Köln

jöf.Köln. Die Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) findet vom 11. – 14. März 1982 in Köln statt. Tagungsort ist die Kölner Zentralmensa. Der AStA der Universität Köln hat den vds-Vorstand aufgefordert, die gewählten Vertreter des unabhängigen Studentenverbandes NZS der VR Polen, namentlich die Mitglieder des Nationalen Koordinierungskomitees von NZS, zu dieser vds-MV als Gäste einzuladen. Desweiteren wird der vds-Vorstand aufgefordert, sich bei der polnischen Botschaft bzw. der Militärregierung nach dem Verbleib dieser NZS-Mitglieder zu erkundigen und sich dafür einzusetzen, daß sie an der vds-MV teilnehmen können. Ein gleichlautender Antrag seitens des Vertreters der Basisgruppenfraktion im vds war kürzlich mit der zynischen Begründung des MSB-Vertreters, NZS sei aufgelöst und eine aufgelöste Organisation könne man nicht einladen, mit den Stimmen von SHB, LHV und auch dem Juso-Vertreter Zwanziger abgelehnt worden. Seit dem 4.1. wird aufgrund der Ergebnisse der SP-Wahlen der Kölner Universitätsasta durch eine linke Koalition aus Basisgruppen, Jusos, LHV, SHB und MSB gestellt.

Bußgelder für Umweltschutz? Niemals!

kvz. Weil von Gerichten in und um Frankfurt Angeklagte dazu verurteilt wurden, Geldbußen an Organisationen wie den „Bund für Umwelt und Naturschutz“ zu zahlen, die der Aktionsgemeinschaft Volksbegehren gegen die Startbahn West angehören, sollen jetzt Richter und Staatsanwälte verschärft überwacht werden. Der Leitende Oberstaatsanwalt in Frankfurt, Haueisen, will sogar Jagd auf eine „Lobby“ der Startbahngegner bei der Justiz machen. Künftighin soll die Vergabe staatstreuer erfolgen. Herausgestellt hat sich bei dieser Gelegenheit, daß Richter und Staatsanwälte in der Zweckbestimmung der Bußgelder ziemlich freie Hand haben.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Januar

30. **Köln.** Treffen der Unterstützer der Kampagne für ein atomwaffenfreies Europa (bis 31.1.)
 Saarbrücken. Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Saar
 BRD. „Tag der Solidarität“, Aufruf von Funktionären der „Solidarität“. Auch der DGB ruft zu diesem Tag zu Aktionen auf

Februar

2. **Bremen.** Demonstration des DGB-Kreises Bremen gegen die Arbeitslosigkeit
 Saint Quen, Frankreich. 24. Parteitag der KPF
5. **Geilenkirchen.** Regionale Demonstration von Friedensgruppen, vor allem gegen die Stationierung von AWACS
6. **o.O.** Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Hessen (bis 7.2.)
 Frankfurt. Landesversammlung der Grünen, Hessen (bis 7.2.)
 Bonn. Aktionskonferenz gegen Atomwaffen in Europa, auf Einladung der Aktion Sühnezeichen / Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (bis 7.2.)
9. **Madrid, Spanien.** Beginn der neuen Sitzungsperiode der KSZE-Folgekonferenz
10. **Havanna, Kuba.** X. Weltgewerkschaftskongreß des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), bis 15.2.
11. **Westberlin.** Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Berlin
12. **Bonn.** Vorbereitungstreffen für eine zentrale Demonstration zu Polen.
 Osnabrück. Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Niedersachsen (bis 13.2.)
 o.O. Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Nordmark (bis 13.2.)
 Westberlin. Internationale Berliner Filmfestspiele, bis 23.2.
14. **Westberlin.** Kongreß für klinische Psychologie und Psychotherapie. Veranstalter: DGVT, GwG, bis 19.2

Eine Mitarbeit an diesem Terminkalender durch Zusendung von entsprechenden Terminen ist erwünscht.

Streik und Werksbesetzung bei Videocolor:

Gelingt es?

Thomson-Brandt und Späth fordern Ende des Streiks
Forderung der IG Metall / Druckmittel sind nicht stark

geh. Der Streik bei Videocolor Ulm ist nun in der dritten Woche. Im Gespräch der letzten Woche forderte der Vize-Chef von Thomson-Brandt, Garcin, die Beendigung des Streiks, ging aber nicht von der Schließung des Ulmer Werkes ab. In der Sache gleich erklärte Ministerpräsident Späth: ,,Die Lage ist schwierig, weil im hohen Maße emotionalisiert'', der Streik müsse beendet werden, ,,um eine Entspannung der Situation zu erreichen''. Allerdings konnte und wollte er keinen Gegenwert dafür bieten, denn ,,es gibt Fakten und Ausgangslagen, die niemand verändern kann!'', Späth: ,,Es werden nur zwei bis drei Röhrenwerke in Europa benötigt, statt der vorhandenen 10. Durch die Unterauslastung laufen jährlich hier in Ulm 20–35 Mio. DM nicht gedeckte Overhead-Kosten, allgemeine Kosten, auf.'' Diese könnten nicht vom Land Baden-Württemberg übernommen werden.

Der Kampf mußte weitergeführt werden. Von Beginn an mußte er unter schwierigen Bedingungen aufgenommen werden. Die ökonomischen Druckmittel der Belegschaft sind schwach:

– Das erste Druckmittel bei einem Streik: Es wird nichts produziert, der Kapitalist kann keine Waren verkaufen. Thomson-Brandt wollte das Ulmer Werk ohnehin in einigen Monaten schließen.

– Das zweite Mittel: der Kunde Thomson-Brandt wird nicht mit Bildröhren für seine Fertigung beliefert. Kurzfristig kann ihm das Probleme schaffen, jedoch schon im letzten Jahr hatte er 1 Mio. Bildröhren vom US-Konzern RCA, einem anderen früheren Teilhaber von Videocolor, bezogen. Diese Möglichkeit besteht auch jetzt, bei den allgemeinen Überkapazitäten auf diesem Gebiet.

– Das dritte Mittel folgt aus dem ersten: Weil nicht produziert wird, fehlen die Verkaufserlöse, um in dem eingeleiteten Vergleich die Gläubiger zufriedenzustellen. Es kommt dann zu einem Konkurs. Dies ist auch von der Belegschaft beabsichtigt, weil dadurch ein höherer Betrag für den Sozialplan erwartet wird. Denn es besteht der Verdacht, daß der Thomson-Brandt-Konzern bei einem Vergleich die Maschinen, Anlagen etc. zu niedrig bewertet, sie dann durch eine andere Konzerngesellschaft aufkauft und so nochmal einen Schnitt macht, andererseits die für den Sozialplan bereitstehenden Mittel gering bleiben. Ist der Vergleich geplatzt, ist zwar für die Belegschaft dies Ziel erreicht, es besteht aber dann für Thomson-Brandt kein Zwang mehr, deshalb den Forderungen der Belegschaft nachzukommen.

Die Druckmittel gegen Thomson-Brandt für die Erhaltung der Arbeitsplätze sind also nicht so stark, vielleicht läßt ihre Wirkung zunehmend nach?

Der ökonomische Druck auf die Streikenden nimmt dagegen zu. Die IG Metall kann und will den Streik offiziell nicht anerkennen, weil sie sonst nach herrschendem Recht Regreßforderungen der Kapitalisten zu erwarten hätte. Zwar kommt viel Geld in den Streikfonds, bisher ca. 400000 DM, jedoch reicht dies Geld auf die Dauer nicht aus. Nach Ende dieser Woche müssen die Streikenden sich selbst versichern.

Unter diesen Bedingungen ist die Schaffung von politischem Druck auf die Regierungen und die Kapitalisten um so notwendiger. Geplant ist eine weitere Demonstration am Wochenende in Ulm. Ein Teil dieser Kampagne sind die Forderungen der IG Metall-Bezirksleitung an die Landesregierung. (s. Kasten). Laut Späth ist Thomson-Brandt bereit, das Ulmer Werk in Gemeineigentum oder das Eigentum der Belegschaft zu übergeben. Dies allein bedeutet jedoch nicht die Sicherung der Arbeitsplätze, denn das Ulmer Werk ist in extremer Weise eine Ein-Produkten-Fabrikation, die nur Farbbildröhren im Mittelformat (22 Zoll = 51 cm) und 110°-Ausführung herstellen kann. Auf die Spitze wird diese Beschränkung getrieben, weil nur RCA-Systeme verarbeitet werden können, die in Europa nur AEG-Telefunken und eben Thomson-Brandt verwenden. AEG wäre bereit, eine Abnahmegarantie für ein nach den IG Metall-Forderungen weitergeführtes Werk zu geben, Thomson-Brandt eben nicht. Diese exteme Abhängigkeit wurde in den letzten Jahren mit 60 Mio. DM Investitionen und durch Millionen Kurzarbeitergeld erst geschaffen.

Damit war das Ulmer Werk den Konzerninteressen von Thomson-Brandt und RCA ausgeliefert, woran auch ein Eigentumswechsel nichts ändern würde. Für beide besteht kein Interesse, einen Konkurrenten mit einer Kapazität von 1 Mio. Röhren im Jahr bei einer Europa-Nachfrage von 3,75 Mio. Stück (Hitachi-Analyse) und einer allgemeinen Überkapazität von 40–50% zu erhalten. Gleichzeitig käme ihnen der Nachweis gelegen, daß eine ,belegschaftseigene' Fabrik nicht funktionieren kann.

Es bliebe eine Umstellung auf andere Röhrensysteme und -größen. Abgesehen davon, daß dann die Kosten evtl. über das Weltmarktniveau stiegen, weigert sich Späth, dafür Investitionsmittel bereitzustellen. Ebenso bei einer Umstellung auf andere Produkte.

Noch wird in den Verhandlungen um den Erhalt der Arbeitsplätze in dieser oder jener Form gestritten. In Ulm und Ulm herum liegt die Arbeitslosenquote zwischen 5,3 und 5,8%. Eine Entlassung der 1588 Beschäftigten ließe sie auf 7% springen. Späth hat schon mit einer Aufstockung des Sozialplans gewunken. Die Entscheidung darüber, in welcher Richtung weitergekämpft wird, wird bald fallen. Die Bedeutung, die der Kampf der Arbeiter und Angestellten von Videocolor hat, liegt darin, daß mit langem Streik und Besetzung auf die beabsichtigte Stillegung reagiert wurde.

Der Gedanke einer ,Beteiligung' der Belegschaft, wie ihn der IG Metall-Vorschlag enthält, besser einer genossenschaftlichen Regelung, könnte heute in günstiger gelagerten Fällen als Initialzündung wirken, hier kann er diese Funktion nicht haben.



Forderungen der IGM Bezirksleitung Stuttgart an die Landesregierung Baden-Württemberg

Aufgrund der Vorgänge bei Videocolor stellt die Bezirksleitung der IG Metall an die Landesregierung folgende Forderungen:
1. Die Landeskreditbank (LKB) tritt als Gesellschafter in die Fa. Videocolor in Ulm ein.
2. Die Landeskreditbank stellt die finanziellen Mittel zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit von Videocolor bereit.
3. Mit dem neuen Gesellschafter Landeskreditbank wird das Werk in Ulm fortgeführt. Nach einer gewissen Anlaufzeit ist die Produktion der in Ulm hergestellten Farbbildröhren kostendeckend.
4. Die Fortführung der Fa. Videocolor soll wie folgt geschehen:
   4.1 die neue Gesellschaft zusammen mit Thomson-Brandt oder
   4.2 die neue Gesellschaft zusammen mit der Belegschaft. Die Form, nach welcher die Belegschaft an der Gesellschaft beteiligt wird, muß noch ausgearbeitet werden.
5. Es darf niemand aus Anlaß des Kampfes um Videocolor gemaßregelt werden bzw. Maßregelungen sind rückgängig zu machen.



Videocolor, am 25. Januar 1982

acm. Noch im Aufgang der Kantine, dem eigentlichen Versammlungsraum der Belegschaft, hängen die Aushänge und Drohschreiben der Geschäftsleitung. Die Anzeigen des Verstorbenen – der auch entlassen wurde – hängt ebenfalls noch aus. Dann in der Kanti- … waren über 320000 DM eingegangen, laufend kommen Delegationen an, werden die Arbeiter zu Veranstaltungen eingeladen. Um 14 Uhr soll es ab nach Ulm gehen, zum Gespräch mit Späth. Ein Teil … gerede gewesen.'' Auch das Fazit des Betriebsrates: Das Gespräch hat nichts gebracht. Späth hat nur Thomson-Brandt-Sprüche geklopft. H. Müller von der IGM in Ulm kommt auf die Übernahme des Betrie-

men werden. Die ökonomischen Druckmittel der Belegschaft sind schwach:
– Das erste Druckmittel bei einem Streik: Es wird nichts produziert, der Kapitalist kann keine Waren verkaufen. Thomson-Brandt wollte das Ulmer Werk ohnehin in einigen Monaten schließen.
– Das zweite Mittel: der Kunde Thomson-Brandt wird nicht mit Bildröhren für seine Fertigung beliefert. Kurzfristig kann ihm das Probleme schaffen, jedoch schon im letzten Jahr hatte er 1 Mio. Bildröhren vom US-Konzern RCA, einem anderen früheren Teilhaber von Videocolor, bezogen. Diese Möglichkeit besteht auch jetzt, bei den allgemeinen Überkapazitäten auf diesem Gebiet.
– Das dritte Mittel folgt aus dem ersten: Weil nicht produziert wird, fehlen die Verkaufserlöse, um in dem eingeleiteten Vergleich die Gläubiger zufriedenzustellen. Es kommt dann zu ei-

derungen der Kapitalisten zu erwarten hätte. Zwar kommt viel Geld in den Streikfonds, bisher ca. 400000 DM, jedoch reicht dies Geld auf die Dauer nicht aus. Nach Ende dieser Woche müssen die Streikenden sich selbst versichern.
Unter diesen Bedingungen ist die Schaffung von politischem Druck auf die Regierungen und die Kapitalisten um so notwendiger. Geplant ist eine weitere Demonstration am Wochenende in Ulm. Ein Teil dieser Kampagne sind die Forderungen der IG Metall-Bezirksleitung an die Landesregierung. (s. Kasten). Laut Späth ist Thomson-Brandt bereit, das Ulmer Werk in Gemeineigentum oder das Eigentum der Belegschaft zu übergeben. Dies allein bedeutet jedoch nicht die Sicherung der Arbeitsplätze, denn das Ulmer Werk ist in extremer Weise eine Ein-Produkten-Fabrikation, die nur Farbbildröhren im Mittelformat (22 Zoll = 51 cm) und 110°-Ausführung herstel-

geben, Thomson-Brandt eben nicht. Diese exteme Abhängigkeit wurde in den letzten Jahren mit 60 Mio. DM Investitionen und durch Millionen Kurz-
bei einer Europa-Nachfrage von 3,75 Mio. Stück (Hitachi-Analyse) und einer allgemeinen Überkapazität von 40–50% zu erhalten. Gleichzeitig kä-

Forderungen der IGM Bezirksleitung Stuttgart an die Landesregierung Baden-Württemberg
Aufgrund der Vorgänge bei Videocolor stellt die Bezirksleitung der IG Metall an die Landesregierung folgende Forderungen:
1. Die Landeskreditbank (LKB) tritt als Gesellschafter in die Fa. Videocolor in Ulm ein.
2. Die Landeskreditbank stellt die finanziellen Mittel zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit von Videocolor bereit.
3. Mit dem neuen Gesellschafter Landeskreditbank wird das Werk in Ulm fortgeführt. Nach einer gewissen Anlaufzeit ist die Produktion der in Ulm hergestellten Farbbildröhren kostendeckend.
4. Die Fortführung der Fa. Videocolor soll wie folgt geschehen:
4.1 die neue Gesellschaft zusammen mit Thomson-Brandt oder
4.2 die neue Gesellschaft zusammen mit der Belegschaft. Die Form, nach welcher die Belegschaft an der Gesellschaft beteiligt wird, muß noch ausgearbeitet werden.
5. Es darf niemand aus Anlaß des Kampfes um Videocolor gemaßregelt werden bzw. Maßregelungen sind rückgängig zu machen.

mittel bereitzustellen. Ebenso bei einer Umstellung auf andere Produkte.
Noch wird in den Verhandlungen um den Erhalt der Arbeitsplätze in dieser oder jener Form gestritten. In Ulm und Ulm herum liegt die Arbeitslosenquote zwischen 5,3 und 5,8%. Eine Entlassung der 1588 Beschäftigten ließe sie auf 7% springen. Späth hat schon mit einer Aufstockung des Sozialplans gewunken. Die Entscheidung darüber, in welcher Richtung weitergekämpft wird, wird bald fallen. Die Bedeutung, die der Kampf der Arbeiter und Angestellten von Videocolor hat, liegt darin, daß mit langem Streik und Besetzung auf die beabsichtigte Stillegung reagiert wurde.
Der Gedanke einer ,Beteiligung' der Belegschaft, wie ihn der IG Metall-Vorschlag enthält, besser einer genossenschaftlichen Regelung, könnte heute in günstiger gelagerten Fällen als Initialzündung wirken, hier kann er diese Funktion nicht haben.

Videocolor, am 25. Januar 1982

acm. Noch im Aufgang der Kantine, dem eigentlichen Versammlungsraum der Belegschaft, hängen die Aushänge und Drohschreiben der Geschäftsleitung. Die Anzeigen des Verstorbenen – der auch entlassen wurde – hängt ebenfalls noch aus. Dann in der Kantine – alle Wände, ja selbst die Fenster zum Vorplatz der Produktionshalle, sind voll mit Plakaten von Solidaritätsbekundungen, dem Stand der Geldsammlung für die Arbeiter und den Unterschriftenlisten für Besuchergruppen. Dazwischen überall Ausschnitte aus Zeitungen, die über den Kampf bei Videocolor berichten. An die 100 Kollegen hören und sehen gerade einen Filmbericht vom Kampf der Belegschaft bei Siemens in Bruchsal. Es ist Mittagszeit, die Essensausgabe läuft noch nebenher, sie ist nicht eingestellt worden.

Das Streikkomitee führt eine Pressekonferenz durch. Über das Wochenende wird berichtet, die Gespräche mit der CFDT, die weiteren Aktionen und über das bevorstehende Gespräch mit Ministerpräsident Späth. Udo Tischer, Sprecher des Streikkomitees, bedankt sich bei allen Spendern. Bis zum 23.1. waren über 320000 DM eingegangen, laufend kommen Delegationen an, werden die Arbeiter zu Veranstaltungen eingeladen.

Um 14 Uhr soll es ab nach Ulm gehen, zum Gespräch mit Späth. Ein Teil der Belegschaft kommt mit Bussen. Bissige Bemerkungen über Späth's Angst, in die Fabrik zu kommen, machen die Runde. ,,Tagt wohl lieber hinter verschlossenen Türen.''

Beim Rathaus sieht man zuerst nur Polizei und gepanzerte Karossen für Späth plus Anhang. Dann kommen die Arbeiter aus der Fabrik, ,,besetzen'' das Rathaus. Nach dem Gespräch – Enttäuschung, ,,ist nichts bei rausgekommen''. Die meisten hatten sichs aber wohl schon gedacht.

Zurück in die Fabrik, es vergeht einige Zeit, bis die Betriebsversammlung beginnt. Udo Tischer machts ganz knapp: ,,Bei den Politikern kann man doch mit gar nichts rechnen. Das sind einfach Schauspielerfiguren, die ein paar Fäden dran haben, und so wie man zieht, dann hupfen sie, und zieht man nicht, dann lassen sie die Arme hängen ... Es ist einfach ein Vorbeigerede gewesen.'' Auch das Fazit des Betriebsrates: Das Gespräch hat nichts gebracht. Späth hat nur Thomson-Brandt-Sprüche geklopft.

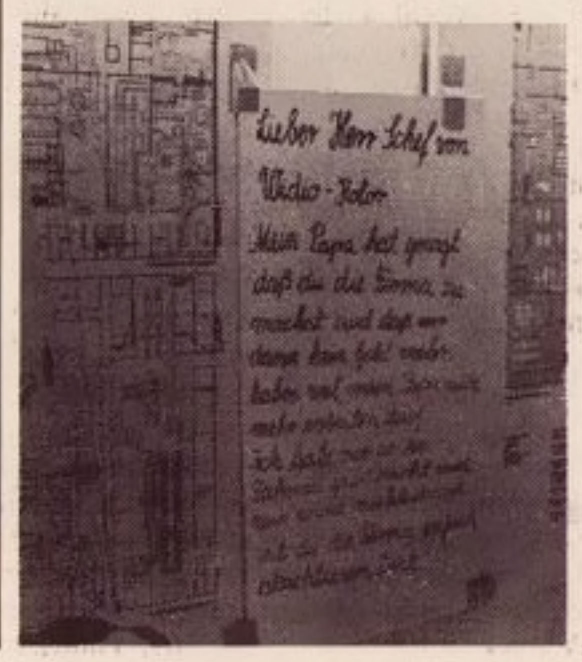
H. Müller von der IGM in Ulm kommt auf die Übernahme des Betriebes durch die Belegschaft zu sprechen: Die Produktion ist zu einseitig. Keine Chance. ,,Weil wir doch gar nicht die Verbindung haben, weil wir doch gar nicht den Markt haben, weil wir keine Chance haben mit dem Kapital zu konkurrieren.'' Er spreche von hier und jetzt, ,,in dieser kapitalistischen Ordnung'', da ginge das nicht. Darauf würde man nur warten, um hinterher zu sagen, die Arbeiter seien zu blöd.

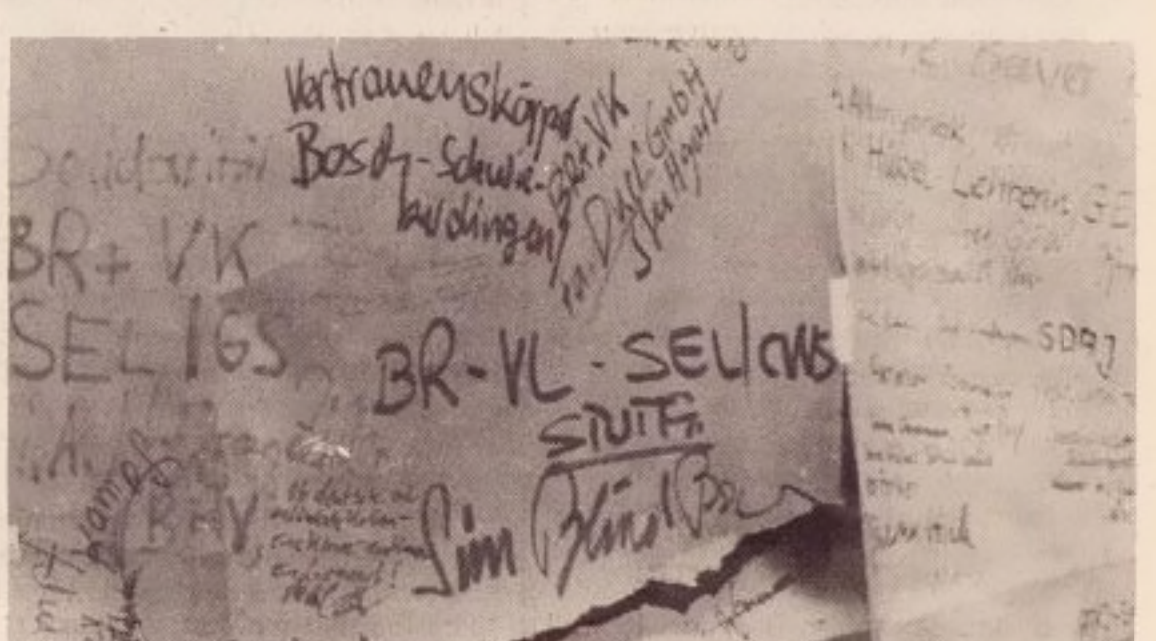
Nur ein Versprechen habe man von Späth erhalten: Wenn Polizeieinsatz, dann nur bei vorheriger Benachrichtigung von Bezirksleiter Steinkühler. Welch ein Versprechen!

Die Stimmung unter den Arbeitern ist nicht gerade erhebend. Wie sollte sie auch. Es ist ein verzweifelter Kampf und das wissen wohl alle. Aber sie wollen den Kampf weiterführen. Es bleibt ihnen nichts anderes – mit einer großen Unterstützung im Rücken.









Hessische Landtagswahl 1982

Welche Alternative gibt es zu SPD, FDP, CDU
Die Rolle der Grünen

cof. Der untenstehende Bericht und die Stellungnahme aus Kassel wuren *vor* einem von den Grünen anberaumten Treffen mit Kasseler Initiativen am 20.1. verfaßt. Auf diesem Treffen distanzierten sich die Kasseler Grünen von den ersten Programmentwürfen, nachdem kritisiert worden war, daß dort vielfach die ,,grüne Weltanschauung" breitgetreten, aber nicht von den Interessen, Forderungen, der Lage und den Aufgaben der verschiedenen Bewegungen ausgegangen würde.

Die Diskussion drehte sich dann weniger um die inhaltlichen Positionen als um die Form der Wahlbeteiligung. Dabei blieb es beim Austausch der unterschiedlichen Auffassungen zwischen den anwesenden Mitgliedern der Kasseler Startbahn-Initiative auf der einen und den Grünen auf der anderen Seite.

Nach diesem Treffen sieht der Autor die Sache so: ,,Sowohl die Nichtanwesenheit weiterer Initiativen als auch das Festhalten der Grünen an der Parteikandidatur zeigen wohl auch für Kassel, daß es kaum noch möglich ist, bis zu den Landtagswahlen eine politische Kraft herauszubilden, auf die sich die Bürgerinitiativen und die linken Kräfte in den Gewerkschaften gleichermaßen positiv beziehen können und die zugleich demokratisch legitimierter Ausdruck der verschiedenen Fronten gegenüber Kapital und Regierung ist. Ursache ist sowohl die ,,grüne" Blockadepolitik gegenüber solchen Bündnis-Bemühungen als auch unsere bisherige Initiativlosigkeit in dieser Frage. So wie's jetzt aussieht, werden sich z.B. die Startbahngegner bei der Stimmabgabe zu den Landtagswahlen nur durch die Wahl der Grünen artikulieren können ..." Nützlich sei es jetzt, ,,mit den Grünen in die inhaltliche Diskussion über ein Landtagswahlprogramm einzusteigen, auf dessen Grundlage eine Beteiligung an den Landtagswahlen für möglichst alle in Frage kommenden Kräfte drin wäre."

Demgegenüber hat es in anderen hessischen Städten positivere Erfahrungen mit der inhaltlichen Vorbereitung der Wahlen gegeben. Am 14. Januar fand in Rüsselsheim eine Diskussionsveranstaltung zum Thema: Landtagswahlen '82 – welche Alternative gibt es zu SPD, FDP und CDU? statt. Über 150 Personen nahmen teil, darunter Vertreter verschiedener, zumeist linker Organisationen und Gewerkschafter aus dem Kreis Groß-Gerau, unter anderem von Opel. Vertreter der Grünen, der USD, der Vorbereitungsgruppe und Alexander Schubart stellten ihre Positionen dar. Dabei stand die Frage nach Notwendigkeit und Möglichkeit des Aufgreifens von anliegenden Fragen der Arbeiterbewegung bei den Landtagswahlen im Vordergrund. Daneben wurden auch unterschiedliche Formen eines gemeinsamen Vorgehens diskutiert (Alleinkandidatur der Grünen, bunte oder alternative Liste). Zur Veranstaltung war durch einen Aufruf von ca. 60 Unterzeichnern, darunter etliche Betriebs- und Personalräte, Stadt- und Kreistagsabgeordnete und Startbahngegner, eingeladen worden. Das Ziel, überparteilich und gemeinsam mit allen Interessierten die Diskussion darüber zu eröffnen, ,,wie können sich die verschiedenen Kräfte (aus Ökologie-, Friedens- und Arbeiterbewegung) im Zusammenhang mit der Landtagswahl ein besseres Sprachrohr und mehr Bewegungsraum verschaffen?" (Aufruf) wurde erstmal erreicht.

Den gleichen Aufruf haben inzwischen in Darmstadt viele unterschrieben, u.a. der Betriebsrat des Chemie-Werkes Merck. Die entsprechende Veranstaltung wird dort am Donnerstag, den 4.2., stattfinden. Bis dahin werden verschiedene Gruppen und Einzelpersonen etwas programmatischere Vorschläge vorlegen.

In Kasseler Initiativen und auch Gewerkschaftskreisen hat die Diskussion um die Landtagswahlen '82 verstärkt eingesetzt. Die ,,Grünen" sahen sich inzwischen genötigt, zur breiten Diskussion über die ,,Interessenlage zur Landtagswahl" aufzurufen. Entsprechend der zentralen Bedeutung der Auseinandersetzung um die Startbahn West in den anstehenden Landtagswahlen richtet sich das Augenmerk auf die Diskussion dieser Frage in der Bewegung gegen die Startbahn West.

In der Kasseler ,,Initiative Volksbegehren – Keine Startbahn West" hat seit Mitte Dezember die Diskussion um die Frage der Landtagswahlen begonnen. Neben den Aufgaben
1. der Landesregierung durch eine ,,Offensive der Argumente" (Kritik der Regierungserklärung Börners) und dem Staatsgerichtshof durch Aufdeckung seiner Abhängigkeit das Recht streitig zu machen, als verkörpertes Allgemeininteresse aufzutreten und
2. durch politische Aktionen in ganz Hessen und darüber hinaus deutlich zu machen, daß der Widerstand nach dem Staatsgerichtshofsurteil nicht beendet ist, sondern sich neu formiert,
stellt sich die Frage unseres Eingreifens in die Landtagswahlen immer dringender.

Für einen Teil der Startbahngegner ist es ,,doch die Logik, daß wir denen jetzt wirklich mit 'ner Alternative auch auf parlamentarischer Ebene Paroli bieten" (Schubart in einem FAZ Interview).

In der Kasseler Initiative sieht jedenfalls die Mehrheit eine solche Aufgabenstellung, wohingegen ein anderer Teil die Auffassung vertritt, die Beteiligung an Parlamentswahlen würde grundsätzlich die Bewegung von ihren eigentlichen Aufgaben ablenken und parlamentarische Illusionen verstärken. Es habe sich zudem herausgestellt, daß die Umarmungsversuche und Sachzwangargumentation der bürgerlichen Parteien auch die ,,Grünen" z.B. in Kassel korrumpiert habe (in Kassel besteht eine Vereinbarung über ,,offene Zusammenarbeit" zwischen SPD und Grünen), was man gerade an dem von SPD und ,,Grünen" gemeinsam beschlossenen Stadthaushalt sehen könne.

So gut wie unstrittig ist jedenfalls (bisher) in der Initiative, daß die ,,Grünen" nicht den ,,parlamentarischen Arm", sondern trotz innerer Differenzierung eine bestimmte politische und weltanschauliche Richtung der Bewegung darstellen.

Das Problem bei diesen Überlegungen ist nun (neben dem Beschluß der ,,Grünen" für ihre Parteikandidatur) die kurze Zeit bis zum Wahltermin (26.09.82) und insbesondere die noch unterentwickelte Diskussion um die programmatischen Positionen eines solchen Bündnisses wie auch der organisatorischen Formen.

In dem nebenstehenden *Diskussionspapier*, das von der Mehrheit der Initiative zumindest von der Richtung her befürwortet wird, wird der Versuch gemacht, Orientierungspunkte für solche Programmgrundlagen zu setzen, die sich aus den Erfahrungen der Bewegung gegen die Startbahn West ergeben.

H. Arendt, Kassel

Stellungnahme der Kasseler Initiative gegen die Startbahn West zu den Landtagswahlen

1. Wenn mehr Wahlberechtigte in Hessen den Antrag für das Volksbegehren gegen die Startbahn West unterzeichnen als die FDP in den letzten Wahlen Stimmen bekommen hat und kurz darauf die hessischen Parlamentarier durch die Bank die Regierungslinie in dieser Frage unterstützen, *dann wird deutlich*, daß zumindest ein großer Teil der hessischen Bevölkerung in diesem Parlament nicht repräsentiert ist.

2. Wenn die gegenwärtige Landesregierung selbst ihre eigene politische Existenz von der Durchsetzung der Startbahn West gegen die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung und eine breite Bewegung in ganz Hessen abhängig macht und auf der anderen Seite Dregger nur darauf lauert, den eingeschlagenen Regierungskurs zu vollenden, *dann wird deutlich*, warum Startbahngegner in Hessen Interesse an einer Alternative in den Landtagswahlen haben, um diese für ihren Kampf zu nutzen. Wobei wir uns keine Illusionen machen, daß unsere Forderungen auf Parlamentsebene entschieden würden. Darüber wird der außerparlamentarische Kampf entscheiden.

3. Wenn wir in der Auseinandersetzung um die Startbahn West erkannt haben, daß
– dieses Projekt mit solcher Hartnäckigkeit verfolgt wird, weil u.a. US-militärische Interessen dahinter stehen und damit ein weiterer Eckstein in den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft gesetzt werden soll,
– der Kampf gegen die aus Profitgründen betriebene Umweltzerstörung und für eine an den Interessen der Bevölkerung orientierte Struktur- und Verkehrspolitik – gerade im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Startbahn – einen festen Platz in der hessischen Gewerkschaftsbewegung (zumindest an der Basis und in verschiedenen Einzelgewerkschaften) eingenommen hat. Und daß zunehmend nach wirtschaftspolitischen Alternativen gesucht wird, anstatt verlogenen Versprechungen bezüglich Schaffung von Arbeitsplätzen durch Startbahn oder Wiederaufbereitungsanlagen aufzusitzen,
– der Kampf gegen die Startbahn West notwendig Bestandteil des Kampfes um demokratische Rechte des Volkes wie der Kommunen ist,
– daß die Schaffung einer Alternative in den Landtagswahlen auf Grundlage der Vereinigung der Kräfte der Bewegungen für demokratische Rechte, gegen die Zerstörung der Umwelt, gegen die Kriegsgefahr und der aktiven Gewerkschaftsbewegung nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

4. Zu den anstehenden Landtagswahlen kann keine Partei stellvertretend für diese Bewegungen kandidieren, ohne wesentliche Kräfte für eine Alternative in Hessen auszublenden. Die Gewerkschaftsbewegung kann sich z.B. durch die ,,Grünen" kaum repräsentiert fühlen, in deren Programm die Arbeiterbewegung und wichtige Forderungen derselben keine Erwähnung finden.

In der gewerkschaftlichen Diskussion stehen gegenwärtig Fragen des Kampfes gegen die Krisenfolgen und die Sparbeschlüsse im Mittelpunkt. Reallohnsicherung und Alternativen im Kampf gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit werden gefordert. Wenn jetzt nicht in der Vorbereitung der Landtagswahlen an den positiven Ansätzen der Verbindung von Arbeiter- und Umweltschutzbewegung im Kampf gegen die Startbahn West angeknüpft wird, wächst die Gefahr des Gegeneinanderausspielens von ,,Arbeitsplatzsicherung" und Umweltschutz. Die Alleinkandidatur einer ,,ökologischen Partei" würde genau in die Kerbe schlagen, die Börners Demagogie vorgezeichnet hat.

Demgegenüber muß eine Alternative zu den Landtagswahlen auf Interessen und Kräften der Gewerkschafts-, Ökologie- und Friedensbewegung beruhen. Da die ,,Grünen" ihre Kandidatur als Partei zu den Landtagswahlen schon beschlossen haben, *appellieren wir an die Grünen*, diesen Beschluß zu revidieren und damit Bedingungen für eine Wahlbewegung zu schaffen, die den Zusammenschluß der genannten Kräfte ermöglicht.

5. Gegenüber dem ,,Bündnisangebot" der DKP zu den Landtagswahlen stellen wir fest, daß wir ein Wahlbündnis mit der DKP als Partei ausschließen, jedoch (bei Zustandekommen eines Wahlbündnisses bzw. einer Alternativen Liste in Hessen) DKP-Mitgliedern wie allen anderen Einzelpersonen die Mitarbeit offenstehen muß, wenn sie die gemeinsam erarbeiteten Programmgrundlagen mittragen. Eine solche Mitarbeit von DKP-Mitgliedern kann jedoch nicht heißen, daß eine Alternative Liste Enthaltsamkeit übt bezüglich Solidarität mit Solidarność oder Afghanistan oder bezüglich Kritik an den Verhältnissen im Ostblock.

10 Jahre ,,Arbeiterkampf", jetzt ,,5 vor 12"?
Zweiter Kongreß des Kommunistischen Bundes in Hamburg
genüber Kapital und Regierung ist. Ursache ist sowohl die ,,grüne" Blockadepolitik gegenüber solchen Bündnis-Bemühungen als auch unsere bisherige Initiativlosigkeit in dieser Frage. So wie's jetzt aussieht, werden sich z.B. die Startbahngegner bei der Stimmabgabe zu den Landtagswahlen nur durch die Wahl der Grünen artikulieren können ..." Nützlich sei es jetzt, ,,mit den Grünen in die inhaltliche Diskussion über ein Landtagswahlprogramm einzusteigen, auf dessen Grundlage eine Beteiligung an den Landtagswahlen für möglichst alle in Frage kommenden Kräfte drin wäre."
Demgegenüber hat es in anderen hessischen Städten positivere Erfahrungen mit der inhaltlichen Vorbereitung der Wahlen gegeben. Am 14. Januar fand in Rüsselsheim eine Diskussionsveranstaltung zum Thema: Landtagswahlen '82 – welche Alternative gibt es zu SPD, FDP und CDU? statt.
Werkes Merck. Die entsprechende Veranstaltung wird dort am Donnerstag, den 4.2., stattfinden. Bis dahin werden verschiedene Gruppen und Einzelpersonen etwas programmatischere Vorschläge vorlegen.
In Kasseler Initiativen und auch Gewerkschaftskreisen hat die Diskussion um die Landtagswahlen '82 verstärkt eingesetzt. Die ,,Grünen" sahen sich inzwischen genötigt, zur breiten Diskussion über die ,,Interessenlage zur Landtagswahl" aufzurufen. Entsprechend der zentralen Bedeutung der Auseinandersetzung um die Startbahn West in den anstehenden Landtagswahlen richtet sich das Augenmerk auf die Diskussion dieser Frage in der Bewegung gegen die Startbahn West.
In der Kasseler ,,Initiative Volksbegehren – Keine Startbahn West" hat seit Mitte Dezember die Diskussion um
(bisher) in der Initiative, daß die ,,Grünen" nicht den ,,parlamentarischen Arm", sondern trotz innerer Differenzierung eine bestimmte politische und weltanschauliche Richtung der Bewegung darstellen.
Das Problem bei diesen Überlegungen ist nun (neben dem Beschluß der ,,Grünen" für ihre Parteikandidatur) die kurze Zeit bis zum Wahltermin (26.09.82) und insbesondere die noch unterentwickelte Diskussion um die programmatischen Positionen eines solchen Bündnisses wie auch der organisatorischen Formen.
In dem nebenstehenden Diskussionspapier, das von der Mehrheit der Initiative zumindest von der Richtung her befürwortet wird, wird der Versuch gemacht, Orientierungspunkte für solche Programmgrundlagen zu setzen, die sich aus den Erfahrungen der Bewegung gegen die Startbahn West ergeben. H. Arendt, Kassel
aktionär? Warum sprachen Marx und Engels von der fortschrittlichen und reaktionären historischen Rolle ganzer Völker?)
Zu 2: Die Ausgangsfrage: Wenn doch ein Atomkrieg in Europa von der
– der Kampf gegen die aus Profitgründen betriebene Umweltzerstörung und für eine an den Interessen der Bevölkerung orientierte Struktur- und Verkehrspolitik – gerade im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Startbahn – einen festen Platz in der hessischen Gewerkschaftsbewegung (zumindest an der Basis und in verschiedenen Einzelgewerkschaften) eingenommen hat. Und daß zunehmend nach wirtschaftspolitischen Alternativen gesucht wird, anstatt verlogenen Versprechungen bezüglich Schaffung von Arbeitsplätzen durch Startbahn oder Wiederaufbereitungsanlagen aufzusitzen,
– der Kampf gegen die Startbahn West notwendig Bestandteil des Kampfes um demokratische Rechte des Volkes wie der Kommunen ist,
– daß die Schaffung einer Alternative in den Landtagswahlen auf Grundlage der Vereinigung der Kräfte der Bewe-
Anzeige
Beiträge zur revolutionären Theorie
datur als Partei zu den Landtagswahlen schon beschlossen haben, appellieren wir an die Grünen, diesen Beschluß zu revidieren und damit Bedingungen für eine Wahlbewegung zu schaffen, die den Zusammenschluß der genannten Kräfte ermöglicht.
5. Gegenüber dem ,,Bündnisangebot" der DKP zu den Landtagswahlen stellen wir fest, daß wir ein Wahlbündnis mit der DKP als Partei ausschließen, jedoch (bei Zustandekommen eines Wahlbündnisses bzw. einer Alternativen Liste in Hessen) DKP-Mitgliedern wie allen anderen Einzelpersonen die Mitarbeit offenstehen muß, wenn sie die gemeinsam erarbeiteten Programmgrundlagen mittragen. Eine solche Mitarbeit von DKP-Mitgliedern kann jedoch nicht heißen, daß eine Alternative Liste Enthaltsamkeit übt bezüglich Solidarität mit Solidarność oder Afghanistan oder bezüglich Kritik an den Verhältnissen im Ostblock.

10 Jahre ,,Arbeiterkampf", jetzt ,,5 vor 12"?

Zweiter Kongreß des Kommunistischen Bundes in Hamburg

chs.Hamburg. Zum 2. Kongreß des Kommunistischen Bundes (KB) am 16./17.1.82 in Hamburg, an dem ca. 250 Leute, davon die Hälfte Delegierte, teilnahmen, waren auch linke Organisationen als Gäste eingeladen. Der Kongreß war einberufen worden, um den politischen Charakter der Zeitung ,,Arbeiterkampf" sowie deren Erscheinungsweise neu zu fassen. Aktuell zwangen Rückgang der Auflage und finanzielle Unhaltbarkeit dazu. Selbstverständlich aber mußte die Debatte um mehr gehen, nämlich um Aufgabe und Notwendigkeit des KB in der gegenwärtigen politischen Situation, Probleme des Mitgliederverlustes, Fragen der Neuorientierung der ,,Bündnispolitik", sprich Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Also eine der Veranstaltungen, wie sie gegenwärtig häufiger stattfinden.

Der KB will mehr Theorie und Schulung – im Gegensatz zu seiner als spontaneistisch bezeichneten Vergangenheit, er will den Marxismus-Leninismus gegen das Aufkommen des modernen Revisionismus (,,modernen Sozialismus", sprich ,,Moderne Zeiten") und militante Vaterlandsverteidigung (z.B. KBW) verteidigen, und er will den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Friedensbewegung verlagern (die Entwicklung der Arbeiterbewegung sei auch vom KB viel zu euphorisch und illusionär eingeschätzt worden). Vier Schwerpunkte der Diskussion sind m.E. besonders interessant: 1) das Grundsatzreferat von ,,Heiner" über die Geschichte des KB, das auch einen Vorgeschmack auf die Methode der neuen ,,Theoriebildung" gab; 2) die Rolle der BRD bei den Kriegsvorbereitungen; 3) welchen Charakter wird die ,,sich herausbildende neue linkssozialistische Partei" haben, oder: Blockbildung, mit wem?; und 4) die Rolle der Arbeiterklasse, bzw. wirkt die Entwicklung der Produktivkräfte revolutionär oder nicht.

Zu 1: Auffallend eine reichlich beschönigende Rede zum Geburtstag. Abgesehen von formelhafter Selbstkritik wie linkssektiererisch und spontaneistisch werden die KBler als die letzten Marxisten-Leninisten hingestellt, die ihre Politik auf die Grundpfeiler gestellt haben: a) Lenins-Imperialismus-Theorie, d.h. Ablehnung der Supermächte-Theorie und Kampf gegen jeden Chauvinismus; b) Faschisierung von Staat und Gesellschaft: diese vom KB ,,aus den Tatsachen entwickelte" und von anderen nur ,,geleugnete" Einschätzung haben sich als vollständig richtig erwiesen, die SPD habe man immer als Herrschaftsvariante des Imperialismus bekämpft (der interessierte Zuhörer, der ,,damals" schon dabei war, wartete vergeblich auf eine Erklärung zum Wahlaufruf für die SPD 1972), die Neubewertung des Reformismus, die an der Ausweitung des Sozialstaates ansetze, müsse zurückgewiesen werden, indem die Hauptseite: Unterdrückungscharakter des Staates, Notwendigkeit seiner Zerschlagung und Diktatur des Proletariats hervorgehoben werde.

Wie immer man zu diesen Thesen steht, diese Theoriebildung verbleibt im Rahmen des aus dem Arbeiterkampf sattsam bekannten oberflächlichen Räsonnierens, des Verbreitens von Meinungen und Vorurteilen, statt sich mit den doch nun wirklich aufgeworfenen Fragen tiefer auseinanderzusetzen. Wie ist denn nun die Lage nach 10 Jahren ,,Faschisierung"? Der Hinweis auf Computererfassung und brutale Polizeieinsätze erklärt doch keine widersprüchliche politische Lage, wo einerseits die Repression zunimmt, andererseits aber das Tätigkeitsfeld der Linken und der demokratischen Bewegungen sich doch ausgeweitet hat. Wie ist denn nun der Übergang von bürgerlicher Demokratie zum Faschismus zu fassen? (Bei allem so betont realistischem Gehabe spielt das Studium der Realität in ihren Zusammenhängen, was über die Reportage von aufsehenerregenden Einzelerscheinungen hinausgeht, doch eine geringe Rolle. Auch ein Genosse wie ,,U., RGW-Kommission", der durchaus neue Initiativen in der KB-Diskussion ergreift, setzt zur Begleitung des Kongresses im AK 215 einen Artikel ab, in dem Engels endlich des Chauvinismus überführt wird und der durch wenig Geschichtskenntnis geprägt ist, sondern mehr durch Klatschsucht, ,,skandalöse Äußerungen" und ,,bürgerliche Rückstände im Bewußtsein von Marx und Engels" herauszufinden. Interessanter wäre auch hier gewesen: Warum hielten Marx und Engels wie auch Lenin Vaterlandsverteidigung in einem kapitalistischen Land nicht für prinzipiell reaktionär? Warum sprachen Marx und Engels von der fortschrittlichen und reaktionären historischen Rolle ganzer Völker?)

Zu 2: Die Ausgangsfrage: Wenn doch ein Atomkrieg in Europa von der BRD nur ein Trümmerfeld übrigläßt, warum setzt sich dann die Bundesregierung für die Stationierung der Mittelstreckenraketen ein? Die schnell vom LG gelieferte Erklärung: ,,Imperialistischer Wahnsinn wie bei Hitler" und ,,die Imperialisten haben nur ein taktisches Verhältnis zu ihrem Land" konnte nicht befriedigen. Aber hinter jeder Theorie ,,BRD = Vasall des US-Imperialismus" lauert die Theorie der Supermächte. Oldenburger Genossen vertraten die Ansicht, daß die militärtechnischen Probleme in den Hintergrund treten, da inzwischen nahezu alles machbar ist, und deshalb der Atomkrieg hauptsächlich politisch wird. Das Kalkül der BRD-Imperialisten sei, die totale Konfrontation am Leben zu erhalten, da sie bei einem begrenzten Atomkrieg in Europa nur verlieren könnten. So interessant der Ausgangspunkt war, so blieben die Analysen doch halbseitig gelähmt, da alle – und stillschweigend – von dem Dogma ausgingen, daß die Sojwetunion nicht aggressiv sei. Wie aber die Pläne der Bundesregierung auch nur erfassen, wenn die der SU unerwähnt bleiben? Das führte zu solchen Gedankenverrenkungen: Man darf das Gerede vom ,,Schießplatz Europa" nicht mitmachen, weil das die europäischen Imperialisten als Opfer der Supermächte hinstellt. Vielmehr sei richtig: Schießplatz Osteuropa durch die Vorwärtsverteidigung des BRD-Imperialismus. Die Fragen wurden nicht ausdiskutiert, sondern auf einen folgenden Kongreß vertagt.

Fortsetzung Seite 5

Nicht nur eine „Energieverschwendungskrise“

Diskussion um den Inhalt der bundesweiten Energiebroschüre geht weiter

wiv.Kiel. Am 23./24.1. fand in Bremen ein erneutes Treffen zur Überarbeitung der geplanten bundesweiten „Energiebroschüre“ statt. Ca. 20 Vertreter verschiedener Initiativen nahmen daran teil, darunter wieder knapp die Hälfte Mitglieder der Stadtteilgruppe Gete der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA). Das erklärte sich vor allem daher, daß die Gete-Vertreter zum vorliegenden Entwurf einen kompletten Gegenentwurf erarbeitet hatten, der bereits auf dem Osnabrücker Treffen am 12.12.1981 verteilt worden war. (Vgl. KVZ 3/82, S. 5)

Die in Osnabrück festgelegte politische Diskussion um die Inhalte litt von Anfang an darunter, daß der Alternativentwurf noch nicht so überarbeitet war, daß er vom Platz und den Themenschwerpunkten her hätte passen können. Daher wurde die Diskussion und Auseinandersetzung um den mitentscheidenden Komplex „Energieverbrauch/Energiebilanz/Bonner Energiepolitik“ zum wiederholten Male allgemein und prinzipiell geführt, ohne Bezug zur Broschüre selber. Das führte nach rund drei Stunden dazu, daß die Gete-Vertreter keine Möglichkeit der konkreten Mitarbeit am Text selber mehr sahen und das Treffen sich teilte. Es war *keine* Spaltung, sondern eine im Interesse des weiteren Fortgangs an dem Punkt eher notwendige Teilung.

Worum ging der Streit?

Im Entwurf und auch in den Überarbeitungen wurde die Energiepolitik/Energiebilanz fast durchgehend von der *stofflichen* Seite, der Gebrauchswertseite der Energiedienstleistungen her behandelt mit dem Ergebnis, daß der Charakter der Energiekrise als der einer Energie*verschwendungs*krise erscheint. Das zeigte sich schlagend an einigen Zwischenüberschriften des Themenkomplexes, die da lauteten: „Energiefresser Strom, Energiefresser Heizung, Energiefresser Industrie“. Die Kehrseite dann so vorsichtige Formulierungen wie „Energie – *auch* ein Geschäft“. Diese Herangehensweise findet sich übrigens auch in der mittlerweile reichlichen Literatur (rororo etc.).

Dagegen hielten die Gete-Vertreter völlig zu Recht, daß die Energiekrise Ausdruck des Widerspruchs zwischen Kapitalverwertungsinteressen einerseits und den Bedürfnissen der Volksmassen andererseits ist. Die Energieverschwendung ist eine der wesentlichen *Folgen* dieses Widerspruchs wie die Bonner Energiepolitik ebenso eine solche Folge im Interesse der Kapitaleigentümer ist. Diese Kritik war übrigens in vielen Zuschriften zu dem Entwurf so oder ähnlich geführt worden und war auch vom Ansatz her von allen akzeptiert.

Während die Gete-Vertreter ihren eigenen Entwurf weiter inhaltlich verhandelten, lag dann der Schwerpunkt bei dem an der Überarbeitung der Vorlagen weitermachenden Teil des Treffens darin, deutlich zu machen, daß die Energieverschwendung zwangsläufige Folge, nicht aber grundlegender Charakter der Energiekrise ist. Wird das nicht eindeutig klar, so bliebe nur die moralische Kritik der Verantwortungslosigkeit der Politiker, die zwar berechtigt ist, aber wenig klärt, oder aber die Schlußfolgerung, daß es Idioten sind, die die Verschwendung als Ziel ihrer Politik betrieben. Beides bewirkt eine Abstumpfung der Widersprüche, die hinter den Stand der Auseinandersetzung, auch innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, zurückfiele. Die schleswigholsteinischen SPD'ler sind schon weitergegangen. In einem landesweiten energiepolitischen Papier zu den Kommunalwahlen im März betonen sie, daß eine von den benötigten Energiedienstleistungen ausgehende kommunale Energiepolitik notwendig in Widerspruch zu den Interessen der großen Energieversorgungsunternehmen wie NWK oder Schleswag stehe.

Eine ähnliche Auseinandersetzung steht noch bei dem Themenkomplex „Alternativenergien“ bevor, wo das berechtigte und notwendige Interesse an Darstellung der „konkreten Utopie“ allzu leicht auf Kosten der ökonomischen und politischen und tatsächlich ja entscheidenden Einflußfaktoren geht.

In Verbindung mit diesem Problem steht eine weitere Schwierigkeit. Aus der „ganzheitlich – stofflichen“ Sichtweise heraus ist des öfteren von „dem Bürger“ die Rede. Dieser ominöse „Bürger“ wird spätestens bei der Diskussion um den Schwierigkeitsgrad einzelner Ausführungen zu „Otto Normalverbraucher“ mit teilweise verwegenen und auch falschen Spekulationen über dessen Gedanken und Verhalten. In der Broschüre sollte eindeutig herausgearbeitet werden, daß es sich beim Kampf um eine alternative Energiepolitik um einen Kampf unvereinbarer Klasseninteressen handelt. Sonst werden allzu leicht Illusionen entstehen. Wohlgemerkt: es geht dabei um die Sache, nicht um „abschreckende“ Formulierungen.

Die geplante Energiebroschüre hat den konkreten Zweck eines nützlichen Hilfsmittels für die weitere Auseinandersetzung, und es wird von der Initiative der BI's abhängen, ob sich nach der Verteilung etwas regt (Veranstaltungen etc.). Ihr Nutzen wird in direktem Verhältnis zur Klarheit ihrer Position stehen, auch in Bezug auf die Auseinandersetzungen in der SPD und in den Gewerkschaften.

Das nächste Treffen der Redaktion, die sich über den ursprünglichen „Arbeitskreis Energiebroschüre“ mit Auftrag der Bremer Bundeskonferenz vor einem Jahr hinaus schon erheblich ausgeweitet hat, findet am 20./21.2. erneut in Bremen statt. Genaue Zeit und Ort können ab Mitte Februar über die BBA erfragt werden. Tel.: 0421 / 700144.



Rund 8000 demonstrierten am 23. Januar gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in Frankenberg-Wangershausen. „Viele können viel erreichen – die DWK muß weichen!“ war eine häufige Losung. Die Kundgebungsredner forderten die Kommunalpolitiker auf, eindeutig Stellung zu beziehen, auch im Hinblick auf die Landtagswahlen. Die Demonstration war eine erste Zusammenfassung der Bewegung, zwei Monate nach Standortbenennung.

Hinweise zu den Arbeitsgruppen:

AG „Die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus“

Gegenstand des letzten Treffens der Arbeitsgruppe am 2./3.1.1982 war die Diskussion des Buches von Peter W. Schulze: Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft. Die historischen Bedingungen des Stalinismus (Frankfurt/New York (Campus Verlag) 1977).

Nächster Schwerpunkt der Arbeitsgruppe wird die Diskussion über die verschiedenen Positionen in den beiden entscheidenden Debatten über den Kurs der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion sein.

Auf dem nächsten Treffen wird die Debatte um die Industrialisierung und Kollektivierung in den 20er Jahren diskutiert. Grundlagentexte dafür sind: Alexander Erlich: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928, Frankfurt (Europäische Verlagsanstalt) 1971; Evgenji A. Preobrazenskij: Die neue Ökonomik (1926), Reprint Berlin (Verlag Neuer Kurs) 1971 und Nikolai Bucharin: Der Weg zum Sozialismus, Wien 1925. Die Texte werden in Referatform vorbereitet und auf dem Arbeitstreffen vorgetragen. Gelesen werden sollte von jedem Teilnehmer der Text von Alexander Erlich und, wenn möglich, die beiden anderen Grundlagentexte. Weitere Referate werden vorbereitet zu Lenins Text über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland (LW 3); zu den Vorstellungen der Menschewiki über die Fragen der Wirtschaftspolitik; zu zwei weiteren Texten von Preobrazenskij – Sozialistische Alternative; UdSSR 1985 – sowie zu dem Buch von Friedrich Pollock: Planwirtschaftliche Versuche in der Sowjetunion 1917–1927.

Der darauffolgende Termin wird sich mit der Diskussion über die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion ab Mitte der 50er Jahre befassen.

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe findet am *20./21.2.* statt. Beginn Samstag 13 Uhr, Ende Sonntag 16 Uhr. Die Anmeldung muß bis zum 14.2. erfolgen.

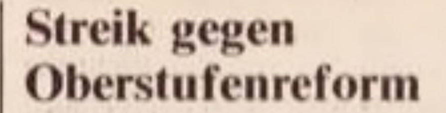
Der Text von Bucharin wird vom Sendler Verlag als Reprint nachgedruckt werden, da er ansonsten kaum zugänglich ist. Er kann voraussichtlich ab dem 10.2. über den Buchvertrieb Hager bezogen werden. Die Materialmappe mit schriftlichen Ausarbeitungen zu anderen Büchern über die politische und ökonomische Entwicklung der Sowjetunion kann ebenfalls, allerdings auch erst ab dem 10.2., über den Buchvertrieb bezogen werden. (Preis: ca. 3–4 DM)

Fortsetzung von Seite 4

Nach 10 Jahren ...

Zu 3: Ausgemacht ist für den KB, daß sich aus „modernen Sozialisten“, Teilen der Grünen und Alternativen einerseits und linken, aus der Partei gedrängten Teilen der SPD andererseits eine neue Reformpartei entwickeln wird. Wird dies eine wesentlich sozialdemokratische oder eine wesentlich sozialistische Partei sein? Eine These lautete: „Je kleiner, desto sozialistischer – je größer, desto reformistischer“. Man kann die Einschätzung der Entwicklung der linken Bewegung im

sten Tag ohne jede Diskussion hingenommen worden war, war es für einen Außenstehenden doch recht überraschend, daß sich am 2. Kongreßtag eine Mehrheit der Delegierten gegen den Leitantrag des LG mit ausgesprochen „modernen“ Thesen durchsetzte. Kurz der Inhalt des Gegenantrags, der zur Grundlage der Diskussion genommen wurde: a) der Klassenkampf drängt eher zum gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen als zum Sieg des Proletariats, b) die kapitalistischen Destruktivkräfte machen die Möglichkeit einer kommunistischen Gesellschaft immer unwahrscheinli-



Streik gegen Oberstufenreform

kab.Saarbrücken. Einem Aufruf ihrer Landesschülervertretung folgend führten die Oberstufen-Schüler der saarländischen Gymnasien vom 18. bis 23. Januar eine Aktionswoche gegen eine 1979 in Kraft getretene Neugestaltung der reformierten Oberstufe durch. Zwischen 6000 und 7000 Oberstufen-Schüler beteiligten sich am 21. Januar an einem landesweiten Streiktag. Die Neugestaltung der reformierten Oberstufe beinhaltet, daß auch während des

Veranstaltungen

Essen

und Revolution. Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung in Westdeutschland“ (Kommunismus und Klassenkampf 1/82). Gaststätte „Holling“, Hasestraße 53
Freitag, 5.2.1982, 19.30 Uhr

Arbeitsgruppen:

Worum ging der Streit?

Im Entwurf und auch in den Überarbeitungen wurde die Energiepolitik/Energiebilanz fast durchgehend von der *stofflichen* Seite, der Gebrauchswertseite der Energiedienstleistungen her behandelt mit dem Ergebnis, daß der Charakter der Energiekrise als der einer Energie*verschwendungs*krise erscheint. Das zeigte sich schlagend an einigen Zwischenüberschriften des Themenkomplexes, die da lauteten: „Energiefresser Strom, Energiefresser Heizung, Energiefresser Industrie“. Die Kehrseite dann so vor-

wirkt eine Abstumpfung der Widersprüche, die hinter den Stand der Auseinandersetzung, auch innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, zurückfiele. Die schleswigholsteinischen SPD'ler sind schon weitergegangen. In einem landesweiten energiepolitischen Papier zu den Kommunalwahlen im März betonen sie, daß eine von den benötigten Energiedienstleistungen ausgehende kommunale Energiepolitik notwendig in Widerspruch zu den Interessen der großen Energieversorgungsunternehmen wie NWK oder Schleswag stehe.

tungen etc.). Ihr Nutzen wird in direktem Verhältnis zur Klarheit ihrer Position stehen, auch in Bezug auf die Auseinandersetzungen in der SPD und in den Gewerkschaften.

Das nächste Treffen der Redaktion, die sich über den ursprünglichen „Arbeitskreis Energiebroschüre“ mit Auftrag der Bremer Bundeskonferenz vor einem Jahr hinaus schon erheblich ausgeweitet hat, findet am 20./21.2. erneut in Bremen statt. Genaue Zeit und Ort können ab Mitte Februar über die BBA erfragt werden. Tel.: 0421 / 700144.

1977).

Nächster Schwerpunkt der Arbeitsgruppe wird die Diskussion über die verschiedenen Positionen in den beiden entscheidenden Debatten über den Kurs der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion sein.

Auf dem nächsten Treffen wird die Debatte um die Industrialisierung und Kollektivierung in den 20er Jahren diskutiert. Grundlagentexte dafür sind: Alexander Erlich: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928, Frankfurt (Europäische Verlagsanstalt) 1971; Evgenji A. Preobrazenskij: Die neue Ökonomik (1926), Reprint Berlin (Verlag Neuer Kurs) 1971 und Nikolai Bucharin: Der Weg zum Sozialismus, Wien 1925. Die Texte werden in Referatform vorbereitet und auf dem Arbeitstreffen vorgetragen. Gelesen werden sollte von jedem Teilnehmer der Text von Alexander Erlich und, wenn möglich, die beiden anderen Grundlagentexte. Weitere

– sowie zu dem Buch von Friedrich Pollock: Planwirtschaftliche Versuche in der Sowjetunion 1917–1927.

Der darauffolgende Termin wird sich mit der Diskussion über die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion ab Mitte der 50er Jahre befassen.

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe findet am *20./21.2.* statt. Beginn Samstag 13 Uhr, Ende Sonntag 16 Uhr. Die Anmeldung muß bis zum 14.2. erfolgen.

Der Text von Bucharin wird vom Sendler Verlag als Reprint nachgedruckt werden, da er ansonsten kaum zugänglich ist. Er kann voraussichtlich ab dem 10.2. über den Buchvertrieb Hager bezogen werden. Die Materialmappe mit schriftlichen Ausarbeitungen zu anderen Büchern über die politische und ökonomische Entwicklung der Sowjetunion kann ebenfalls, allerdings auch erst ab dem 10.2., über den Buchvertrieb bezogen werden. (Preis: ca. 3–4 DM)

Fortsetzung von Seite 4

Nach 10 Jahren ...

Zu 3: Ausgemacht ist für den KB, daß sich aus „modernen Sozialisten“, Teilen der Grünen und Alternativen einerseits und linken, aus der Partei gedrängten Teilen der SPD andererseits eine neue Reformpartei entwickeln wird. Wird dies eine wesentlich sozialdemokratische oder eine wesentlich sozialistische Partei sein? Eine These lautete: „Je kleiner, desto sozialistischer – je größer, desto reformistischer“. Man kann die Einschätzung der Entwicklung der linken Bewegung im AK215 in den „Thesen zur Perspektive des Arbeiterkampf“ nachlesen, die den Leitantrag des LG (Leitendes Gremium) auf dem Kongreß darstellten. Die Frage für den KB war: Was bringt die eigenständige Organisation, inwieweit muß man sich an der Herausbildung der Linkspartei beteiligen oder muß man an den Aufbau der kommunistischen Partei gehen, d.h. gegenwärtig „den revolutionären Pol“ stärken? Unter dem letzteren versteht ein Antrag aus Freiburg „privilegierte Beziehungen“ zur Organisationen wie BWK, FAU, MRI, mit denen gemeinsam man die Ablehnung von Reformismus und Vaterlandsverteidigung habe. Obwohl die theoretische Verwandtschaft offensichtlich den zweiten Weg nahelegt, so sagt der – beim KB schon immer gut ausgeprägte – politische Instinkt doch, daß beim ersten Weg mehr zu holen ist. Auch dieser Streit wurde nicht offen ausgetragen. Es scheint, daß der KB weiterhin eine kommunistische Partei im Sinne der III. Internationale aufbauen will, ohne das aber offiziell kundzutun und entsprechende programmatische und organisatorische Schritte einzuleiten. Unbestritten in der Debatte blieb jedenfalls folgende Einschätzung: Die Lage ähnelt der nach 1914. Nachdem die SPD zum Chauvinismus übergegangen ist, haben die Revolutionäre viel zu lange an der USPD (= reformistische Partei) geklebt, statt zielstrebig die KPD aufzubauen – die Gründung des Spartakusbundes kam zu spät.

Zu 4: Nachdem das Grundsatzreferat von „Heiner“ mit der Festlegung des spezifischen KB-Leninismus am ersten Tag ohne jede Diskussion hingenommen worden war, war es für einen Außenstehenden doch recht überraschend, daß sich am 2. Kongreßtag eine Mehrheit der Delegierten gegen den Leitantrag des LG mit ausgesprochen „modernen“ Thesen durchsetzte. Kurz der Inhalt des Gegenantrags, der zur Grundlage der Diskussion genommen wurde: a) der Klassenkampf drängt eher zum gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen als zum Sieg des Proletariats, b) die kapitalistischen Destruktivkräfte machen die Möglichkeit einer kommunistischen Gesellschaft immer unwahrscheinlicher. Also Exterminismus und Industrialismuskritik in Anlehnung an Thompson, Bahro und andere, c) der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates ist die Grundlage des Revisionismus in der Staatsfrage, d) die Rolle des Proletariats ist nicht mehr wie früher die der führenden revolutionären Klasse; sie muß unter Berücksichtigung der neuen Arbeitsorganisation neu überdacht werden – Anklänge an Gorz u.a.

Nachdem so ein „klarer Dissens markiert“ war, lief die Debatte doch auf mehr oder weniger faule Kompromisse hinaus, indem einfach beide Positionen in gemeinsamen Formulierungen untergebracht wurden. Obwohl die Debatte im Verlauf des Kongresses engagierter wurde, litt sie doch offensichtlich unter fehlender Ausbildung der Mitglieder in diesen Fragen und der unscharfen Konturierung der Positionen.

Das LG hat, indem es die Zuspitzung dieser Fragen verhindern konnte, dem KB wahrscheinlich einen schlechten Dienst erwiesen. Die Mitglieder wollen offensichtlich mit mehr Schulung und mehr Theorie ernst machen und sie verlangen, daß bei der Neukonzeptionierung der Zeitung die „Umstrukturierung der linken Bewegung“ ausreichend berücksichtigt wird. Letztenendes richtet sich das gegen weitere Versuche des Aufbaus einer ML-Partei. Was rauskommt, wird man sehen. Jedenfalls hat der von Knut Mellenthin vorgeschlagene neue Name für den Arbeiterkampf „5 vor 12“ noch keine Mehrheit gefunden.

Streik gegen Oberstufenreform

kab.Saarbrücken. Einem Aufruf ihrer Landesschülervertretung folgend führten die Oberstufen-Schüler der saarländischen Gymnasien vom 18. bis 23. Januar eine Aktionswoche gegen eine 1979 in Kraft getretene Neugestaltung der reformierten Oberstufe durch. Zwischen 6000 und 7000 Oberstufen-Schüler beteiligten sich am 21. Januar an einem landesweiten Streiktag. Die Neugestaltung der reformierten Oberstufe beinhaltet, daß auch während des zweiten Halbjahres der Jahrgangsstufe 13 obligatorisch Kurse besucht und Kursarbeiten geschrieben werden müssen (sogenannte „13/2-Regelung“). Im ungünstigsten Fall kann einem Schüler bei schlechtem Abschneiden in den 13/2-Kursen – nach Absolvieren und Bestehen des schriftlichen Abiturs – die Zulassung zum mündlichen Abitur verweigert werden. Die Landesschülervertretung dazu: „Eine Farce“.

Erstmals soll die 13/2-Regelung in diesem Jahr praktisch zur Anwendung kommen. Dagegen haben jetzt die Oberschüler – nach Aktionen in der Vergangenheit – erneut protestiert. Ihre Forderungen: 1. Aufhebung der Sonderstellung des letzten Halbjahres (13/2), das langfristig wieder reines Prüfungshalbjahr werden solle. Statt der derzeitigen Einbringungspflicht von Kursen (mit schriftlichen Arbeiten) wahlweise Einbringung. 2. Zwei Wochen unterrichtsfrei im Grundkurs-Bereich vor dem schriftlichen Abitur. 3. Eine Umgestaltung der Lehrpläne dergestalt, „daß wieder Zusammenhänge gelehrt werden und nicht ungezählte Einzelheiten“.

Für diese Forderungen demonstrierten am Streiktag in Saarbrücken 1500, in Homburg 600 Schüler. Der Oberstufen-Unterricht wurde durchweg boykottiert. An einigen Gymnasien, so in Homburg und St. Ingbert, boykottieren die Abiturienten die letzten beiden Wochen vor dem schriftlichen Abitur die Grundkurse. Alle Landtagsfraktionen mußten sich für eine Überprüfung der gymnasialen Oberstufe aussprechen.

Veranstaltungen

Essen
Diskussionsveranstaltung „Solidarität mit Solidarność“, mit 2 Vertretern der Solidarność der Danziger Werft, Rudolf Bahro, Günther Brakelmann (Uni Bochum), Christoph Kleßmann (Uni Bielefeld), Ingo Lehmann (Vorstand der IG Druck und Papier). Veranstalter: Komitee „Solidarität mit Solidarność“. Alte PH, Henri-Dunant-Straße
Montag, 1.2.1982, 19.30 Uhr

Frankfurt
Veranstaltung über die Rolle der Frau in der traditionellen Afghanischen Gesellschaft und aktuell im Befreiungskampf gegen die sowjetische Okkupation, mit Frau Kamal, Vertreterin der Revolutionären Liga der Frauen Afghanistans (s. KVZ 1/82, S. 7). Veranstalter: FASA. Bürgertreff Westend, Ulmenstr. 20, Raum 12 (Keller)
Freitag, 5.2.1982, 19.30 Uhr

Osnabrück
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW: Diskussion des Artikels „Reform und Revolution. Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung in Westdeutschland“ (Kommunismus und Klassenkampf 1/82). Gaststätte „Holling“, Hasestraße 53
Freitag, 5.2.1982, 19.30 Uhr

Arbeitsgruppen:

Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus
(siehe letzte KVZ)
Beginn: Samstag, 6.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 7.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Fragen der Friedensbewegung
(siehe letzte KVZ)
Beginn: Samstag, 20.2.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Erfahrungen der Diktatur des Proletariats
(siehe oben)
Beginn: Samstag, 20.2.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Die Arbeitsgruppen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstr. 147, Tel. 0611 / 730231. Dort ist in jedem Fall eine Anmeldung bis spätestens eine Woche vorher notwendig, da sonst nicht für Essen und Unterkunft gesorgt werden kann. Weitere Informationen sind dort ebenfalls zu erhalten.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

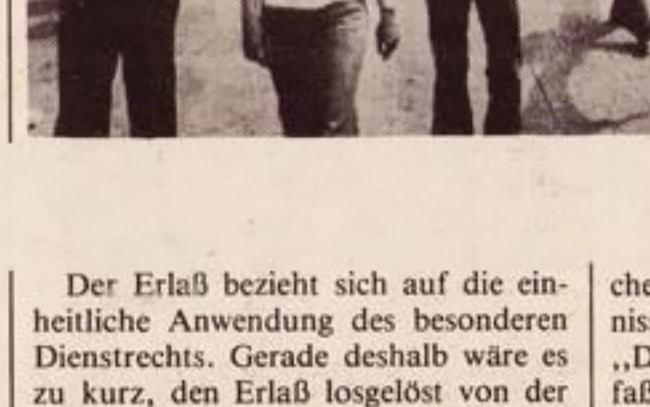
Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234
ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

10 Jahre Radikalenerlaß

Durch den Ministerpräsidentenbeschluß vom 29. Januar 1972 wurde kein neues Recht geschaffen, dieses war schon in den Beamtengesetzen festgeschrieben. Die Parteien verfolgten ein politisches Interesse. Dies aber hat er nicht erfüllt vor allem auf Grund der Entwicklung in der Gewerkschaft.



ads. Westberlin. Vor zehn Jahren, am 28.1.1972, beschloß die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst". Es war nicht der erste Radikalenerlaß in der Geschichte der Bundesrepublik. Dem Erlaß von 1972 war am 19.9.1950 der Adenauer-Erlaß vorausgegangen. Es wurden 13 Organisationen aufgeführt, bei denen die Mitgliedschaft als unvereinbar mit den Dienstpflichten eines Beamten angesehen wurde. Die Dienstvorgesetzten wurden aufgefordert, „... gegen Schuldige ... unnachsichtig die sofortige Entlassung aus dem Bundesdienst herbeizuführen". Betroffen waren die Mitglieder der KPD und ihrer Organisationen sowie die Mitglieder 12 weiterer Organisationen.

Was war der Hintergrund dieses Erlasses und entsprechender Ausführungsvorschriften der Länder?

Zunächst muß man festhalten, daß das besondere Dienstrecht im Grundgesetz eindeutig geregelt ist. In Artikel 33 heißt es: „Das Recht des öffentlichen Dienstes (ist) unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln." Hiernach unterliegt der Beamte einer besonderen Treue-, Mäßigungs- und Verschwiegenheitspflicht sowie einem Streikverbot.

Fast alle Berufsverbotsurteile beziehen sich in ihrer Begründung auf diesen Artikel 33 GG. Schon das zeigt, daß für die Rechtsprechung diese Erlasse nicht nötig waren. Offensichtlich wurden sie aber gebraucht, um auf politische Bewegungen zu reagieren.

Wurde mit dem Adenauer-Erlaß von 1950 ein wesentliches Instrument geschaffen, um das 1956 verhängte KPD-Verbot einzuleiten, so galt der Ministerpräsidentenerlaß dem Angriff auf die im Laufe der 60er Jahre erstarkte Studentenbewegung und die aus ihr hervorgegangenen marxistisch-leninistischen Organisationen sowie die neu gegründete DKP.

Darüber hinaus ging es aber auch darum, hier und da eingerissene liberale Einstellungspraktiken einzelner Dienstbehörden zu verhindern. Mit einem politischen Ausrichtungsbeschluß sollte die einheitliche Anwendung des geltenden besonderen Dienstrechts gewährleistet werden. Es handelte sich „hierbei um zwingende Vorschriften", in denen es u.a. heißt: „Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt, sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung der Grundordnung einzusetzen. Es handelt sich hierbei um zwingende Vorschriften. Der Einzelfall muß geprüft und entschieden werden ... Für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst gelten entsprechend den jeweiligen tarifvertraglichen Bestimmungen dieselben Grundsätze."

Der Erlaß bezieht sich auf die einheitliche Anwendung des besonderen Dienstrechts. Gerade deshalb wäre es zu kurz, den Erlaß losgelöst von der Auseinandersetzung um die Dienstrechtsreform zu kritisieren.

Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums als besonderem Dienstrecht geschah in der neu gegründeten BRD mit Zustimmung der Gewerkschaften. Ein entsprechendes Bekenntnis ist im Grundsatzprogramm des DGB von 1963 formuliert. Das zuständige DGB-Bundesvorstandsmitglied Reuter erklärte im November 1963: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund betrachtet das Berufsbeamtentum als wesentliches Element der staatlichen Ordnung. Es war deshalb selbstverständlich, daß sich nach dem Zusammenbruch 1945 die Gewerkschaften für die gesetzliche Sicherung des Berufsbeamtentums einsetzten." 1969 auf dem 8. o. DGB-Bundeskongreß wurde – sicher als Ergebnis der erstarkenden demokratischen Bewegung in dieser Zeit – diese Position korrigiert: „Das gültige Beamtenrecht enspricht nicht mehr den Erfordernissen der heutigen Zeit ... Vor allem ist es notwendig, das Beamtenrecht in ein Status- und ein Folgerecht zu gliedern."

Damit war die Diskussion um die Schaffung eines einheitlichen Personalrechtes voll eingeleitet. Mit dem Folgerecht sollte die Beamtenschaft in die Tarifautonomie einbezogen werden.

Ab 1970 formierte sich eine einheitliche Front der Arbeitgeber. Ihre Ergebnisse wurden 1972 als 10 Thesen zur „Dienstrechtsreform" zusammengefaßt. Der Bundesinnenminister hatte auf dieser Grundlage eine Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechts eingesetzt, die im Mai 1973 ihre Ergebnisse vorlegte. Mehrheitlich schlug diese Kommission vor, nahezu alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu verbeamten. Auch das materielle und soziale Recht der Beschäftigten sollte über das Gesetz vollzogen werden; die Folge wäre die Abschaffung des Tarif-, Koalitions- und Streikrechts gewesen.

Gegenüber diesem Vorstoß der öffentlichen Arbeitgeber hielten die Gewerkschaften an ihrer 1969 eingeleiteten Korrektur fest.

Trotzdem – obwohl die Gewerkschaften ihre Position gegenüber dem besonderen Dienstrecht zu korrigieren begannen und dieser Umbruch auf dem 11. Deutschen Beamtentag des DGB 1981 einen neuen Höhepunkt erreichte (KVZ 2/82) – spielten die Gewerkschaften im Kampf gegen den Ministerpräsidentenerlaß eine hemmende Rolle. Der DGB verabschiedete sozusagen flankierend zum Ministerpräsidentenerlaß eine Grundsatzerklärung („Unvereinbarkeitsbeschlüsse"), worin die Mitglieder aufgefordert wurden, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzulegen, und die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation als unvereinbar mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft erklärt wurde. Die Einzelgewerkschaften wurden aufgefordert, entsprechend zu verfahren.

Betroffen von den Auswirkungen des Ministerpräsidentenerlasses waren in erster Linie die Mitglieder der DKP, danach die Mitglieder unserer Organisation und der übrigen ML-Organisationen.

Für den Zeitraum vom 1.1.1973 bis zum 30.6.1975 wurden auf Anfrage des Innenausschusses des Deutschen Bundestages rund 500000 Überprüfungen und 1056 Berufsverbotsfälle angegeben. (1) In diesen Zahlenangaben ist Westberlin nicht enthalten.

Auf einem kürzlich stattgefundenen Kongreß der DKP-nahen Initiative „Weg mit den Berufsverboten" in Hannover ist festgestellt worden, daß in den zurückliegenden 10 Jahren nach zwei Millionen Überprüfungen 4641 Berufsverbote verhängt worden seien. (2)

Bei allen Zahlenangaben muß man von einer hohen Dunkelziffer ausgehen, weil mit zunehmender Lehrerarbeitslosigkeit sich die Dienstbehörden einer Begründungspflicht für Nichteinstellung entledigen können.

Auf die Fragestellung, ob dieser Erlaß den beabsichtigten politischen Erfolg gezeigt hat, kann man antworten: er hat nicht!

Betrachtet man die Gewerkschaftsbewegung, so stellt man hier seit 1 – 2 Jahren eine Wende fest. Nicht nur, daß die Gewerkschaften die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen ihre Mitglieder faktisch nicht mehr anwenden und es auch Beispiele für Wiederaufnahmen gibt. Es wird sich mehr und mehr auf die Durchsetzung von Aufgaben konzentriert, wie Arbeitszeitverkürzung für Lehrer, statt Beamtenrecht „einheitlicher Rechtsstatus für alle Arbeitnehmer".

Im letzten Jahr hat es nach meiner Kenntnis eine Reihe von Aufforderungen durch die Schulbehörde gegeben, u.a. das Thema Startbahn West nicht im Unterricht zu behandeln, die Besuche in besetzten Häusern mit Schulklassen zu unterlassen, das Thema Frieden nicht „einseitig" im Unterricht zu behandeln, usw. Gerade die letzten Beispiele zeigen, daß es trotz des besonderen Dienstrechts, trotz massiver Einschüchterungen mit der Lehrerschaft überhaupt nicht glatt geht.

(1) zitiert nach Jens Brückner, Das Handbuch der Berufsverbote, Berlin 1977, S. 20
(2) Süddeutsche Zeitung, 25.1.82

Aufhebung des Radikalenerlasses?

Das Beamtenrecht ist durch Gerichtsbeschlüsse

nen wurde. Die Dienstvorgesetzten wurden aufgefordert, „... gegen Schuldige ... unnachsichtig die sofortige Entlassung aus dem Bundesdienst herbeizuführen". Betroffen waren die Mitglieder der KPD und ihrer Organisationen sowie die Mitglieder 12 weiterer Organisationen.

Was war der Hintergrund dieses Erlasses und entsprechender Ausführungsvorschriften der Länder?

Zunächst muß man festhalten, daß das besondere Dienstrecht im Grundgesetz eindeutig geregelt ist. In Artikel 33 heißt es: „Das Recht des öffentlichen Dienstes (ist) unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln." Hiernach unterliegt der Beamte einer besonderen Treue-, Mäßigungs- und Verschwiegenheitspflicht sowie einem Streikverbot.

Fast alle Berufsverbotsurteile beziehen sich in ihrer Begründung auf diesen Artikel 33 GG. Schon das zeigt, daß für die Rechtsprechung diese Er-

Darüber hinaus ging es aber auch darum, hier und da eingerissene liberale Einstellungspraktiken einzelner Dienstbehörden zu verhindern. Mit einem politischen Ausrichtungsbeschluß sollte die einheitliche Anwendung des geltenden besonderen Dienstrechts gewährleistet werden. Es handelte sich „hierbei um zwingende Vorschriften", in denen es u.a. heißt: „Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt, sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung der Grundordnung einzusetzen. Es handelt sich hierbei um zwingende Vorschriften. Der Einzelfall muß geprüft und entschieden werden ... Für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst gelten entsprechend den jeweiligen tarifvertraglichen Bestimmungen dieselben Grundsätze."

Bundesvorstandsmitglied Reuter erklärte im November 1963: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund betrachtet das Berufsbeamtentum als wesentliches Element der staatlichen Ordnung. Es war deshalb selbstverständlich, daß sich nach dem Zusammenbruch 1945 die Gewerkschaften für die gesetzliche Sicherung des Berufsbeamtentums einsetzten." 1969 auf dem 8. o. DGB-Bundeskongreß wurde – sicher als Ergebnis der erstarkenden demokratischen Bewegung in dieser Zeit – diese Position korrigiert: „Das gültige Beamtenrecht enspricht nicht mehr den Erfordernissen der heutigen Zeit ... Vor allem ist es notwendig, das Beamtenrecht in ein Status- und ein Folgerecht zu gliedern."

Damit war die Diskussion um die Schaffung eines einheitlichen Personalrechtes voll eingeleitet. Mit dem Folgerecht sollte die Beamtenschaft in die Tarifautonomie einbezogen werden.

Ab 1970 formierte sich eine einheitli-

ten ohne abzuwägen, welche Verfahren opportun sind – und dabei gleichzeitig in Kauf zu nehmen, daß sich diese Verfahren fast ausschließlich gegen Mitglieder von *Organisationen*, vor allem der DKP richten, ohne all die vie-

vollzogen werden; die Folge wäre die Abschaffung des Tarif-, Koalitions- und Streikrechts gewesen.

Gegenüber diesem Vorstoß der öffentlichen Arbeitgeber hielten die Gewerkschaften an ihrer 1969 eingeleiteten Korrektur fest.

Trotzdem – obwohl die Gewerkschaften ihre Position gegenüber dem besonderen Dienstrecht zu korrigieren begannen und dieser Umbruch auf dem 11. Deutschen Beamtentag des DGB 1981 einen neuen Höhepunkt erreichte (KVZ 2/82) – spielten die Gewerkschaften im Kampf gegen den Ministerpräsidentenerlaß eine hemmende Rolle. Der DGB verabschiedete sozusagen flankierend zum Ministerpräsidentenerlaß eine Grundsatzerklärung („Unvereinbarkeitsbeschlüsse"), worin die Mitglieder aufgefordert wurden, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzulegen, und die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation als unvereinbar mit der Gewerkschaftsmit-

nommen haben – zugelassen würden. Der Bundesinnenminister hierzu zynisch und mit tieftraurigem Unterton vor dem Beamtenbund: „Das Bundesverfassungsgericht, das auf die Einzelfallprüfung und den rechtsstaatlichen

der faktisch nicht mehr anwenden und es auch Beispiele für Wiederaufnahmen gibt. Es wird sich mehr und mehr auf die Durchsetzung von Aufgaben konzentriert, wie Arbeitszeitverkürzung für Lehrer, statt Beamtenrecht „einheitlicher Rechtsstatus für alle Arbeitnehmer".

Im letzten Jahr hat es nach meiner Kenntnis eine Reihe von Aufforderungen durch die Schulbehörde gegeben, u.a. das Thema Startbahn West nicht im Unterricht zu behandeln, die Besuche in besetzten Häusern mit Schulklassen zu unterlassen, das Thema Frieden nicht „einseitig" im Unterricht zu behandeln, usw. Gerade die letzten Beispiele zeigen, daß es trotz des besonderen Dienstrechts, trotz massiver Einschüchterungen mit der Lehrerschaft überhaupt nicht glatt geht.

(1) zitiert nach Jens Brückner, Das Handbuch der Berufsverbote, Berlin 1977, S. 20
(2) Süddeutsche Zeitung, 25.1.82

Aufhebung des Radikalenerlasses?

Das Beamtenrecht ist durch Gerichtsbeschlüsse nach allen Seiten abgesichert / Forderungen der GEW

gkr. Die SPD-Fraktion werde noch in diesem Jahr eine parlamentarische Initiative zur Abschaffung des Extremistenbeschlusses aus dem Jahre 1972 starten, das hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing am vergangenen Wochenende auf einem Kongreß in Hannover anläßlich der 10jährigen Existenz des Radikalenerlasses geäußert. Ändern, das läßt sich voraussehen, würde sich damit auch nicht viel. Die Praxis der Fernhaltung und Entfernung von Beamten aus dem öffentlichen Dienst stützt sich längst nicht mehr (sofern sie das jemals alleine getan hat) auf diesen Erlaß der Ministerpräsidenten.

In den vergangenen Jahren, vor allem seit dem Beschluß der Bundesregierung über neue Verfahrensrichtlinien für die Einstellung in den öffentlichen Dienst vom 8. November 1978 – die z.B. von Hessen und Westberlin übernommen wurden – wurde scheinbar eine Liberalisierung der Überprüfung vorgenommen. Eine nur scheinbare Liberalisierung, weil der Erlaß z.B. zwar nicht mehr die Regelanfrage beim Verfassungsschutz vorschrieb oder zuließ, aber natürlich nicht sicherstellte, daß nicht in der Regel dennoch eine Anfrage erfolgte, weil zwar länger zurückliegende „Vergehen" als „Jugendsünden" ohne Belang bleiben sollten, aber der Wertung der einstellenden Behörde schließlich alles überlassen blieb.

Über die tatsächliche Praxis und darüber, was die anfragenden Behörden zu erfahren wünschen, läßt der Datenschutzbeauftragte in verschlüsselter Sprache einiges heraus. Bull kritisiert dort die „Dateianfrage", d.h. die Anfrage beim Verfassungsschutz, ob der betreffende Bewerber für den öffentlichen Dienst in der Datei geführt ist, ob „etwas vorliegt", noch *vor* der eigentlichen Sicherheitsüberprüfung. „In vielen Fällen geschah dies ohne Wissen des Betroffenen." Lag etwas vor, war die Entscheidung schnell gefällt, ohne daß eine Begründung abgegeben werden mußte. „Die Speicherung personenbezogener Daten (in NADIS, der Datei des Verfassungsschutzes) ... kommt nach meiner Auffassung nur in Betracht, wenn sich eine Person als Träger, d.h. als Funktionär einer verfassungsfeindlichen Bestrebung betättigt. Hingegen ist die bloße Mitgliedschaft in oder die Teilnahme an Veranstaltungen von Organisationen, die derartige Bestrebungen verfolgen, meines Erachtens kein Grund zu einer Speicherung bei den Verfassungsschutzbehörden. Die Praxis und die Auffassung der Verfassungsschutzbehörden sehen freilich anders aus. Dies hängt aber nicht zuletzt mit den Anforderungen und Erwartungen zusammen, die bisweilen im Zusammenhang mit Verfassungstreueprüfungen an den Verfassungsschutz herangetragen werden."

Wie derartige Informationen von den Behörden genutzt werden können, zeigt z.B. der Fall des Nürnberger Lehrers Pilhofer. Der Sozialdemokrat hatte in der behördlichen Anhörung erklärt, DKP-Mitglieder müßten solange auch im Staatsdienst arbeiten dürfen, wie ihre Partei nicht verboten sei und sie selbst sich nicht verfassungswidrig betätigten. Die CSU-Bürokratie lehnte daraufhin den 30jährigen ab, weil er sich nicht ausreichend von Kommunisten distanziert habe. Das Bundesverwaltungsgericht hob als letzte Instanz ein für Pilhofer positives Urteil des bayrischen Verwaltungsgerichtshofes auf. Dies Urteil des BVerwG markiert damit einen Schwerpunkt der Rechtsprechung der letzten Zeit, um die Frage der Beamtentreue gegen alle Angriffe dicht zu machen: den einstellenden Behörden wird ein weiter Ermessensspielraum für ihre Entscheidung zugebilligt, die sachliche Entscheidung und Wertung, so stellten die Gericht in letzter Instanz fest, sei nicht mehr durch Gericht zu überprüfen, nur noch das Verfahren.

Die andere Flanke, an der die Gerichte nun ein Bollwerk mit dem Urteil gegen den Postbeamten, DKP-Mitglied Peter errichtet haben, ist die Frage, ob eine Abstufung der Treuepflicht des Beamten entsprechend dem Beamtengesetz nach der Funktion des Beamten möglich ist („Funktionentheorie"). Das Bundesverwaltungsgericht hat eindeutig entschieden: nein, das gibt es nicht. Das war einer der wesentlichen Gründe, weshalb die Bundesregierung schon kurz nach dem Richterspruch ihr „Bedauern" über dieses Urteil ausgesprochen hat und weshalb sie es durchaus gerne gesehen hätte, daß Peter vor das Bundesverfassungsgericht gegangen wäre. Offensichtlich hat die Bundesregierung derzeit kein Interesse daran, nun eine Welle von Berufsverboten gegen Beamte einzuleiten ohne abzuwägen, welche Verfahren opportun sind – und dabei gleichzeitig in Kauf zu nehmen, daß sich diese Verfahren fast ausschließlich gegen Mitglieder von *Organisationen*, vor allem der DKP richten, ohne all die vielen fortschrittlichen Lehrer, denen konkrete Taten nachgewiesen werden müßten, zu treffen. Neben dieser Überlegung erscheint es auch sicher, daß eine Welle von Berufsverboten, von Ausschlüssen von Beamten aus dem öffentlichen Dienst, eine Welle von Widerstand mit sich bringen wird, was die Stellung der Gewerkschaft wie auch Ausschlußverfahren gegen die Lehrerinnen B. Larisch und H. Schelhowe in Bremen zeigen – ganz im Gegensatz zur Ansicht eines „taz"-Kommentators, der die Frage der Berufsverbote für passé hält. Das käme für die Versuche der SPD, die fortschrittliche Bewegung zu integrieren, zur Unzeit. Schließlich hat die Regierung auch, um den Widerstand abzuschwächen, in verschiedenen Fällen eine Übernahme in das Angestelltenverhältnis angeboten.

Natürlich gibt es hier deutliche Unterschiede zwischen den Ländern, denn schließlich ist dies zum großen Teil eine Länderangelegenheit. So hat die niedersächsische Landesregierung angekündigt, gegen 23 DKP- und einen NPD-Kandidaten der Kommmunalwahlen vom September 1981 dienstrechtliche Vorermittlungen einzuleiten. Diese Länder finden sich eher in Einklang mit der gegenwärtigen Rechtsprechung, vor allem der Auslegung des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1975. Was wäre da günstiger gewesen für die Regierung, als einen DKP-Mann die Haut zu Markte tragen zu lassen, um auszutesten, was für gesetzliche Initiativen seitens der Herren in den Roten Roben – die offensichtlich mittlerweile längst in vielen Bereichen die Gesetzgebungskompetenz übernommen haben – zugelassen würden. Der Bundesinnenminister hierzu zynisch und mit tieftraurigem Unterton vor dem Beamtenbund: „Das Bundesverfassungsgericht, das auf die Einzelfallprüfung und den rechtsstaatlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit abstellt, hat für den Tatbestand der disziplinarmäßig zu ahndenden Treuepflichtverletzung ein Minimum an Evidenz und Gewicht verlangt. Wir meinen, daß sich dies im Einzelfall nicht ohne Berücksichtigung der konkreten Dienstpflichten bestimmen läßt. Was beim Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz eine evidente Pflichtverletzung wäre, ist es nicht unbedingt auch schon beim Postschaffner. Das Bundesverwaltungsgericht hat eine andere Rechtsauffassung vertreten. Der Betroffene hat bisher die Möglichkeit einer verfassungsgerichtlichen Klärung nicht benutzt. Das Interesse der DKP ist ihm offenbar wichtiger als sein eigenes. Wir beabsichtigen, eine entsprechende Klarstellung durch Gesetzesänderung vorzuschlagen." Mit der Gefahr, erneut eine Abfuhr vom Bundesverfassungsgericht zu bekommen.

Auf einer Kundgebung der GEW in München anläßlich des 10. Jahrestages des Ministerpräsidentenerlasses forderte denn der GEW-Vorsitzende Wunder, der die Zahl der seit Bestehen des Erlasses überprüften Personen mit über 780000 angab und die Zahl der abgelehnten Bewerber auf Grund des Erlasses mit mindestens 866, zwei Änderungen des Beamtenrechts: Die Vorschrift, der Beamte müsse „die Gewähr bieten", daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintrete, solle in eine einfache Verhaltensvorschrift umgewandelt werden. Zweitens solle es, von Verstößen gegen die Strafgesetze abgesehen, gleichgültig sein, was der Beamte außerhalb seines Dienstes tue oder sage.

Generalstreik in Indien

chm. Die acht größten indischen Gewerkschaften hatten zum 19.1. zu einem eintägigen Generalstreik aufgerufen, der auch von den wichtigsten Oppositionsparteien des Landes unterstützt wurde. Der Streik richtete sich gegen das Präventivhaftgesetz von 1980 und das Streikverbotsgesetz für lebenswichtige Betriebe, das die Regierung Gandhi 1981 erlassen hatte. Weitere Forderungen der Gewerkschaften waren die Festlegung eines Mindestarbeitslohnes und die Angleichung der Arbeitslöhne an die diesjährige Preissteigerungsrate von 15%. Schon vor dem Streik hatte die Regierung an die 6000 Gewerkschaftsführer in Vorbeugehaft genommen, während des Streiks kamen noch 5000 hinzu. Mindestens sieben Menschen kamen ums Leben und über 200 wurden verletzt. Von der Provinz Bihar im Norden Indiens ist bekanntgeworden, daß die Polizei dort Befehl hatte, ohne Vorwarnung in die Menge zu schießen. Inwieweit der Streikaufruf von einer Mehrheit der indischen Arbeiter befolgt worden ist, ist unklar. Die Gewerkschaften sprechen davon, daß ⅔ der Arbeiter ihn befolgt haben. Vor allem in den Staaten Westbengalen, Kerala und Tripura, die kommunistische Lokalregierungen haben, scheint dies der Fall gewesen zu sein. In Bombay wurde durch den Streik die gesamte Textilindustrie, die dort konzentriert ist, lahmgelegt. Daß die Meldungslage so schlecht ist, liegt daran, daß die Kommunikationsbetriebe, Post, Telegraphenamt, Telefon und Rundfunk auch an dem Streik beteiligt waren.

Numeirys bürokratische Antwort auf die Massenaufstände

chm. Der sudanesische Staatspräsident Numeiry hat erklärt, daß alle Führungsgremien der staatlichen Einheitspartei „Sudanesische Sozialistische Union" aufgelöst werden, „weil die Partei nicht imstande gewesen sei, ihr Programm den Massen zu erklären". Kein Wunder. Nach dem Muster von Nasser und später Sadats „Einheitsparteien" war sie eine Gründung von oben, in der zwar formell die „Arbeiter und Bauern" über eine Mehrheit von 51% verfügten, die Wahlen jedoch nach vorgefertigten Listen durchgeführt wurden und wenn der eine oder andere Kandidat durchgerutscht ist, der nicht den Vorstellungen der Regierenden entsprach, wurde das Wahlergebnis flugs gefälscht. Dementsprechend ist diese Partei bei der sudanesischen Bevölkerung diskreditiert, auf keinen Fall sehen sie sich durch sie in irgendeiner Weise vertreten. Mit diesem Schritt versucht Numeiry Sündenböcke zu produzieren in der Hoffnung, den Zorn der Massen, der sich in den Arbeiter- und Studentendemonstrationen der letzten Wochen und Monate entladen hat, abzulenken. Massive Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel und des Treibstoffs hatten zu diesen Demonstrationen geführt.

Niederlande: Demonstration gegen US-Munitionstransporte

rof.Kleve. Am Wochenende fanden in Groningen, Zwolle und Arnhem Demonstrationen gegen amerikanische Munitionstransporte statt. In der ganzen Woche wurden Aktionen durchgeführt, die den Transportablauf erheblich verzögert haben. Schienen wurden blockiert, indem planmäßige Personenzüge über Notbremse gestoppt wurden und Demonstranten sich anschließend an Waggons ketteten. Die Munition wurde in Emshaven gelöscht. Ziel ist die Versorgung amerikanischer Truppen in Westdeutschland. Bislang wurden die Transporte in Emden gelöscht. Die Route durch den nördlichen Teil der Niederlande ist ein Versuch, die Transporte wirtschaftlicher durchzuführen.

Chemische Waffen gegen das eritreische Volk

Presseerklärung: Eritreische Volksbefreiungsfront EPLF

cof. „In einer Zeit, wo die Weltöffentlichkeit sich auf politische Ereignisse in anderen geographischen Räumen konzentriert, steht am Horn von Afrika eine Bedrohung von großem Umfang und hohem Alarm bevor", schrieb uns die Nationalunion eritreischer Studenten – Region Europa am 21. Januar und übermittelte uns die untenstehende Presseerklärung. Ihren Berichten zufolge hat die Offensive der äthiopischen Armee vor einigen Tagen begonnen.

Dagegen – insbesondere gegen den Einsatz chemischer Waffen – rufen die hier lebenden Eritreer zu einer zentralen Demonstration auf:

„Die EPLF appelliert ... an alle Organisationen, Parteien und Individuen, den scheußlichen Völkermord der äthiopischen Junta auf das schärfste zu verurteilen und ihren Protest sowohl an die Botschaft der Sowjetunion als auch an die von Äthiopien zu schicken. Beide Länder sind Unterzeichner der Genfer Konvention, die den Einsatz von chemischen Waffen verbietet. Ebenso ist es notwendig, den Vereinten Nationen Protestbriefe zu überreichen, damit sie geeignete Maßnahmen dagegen einleiten", heißt es im Aufruf zur Demonstration.

„Nachdem fünf verschiedene Versuche, die Eritreische Volksbefreiungsfront EPLF aus ihren Kerngebieten in der eritreischen Sahel-Provinz zu vertreiben, gescheitert sind, bereitet sich das äthiopische Militärregime gerade intensiv auf eine neue Generaloffensive gegen die Befreiungskämpfer Eritreas vor. Das Ausmaß dieser Vorbereitungen zeigt, daß diese sechste Offensive die bis heute größte sein wird. In der Tat entspringt diese Offensive, da die einzelnen zurückliegenden Versuche scheiterten, aus einer verzweifelten Lage – militärischer Verzweiflung über die Unfähigkeit der äthiopischen Armee, den Sieg auf dem Schlachtfeld zu erzielen, und politischer Verzweiflung angesichts dem unnachgiebigen Streben des eritreischen Volkes, sich seine elementaren Rechte auf Selbstbestimmung und Freiheit zu sichern. Das Ziel des eritreischen Militärregimes ist es, die Provinzhauptstadt Nakfa, die immer noch befreite Stadt, zu erobern und dann fortzuschreiten zur Vertreibung der eritreischen Streitkräfte aus ihren Stützpunkten in den Provinzen Sahel und Barka, die zur Zeit ebenfalls befreit sind und von der EPLF kontrolliert werden. Sie beabsichtigen, diese Schlacht in einem Zeitraum von 20 bis 30 Tagen abzuschließen.

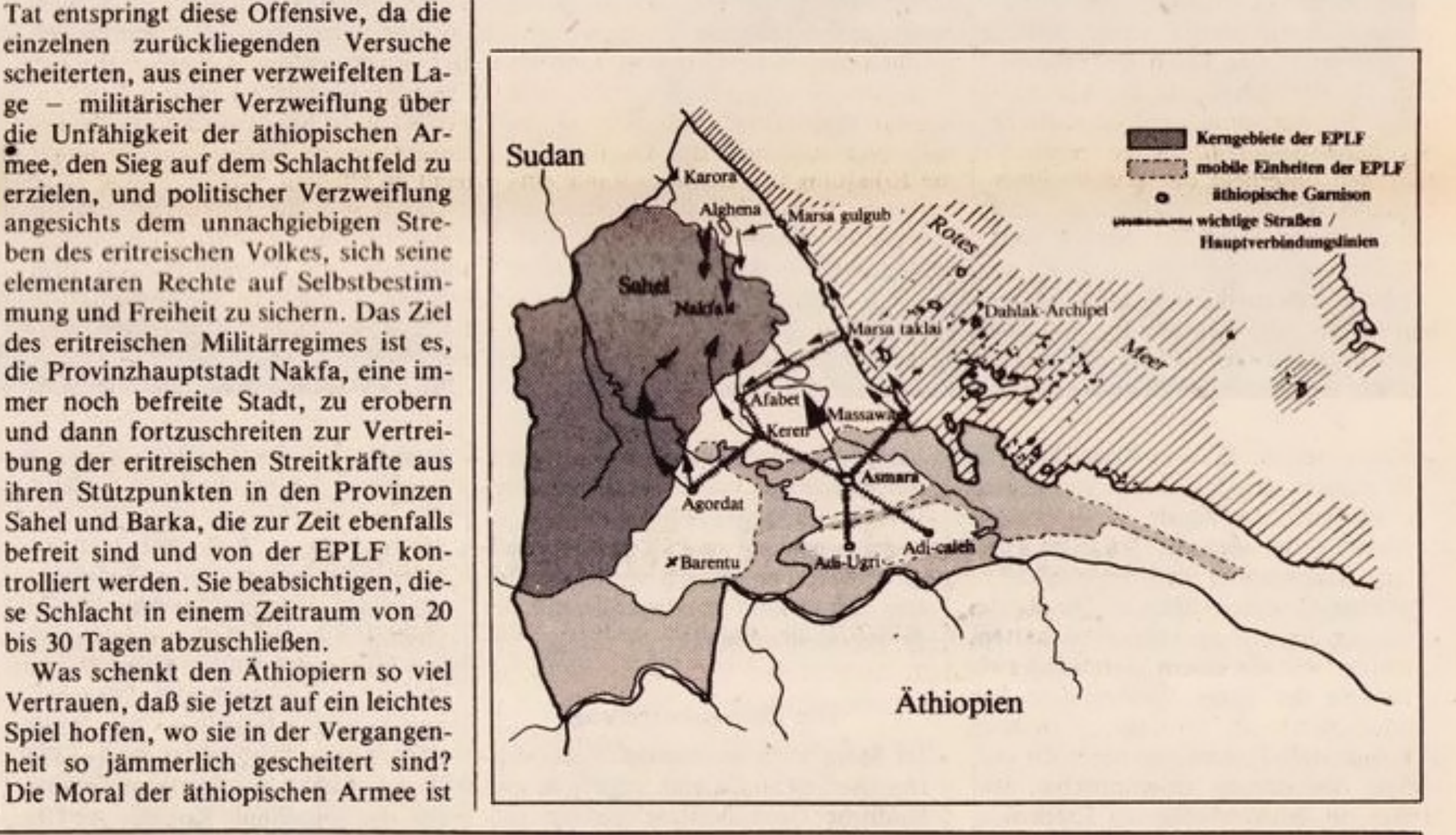
Zentrale Demonstration am 30.1.1982
Treffpunkt: Universität Bonn, 11.00 Uhr

Was schenkt den Äthiopiern so viel Vertrauen, daß sie jetzt auf ein leichtes Spiel hoffen, wo sie in der Vergangenheit so jämmerlich gescheitert sind? Die Moral der äthiopischen Armee ist niedriger als je zuvor, aber was sich verändert hat, ist das Ausmaß an militärischer Feuerkraft, die nun auf unsere Kämpfer gerichtet ist: Nicht nur die äthiopischen MIG 21 und 23 sollen zum Einsatz kommen, sondern auch all die gerade neu ausgestatteten amerikanischen F-5 Kampfflugzeuge. Zum ersten Mal werden darüber hinaus die 20 MI-24 Hubschrauber – von der Sowjetunion geliefert und von süd-jemenitischen Piloten geflogen – dabei sein, wie auch das von Libyen gelieferte Großraumflugzeug Herkules C-14. Dennoch, die bei weitem gefährlichste Waffe, auf die die Äthiopier setzen, ist sowjetisches Nervengas, eine hochgiftige, bislang noch nie benutzte chemische Waffe, wogegen unsere Befreiungskämpfer und unsere Zivilbevölkerung sich praktisch nicht wirkungsvoll verteidigen können.

Um dieses furchterregende Waffenarsenal zum Einsatz zu bringen, hat Äthiopien eine Truppe von 90000 Mann mobilisiert. Die Truppen sind wie folgt aufmarschiert: Tesseneu – die 7. Division, Keren – die 2. und 21. Division, Asmara – die 22. Division, entlang der Straße zwischen Asmara und Massawa – die 19. Division, an der Grenze zur äthiopischen Provinz Tigre – die 18. Division, Alghena – die Sondereinheit 505, Agordat – die Sondereinheit 504, Afabet – die Sondereinheit 508, Massawa – die Sondereinheit 507. Diese riesige Armee wird geleitet von einem Kommandoposten, der seit dem 26. Dezember 1981 in der Hauptstadt Eritreas, Asmara, stationiert ist und unter dem Oberbefehl von General Mesfin Ghebrekal steht, der selbst dem direkten Befehl des Staatsoberhaupts, General Mengistu Haile Mariam, unterstellt ist. General Mesfin wird von fünf Generälen aus dem Verteidigungsministerium unterstützt, die mit den Aufgaben Transport, Technik, Information und Propaganda und Nachrichtensysteme betraut sind. Sobald keine Kampfhandlungen mehr stattfinden soll dieser Kommandoposten in die weiter nördlich gelegene Stadt Keren verlegt werden.

Selbst angesichts dieser zerstörerischen Truppen und Waffen sind die Menschen in Eritrea entschlossen, weiterzukämpfen und die Rechte und Freiheiten zu behalten, die ihnen zustehen. Und schließlich ersehnen auch die Menschen in Äthiopien zunehmend das Ende der Mengistu-Diktatur herbei, denn dies autoritäre und brutale Militärregime legt dem äthiopischen Volk immer schwerere Lasten auf. Solange dieses Regime weiter existiert, blicken sie voller Angst dem Beginn der Offensive entgegen und unterstützen das Volk von Eritrea in der Hoffnung, daß eine Niederlage den unpopulären Mengistu und seine Militärbanden niederwerfen wird."

EPLF, Rom, am 5. Januar 1982



be, Post, Telegraphenamt, Telefon und Rundfunk auch an dem Streik beteiligt waren.
Numeirys bürokratische Antwort auf die Massenaufstände
chm. Der sudanesische Staatspräsident Numeiry hat erklärt, daß alle Führungsgremien der staatlichen Einheitspartei „Sudanesische Sozialistische Union" aufgelöst werden, „weil die
blockiert, indem planmäßige Personenzüge über Notbremse gestoppt wurden und Demonstranten sich anschließend an Waggons ketteten. Die Munition wurde in Emshaven gelöscht. Ziel ist die Versorgung amerikanischer Truppen in Westdeutschland. Bislang wurden die Transporte in Emden gelöscht. Die Route durch den nördlichen Teil der Niederlande ist ein Versuch, die Transporte wirtschaftlicher durchzuführen.
intensiv auf eine neue Generaloffensive gegen die Befreiungskämpfer Eritreas vor. Das Ausmaß dieser Vorbereitun-
Zentrale Demonstration am 30.1.1982 Treffpunkt: Universität Bonn, 11.00 Uhr
gen zeigt, daß diese sechste Offensive die bis heute größte sein wird. In der Tat entspringt diese Offensive, da die einzelnen zurückliegenden Versuche scheiterten, aus einer verzweifelten Lage – militärischer Verzweiflung über die Unfähigkeit der äthiopischen Armee, den Sieg auf dem Schlachtfeld zu erzielen, und politischer Verzweiflung angesichts dem unnachgiebigen Streben des eritreischen Volkes, sich seine elementaren Rechte auf Selbstbestimmung und Freiheit zu sichern. Das Ziel des eritreischen Militärregimes ist es, die Provinzhauptstadt Nakfa, die immer noch befreite Stadt, zu erobern und dann fortzuschreiten zur Vertreibung der eritreischen Streitkräfte aus ihren Stützpunkten in den Provinzen Sahel und Barka, die zur Zeit ebenfalls befreit sind und von der EPLF kontrolliert werden. Sie beabsichtigen, diese Schlacht in einem Zeitraum von 20 bis 30 Tagen abzuschließen.
verteidigen können.
Um dieses furchterregende Waffenarsenal zum Einsatz zu bringen, hat Äthiopien eine Truppe von 90000 Mann mobilisiert. Die Truppen sind wie folgt aufmarschiert: Tesseneu – die 7. Division, Keren – die 2. und 21. Division, Asmara – die 22. Division, entlang der Straße zwischen Asmara und Massawa – die 19. Division, an der Grenze zur äthiopischen Provinz Tigre – die 18. Division, Alghena –
bei, denn dies autoritäre und brutale Militärregime legt dem äthiopischen Volk immer schwerere Lasten auf. Solange dieses Regime weiter existiert, blicken sie voller Angst dem Beginn der Offensive entgegen und unterstützen das Volk von Eritrea in der Hoffnung, daß eine Niederlage den unpopulären Mengistu und seine Militärbanden niederwerfen wird."
EPLF, Rom, am 5. Januar 1982
Okkupanten und Annexionisten
Jehuda Litani
Danny Rubinstein
Hebräische Texte zur neuen israelischen
„Die autochthone Bevölkerung Palästinas hat nicht das Schwarze unterm kleinen Fingernagel dazu beigetragen, daß einer ständig wachsenden Zahl von Juden das Leben unter christlichen Völkern unerträglich wurde ..." (aus der Einleitung von Helmut Spehl) Die Reihe „Klartexte zum weltweiten Problem Palästina" erscheint in unregelmäßigen Abständen mit Übersetzungen aus der israelischen Presse, die so wie sie sind, Ziele und Absichten der zionistischen Herrschaft in Palästina aufzeigen. zu beziehen über: Holograph Edition Spezialverlag für Schriften zum Thema Deutschland, Israel und die Palästinenser Zasius Str. 122 D-7800 Freiburg

Abrechnung der KPdSU mit der KPI:

„Etwas ungeheuerliches ist geschehen ..."

Unter der Überschrift „Gegen die Interessen des Friedens und des Sozialismus" veröffentlichte die „Prawda" am vergangenen Sonntag einen ungezeichneten, d.h. halboffiziellen fünfspaltigen Artikel, der mit der KPI nach deren „Reflexion über die Ereignisse in Polen" (vgl. KVZ 2/82, S. 15) abrechnet. Die „Unità", das Zentralorgan der KPI, brachte diesen Artikel am Montag in voller Länge. Es folgen einige Auszüge.

In den Entschließungen des ZK der KPI und in den Reden der Genossen Ingrao, Napolitano und Reichlin ist eine Position enthalten, die sich in allen wichtigen Fragen der Politik der KPdSU, der Sowjetunion, der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, der überwiegenden Mehrheit der kommunistischen Bewegung und der gesamten Befreiungsbewegung entgegenstellt. Um die eigene Position vorzutragen, bedienten sich die KPI-Führer als Vorwand der polnischen Ereignisse ... Dabei haben die Führer der KPI völlig grundlos die gesamte bisherige Erfahrung im Kampf für den Sozialismus und für den Aufbau des Sozialismus für veraltet und überholt erklärt. Die großen historischen Errungenschaften des Sozialismus werden einer böswilligen Kritik unterzogen und auf unzulässige und ungerechte Weise verleumdet. Stattdessen werden ziemlich anmaßende und, offen gesagt, abstrakte Vorstellungen über einen ‚neuen Weg' zum Sozialismus vorgebracht, die im übrigen den Auffassungen des Opportunismus und Revisionismus sehr ähnlich sind ..., die die Avantgarde der Arbeiterbewegung schon seit langem zurückgewiesen hat ...

Die grundlegende Frage der modernen Epoche ist die von Krieg und Frieden ... In der Sitzung des ZK der KPI ist ein wahrhaft frevelhafter Versuch gemacht worden, zu ‚beweisen', daß die Außenpolitik der UdSSR und des Warschauer Paktes sich insgesamt nicht von der Außenpolitik der USA und der NATO unterscheide ...

Etwas Ungeheuerliches hat sich ereignet: In Worten reden die KPI-Führer davon, für den Frieden kämpfen zu wollen, aber gleichzeitig verleumden sie die wichtigste und grundlegende Kraft dieses Kampfes, die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten, die Welt des Sozialismus.

In der heutigen Welt bedeuten die Auffassungen der Führer der KPI in der Substanz nichts anderes als einen schweren Schlag gegen den Kampf der Völker für den Frieden und gegen die Kriegsgefahr; sie bedeuten nichts anderes als einen Versuch, den Einfluß ... der wichtigsten und grundlegenden Kraft in diesem Kampf zu schwächen: die Länder des siegreichen Sozialismus.

Als nicht weniger schädlich und gegen die Interessen der gesamten kommunistischen und allgemeiner der Befreiungsbewegung gerichtet, erweisen sich auch die von den KPI-Führern formulierten Auffassungen über den realen Sozialismus, die Sowjetunion eingeschlossen.

Gerade der Sozialismus hat die immer weitere Vervollkommnung der Formen und Methoden realer Demokratie des Volks und für das Volk gesichert, deren Wesen in der immer breiteren Beteiligung der Werktätigen an der Leitung der gesellschaftlichen Angelegenheiten und des Staats besteht ... Z.B. arbeiten in den Sowjets der UdSSR 2,3 Mio. Abgeordnete und Räte (von denen ⅔ direkt in der Produktion, in den Städten und auf dem Land beschäftigt sind) und mehr als 30 Mio. Aktivisten; an der Produktionsleitung beteiligen sich 5900000 Mitglieder der permanenten Produktions-Konferenzen (von denen 65% Arbeiter sind) und 14½ Mio. Gewerkschaftler; über die Einhaltung der Normen der sozialistischen Legalität wachen aufmerksam 9900000 von den Werktätigen gewählte Personen und 8000000 Mitglieder der Freiwilligen-Trupps zum Schutz der öffentlichen Ordnung ...

Im übrigen ergibt sich klar aus den Dokumenten der KPI-Führer, daß sie unter Demokratie überhaupt nicht die reale Beteiligung des Volks an der Leitung verstehen. Wie sich an den Sympathien der KPI-Führer für die polnischen Rechtsextremisten von ‚Solidarność' zeigt, meinen sie, wenn sie von Demokratie in den sozialistischen Ländern reden, nicht die Beteiligung der Werktätigen an der Leitung der Angelegenheiten der sozialistischen Gesellschaft, sondern etwas ganz anderes: nämlich freie Hand für diejenigen, die die sozialistische Legalität mit Füßen treten und, gestützt auf ausländische Hilfe, die sozialistische Ordnung unterhöhlen wollen.

Das Wesen der Auffassungen, die sich in den aktuellen Dokumenten der KPI ausdrücken, und die auf der ZK-Sitzung verwandte Terminologie erinnern in vielem an das Gewäsch von Haig auf der Brüsseler Presse-Konferenz vom 12. Januar 1982 über eine Art ‚Krise des Sowjet-Systems', wenn sie nicht sogar damit übereinstimmen.

Im Laufe der letzten Jahre hat die KPI-Führung mehrmals besondere Positionen zu einer Reihe von Problemen bezogen, die in der internationalen Lage, der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, den Erfahrungen des Weltsozialismus enthalten sind. Das Wesen dieser Positionen bestand, wie jetzt offensichtlich geworden ist, im schrittweisen Abrücken vom Boden des revolutionären Marxismus-Leninismus ...

Was bedeutet das alles? Welchen Klasseninteressen nützt das? In der heutigen Welt bedeutet es eine direkte Hilfe für den Imperialismus, der seit Jahrzehnten versucht, den Sozialismus zu schwächen, ihn ideologisch zu erschüttern und zu unterhöhlen, eine Hilfe für den Antikommunismus und für alle Kräfte, die allgemein der Sache des sozialen Fortschritts feindlich gesonnen sind.

Die Entwicklung Äthiopiens und die eritreische Revolution

Das Bild, das Äthiopien bietet, ist widersprüchlich. Der mit sowjetischer Hilfe gegen Eritrea geführte Krieg kontrastiert merkwürdig mit der Befreiung der Bauern. Sie haben sich in Bauernvereinigungen zusammengeschlossen, eine Landreform wurde durchgeführt.

heh. 1961, als das kaiserliche Äthiopien mit Unterstützung der USA Eritrea annektierte, nahm die eritreische Befreiungsbewegung den bewaffneten Kampf auf. Bis 1977, als die herrschende äthiopische Militärclique in innere Machtkämpfe verwickelt war, war ganz Eritrea bis auf die beiden größten Städte, Asmara und Assab, befreit. Nur das massive Eingreifen der Sowjetunion und Kubas verhinderte den vollständigen Sieg. Trotzdem sind heute weite Teile des Landes unter der Kontrolle der Befreiungsorganisationen und in den übrigen Teilen operieren Guerillas. Von Asmara nach Assab kann nur im Konvoi gefahren werden, die Straße von Addis Abbeba nach Asmara ist in Tigre und Eritrea überhaupt nicht regelmäßig befahrbar.

4000 sowjetische und 17000 kubanische Soldaten sollen in Äthiopien stationiert sein. Letzten Endes wichtiger für den Erfolg der eritreischen Revolution sind aber die inneren Reserven des äthiopischen Regimes. 90% der äthiopischen Bevölkerung leben auf dem Lande, 80% der Arbeitskräfte arbeiten in der Landwirtschaft. Wie hat sich die Lage der Bauernmassen seit dem Sturz des Kaisers entwickelt?

Der äthiopische Feudalismus

In seinen heutigen Grenzen (mit Ausnahme der italienischen Kolonie Eritrea) wurde Äthiopien in der zweiten



Hälfte des 19. Jh. von Kaiser Menelik II. erobert. Große Ländereien im neueroberten Süden wurden an den amharischen Adel und die Soldaten gegeben. Daneben war die koptische Kirche größter Grundeigentümer. Die Rente, die die Bauern zu entrichten hatten,

kämpfe durch. Es ist schwer zu sagen, welche sozialen Interessen sie repräsentiert. Das Bild, das Äthiopien bietet, ist widersprüchlich, und der mit sowjetischer Hilfe geführte Krieg gegen Eritrea kontrastiert merkwürdig mit der Befreiung der Bauern.

Realität – aus Solidarität mit dem eritreischen Befreiungskampf – die Augen zu verschließen (siehe KVZ Nr. 46/81, S. 8). Auch die EPLF tut dies in ihren Dokumenten nicht. Tatsache ist allerdings auch, daß die demokratische Organisation der Bauernvereinigungen

sache erscheinen. Die Befreiungsbewegung der Oromos ist daher nur im Sudan existent und hat keine praktische Bedeutung.

Der Ogaden, das riesige, trockene Gebiet im Südosten des Landes, wird überwiegend von nomadisierenden



Hälfte des 19. Jh. von Kaiser Menelik II. erobert. Große Ländereien im neueroberten Süden wurden an den amharischen Adel und die Soldaten gegeben. Daneben war die koptische Kirche größter Grundeigentümer. Die Rente, die die Bauern zu entrichten hatten, betrug zwischen einem Viertel und zwei Dritteln der Ernte. Während in den nördlichen und zentralen Provinzen kommunale Eigentumsformen die feudale Ausbeutung einschränkten, war diese in den neueroberten Südprovinzen besonders erdrückend. Dort war auch die für den Export produzierende Landwirtschaft konzentriert (Kaffee vor allem) und stachelte den Hunger der in der Hauptstadt lebenden Großgrundbesitzer nach mehr Geld an.

Modernisierung unter Haile Selassie

Die Politik Haile Selassies war hauptsächlich darauf ausgerichtet, einen bürokratischen zentralen Staatsapparat aufzubauen, ohne die Grundlagen des Feudalismus anzutasten. Im Gegenteil wurden die Teile des Adels, die seine Politik unterstützten, nicht nur mit lukrativen Verwaltungsposten, sondern auch mit Schenkungen aus Staatsland belohnt.

Die Modernisierung der Wirtschaft bestand im Aufbau einiger Fabriken in den Städten und der Finanzierung einiger moderner Farmen, die für den Export produzierten. Die Lage der Bauern wurde dagegen immer drückender und die Anwendung moderner Maschinen führte in einigen Südprovinzen zur Vertreibung von Pächtern.

Zur Lage der Bauern in Äthiopien

Auf dem Hintergrund einer schweren Hungersnot, hervorgerufen durch eine Dürre in weiten Teilen des Landes, entwickelten sich seit Ende der 60er Jahre Bauernunruhen und später Streiks und Demonstrationen in den Städten. September 1974 wurde der Kaiser abgesetzt und ein Militärrat übernahm die Macht. Obwohl es fortschrittliche Gruppen und demokratische Bewegungen gab, existierte keine politische Organisation, die die breiten Volksmassen einen und ihre spontanen Kämpfe führen konnte. Innerhalb des Derg gab es verschiedene Fraktionen und starke Kräfte, die für eine Verständigung mit Eritrea eintraten. Die Führungsclique unter Haile Miriam Mengistu setzte sich erst in einer Reihe blutiger Machtkämpfe durch. Es ist schwer zu sagen, welche sozialen Interessen sie repräsentiert. Das Bild, das Äthiopien bietet, ist widersprüchlich, und der mit sowjetischer Hilfe geführte Krieg gegen Eritrea kontrastiert merkwürdig mit der Befreiung der Bauern.

Die Bauernbefreiung

Im März 1975 verstaatlichte die Militärregierung alles Land, städtische und ländliche Grundbesitzer wurden enteignet. Die Durchführung der Landreform wurde den Bauernvereinigungen übertragen, in den Städten den „Kebele“, einer entsprechenden Organisation der Städter. Lohnarbeit, Verpachten von Land, Vermieten von Häusern wurde verboten und alles landwirtschaftliche Land über 10 ha ebenso wie Wohnraum, der nicht persönlich genutzt wurde, wurden enteignet. Tatsächlich war der Militärregierung nicht viel anderes übrig geblieben, als den Bauernvereinigungen weitgehende Vollmachten zu geben, denn der feudale Staat löste sich auf, die Bauernbewegung dagegen organisierte sich selbst, verteilte das Land, bewaffnete sich und wäre sicher nicht bereit gewesen, diese Errungenschaften kampflos wieder aufzugeben.

In weiteren Proklamationen wurde die Rolle der Bauernvereinigungen genauer definiert. Sie sollen normalerweise ein Gebiet von ca. 800 ha umfassen. Alle Maßnahmen des Staates in diesem Gebiet sollen mit der Vereinigung ausgehandelt und von ihr gebilligt werden. Die Bauernvereinigungen wählen sich ihren eigenen Vorstand und bilden Komitees für bestimmte Aufgaben: landwirtschaftliche Entwicklung, Recht, Sozialwesen etc. Die Vereinigungen verteilen nicht nur das Land an ihre Mitglieder, sie sammeln auch die Steuern ein (3 DM pro Person per Jahr), wovon sie einen kleinen Teil für eigene Zwecke einbehalten, und sie haben die gerichtliche Hoheit für Rechtsfälle bis zu einem festgelegten Streitwert.

Aus all dem wird ersichtlich, daß es sich bei den Bauernvereinigungen um demokratische und – zumindest örtlich – machtvolle Organisationen handelt, und daß die Landreform als eine radikale, antifeudale und von den Bauernmassen getragene Revolution betrachtet werden muß. Es nutzt wenig, vor diesem Aspekt der äthiopischen Realität – aus Solidarität mit dem eritreischen Befreiungskampf – die Augen zu verschließen (siehe KVZ Nr. 46/81, S. 8). Auch die EPLF tut dies in ihren Dokumenten nicht. Tatsache ist allerdings auch, daß die demokratische Organisation der Bauernvereinigungen auf nationaler Ebene keine Entsprechung hat. Die Ansätze politischer Organisierung wurden in den Machtkämpfen des Derg in der zweiten Hälfte der 70er Jahre blutig unterdrückt, und das sogenannte Komitee zur Organisierung einer Partei der Werktätigen Äthiopiens (CPOWE), das sich im November 1981 das dritte Mal versammelte, ist ein Spektakel unter der Leitung (vorwiegend amharischer) hoher Offiziere, von dem die Völker Äthiopiens wenig zu erwarten haben.

Die Völker Äthiopiens und der amharische Chauvinismus

Das kaiserliche Äthiopien verband die feudale Unterdrückung mit der Unterdrückung der nicht-amharischen Völker. Mit dem Feudalismus hat das heutige Äthiopien gebrochen, nicht jedoch mit dem amharischen Chauvinismus.

Mengistu wird von manchen Journalisten als Nationalist beschrieben. In Wirklichkeit ist er jedoch amharischer Chauvinist und stützt sich lieber auf russische Bajonette, als die legitimen Rechte der Eritreer anzuerkennen.

Durch eine Reihe regionaler Widersprüche wird dieser Sachverhalt verdunkelt und kompliziert.

Die Oromos, das zahlenmäßig größte Volk Äthiopiens, hatten unter dem alten Regime am bittersten zu leiden. Ihre traditionellen Sozialwesen wurden zerstört, die feudalen Abgaben waren am drückendsten. Insofern haben sie und einige andere Völker im Süden und Südwesten am meisten von der Landreform profitiert, die Gründung von Bauernvereinigungen ging durch diese Gebiete wie ein Lauffeuer, und die Verbesserung ihrer Lage läßt den amharischen Chauvinismus als Nebensache erscheinen. Die Befreiungsbewegung der Oromos ist daher nur im Sudan existent und hat keine praktische Bedeutung.

Der Ogaden, das riesige, trockene Gebiet im Südosten des Landes, wird überwiegend von nomadisierenden Viehzüchtern mit eigener Sozialstruktur bewohnt. Der Krieg im Ogaden wurde m.E. hauptsächlich durch Somalia hervorgerufen, das seinerseits eine chauvinistische Politik betreibt, um die kolonialen Grenzen zu revidieren und ein „Großsomalia“ zu errichten.

In den nördlichen Provinzen, vor allem in dem an Eritrea angrenzenden Tigre, rüttelte die Landreform an einer Verbindung von feudalem und kommunalem Eigentum, die feudalen Lasten waren weniger drückend und die unmittelbaren Vorteile der Landreform nicht so offensichtlich. Nur zögernd bildeten sich Bauernvereinigungen, schnell dagegen entflammte der Widerstand gegen die Zentralregierung, der am Anfang von feudalen Kräften geführt wurde. Heute ist in Tigre die TPLF die führende Kraft, die den größten Teil Tigres kontrolliert und mit der EPLF zusammenarbeitet. Sie fordert Gleichberechtigung der äthiopischen Völker innerhalb eines föderativen Staates.

Die Rolle der Sowjetunion

Wie in anderen afrikanischen Ländern ist die finanzielle und technische Hilfe der SU gering, die Qualität der gelieferten technischen Ausrüstungen schlecht, und die finanziellen Forderungen sind hoch. Ersatzteile sind oft nicht lieferbar, und als die SU gar Kaffee, den sie von Äthiopien unter Weltmarktpreis gekauft hatte, mit Aufschlag an die USA liefern wollte, kam es in Assab zu Streiks.

Um den Krieg gegen Eritrea und Tigre führen zu können, ist das Militärregime jedoch auf die Waffenlieferungen der SU angewiesen.

Im vergangenen Jahr zeigte sich eine leichte Umorientierung der äthiopischen Außenpolitik. Einerseits bemühte Äthiopien sich um bessere Beziehungen zu den Staaten der Region, vor allem Sudan und Kenia. Zum anderen bemühte es sich um bessere Beziehungen zum Westen, vor allem der EG und Skandinavien, um dringend benötigte Wirtschaftshilfe zu bekommen und etwas Spielraum gegenüber der SU zu gewinnen.

Ausblick

Der Krieg gegen Eritrea und Tigre ist mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen. Die eritreischen Revolutionäre sind kampferfahren, politisch bewußt und haben die Unterstützung der Bevölkerung. Zudem ist das Land gebirgig und nur durch wenige Straßen erschlossen, was die sowjetische Kriegsmaschinerie an ihrer Entfaltung hindert.

Der ständige Abfluß nationalen Reichtums durch diesen Krieg lastet schwer auf der äthiopischen Wirtschaft. Die Weltbank nennt Äthiopien als das sechstärmste Land der Erde mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 130 Dollar (1979). Die Zeit arbeitet für die patriotischen Kräfte Äthiopiens, die ihr Land aufbauen und den Bruderkrieg beenden wollen.

Wie die Politik gegenüber den Bauern sich entwickeln wird, ist schwer einzuschätzen. Zweifellos besteht die Tendenz, mehr Kontrolle über die

gen zu den Staaten der Region, vor allem Sudan und Kenia. Zum anderen bemühte es sich um bessere Beziehungen zum Westen, vor allem der EG und Skandinavien, um dringend benötigte Wirtschaftshilfe zu bekommen und etwas Spielraum gegenüber der SU zu gewinnen.

Ausblick

Der Krieg gegen Eritrea und Tigre ist mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen. Die eritreischen Revolutionäre sind kampferfahren, politisch bewußt und haben die Unterstützung der Bevölkerung. Zudem ist das Land gebirgig und nur durch wenige Straßen erschlossen, was die sowjetische Kriegsmaschinerie an ihrer Entfaltung hindert.

Der ständige Abfluß nationalen Reichtums durch diesen Krieg lastet schwer auf der äthiopischen Wirtschaft. Die Weltbank nennt Äthiopien als das sechstärmste Land der Erde mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 130 Dollar (1979). Die Zeit arbeitet für die patriotischen Kräfte Äthiopiens, die ihr Land aufbauen und den Bruderkrieg beenden wollen.

Wie die Politik gegenüber den Bauern sich entwickeln wird, ist schwer einzuschätzen. Zweifellos besteht die Tendenz, mehr Kontrolle über die

Bauernvereinigungen zu gewinnen. Die Regierung hat den Aufbau von Staatsfarmen forciert, die mit hohen Verlusten wirtschaften. Und sie propagiert den Zusammenschluß von Erzeugerkooperativen, in denen Land und Arbeitstiere Gemeineigentum werden. Diese Erzeugerkooperativen, auch Mini-Staatsfarmen genannt, unterliegen weit stärkerer Bevormundung des Staates darin, was und wie sie zu arbeiten haben. Es gibt davon etwa 500, aber weitaus die meisten gelten als „nicht konsolidiert“, d.h. sie funktionieren nicht. Bauernvereinigungen gibt es ca. 22500.

Der schärfste Konfliktpunkt sind jedoch momentan die Erzeugerpreise. Kaffee und Getreide sollen nur an den Staat verkauft werden. Da die staatlichen Preise jedoch nur ein Drittel dessen betragen, was in Addis Ababa auf dem Schwarzmarkt bezahlt wird, verkaufen die Bauern entweder schwarz oder sie schränken ihre Produktion ein auf das, was sie selber konsumieren. Das von der Regierung vermarktete Getreide stammt durchweg von Staatsfarmen. In einigen Provinzen, die die Regierung als Überschußgebiete deklariert hat, wurden Mengen festgesetzt, die an den Staat abgeliefert werden sollen, worauf es zu Schießereien gekommen sein soll. Nur etwa 40% der im 10-Jahresplan für die Landwirtschaft vorgesehenen Mittel sollen dem bäuerlichen Sektor zugute kommen, auch dies birgt Zündstoff für die Zukunft. Fährt man in Äthiopien über Land, kann man vielen Bauern begegnen, die ihr Gewehr auf dem Rücken tragen. Es ist kaum zu erwarten, daß die Bauernbewegung, die sich vom Feudalismus befreit hat, alles mit sich machen läßt.

kvz extra

Kommunistische Volkszeitung
Beilage vom 29.1.1982

„Solidarność" organisiert den Widerstand

Interview mit Zbigniew Bujak, dem Vorsitzenden des Warschauer Regionalkomitees im Untergrund

Aus in Warschau und anderen Städten in Umlauf befindlichen Bulletins bzw. Zeitungen der „Solidarität" geht hervor, daß sich am 13. Januar, einen Monat nach dem Putsch, die auf freiem Fuß befindlichen Führer der Gewerkschaft zusammen mit anderen, nicht genannten Persönlichkeiten in Danzig getroffen und zu einem „Nationalen Widerstandsrat" (OKO) zusammengeschlossen haben. Im Untergrund befinden sich u.a. der Vorsitzende des Warschauer Regionalkomitees Bujak, der Vorsitzende von Ursus, Janas, der von Niederschlesien, Frasyniuk, sowie die Danziger Bogdan Lis, Alina Pienkowska (von der Lenin-Werft) und Bogdan Borusewicz (ehemals KOR). Ebenfalls im Untergrund befinden sich auch namhafte Intellektuelle, wie der Vorsitzende des Journalistenverbandes Stefan Bratkowski, der im September aus der PVAP ausgeschlossen worden ist. – Das folgende Interview hat der Korrespondent der New York Times in Warschau auf Umwegen schriftlich mit Zbigniew Bujak, dem Warschauer Vorsitzenden der „Solidarität", führen können. Wir haben es der Internationalen Herald Tribune vom 19. Januar entnommen.

Mr. Bujak, dessen Handschrift diesem Korrespondenten bekannt ist, antwortete zunächst auf das, was er eine „brutale Frage" nannte: Hätte sich die Solidarität anders verhalten müssen, um die Konfrontation zu vermeiden?

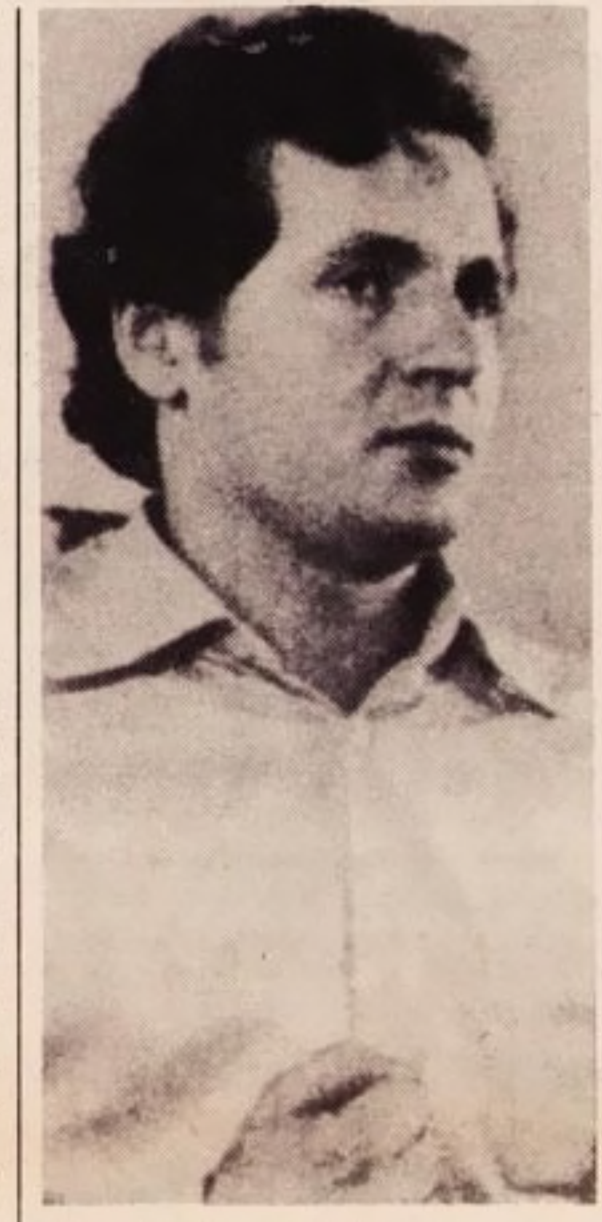
„Meine Antwort wird ebenfalls brutal sein", sagte er. „Ich weiß, daß viele westliche Politiker glauben, daß, wenn wir klüger gewesen wären, wir die Konfrontation hätten vermeiden können. Aber ich weiß auch, daß das, was für sie Klugheit ist, für uns Kollaboration mit den Staats- und Parteibehörden bedeutet hätte – eine Kollaboration, die sich gegen die Arbeiter gerichtet hätte, gegen die Intellektuellen, gegen die Leute aus Kultur und Kunst. Wir wären nur ein weiteres Anhängsel des totalitären Systems geworden, das einen demokratischen Eindruck hätte machen sollen. Das konnte man von uns oder unserer Gewerkschaft Solidarität nicht verlangen."

„Aber lassen sie mich noch etwas hinzufügen. Viele Leute haben schon den Aufbau der Solidarität mit einer Revolution verglichen. Aber diese Revolution schloß die Anwendung von Gewalt aus und hielt das Arrangement ein, das die polnische Staatsraison aus-

Loyalitätserklärungen zu unterschreiben, und daß Künstler und Schauspieler sich weigerten, mit dem staatlich kontrollierten Radio und Fernsehen zusammenzuarbeiten.

„Wenn dieser fühlbare Widerstand weitergeht – und es gibt eine Chance, daß er sich weiter verstärken wird –, dann sehe ich eine reale Möglichkeit, die Diktatur zu stürzen oder sie wenigstens zu liberalisieren, sodaß den aufgelösten und suspendierten Organisationen ihre Rechte zurückgegeben werden."

Mehrmals kommt Mr. Bujak auf die Frage zurück, daß die Konfrontation, die in der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember kulminierte, unvermeidlich war in Anbetracht des verhärteten Standpunkts der Behörden, außer wenn die Gewerkschaft ihre Mission und ihre Identität verraten hätte. Es gab zwei Wege für uns, sagt er. Die Solidarität hätte nur an ihr Überleben denken können, was bedeutet hätte, daß wir alle ernsthaften Bemühungen zur Reform und Zusammenarbeit hätten aufgeben und die Interessen der Arbeiter, Intellektuellen und anderen hätten ausverkaufen müssen. Oder wir konnten, wie wir es getan haben, ver-



Zbigniew Bujak, 27 Jahre alt

Mr. Bujak sagte, das Kriegsrecht „hat uns alle überrascht, und ich selbst war der am meisten Überraschte". Im Frühjahr, sagte er, hätten viele Gewerkschaftsaktivisten vermutet, daß die Behörden so etwas planten gegen die Solidarität.

Stunden, bevor das Militär losschlug, habe die Führung der Gewerkschaft, die auf einer Konferenz in Gdańsk versammelt war, Informationen über Bewegungen von Truppen,

Das folgende Interview hat der Korrespondent der New York Times in Warschau auf Umwegen schriftlich mit Zbigniew Bujak, dem Warschauer Vorsitzenden der „Solidarität", führen können. Wir haben es der Internationalen Herald Tribune vom 19. Januar entnommen.

Mr. Bujak, dessen Handschrift diesem Korrespondenten bekannt ist, antwortete zunächst auf das, was er eine „brutale Frage" nannte: Hätte sich die Solidarität anders verhalten müssen, um die Konfrontation zu vermeiden?

„Meine Antwort wird ebenfalls brutal sein", sagte er. „Ich weiß, daß viele westliche Politiker glauben, daß, wenn wir klüger gewesen wären, wir die Konfrontation hätten vermeiden können. Aber ich weiß auch, daß das, was für sie Klugheit ist, für uns Kollaboration mit den Staats- und Parteibehörden bedeutet hätte – eine Kollaboration, die sich gegen die Arbeiter gerichtet hätte, gegen die Intellektuellen, gegen die Leute aus Kultur und Kunst. Wir wären nur ein weiteres Anhängsel des totalitären Systems geworden, das einen demokratischen Eindruck hätte machen sollen. Das konnte man von uns oder unserer Gewerkschaft Solidarität nicht verlangen."

„Aber lassen sie mich noch etwas hinzufügen. Viele Leute haben schon den Aufbau der Solidarität mit einer Revolution verglichen. Aber diese Revolution schloß die Anwendung von Gewalt aus und hielt das Arrangement ein, das die polnische Staatsraison aus-

machte – die Bündnisse, die Wirtschaftskooperation, die führende Rolle der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Das sollte es den Partei- und Staatsbehörden erlauben, das Regierungssystem des Landes zu reformieren und eine neue Formel für die führende Rolle der Partei zu finden, womit sie den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen sollte. Es ist jetzt klar, daß niemand an solche Änderungen und Reformen wirklich gedacht hat, daß unsere Hoffnungen, wenigstens einen Funken guten Willens auf der andern Seite zu finden, illusorisch waren. Es ist daher klar, daß die gegenwärtige Situation nicht vermieden werden konnte."

Mr. Bujak, ein früherer Fallschirmjäger, sagte, er stehe jetzt mit Gewerkschaftsaktivisten in Gdańsk, Wroclaw, Lódz und andern Regionen in Kontakt und die Gewerkschaft sei dabei, sich zu reorganisieren. Er sagte, die Führer, die sich versteckt hielten, dächten über die Möglichkeit nach, einen nationalen Warnstreik auszurufen, um die Aufhebung des Kriegsrechts und die Freilassung von Walesa zu fordern, der unter Hausarrest steht, sowie der anderen Gewerkschaftsführer. Versuche, die Gewerkschaftsführer vor Gericht zu bringen oder sie aus Polen zu verbannen, würden zu einem Streik führen.

Der erste Schock des Kriegsrechts sei jetzt verflogen, sagte er, und die spontane Opposition beginne zu wachsen. Als Beispiele führte er passiven Widerstand in den Fabriken gegen politische Entlassungen an, oder daß Intellektuelle ihre Parteibücher zurückgäben, daß die Leute sich absprächen, keine

Loyalitätserklärungen zu unterschreiben, und daß Künstler und Schauspieler sich weigerten, mit dem staatlich kontrollierten Radio und Fernsehen zusammenzuarbeiten.

„Wenn dieser fühlbare Widerstand weitergeht – und es gibt eine Chance, daß er sich weiter verstärken wird –, dann sehe ich eine reale Möglichkeit, die Diktatur zu stürzen oder sie wenigstens zu liberalisieren, sodaß den aufgelösten und suspendierten Organisationen ihre Rechte zurückgegeben werden."

Mehrmals kommt Mr. Bujak auf die Frage zurück, daß die Konfrontation, die in der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember kulminierte, unvermeidlich war in Anbetracht des verhärteten Standpunkts der Behörden, außer wenn die Gewerkschaft ihre Mission und ihre Identität verraten hätte. Es gab zwei Wege für uns, sagt er. Die Solidarität hätte nur an ihr Überleben denken können, was bedeutet hätte, daß wir alle ernsthaften Bemühungen zur Reform und Zusammenarbeit hätten aufgeben und die Interessen der Arbeiter, Intellektuellen und anderen hätten ausverkaufen müssen. Oder wir konnten, wie wir es getan haben, ver-

suchen, das Programm, das wir auf unserm nationalen Gewerkschaftskongreß im Oktober angenommen haben, zu verwirklichen, das Land zu demokratisieren und Reformen einzuführen, die uns aus der Krise führen konnten. Die Behörden standen auch vor der Wahl, sagte er, entweder Reformen einzuführen oder die Gewerkschaft zu zerstören. „In dem Moment, wo sie sich entschieden, ihre Privilegien zu verteidigen, ließ sich die Konfrontation nicht mehr vermeiden."

„Wirklich unabhängige Gewerkschaften können nur unter Bedingungen der Demokratie existieren. Um also weiterzuarbeiten und unabhängig zu bleiben war die Gewerkschaft gezwungen, den Kampf um Demokratie aufzunehmen und zu ihrem Wächter zu werden." Er sagte, die Essenz des Programms vom Oktober wäre „eine Rekonstruktion aller Sphären des sozialen und wirtschaftlichen Lebens gewesen". – „Niemand hat das Recht, uns zu sagen, das sei unklug gewesen."

In einer weiten Vorausschau sagte Bujak, daß das Kriegsrecht alle Hoffnungen auf eine Wirtschaftsreform zunichte gemacht habe, und daß eins der Resultate die weitere Verschlechterung der Ernährungssituation sein werde. Er sagte voraus, daß die „tragische Ernährungssituation" von den Behörden ausgenutzt werden würde, um Arbeiter und Intellektuelle gegen die Bauern aufzubringen, und zu dem Versuch führen werde, die Nahrungsmittel gewaltsam zu beschlagnahmen und die Landwirtschaft zu kollektivieren. Aber solche Versuche seien zum Fehlschlag verurteilt.



Zbigniew Bujak, 27 Jahre alt

Mr. Bujak sagte, das Kriegsrecht „hat uns alle überrascht, und ich selbst war der am meisten Überraschte". Im Frühjahr, sagte er, hätten viele Gewerkschaftsaktivisten vermutet, daß die Behörden so etwas planten gegen die Solidarität.

Stunden, bevor das Militär losschlug, habe die Führung der Gewerkschaft, die auf einer Konferenz in Gdańsk versammelt war, Informationen über Bewegungen von Truppen,

Miliz und Spezialkommandos und über eine Unterbrechung der Nachrichtenverbindungen erhalten. Aber der Umfang und die Absicht dieser Aktion sei nicht klar gewesen. Das Treffen hatte bis zum Morgen weitergehen sollen, wurde aber um 12:20 Uhr am Morgen des 13. Dezember vertagt. Mr. Bujak entschloß sich, zusammen mit Zbyszek Janas, dem Vorsitzenden der Solidarität in den Ursus Traktoren-Werken, den Frühzug um 2.20 Uhr nach Warschau zu nehmen. Vom Bahnhof aus sahen er und andere Gewerkschafter um 1.00 Uhr, wie Spezialeinheiten der Sicherheitspolizei einen Kordon Schild an Schild um das Hotel Monopol legten, in dem sich viele Gewerkschaftsführer aufhielten. Sie hörten, daß andere Hotels ebenfalls umzingelt waren. „Es war offensichtlich, daß die Behörden eine größere Aktion gegen unsere Gewerkschaft durchführten", sagte Mr. Bujak, „aber wir nahmen trotzdem nicht an, daß sie so groß sein werde und in der Verhaftung Tausender von Mitgliedern der Solidarität bestehen werde."

Er sagte, daß, wenn die Liberalisierung nicht im Laufe der nächsten Monate zu dem Niveau zurückkomme, das vor dem Gewaltstreich geherrscht habe, der Untergrund schnell wachsen werde. Die Aktivitäten würden die Verteilung von Flugblättern und die Durchführung von Versammlungen und Demonstrationen sowie andere Protestaktionen umfassen. „Ich schließe auch nicht aus, daß sich dann ein bewaffneter Untergrund bilden wird,

Fortsetzung Seite IV

30. Januar 1982

Tag der Internationalen Solidarität mit Solidarność

Folgenden Appell haben Mitglieder und Funktionäre der „Solidarność" im Ausland, die auf Einladung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel am 9. Januar 1982 zusammengekommen sind, veröffentlicht:

„Seit die Militärjunta in Polen einen offenen Krieg gegen die Gesellschaft erklärt hat, ist schon fast ein Monat vergangen. In Gefängnissen und Internierungslagern werden noch immer Tausende von Mitgliedern und Funktionären unserer Gewerkschaft zu Unrecht festgehalten. Dies ist eine offene Verletzung der grundlegenden Bürger- und Menschenrechte, die in der auch von Polen unterzeichneten Schlußakte von Helsinki zugesichert worden sind.

Wir – Mitglieder und Funktionäre von Solidarność, die sich am 8. und 9. Januar in Brüssel getroffen haben – wenden uns an alle internationalen Organisationen, Privatpersonen und vor allem an unsere direkten Partner – die Gewerkschaften – in allen westeuropäischen Ländern und bitten um Hilfe bei der Organisation von öffentlichen Manifestationen für die Freilassung aller Inhaftierten am 30. Januar 1982.

Wir möchten, daß der 30. Januar ein internationaler Tag der Solidarität mit Solidarność wird." *Brüssel, den 9. Januar 1982*

Die unterzeichnenden Personen, Gruppen und Organisationen schließen sich diesem – auch vom DGB unterstützten – Appell der polnischen Gewerkschafter an und rufen auf, ihn am 30. Januar 1982 durch

zahlreiche örtliche Demonstrationen und Kundgebungen

zu unterstützen. Gleichzeitig rufen sie auf zu einer

Schwerpunktdemonstration in Köln

am Samstag, 30. Januar, um 14.00 Uhr, Am Neumarkt.

Auf der Kundgebung werden sprechen: Ein „Solidarność"-Vertreter von der Danziger Lenin-Werft und Jiri Pelikan (eingeladen), Rudolf Bahro, Willy Piecyk, Petra Kelly, Ingo Lehmann (Hauptvorstand IG Drupa).

WIR FORDERN:

● Aufhebung des Kriegsrechts ● Aufhebung der unter dem Kriegsrecht gefällten Urteile ● Sofortige Überprüfung der Haftbedingungen durch internationale Organisationen wie Internationales Rotes Kreuz, Amnesty International, Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

● Freilassung aller Verhafteten und Internierten ● Beendigung der Repressalien gegen Solidarność ● Wiedereinstellung der entlassenen Gewerkschaftsmitglieder ● Volle gewerkschaftliche und politische Freiheiten ● Wiederzulassung der unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarität"

● Selbstbestimmungsrecht für das polnische Volk

Die unterzeichnenden Gruppen und Organisationen wollen darüber hinaus gemeinsam die Solidarität mit Solidarność örtlich und bundesweit weiterführen. In diesem Zusammenhang wollen wir die Diskussion innerhalb der Gewerkschafts- und Friedensbewegung über die Bedeutung der polnischen Ereignisse intensivieren. Aus dem Kreis der Unterzeichner wird vorgeschlagen, eine

bei der Organisation von öffentlichen Manifestationen für die Freilassung aller Inhaftierten am 30. Januar 1982.

Wir möchten, daß der 30. Januar ein internationaler Tag der Solidarität mit Solidarność wird." *Brüssel, den 9. Januar 1982*

Die unterzeichnenden Personen, Gruppen und Organisationen schließen sich diesem – auch vom DGB unterstützten – Appell der polnischen Gewerkschafter an und rufen auf, ihn am 30. Januar 1982 durch

zahlreiche örtliche Demonstrationen und Kundgebungen

zu unterstützen. Gleichzeitig rufen sie auf zu einer

Schwerpunktdemonstration in Köln

am Samstag, 30. Januar, um 14.00 Uhr, Am Neumarkt.

Auf der Kundgebung werden sprechen: Ein „Solidarność"-Vertreter von der Danziger Lenin-Werft und Jiri Pelikan (eingeladen), Rudolf Bahro, Willy Piecyk, Petra Kelly, Ingo Lehmann (Hauptvorstand IG Drupa).

WIR FORDERN:

● Aufhebung des Kriegsrechts ● Aufhebung der unter dem Kriegsrecht gefällten Urteile ● Sofortige Überprüfung der Haftbedingungen durch internationale Organisationen wie Internationales Rotes Kreuz, Amnesty International, Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

● Freilassung aller Verhafteten und Internierten ● Beendigung der Repressalien gegen Solidarność ● Wiedereinstellung der entlassenen Gewerkschaftsmitglieder ● Volle gewerkschaftliche und politische Freiheiten ● Wiederzulassung der unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarität"

● Selbstbestimmungsrecht für das polnische Volk

Die unterzeichnenden Gruppen und Organisationen wollen darüber hinaus gemeinsam die Solidarität mit Solidarność örtlich und bundesweit weiterführen. In diesem Zusammenhang wollen wir die Diskussion innerhalb der Gewerkschafts- und Friedensbewegung über die Bedeutung der polnischen Ereignisse intensivieren. Aus dem Kreis der Unterzeichner wird vorgeschlagen, eine

Zentrale Demonstration für den 13. März 1982

vorzubereiten. Das Vorbereitungstreffen findet am Freitag, den 12. Februar, 18.00 Uhr in den Räumen der Ev. Studentengemeinde, Königstraße 89 in Bonn statt.

Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" / Die Grünen / Jungsozialisten in der SPD / Alternative Liste Westberlin / Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) / Basisgruppen in den vds / Russell-Initiative für ein atomwaffenfreies Europa / Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa, Westberlin / Sozialistisches Büro (SB)/ KBW / GIM / ISF / Solidaritätskomitee mit d. afghanischen Volk

Vetter: „Hundertfacher Tag der Solidarität"

In allen Landeshauptstädten, insgesamt angeblich in 100 Städten will der DGB, nach einer Erklärung von H.O. Vetter gegenüber der Presse (vgl. FAZ vom 26.1.) Demonstrationen und Protestaktionen am 30. Januar veranstalten. In Mühlheim/Ruhr will Vetter selbst auf der zentralen Kundgebung für NRW sprechen. Auf den Kundgebungen soll für den vom DGB gegründeten gemeinnützigen Verein „Solidarität mit Polen" gesammelt werden, der in Zusammenarbeit mit der Caritas Medikamente und Nahrungsmittel nach Polen bringen soll.

Tatsächlich ist aus wenigen Städten von einer wirklichen bedeutenden Mobilisierung des DGB etwas zu spüren. In einigen Orten, wie in *Frankfurt*, gab es offenen Widerstand von der Kreisverwaltung; hier haben nun die „Gewerkschafter für Solidarität mit Solidarność" selbständig zu einer Kundgebung am Freitag abend aufgerufen. In *Bremen* sollte Polen zunächst auf ihre Demonstration gegen Arbeitsplatzabbau am 2. Februar „mitbehandelt" werden; unter starkem Druck ist jetzt doch eine Demonstration am 30. Januar angesetzt worden.

Dennoch: daß die heftige innere und äußere Kritik an der Untätigkeit des DGB-Vorstands jetzt doch Eindruck gemacht zu haben scheint und der DGB sich offiziell engagiert, ist ein wirklicher Fortschritt.

kvz-extra vom 29.1.1982

Beilage zur Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Verantwortlich: Bernhard Peters

Erscheint im Kühl-Verlag · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Diskussion über die Lage in Polen und die Aufgaben der Solidarität

Auszüge aus Referaten und Redebeiträgen auf dem zentralen Polen-Seminar in Frankfurt

Am 23./24. Januar veranstaltete der Ausschuß der Komitees und Initiativen ,,Solidarität mit Solidarność'' ein zentrales Seminar. Es kamen über 200 Teilnehmer, weit mehr als erwartet. Bei weitgehender Einigkeit in der Beurteilung der Tiefe der Gesellschaftskrise in den Ländern des ,,realen Sozialismus'', die Polen keineswegs zu einem bloßen Sonderfall macht, wurde vor allem über die Beurteilung des Gesellschaftssystems selbst, seine fortschrittlichen oder rückschrittlichen Seiten im Vergleich zum Kapitalismus bzw. einem wirklichen Sozialismus gestritten, über die Einschätzung der internationalen Rolle der Sowjetunion, und über die Frage westlicher Sanktionen gegen das polnische Militärregime und seine Hintermänner. Referenten waren u.a. W. Wolf (Mitautor von ,,Der lange Sommer der Solidarität''), R. Fücks (Redaktion ,,Moderne Zeiten''), G. Hoffmann-Ostenhoff (Zeitschrift ,,Gegenstimmen'', Wien), Renate Damus (Uni Osnabrück, SB), H. Brandt, Jakob Moneta und H.-G. Schmierer. Im folgenden einige Auszüge aus den Beiträgen.



mer, weit mehr als erwartet. Bei weitgehender Einigkeit in der Beurteilung der Tiefe der Gesellschaftskrise in den Ländern des ,,realen Sozialismus'', die Polen keineswegs zu einem bloßen Sonderfall macht, wurde vor allem über die Beurteilung des Gesellschaftssystems selbst, seine fortschrittlichen oder rückschrittlichen Seiten im Vergleich zum Kapitalismus bzw. einem wirklichen Sozialismus gestritten, über die Einschätzung der internationalen Rolle der Sowjetunion, und über die Frage westlicher Sanktionen gegen das polnische Militärregime und seine Hintermänner. Referenten waren u.a. W. Wolf (Mitautor von ,,Der lange Sommer der Solidarität''), R. Fücks (Redaktion ,,Moderne Zeiten''), G. Hoffmann-Ostenhoff (Zeitschrift ,,Gegenstimmen'', Wien), Renate Damus (Uni Osnabrück, SB), H. Brandt, Jakob Moneta und H.-G. Schmierer. Im folgenden einige Auszüge aus den Beiträgen.



,,Wenn die Arbeiter früher protestiert hätten, ware es nicht zu einer solch katastrophalen wirtschaftlichen Situation gekommen. Deshalb tragen unmittelbare Verantwortung für die gegenwärtige Lage des Landes die Arbeiter selbst.''

Winfried Wolf

Die Krise in der ökonomischen Basis der nicht-kapitalistischen Gesellschaften schlägt sich konsequent *in der Form* bürokratischer Herrschaft nieder. Auch hier ist die VR Polen *Vorreiter*, und *nicht Sonderfall*. Als allgemeiner Nenner läßt sich sagen: die gesellschaftliche Verankerung der Bürokratie nimmt bei fortschreitender Krise ab, eine Massenbasis der herrschenden KPen schwindet, direkt diktatorische Herrschaftsformen werden zunehmend erforderlich, will die Bürokratie an der Macht bleiben, und sie will ...

Die letzten Wochen, Tage, ja Stunden der legalen Solidarność waren geprägt von der Diskussion, daß und wie die *politische* Macht übernommen werden müßte (Referendum, 2. Kammer des Sejm, Arbeitermilizen). Dies steht im diametralen Gegensatz zum erklärten *Ausgangspunkt* von Solidarność, zum Abkommen von Gdansk und zum (aufgezwungenen) Anhang zu den Solidarność-Statuten.

Die Fortentwicklung der Diskussion und gesellschaftlichen Praxis von Solidarność in dieser Richtung entspricht jedoch der *Logik* eines revolutionären Prozesses in diesen nicht-kapitalistischen Ländern. Es konnte und kann keine Koexistenz geben zwischen einer sich entwickelnden autonomen Arbeitermacht und einer herrschenden Bürokratie. Die Frage der politischen Macht im Land war im Grunde seit August 1980 gestellt; sie drängte trotz vielfachen Widerrufs durch alle Ritzen des gesellschaftlichen Lebens, der Kämpfe oder erschien zwischen den Zeilen von Statuten und neuerlichen Kompromissen zwischen den beiden Kontrahenten, die sich zunehmend in einer Doppelherrschaftssituation gegenüberstanden. Mehr noch: selbst die Umwälzung in den Betrieben, selbst Arbeiterselbstverwaltung auf regionaler Ebene brachte Solidarność nur in begrenztem Rahmen Früchte ein. Es war ein *politischer* Schritt nach vorn – die *Wirtschafts*krise ließ sich damit nicht beheben, da der zentrale Plan weiter von anderen bestimmt war. Daher die Forderung nach einer zweiten (Wirtschafts-)Kammer des Sejm, vorgetragen seit Sommer 1981. Und spätestens zu diesem Zeitpunkt war es der Parteiführung und der Kreml-Bürokratie klar, daß die Herrschaft im Land mit Gewalt wiederhergestellt werden mußte; denn dazu waren sie doch noch zu gute ,Marxisten', als daß sie nicht gewußt hätten, daß Kontrolle *der Ökonomie* identisch ist mit Kontrolle *der Gesellschaft*.

Solidarność zog diese Lehre nur zögernd und zu spät, auch wenn die nun vorliegenden Protokolle der letzten Stunden – der Diskussion der Landeskommission von Solidarność am 12./13. Dezember – sensationell und

August 1980 gestellt; sie drängte trotz vielfachen Widerrufs durch alle Ritzen des gesellschaftlichen Lebens, der Kämpfe oder erschien zwischen den Zeilen von Statuten und neuerlichen Kompromissen zwischen den beiden Kontrahenten, die sich zunehmend in einer Doppelherrschaftssituation gegenüberstanden. Mehr noch: selbst die Umwälzung in den Betrieben, selbst Arbeiterselbstverwaltung auf regionaler Ebene brachte Solidarność nur in begrenztem Rahmen Früchte ein. Es war ein *politischer* Schritt nach vorn – die *Wirtschafts*krise ließ sich damit nicht beheben, da der zentrale Plan weiter von anderen bestimmt war. Daher die Forderung nach einer zweiten (Wirtschafts-)Kammer des Sejm, vorgetragen seit Sommer 1981. Und spätestens zu diesem Zeitpunkt war es der Parteiführung und der Kreml-Bürokratie klar, daß die Herrschaft im Land mit Gewalt wiederhergestellt werden mußte; denn dazu waren sie doch noch zu gute ,Marxisten', als daß sie nicht gewußt hätten, daß Kontrolle *der Ökonomie* identisch ist mit Kontrolle *der Gesellschaft*.
Solidarność zog diese Lehre nur zögernd und zu spät, auch wenn die nun vorliegenden Protokolle der letzten Stunden – der Diskussion der Landeskommission von Solidarność am 12./13. Dezember – sensationell und
tragisch zugleich sind und exakt in diese Richtung weisen: *der Notwendigkeit der Übernahme der politischen Macht* und Selbstbewaffnung.

Gerd Koenen

Man kann sehr wohl sehen, daß auch in diesen Ländern sich Zyklen in der Wirtschaftsentwicklung herausbilden von Aufschwungphasen und von Einbrüchen, und tatsächlich könnte man diese großen Perioden auch alle näher unterscheiden, als Perioden, in denen die Widersprüche in diesen Gesellschaften sich progressiv entfalten und immer schärfer herausstellen ... Man wird feststellen können, daß der naive Chruschtschowsche Optimismus, den Kapitalismus epochal einholen und überholen zu können, daß diese Vision des realen Sozialismus historisch gescheitert ist, und daß tatsächlich alle diese Gesellschaften an einem ganz bestimmten Punkt dabei sind, sich als eine historische Sackgasse herauszustellen, die dem westlichen Kapitalismus ökonomisch und gesellschaftlich unterlegen sind, nämlich in dem Punkt des Übergangs zu einer intensiven Ausbeutungsweise und einer intensiven Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit. Es ist exakt gerade die Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, die ihnen noch weniger gelingt, als sie dem Kapitalismus gelingt.

Ich meine auch, daß in beiden Referaten (von W. Wolf und R. Fücks, d.Verf.) dieser entscheidende Punkt nicht vorgekommen ist, und das wirft auch ein Licht darauf, was man von bestimmten Programmforderungen von Solidarność zu halten hat, die man keineswegs einfach als Element der Unreife dieser Bewegung behandeln kann – ich meine jetzt nämlich alle die Forderungen, die man mal pauschal als Forderungen mit ,,bürgerlichem'' Charakter bezeichnen könnte, sowohl auf der Ebene der wirtschaftlichen wie der politischen Reform –, sondern die tatsächlich notwendige Forderungen gewesen sind.

Meiner Meinung nach ist in der Charakterisierung der Produktionsweise dieser Gesellschaften nicht richtig herausgekommen, daß das Staatsmonopol als herrschendes Produktionsverhältnis von vornherein einschließt – da kann ich mich auf die Analyse, wenn auch in andern Kategorien, von Kuron und Modzelewski in ihrem ,,Offenen Brief'' 1964 stützen – das Monopol über Ankauf und Vernutzung der Arbeitskraft. Ich möchte daran erinnern, daß Marx davon ausging, daß der Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft nur assoziiert gegenüber dem Käufer erlösen kann, und nur durch einen Kampf um diesen Lohn. Tatsache ist, daß durch das Staatsmonopol an den Produktionsmitteln die Arbeitskraft tatsächlich unfrei ist, und das ist das elementare Charakteristikum dieser Gesellschaften – es handelt sich um unfreie Arbeit.

Ralf Fücks

Ich denke, daß man sich von einer Art von Aufrechnung befreien muß, wo eine Kritik am Realsozialismus immer abgewiesen wird unter Verweis auf die Verbrechen des Imperialismus, und umgekehrt. In diese Mausefalle hat sich die Arbeiterbewegung lange genug einsperren lassen, und das war ein wesentlicher Grund ihrer mangelnden politischen Selbständigkeit.

Noch einmal zur Rolle der Kirche: sie hat natürlich einen Januskopf, diese Kirche. Sie ist die nationale Institution per se in Polen, und das heißt auch, daß sie nicht einfach Partei der Arbeiter ist. Sondern sie ist die Institution, die wesentlich im Auge hat die Aufrechterhaltung des Rechts auf nationale Souveränität, die ja mit der Entwiclung des Klassenkampfs in Polen unvermeidlich eine unheimliche Dynymik bekam, eine Rolle von Mäßigung, des Bremsens, um den Konsens zwischen Oben und Unten in dieser Gesellschaft noch aufrechtzuerhalten. Das hat auch ihre Rolle nach dem Gewaltstreich des Militärs bestimmt, das ist ihre Hauptsorge gewesen, daß es zu einem offenen Bürgerkrieg kommt, der ja schwerlich mit dem Sieg der Arbeiterklasse geendet hätte, sondern wahrscheinlich mit der Intervention der Roten Armee. Und das ist auch das Dilemma heute in Polen, und was mich auch tatsächlich skeptisch – ihr mögt es defaitistisch nennen – macht in Bezug auf die weitere Entwicklung: Ich sehe überhaupt nicht, wie dieser Widerstand überhaupt siegreich sein soll auf absehbare Zeit. (...)

Insofern bin ich überhaupt skeptisch, was demokratische Reformen in Osteuropa und was eine schrittweise Evolution ausgehend von einzelnen realsozialistischen Ländern in diesem Block betrifft. Ich denke, daß es tatsächlich nur von einem gleichzeitigen Aufbrechen von Widersprüchen an verschiedenen Punkten dieses Machtsystems die sowjetische Hegemonie gebrochen werden kann, und daß dies darüber hinaus nur möglich ist, wenn gleichzeitig der Sowjetblock entlastet wird von der unmittelbaren militärischen Pression durch die NATO, und das ist glaube ich tatsächlich die Hauptaufgabe, die wir leisten können, über eine direkte moralisch-materielle Solidarität mit Solidarność und mit der demokratischen Opposition in Osteuropa hinaus ...

Heinz Brandt

Ich hab gestern so was da hingeschmissen von asiatischer Produktionsweise, und da hat der Joscha Schmierer ganz richtig darauf hingewiesen: ja, das ist doch bei Marx eine ganz archaische Produktionsweise eines bestimmten, noch nicht sehr fortgeschrittenen Agrarzustandes. Vollkommen richtig. Ich will jetzt gar keinen Vortrag darüber halten ... Ich bin nur der Meinung, daß das Sowjetimperium, im Unterschied etwa zu China, historisch eine Kümmerform der asiatischen Produktionsweise und der asiatischen Despotie darstellt, eine Kümmerform, weil sie das niemals durch Gemeinschaftsarbeit von Be- und Entwässerung gelernt haben, diese Produktionsweise, sondern aus zweiter Hand von den Tataren und Mongolen erhalten haben. Daraus ergibt sich auch die spezifische Form der Gulag-Despotie Stalins ... Ich gehe also davon aus, daß es sich beim Sowjetimperium nicht um irgendein Übergangsland in einen Sozialismus handelt, sondern um ein Übergangsland von gesetzmäßig immer schlimmerer Despotie und Kriegstreiberei; das ist das einzige Übergangsstadium, was das Sowjetimperium in seiner Entwicklung kennt. Ich gehe also davon aus, daß sich im Kampf gegen diesen Neokolonialismus befunden haben Jugoslawien – und als Jugoslawien ausgestiegen ist, hat man auch auch den ökonomischen Bestandteil dieser neokolonialen Ausplünderung exakt dargestellt, ihr braucht bloß nachlesen, da sind die Geheimnisse von der dortigen nationalen Bourgeoisie oder nationalen Nomenklatura enthüllt worden –; und ich verweise jetzt auf diese wirklich enthüllende dokumentarische Zusammenstellung des Marian Rajski (,,Polen rinnt nach Osten aus'', taz 19.1).

Da komme ich gleich auf das nächste ... Die alt-neokoloniale Preisschere ist die, wo man Industriewaren teuer verkauft und aus den Kolonien Rohstoffe billig einkauft. Die neu-neokoloniale Ausbeutungsweise, vor allem des Sowjetimperiums, ist, daß sie sie sich die Industrie entwickelter Länder unterwirft und sie durch die Preisschere andersrum ausbeutet. Sie erhält von ihnen billig – gegen den 62-Kopeken-Dollar Umrechnung, nicht wahr – höchst perfekte Industriewaren zu einem Ausbeutungspreis, die außerdem in ihrem Zubehör, in ihren Rohstoffen von diesen neokolonial unterdrückten Industriestaaten wie DDR, wie Ungarn, wie CSSR, und wie Polen, zu hohen Devisen und Kosten erstmal eingeführt werden müssen, dann kommt die Verarbeitung bei ihnen, und dann geht das zum Kolonialpreis nach Moskau. (...)

Was bedeutet das? Kein Arbeiter in der DDR, nicht wahr, ich habe das doch selbst erlebt, darf erfahren, welchen Preis die Lokomotive hat, die in die Sowjetunion verkauft wird. Wer das versucht zu ergründen, versucht also, Geheimnisverrat zu begehen. Das ist das Problem der besonders verdeckten Information in allen Despotien. Es soll die Art der Machtausübung vor allem nach unten vollständig verdeckt werden. Daraus ergeben sich aber bestimmte und besondere Schwächen des Imperiums. Ihr habt bemerkt, daß ich in meiner Untersuchung nicht nur die nackte Ökonomie, sondern daß ich vor allem den Menschen als Produktivkraft in den Mittelpunkt der Untersuchung stelle. Ich sage nur folgendes,

Industrie entwickelter Länder unterwirft und sie durch die Preisschere andersrum ausbeutet. Sie erhält von ihnen billig – gegen den 62-Kopeken-Dollar Umrechnung, nicht wahr – höchst perfekte Industriewaren zu einem Ausbeutungspreis, die außerdem in ihrem Zubehör, in ihren Rohstoffen von diesen neokolonial unterdrückten Industriestaaten wie DDR, wie Ungarn, wie CSSR, und wie Polen, zu hohen Devisen und Kosten erstmal eingeführt werden müssen, dann kommt die Verarbeitung bei ihnen, und dann geht das zum Kolonialpreis nach Moskau. (...)
Was bedeutet das? Kein Arbeiter in der DDR, nicht wahr, ich habe das doch selbst erlebt, darf erfahren, welchen Preis die Lokomotive hat, die in die Sowjetunion verkauft wird. Wer das versucht zu ergründen, versucht also, Geheimnisverrat zu begehen. Das ist das Problem der besonders verdeckten Information in allen Despotien. Es soll die Art der Machtausübung vor allem nach unten vollständig verdeckt werden. Daraus ergeben sich aber bestimmte und besondere Schwächen des Imperiums. Ihr habt bemerkt, daß ich in meiner Untersuchung nicht nur die nackte Ökonomie, sondern daß ich vor allem den Menschen als Produktivkraft in den Mittelpunkt der Untersuchung stelle. Ich sage nur folgendes,
und das ist von allen Untersuchern auch der archaischen asiatischen Produktionsweise nicht entdeckt oder nicht beachtet worden, weil es so etwas abseits der Ökonomie liegt. Marx nennt als ein Kennzeichen neben Gemeinschaftsarbeit, neben Gesamtausbeutung durch den kollektiven Besitzer der Produktionsmitel und so weiter ein ganz entscheidendes Kriterium für asiatische Produktionsweise, nämlich daß sich das Individuum noch nicht von der Gemeinschaft abgenabelt hat. Und ich behaupte nun – und da war richtig der Einwurf von Joscha und auch von Ralf –, wir haben es jetzt eine moderne, eine industrie-asiatische Produktionsweise, und wir haben auf dieser Grundlage, weil Despotie, qua Despotie, die Verhinderung der Entwicklung des Individuums, was unter anderm führt zum eingebauten Nachbleiben in Forschung, Wissenschaft, Technik, kreativer Wissenschaft und Kunst.

Der Ralf hat hier wissenschaftlich exakt nachgewiesen, warum das Sowjetimperium zurückbleiben mußte. Er hat aber nicht die Schlußfolgerung daraus gezogen: Wenn ein Imperium auf allen Füßen hinkend wird und nur noch mit seinen Reißzähnen einigermaßen gleichwertig ist, was wird es verwenden, womit wird es angreifen? Kann es überhaupt etwas anderes tun als mit schwindender Macht und immer größerer Rabiatheit aggressiv zu werden? Und müssen wir nicht eine moralisch-politische Kampfeinheit werden gegen dieses in Krämpfen zusammenbrechende System, damit es nicht zu einem ABC des Holocaust für die ganze Welt wird? Das ist die Aufgabe, die vor uns steht.

Jakob Moneta

Wir müssen feststellen, daß es bei Gewerkschaftern und Sozialdemokraten bis weit in die Linke hinein auch nach der Niederlage von Solidarność Vorbehalte gegen die Opfer der Jaruzelski-Diktatur stoßen. Es nützt daher auch nichts, immer wieder nur Solidarität zu verlagen, ohne auf die durchaus auch verständlichen Ängste einzugehen, die im wesentlichen drei Fragen betreffen:

Erstens, Furcht, in eine antikommunistische Einheitsfront mit der CDU zu geraten, deren Vertreter im Bundestag lauthals jubeln, weil Polen wieder einmal bewiesen habe, daß Sozialismus und Demokratie unvereinbar miteinander sind. Zweitens, Fucht, ein Scheitern von Jaruzelski könnte eine Intervention der Sowjetunion provozieren, und damit einen neuen kalten, wenn nicht heißen Krieg auslösen ... Drittens, Fucht davor, die in Jalta 1945 geschaffene Aufteilung der Welt in Einflußzonen könne gefährdet werden; das aber müßte unausweichlich der Entspannungspolitik ein Ende bereiten und den Frieden gefährden.

Nun muß ich sagen, daß in Wirklichkeit nicht Sozialismus und Demokratie, sondern Sozialismus mit bürokratischer Alleinherrschaft unvereinbar ist, und das läßt sich sehr genau nachweisen ... All denen, die Jaruzelskis Diktatur im Namen der Erhaltung des Status quo verteidigen, müssen wir zurufen: Seht ihr denn nicht, daß der Staatsstreich von Jaruzelski, daß die Errichtung einer Militärdiktatur in Polen auch dem amerikanischen Imperialismus und seinen Verbündeten das Geschäft erleichtert, einen Schlag gegen Kuba, gegen Nicaragua, gegen die Guerillabewegung in El Salvador und gegen den palästinensichen Widerstand zu führen ... Seht ihr denn nicht, daß der Coup vom 13. Dezember den willkommenen Anlaß bietet, um ideologisch eine Gegenoffensive zu starten, die sich gegen die Friedensbewegung richtet, und um die Reihen der Reaktion fester zu schließen. Und hat nicht erst die Tatsache der fehlenden Solidarität durch die deutschen Gewerkschaften erst das unverschämte Angebot des CDU-Abgeordneten in der Bonner Haushaltsdebatte provoziert, gemeinsam am 30. Januar eine Schweigeminute in den Betrieben zu organisieren, gemeinsam Kundgebungen und Demonstrationen gegen die polnische Militärdiktatur durchzuführen ...

H.-G. Schmierer

Es geht nicht an, daß die Forderung nach Sanktionen aufgrund der Schwadronaden Reagans überall diskutiert werden, wir aber unsere eigene Stel-

daß der Staatsstreich von Jaruzelski, daß die Errichtung einer Militärdiktatur in Polen auch dem amerikanischen Imperialismus und seinen Verbündeten das Geschäft erleichtert, einen Schlag gegen Kuba, gegen Nicaragua, gegen die Guerillabewegung in El Salvador und gegen den palästinensichen Widerstand zu führen ... Seht ihr denn nicht, daß der Coup vom 13. Dezember den willkommenen Anlaß bietet, um ideologisch eine Gegenoffensive zu starten, die sich gegen die Friedensbewegung richtet, und um die Reihen der Reaktion fester zu schließen. Und hat nicht erst die Tatsache der fehlenden Solidarität durch die deutschen Gewerkschaften erst das unverschämte Angebot des CDU-Abgeordneten in der Bonner Haushaltsdebatte provoziert, gemeinsam am 30. Januar eine Schweigeminute in den Betrieben zu organisieren, gemeinsam Kundgebungen und Demonstrationen gegen die polnische Militärdiktatur durchzuführen ...
H.-G. Schmierer
Es geht nicht an, daß die Forderung nach Sanktionen aufgrund der Schwadronaden Reagans überall diskutiert werden, wir aber unsere eigene Stel-
lung dazu nicht klären. Dabei handelt es sich nicht um die Frage der Einheitsfront mit Reagan oder mit der CSU. Die Sanktionen Reagans richten sich sowieso mehr gegen die Länder Westeuropas als gegen die SU ... Die CSU, die viel über Sanktionen spricht, hat noch keine einzige konkrete vorgeschlagen ... Es geht darum, bei Existenz der Blöcke praktisch mit einer Politik der Blockfreiheit zu beginnen, und das heißt, die spezifische Blockpolitik der BRD anzugreifen, die auf beide Blöcke in jeweils spezifischer Form baut. Nämlich auf die USA als ihre Hintermacht ..., auf die Sowjetunion aber speziell in Bezug auf die Stabilität in Osteuropa und auf die Absicherung der Geschäfte in Osteuropa.

Das bedeutet, dafür einzutreten, daß erstens Lebensmittellieferungen der BRD und der EG an die Bedingung geknüpft werden, daß sie durch gesellschaftliche Organisationen verteilt werden; zweitens, daß neue Wirtschaftsverhandlungen an die Bedingung der Aufhebung des Kriegsrechts geknüpft werden; drittens, daß der Militärregierung keine Zahlungsaufschübe gewährt werden und Umschuldungsverhandlungen an die Bedingung der Aufhebung des Kriegsrechts gebunden werden; Schuldenmoratorium nach Aufhebung des Kriegsrechts; keine weiteren Hermes-Bürgschaften. Dies würde auf Bankrott der Militärregierung hinauslaufen, oder daß die Sowjetunion für sie zahlen muß. Beides wäre eine wirksame Unterstützung für den passiven Widerstand des polnischen Volkes. Solche Forderungen machen nicht die Politik der Kapitalisten, sondern stören sie.

Einige Beispiele für viele andere

Aktionen der Solidarität mit Polen

Hanau

Der Verein ,,Medizinische Hilfe für die Menschen in Polen und die Gewerkschaft Solidarność", vor drei Monaten auf Initiative von Mitgliedern der Grün-Alternativen Liste Hanau gegründet, hat seither medizinische Güter im Wert von über 300 000 DM gesammelt. Für Dienstag, den 2.2.1982, ist die Abfahrt der LKW vom Hanauer Marktplatz geplant, um sich dem Frankfurter Konvoi von Frau Dr. Gräf anzuschließen. Der Hanauer OB Martin hat seine Sympathie für diese Aktion bekundet und will bei der Verabschiedung einige Grußworte sprechen. Über einen finanziellen Beitrag der Stadt ist noch nichts bekannt. Der Verein hat die Hanauer Bevölkerung aufgerufen, bis zum 2. Februar Babyseife ins Rathaus zu bringen, die dann mit nach Polen geht. Für den 5.2. plant der Verein in Zusammenarbeit mit dem Hanauer Kulturverein ein Festival in der Rheinhardskirche mit den Gruppen ,,Dreschflegel", ,,Reiner Singers", ,,Rocksucht" und dem Türkischen Arbeiterverein. Es wird dort ein Vertreter der Gewerkschaft ,,Solidarność" sprechen und der Eintritt von 5 DM wird für die medizinische Hilfe in Polen verwendet.

Saarbrücken

,,Saarländische Künstler für Solidarność" – unter diesem Motto fand am 6.1. in der Saarbrücker Volkshochschule eine Solidaritätsveranstaltung mit über 300 Besuchern statt. Veranstalter waren das Saarbrücker Komitee ,,Solidarität mit Solidarność", der Juso-LV Saarland und der AStA der Universität. Schirmherr war der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine (SPD). Lafontaine wandte sich gegen die herrschenden Verhältnisse in Polen, wo die Gerechtigkeit und Freiheit mit Füßen getreten werden, und warnte zugleich vor einer ,,doppelten Moral" bei der Hilfe für das polnische Volk. Der politischen Reaktion hier in Westdeutschland und anderswo müsse das moralische Recht abgesprochen werden, jetzt für die Interessen der polnischen Arbeiter zu sprechen. Er wandte sich sowohl gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, als auch gegen die politische und militärische Unterstützung

Hanauer Kulturverein ein Festival in der Rheinhardskirche mit den Gruppen ,,Dreschflegel", ,,Reiner Singers", ,,Rocksucht" und dem Türkischen Arbeiterverein. Es wird dort ein Vertreter der Gewerkschaft ,,Solidarność" sprechen und der Eintritt von 5 DM wird für die medizinische Hilfe in Polen verwendet.

Saarbrücken

,,Saarländische Künstler für Solidarność" – unter diesem Motto fand am 6.1. in der Saarbrücker Volkshochschule eine Solidaritätsveranstaltung mit über 300 Besuchern statt. Veranstalter waren das Saarbrücker Komitee ,,Solidarität mit Solidarność", der Juso-LV Saarland und der AStA der Universität. Schirmherr war der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine (SPD). Lafontaine wandte sich gegen die herrschenden Verhältnisse in Polen, wo die Gerechtigkeit und Freiheit mit Füßen getreten werden, und warnte zugleich vor einer ,,doppelten Moral" bei der Hilfe für das polnische Volk. Der politischen Reaktion hier in Westdeutschland und anderswo müsse das moralische Recht abgesprochen werden, jetzt für die Interessen der polnischen Arbeiter zu sprechen. Er wandte sich sowohl gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, als auch gegen die politische und militärische Unterstützung
des Regimes in El Salvador durch den US-Imperialismus. – Einen kurzen Überblick über die Lage in Polen gab Henryk Czarski, Funktionär der Gewerkschaft Solidarność aus der Region Kattowitz. Der Bezug zu Polen wurde auch in den musikalischen Beiträgen deutlich gemacht. Es traten auf die IG Metall Songgruppe, der Kabarettist Rolf Linnemann, die Folkgruppe ,,Espe", der Liedermacher Jürgen Albers und das Folkduo ,,Zeitenklang". Rolf Linnemann schloß nach dem Erfolg der Veranstaltung nicht aus, auch in einer anderen saarländischen Stadt ein ähnliches Solidaritätskonzert durchzuführen. Der Erlös der Veranstaltung, rund 2000 DM aus Eintrittspreisen und Spenden, kommt der Initiative der Frankfurter Kinderärztin K. Gräf zugute und wird für den Kauf von Medikamenten verwandt.

Bochum

Lehrkörper, Personalrat und Studentenschaft der Ruhr-Universität Bochum haben auf Grundlage einer bestehenden Partnerschaft mit der Jagiellonen-Universität in Krakau zur Solidarität aufgerufen, konkret für die Angehörigen der Partneruniversität. Es sollen davon Grundnahrungsmittel beschafft und nach Krakau gebracht werden.

Lingen

Auf Initiative des Ortsvereins der SPD ist eine Initiative ,,Solidarität mit Solidarność" ins Leben gerufen worden, die nach den Worten des SPD-Vorsitzenden Koop den Beginn einer im emsländischen Raum längst fälligen gemeinsamen Aktion zur Unterstützung der polnischen Gewerkschafter und Bürgerrechtler bilden soll. Der Resolutionsvorschlag endet mit der Losung ,,Für ein unabhängiges, demokratisches und sozialistisches Polen!" – In Lingen hatte Anfang des Monats bereits eine Demonstration mit etwa zehntausend Teilnehmern stattgefunden, zu der vor allem die Kirchen aufgerufen hatten.

Freiburg

Am 13. Januar haben 1000 an einer DGB-Kundgebung teilgenommen, zu der auch CDU, SPD, FDP und Die Grünen aufgerufen hatten. Redner waren zwei Mitglieder der Delegation von ,,Solidarność" in der Schweiz.

Stuttgart

Der außerordentliche Bezirkstag der IG Drupa hat am 23. Januar mit einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, worin zur Spendensammlung des DGB aufgerufen, zugleich aber die DGB-Kreise Stuttgart, Esslingen, Böblingen, Ludwigsburg und Rems-Murr aufgefordert werden, Solidaritätsveranstaltungen mit Vertretern der ,,Solidarność" zu organisieren.

Hannover

Am 9. Januar hatte das Komitee ,,Solidarität mit Solidarność" zu einer Demonstration und Kundgebung aufgerufen. Etwa 500 nahmen teil. An der Spitze der Demonstration wurde von polnischen Kollegen ein Kreuz mitgeführt, das vor dem DGB-Haus in Hannover aufgestellt wurde und den Gefallenen des Dezembers 1981 gewidmet ist. Um dieses Kreuz hat es anschlie-



,,Solidarność" in der Schweiz.

Stuttgart

Der außerordentliche Bezirkstag der IG Drupa hat am 23. Januar mit einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, worin zur Spendensammlung des DGB aufgerufen, zugleich aber die DGB-Kreise Stuttgart, Esslingen, Böblingen, Ludwigsburg und Rems-Murr aufgefordert werden, Solidaritätsveranstaltungen mit Vertretern der ,,Solidarność" zu organisieren.

Hannover

Am 9. Januar hatte das Komitee ,,Solidarität mit Solidarność" zu einer Demonstration und Kundgebung aufgerufen. Etwa 500 nahmen teil. An der Spitze der Demonstration wurde von polnischen Kollegen ein Kreuz mitgeführt, das vor dem DGB-Haus in Hannover aufgestellt wurde und den Gefallenen des Dezembers 1981 gewidmet ist. Um dieses Kreuz hat es anschlie-



Demonstration vor dem Gewerkschaftshaus in Hannover – ein Kreuz für die Gefallenen des Dezember 1981 wird errichtet

ßend Auseinandersetzungen gegeben: zuerst verbot das Bauamt die Aufstellung, nach Intervention des DGB hat der Oberbürgermeister sie vorläufig gebilligt. Nach der Absicht des Komitees soll das Kreuz einen öffentlichen Blickpunkt schaffen, der an den Militärputsch erinnern und zugleich ein Ort der Diskussion werden soll.

Bottrop

Auf einer Veranstaltung der IG Bergbau-Jugend gab es, neben kulturellen Beiträgen örtlicher Liedermacher und Ansprachen von Jugendfunktionären der Gewerkschaft eine lebhafte Diskussion mit Ryszard Batory, einem Mitglied der Regionalkomitees Lódz der Solidarność. Die Gewerkschaftsfrauen verkauften auf der Matinee selbstgebackenen Kuchen und Handarbeiten. Der Erlös ging in eine Sammlung der IGBE-Jugend zugunsten der Familien inhaftierter polnischer Gewerkschafter, für die feste Patenschaft übernommen werden sollen.

Bremen – Ein Haus für ,,Solidarität"

Nach einer sich lang hinziehenden öffentlichen Auseinandersetzung hat der Senat sich jetzt dazu bequemen müssen, in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer und mit dem DGB ein Haus für die Vertreter von der Danziger Lenin-Werft zur Verfügung zu stellen, die in Bremen von dem Putsch überrascht worden waren. In Kürze können die sechs polnischen Gewerkschafter ein Haus beziehen, in dem sie mit Wohnräumen zusammen auch Büroräume vorfinden, insgesamt 150 m². In die Miet- und Nebenkosten teilen sich die Stadt und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Den Vertrag schließt die Arbeiterkammer Bremen, die auch weiterhin Gastgeber der ,,Solidaritäts"-Delegation bleibt. Für die Einrichtung des Büros soll jetzt in Bremen zu einer Spendensammlung aufgerufen werden; es werden ca. 10000 DM für Büromöbel u.a. benötigt.

Die Delegation der Bremer Werftarbeiter wird seit dem Brüsseler Treffen der Funktionäre der ,,Solidarność" vom DGB als offizielle Vertretung der polnischen Gewerkschaft in der BRD anerkannt; insofern wird das Bremer Büro also eine zentrale Funktion erfüllen.

Die Adresse lautet:

Eduard-Grunow-Straße 2
2800 Bremen

Bis dahin ist die Delegation unter ihrer Adresse Markusallee 2 erreichbar, oder telefonisch über das Büro der Grünen 0421/701474.

Wie schon berichtet, hat die Delegation zur Unterstützung ihrer laufenden Arbeit ein Spendenkonto eingerichtet:

Sparkasse Bremen
Konto-Nr. 11 273 406
,,Spende für Polen"

IGBE-Jugend zugunsten der Familien inhaftierter polnischer Gewerkschafter, für die feste Patenschaft übernommen werden sollen.

Rüsselsheim, Dietzenbach

Auf Einladung von Betriebsräten und Vertrauensleuten der Opel AG und von Volvo sprachen Mitglieder der Delegation der Lenin-Werft auf Veranstaltungen. Auch hier ist über Patenschaften für die Familien inhaftierter polnischer Gewerkschafter, vor allem

2800 Bremen

Bis dahin ist die Delegation unter ihrer Adresse Markusallee 2 erreichbar, oder telefonisch über das Büro der Grünen 0421/701474.

Wie schon berichtet, hat die Delegation zur Unterstützung ihrer laufenden Arbeit ein Spendenkonto eingerichtet:

Sparkasse Bremen
Konto-Nr. 11 273 406
,,Spende für Polen"

IGBE-Jugend zugunsten der Familien inhaftierter polnischer Gewerkschafter, für die feste Patenschaft übernommen werden sollen.

Rüsselsheim, Dietzenbach

Auf Einladung von Betriebsräten und Vertrauensleuten der Opel AG und von Volvo sprachen Mitglieder der Delegation der Lenin-Werft auf Veranstaltungen. Auch hier ist über Patenschaften für die Familien inhaftierter polnischer Gewerkschafter, vor allem
aus den Automobilbetrieben gesprochen worden.

Wolfsburg

Auf Einladung des Vertrauensleutekörpers der Volkswagen AG fand am 13. Dezember im DGB-Haus in Wolfsburg eine Veranstaltung mit den Mitgliedern der Delegation der Danziger Lenin-Werft und mit Zbigniew Kowalewski, Präsidiumsmitglied aus Lódz und jetzt Leiter des Pariser Büros der Solidarność, statt. Viele der 250 Besucher fanden keinen Platz. Ausführlich wurde über Vorgeschichte und Ziele des Kampfs der Solidarność wie über die Fortführung ihres Kampfes aus dem Untergrund heraus gesprochen. Vorgeschlagen wurde auf der Veranstaltung, die IG Metall des VW-Werks solle eine Patenschaft für die internierten Gewerkschafter von FSO in Warschau (Polski Fiat) übernehmen.



Das weltberühmte Tor der Lenin-Werft, vor dem im August 1980 sich die Angehörigen der Streikenden drängten, das mit Blumen und dem Bild des polnischen Papstes geschmückt war, und von dem aus Lech Walesa den Sieg der Arbeiter verkünden konnte – eingerissen von den Panzern

Polen – sieben Wochen nach dem Putsch

Von Gerd Koenen

Fast alle Korrespondentenberichte, die vorliegen, stammen aus Warschau, wo die Lage wohl ,,normaler" ist als sonst im Land. Der ,,Nationale Widerstandsrat", der sich am 13. Januar konstituiert hat, scheint Danzig zum Gegenpol der Hauptstadt machen zu wollen, wie schon im Sommer 1980. Noch immer sind die Verbindungen zwischen den Städten Polens erschwert, d.h. nur mit besonderen Erlaubnissen möglich. An sämtlichen Ausfallstraßen Warschaus werden feste Kontrollposten mit Schranken und Wachhäuschen errichtet – die ,,Aufhebung des Kriegsrechts", die Jaruzelski in Aussicht gestellt hat, ,,wenn keine illegalen Akte begangen werden", nimmt Kontur an. Denn illegale Akte werden laufend begangen, und die Militärjunta hat jetzt erst recht die Gesellschaft in einen unlösbar erscheinenden Konflikt verstrickt und das Land in eine verzweifelte Lage gebracht.

So hat der Planungsminister Madej bereits jetzt einen Fall der Industrieproduktion für das erste Quartal von 8 – 10% gegenüber dem Vorjahr angekündigt. Selbst jene Zweige wie die Werften, die im letzten Jahr ihre Pläne

nach dem Putsch

Von Gerd Koenen

Fast alle Korrespondentenberichte, die vorliegen, stammen aus Warschau, wo die Lage wohl ,,normaler" ist als sonst im Land. Der ,,Nationale Widerstandsrat", der sich am 13. Januar konstituiert hat, scheint Danzig zum Gegenpol der Hauptstadt machen zu wollen, wie schon im Sommer 1980. Noch immer sind die Verbindungen zwischen den Städten Polens erschwert, d.h. nur mit besonderen Erlaubnissen möglich. An sämtlichen Ausfallstraßen Warschaus werden feste Kontrollposten mit Schranken und Wachhäuschen errichtet – die ,,Aufhebung des Kriegsrechts", die Jaruzelski in Aussicht gestellt hat, ,,wenn keine illegalen Akte begangen werden", nimmt Kontur an. Denn illegale Akte werden laufend begangen, und die Militärjunta hat jetzt erst recht die Gesellschaft in einen unlösbar erscheinenden Konflikt verstrickt und das Land in eine verzweifelte Lage gebracht.

So hat der Planungsminister Madej bereits jetzt einen Fall der Industrieproduktion für das erste Quartal von 8 – 10% gegenüber dem Vorjahr angekündigt. Selbst jene Zweige wie die Werften, die im letzten Jahr ihre Pläne
übererfüllt haben, scheinen kurz vor dem Einbruch der Produktion zu stehen. Es gibt keine Devisen für die benötigten Spezialstähle (und die Sowjetunion, die die Schiffe abnimmt, zahlt nur in nicht-konvertiblen Rubeln). Gravierender ist, daß die Belegschaften nicht arbeiten, nachdem Tausende wegen ihrer Aktivitäten für ,,Solidarność" entlassen worden sind. Auch der Direktor der Lenin-Wert, Klemens Gniech, hat angesichts dieser Lage gekündigt. – Ähnlich soll es in den meisten großen Betrieben aussehen.

Noch einschneidender wirkt die anhaltende Weigerung der Bauern, an die staatlichen Aufkaufstellen abzuliefern. Das Regime geht nun zu offenen Zwangsmaßnahmen über – die noch nie gefruchtet haben in Polen. Möglicherweise hängen die Barrieren um die großen Städte auch mit der Absicht zusammen, die Formen des direkten Austausches zwischen Stadt- und Landbevölkerung zu unterbinden. Kaum absehbar, wohin die Errichtung solcher feudaler Schranken auf den Verkehrsstraßen führen soll. Die Versorgungslage in den Städten ist jedenfalls noch schlimmer als vor dem 13. Dezember, während die Rationen noch weiter gekürzt sind.

Das Regime versucht weiter, ,,neue" Institutionen aufzubauen, wie die sogenannten ,,Sozialkommissionen" in den Betrieben, die den Kern neuer ,,Einheitsgewerkschaften" bilden sollen, welche sich jedenfalls aller Politik zu enthalten hätten. In den Städten und Gemeinden werden ,,Komitees der nationalen Rettung" gebildet. Man will sich eine neue soziale Basis schaffen, nachdem die Partei einen bedeutenden Teil ihrer Mitgliedschaft verloren hat.

Auf der anderen Seite formiert sich, in enger Abstimmung mit den in den Untergrund gedrängten Gewerkschaftern, eine legale Opposition, die sich auch nicht einschüchtern läßt – was ein Hoffnungsstrahl in der düsteren Szenerie Polens ist. Ein von 150 namhaften Wissenschaftlern und Künstlern unterzeichnetes Memorandum, das an den Sejm gerichtet wurde, nicht an den Militärrat, als Zeichen seiner verfassungsmäßigen Nicht-Anerkennung durch die Unterzeichner, stellt fest: Seit der Nazi-Okkupation und der stalinistischen Periode vor 1956 habe es in Polen nicht so viele überfüllte Gefängnisse und Lager gegeben. Die Verhängung des Kriegsrechts bedeute, daß der polnischen Nation ihr Selbstbestimmungsrecht vorenthalten werde. ,,Wer immer bisher versucht hat, unsere Nation zu versklaven, ist auf Widerstand und Zorn gestoßen. Wir erinnern diejenigen, die das Kriegsrecht verhängt haben, daran", heißt es furchtlos in dem Dokument. Ohne Umschweife wird die unverzügliche Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung Walesas und aller inhaftierten Gewerkschafter

will sich eine neue soziale Basis schaffen, nachdem die Partei einen bedeutenden Teil ihrer Mitgliedschaft verloren hat.

Auf der anderen Seite formiert sich, in enger Abstimmung mit den in den Untergrund gedrängten Gewerkschaftern, eine legale Opposition, die sich auch nicht einschüchtern läßt – was ein Hoffnungsstrahl in der düsteren Szenerie Polens ist. Ein von 150 namhaften Wissenschaftlern und Künstlern unterzeichnetes Memorandum, das an den Sejm gerichtet wurde, nicht an den Militärrat, als Zeichen seiner verfassungsmäßigen Nicht-Anerkennung durch die Unterzeichner, stellt fest: Seit der Nazi-Okkupation und der stalinistischen Periode vor 1956 habe es in Polen nicht so viele überfüllte Gefängnisse und Lager gegeben. Die Verhängung des Kriegsrechts bedeute, daß der polnischen Nation ihr Selbstbestimmungsrecht vorenthalten werde. ,,Wer immer bisher versucht hat, unsere Nation zu versklaven, ist auf Widerstand und Zorn gestoßen. Wir erinnern diejenigen, die das Kriegsrecht verhängt haben, daran", heißt es furchtlos in dem Dokument. Ohne Umschweife wird die unverzügliche Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung Walesas und aller inhaftierten Gewerkschafter
und aller Rechte der ,,Solidarität" gefordert. – Ebenfalls zirkuliert in Polen ein Offener Brief des Vorsitzenden des Journalistenverbands, Bratkowski, der aus dem Untergrund heraus seine Berufskollegen warnt, zu kollaborieren und ihre Berufsehre zu verkaufen.

Deutlicher als in allen bisherigen Stellungnahmen hat nun auch die polnische Bischofskonferenz die Aufhebung des Kriegsrechts und die Wiederherstellung des Rechts auf freie Gewerkschaften gefordert. Dieser Hirtenbrief ist von allen Kanzeln verlesen worden, und das heißt, von Millionen im Wortlaut gehört worden. In der im Fernsehen ausgestrahlten Messe hat der Priester auf die Verlesung verzichtet, aber darauf hingewiesen, daß der Hirtenbrief in allen Kirchen einzusehen und von den Gläubigen sorgfältig zu studieren sei.

In den meisten Städten ist nach wie vor Ausgangssperre von 22 bis 5 Uhr. Die ,,Prawda" hat nun erstmals in einem Korrespondentenbericht aus Polen ihre Leser mit der Tatsache vertraut gemacht, wegen der – so wörtlich – ,,moralischen Schlaffheit" vieler Arbeiter lasse eine ernstliche wirtschaftliche Gesundung noch auf sich warten. Ansonsten freilich mache die ,,Normalisierung" bemerkenswerte Fortschritte.

Solche Meldungen über eine Lage, die sich normalisiert und normalisiert, kennen die sowjetischen Leser schon aus Afghanistan, Kampuchea, Eritrea, Angola.

„Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden“

Polen und die Prämissen der Friedensbewegung

Von Hans-Gerhart Schmierer

Eine fortschrittliche Bewegung kann sich nicht mit Hilfe von Verdrängung, sondern nur durch politische Erkenntnisprozesse entwickeln. Der Krefelder Appell stellte den Versuch dar, die Stoßkraft der Bewegung gegen die NATO zu stärken, indem er so tat, als gäbe es den Warschauer Pakt und die Bedrohung durch die Sowjetunion und ihre Mittelstreckenraketen überhaupt nicht. Es war abzusehen, daß die Bewegung in eine Krise kommen mußte, sobald die Sowjetunion das nächste Mal die Klauen zeigte und die Friedensbewegung vor die Alternative stellte, Solidarität mit Solidarność und dem polnischen Volk zu entwickeln oder ihre Identität und Glaubwürdigkeit zu verlieren. Auch innerhalb der Friedensbewegung wurde dies Problem schon vor dem Militärputsch am 13. Dezember aufgeworfen. Es war unter anderem Heinrich Albertz, der auf der Bonner Kundgebung am 10. Oktober in Richtung Unabhängigkeit und Blockfreiheit argumentierte. Die polnischen Ereignisse zeigen, daß dahinter eher die Hoffnung steckte, die BRD könne sich heraushalten: nicht nur aus der Rivalität der beiden Supermächte, sondern auch aus den Kämpfen der Völker gegen deren Vorherrschaft. Wieder war es Heinrich Albertz, der das Dilemma offen formulierte, in das diese Auffassung angesichts der Niederschlagung der polnischen Arbeiter- und Unabhängigkeitsbewegung führt.

Gegen den Haig-Ausspruch, es gäbe wichtigeres als den Frieden, erinnert Albertz, seien viele auf die Straße gegangen und hätten gesagt, „nein, es gibt nichts wichtigeres als den Frieden. Und das kann ja niemand bestreiten, so wie die Dinge liegen. Daß nun Leute darüber erstaunt sind, kann einen nur wundern. In einer Situation, in der in einem der wichtigsten Länder des Warschauer Paktes der Kern sowjetischer Interessen berührt wird, daß das dünne Eis brechen kann, auf dem wir hier gehen“. (taz 11.1.1982)

Gehen wir aber nicht davon aus, daß die Forderungen gegen den NATO-Doppelbeschluß und nach Blockfreiheit den Kern der US-imperialistischen Interessen in Europa „berühren“?

Es war unter anderem Heinrich Albertz, der auf der Bonner Kundgebung am 10. Oktober in Richtung Unabhängigkeit und Blockfreiheit argumentierte. Die polnischen Ereignisse zeigen, daß dahinter eher die Hoffnung steckte, die BRD könne sich heraushalten: nicht nur aus der Rivalität der beiden Supermächte, sondern auch aus den Kämpfen der Völker gegen deren Vorherrschaft. Wieder war es Heinrich Albertz, der das Dilemma offen formulierte, in das diese Auffassung angesichts der Niederschlagung der polnischen Arbeiter- und Unabhängigkeitsbewegung führt.

Gegen den Haig-Ausspruch, es gäbe wichtigeres als den Frieden, erinnert Albertz, seien viele auf die Straße gegangen und hätten gesagt, „nein, es gibt nichts wichtigeres als den Frieden. Und das kann ja niemand bestreiten, so wie die Dinge liegen. Daß nun Leute darüber erstaunt sind, kann einen nur wundern. In einer Situation, in der in einem der wichtigsten Länder des Warschauer Paktes der Kern sowjetischer Interessen berührt wird, daß das dünne Eis brechen kann, auf dem wir hier gehen“. (taz 11.1.1982)

Gehen wir aber nicht davon aus, daß die Forderungen gegen den NATO-Doppelbeschluß und nach Blockfreiheit den Kern der US-imperialistischen Interessen in Europa „berühren“?
Sollten wir dann nicht auch davon besser die Finger lassen? Die polnische Bewegung jedenfalls, die ja die Verhältnisse im Sowjetblock ganz anders erschüttert hat, als die westeuropäischen Bewegungen bisher die NATO, scheint auf dem Altar des Weltfriedens geopfert werden zu müssen:

„... die qualitative Gefahr eines Erdrutsches durch mehr Freiheit – ja – so makaber ist die Situation, ist eben in Zentraleuropa wesentlich größer als irgendwo anders. Wenn Sie mich nun Spitz auf Knopf fragen, dann sage ich, jawohl, es gibt nichts wichtigeres als den Frieden.“

Der Interviewer fragt: „Auch wenn er Friedhofsruhe bedeutet?“, und Heinrich Albertz fährt fort:

„Es wird alles getan werden müssen, das ist ja gerade die unglaubliche Schwierigkeit, über die wir reden, daß soweit wir es unterstützen können, soweit wir Solidarität zeigen können, Leben in die Friedhofsruhe bestimmter Bereiche hineinkommt. Aber wenn ich in einer extremen Situation vor der Frage stehe, ob es zu einer Entwicklung kommt, die zum 3. Weltkrieg führt, dann würde ich allerdings sagen, ist das das weitaus schlimmere Übel. Das ist die Welt, in der wir leben und das ist das Ergebnis des letzten Krieges, an dem nun auch wir noch die Hauptverantwortung tragen.“

Es klingt wie eine direkte Antwort an Heinrich Albertz, wenn André Gorz jetzt in einem Spiegel-Interview feststellt:

„Der deutschen Geschichte fehlt der Bezug zur Freiheit.“ Gorz macht einige Bemerkungen, die die westdeutsche Linke und die Friedensbewegung aus ihrer Krähwinkelei etwas aufschrecken könnten, gerade, wenn sie meint, sie zöge die richtigen Lehren aus der deutschen Geschichte, aus Faschismus und II. Weltkrieg. Die Deutschen seien eben vernünftig geworden, halten die Spiegel-Redakteure André Gorz vor. Gorz antwortet:

„Ich empfinde es ganz anders, nicht als deutsche Vernünftigkeit, sondern als deutsche Bereitschaft, den Despotismus zu akzeptieren. Vor fünfzig Jahren nahm diese Bereitschaft eine ‚heroische‘, heute eine realpolitische Form an, die Sie ‚vernünftig‘ nennen. Dabei stört mich weiter, daß der sowjetische Despotismus, den man bei Ihnen so vernünftig hinnimmt, sich von dem des Dritten Reiches nicht fundamental unterscheidet: Die Sowjetunion hat den anderen Völkern nichts mehr zu bieten als militärische Unterdrükkung.“

Man kann die Sache auch noch ein

verantwortung tragen.“

Es klingt wie eine direkte Antwort an Heinrich Albertz, wenn André Gorz jetzt in einem Spiegel-Interview feststellt:

„Der deutschen Geschichte fehlt der Bezug zur Freiheit.“ Gorz macht einige Bemerkungen, die die westdeutsche Linke und die Friedensbewegung aus ihrer Krähwinkelei etwas aufschrecken könnten, gerade, wenn sie meint, sie zöge die richtigen Lehren aus der deutschen Geschichte, aus Faschismus und II. Weltkrieg. Die Deutschen seien eben vernünftig geworden, halten die Spiegel-Redakteure André Gorz vor. Gorz antwortet:

„Ich empfinde es ganz anders, nicht als deutsche Vernünftigkeit, sondern als deutsche Bereitschaft, den Despotismus zu akzeptieren. Vor fünfzig Jahren nahm diese Bereitschaft eine ‚heroische‘, heute eine realpolitische Form an, die Sie ‚vernünftig‘ nennen. Dabei stört mich weiter, daß der sowjetische Despotismus, den man bei Ihnen so vernünftig hinnimmt, sich von dem des Dritten Reiches nicht fundamental unterscheidet: Die Sowjetunion hat den anderen Völkern nichts mehr zu bieten als militärische Unterdrükkung.“

Man kann die Sache auch noch ein
bißchen anders sehen: Schon immer gab es in der deutschen Geschichte eine enge Verbindung zwischen den expansionistischen Bemühungen, „das Seine“ zu sichern und sich dabei mit der russischen Despotie gegenüber Europa zu arrangieren. Die polnischen Teilungen sind dafür Beleg, gerade auch die letzte zwischen Hitler und Stalin, die den II. Weltkrieg vollends auslöste. Ein Bruch mit dem deutschen Imperialismus und seiner Tradition ist nur möglich, wenn sich die Arbeiterbewegung und das deutsche Volk vorbehaltlos auf die Seite der polnischen Freiheit, die Seite der Freiheit der osteuropäischen Völker stellt. Gerade dies entspricht auch der revolutionären Tradition des deutschen Volkes, die es ja gibt.

Gibt es einen Gegensatz zwischen Freiheit und Frieden?

Die Argumentation von Heinrich Albertz, die von der Gefährlichkeit eines Erdrutsches durch mehr Freiheit ausgeht, ergibt nur einen Sinn, wenn man die Kriegsgefahr nicht im Status quo und dessen Entwicklungstendenzen sieht, sondern in der Änderung des Status quo. Ungefähr so: Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa würde den Status quo gefährden, deshalb muß man etwas dagegen machen; ein Erdrutsch durch mehr Freiheit im sowjetischen Machtbereich würde den Status quo ändern, deshalb kann man dafür nichts machen. Das läuft insgesamt auf die Auffassung hinaus, daß von dem sowjetischen Machtbereich keine Kriegsgefahr ausgehen würde, wenn ihn die USA und die NATO nur in Ruhe ließen. Insofern ist die Einseitigkeit des Krefelder Appells auch nur konsequent und braucht man sich über die Bauchschmerzen nicht zu wundern, die viele seiner Unterzeichner jetzt angesichts der polnischen Ereignisse bekommen haben.

Die Tatsachen sehen aber doch etwas anders aus: sowohl die sowjetische wie die amerikanische Raketenrüstung entspringen dem Status quo, der durch die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft bestimmt ist. Wenn es uns gelingt, die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen zu verhindern, haben wir an diesem Status quo gehörig gekratzt und den US-Block einigermaßen erschüttert, was günstige Voraussetzungen schüfe, um weitere Schritte zur Änderung des Status quo und der Beseitigung der Vorherrschaft der USA einzuleiten. Die polnische Arbeiterbewegung und Unabhängigkeitsbewegung haben den Sowjetblock in den letzten 18 Monaten gehörig erschüttert und gerade dadurch zur Minderung der Kriegsgefahr beigetragen. Wenn Polen durch die Sowjetunion und die mit ihr auf Gedeih und Verderb verschworene polnische herrschende Klasse nicht niedergehalten und kontrolliert werden kann, sind die militärischen Überlegenheit der Sowjetunion in Europa gefährdet und ihre Kriegsvorbereitungen gestört. Wenn es der Sowjetunion gelingt, ihre unerschütterte Vorherrschaft in Polen wieder zu errichten, ist die Kriegsgefahr von dieser Seite her gestiegen und nicht vermindert.

haben.

Die Tatsachen sehen aber doch etwas anders aus: sowohl die sowjetische wie die amerikanische Raketenrüstung entspringen dem Status quo, der durch die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft bestimmt ist. Wenn es uns gelingt, die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen zu verhindern, haben wir an diesem Status quo gehörig gekratzt und den US-Block einigermaßen erschüttert, was günstige Voraussetzungen schüfe, um weitere Schritte zur Änderung des Status quo und der Beseitigung der Vorherrschaft der USA einzuleiten. Die polnische Arbeiterbewegung und Unabhängigkeitsbewegung haben den Sowjetblock in den letzten 18 Monaten gehörig erschüttert und gerade dadurch zur Minderung der Kriegsgefahr beigetragen. Wenn Polen durch die Sowjetunion und die mit ihr auf Gedeih und Verderb verschworene polnische herrschende Klasse nicht niedergehalten und kontrolliert werden kann, sind die militärischen Überlegenheit der Sowjetunion in Europa gefährdet und ihre Kriegsvorbereitungen gestört. Wenn es der Sowjetunion gelingt, ihre unerschütterte Vorherrschaft in Polen wieder zu errichten, ist die Kriegsgefahr von dieser Seite her gestiegen und nicht vermindert.

Ich weiß im übrigen nicht, ob sich die Friedensbewegung in Westdeutschland und Westeuropa in den letzten Monaten überhaupt so schwungvoll hätte entwickeln können, wenn die polnische Arbeiterbewegung und Unabhängigkeitsbewegung den Status quo nicht schon spürbar angeschlagen hätte. Bloß wenn sich die europäischen Völker in ihrem Kampf gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte vorbehaltlos gegenseitig unterstützen, werden sie den Status quo ändern können, aus dem die Kriegsgefahr erwächst.

Zähneknirschen und weitermachen?

Die Stellungnahme von Heinrich Albertz ist nicht vereinzelt. Sie kommt all jenen Kräften entgegen, die, wie die DKP, die Kräfte der Friedensbewegung lauthals warnen, sich doch um des gemeinsamen Kampfes willen jetzt auf keinen Fall durch die polnischen Ereignisse ablenken und zum Idioten des US-Imperialismus machen zu lassen. Aber auch Genossen wie Rudolf Bahro meinen, daß es für die Friedensbewegung jetzt keine neuen Aufgaben gäbe, sondern daß es bloß darauf ankomme, den bisherigen Kampf fortzusetzen. (taz 22.12.) Ralf Fücks schreibt in den Modernen Zeiten „vor allem eins sei jetzt wichtig: weiter gegen die militärische Bedrohung des sowjetischen Lagers durch die NATO ankämpfen, in unserem wie im Interesse der osteuropäischen Opposition: je stärker der militärische Druck des Westens auf die UdSSR ist, desto straffer werden die alten Männer im Kreml die Zügel in ihrem Block anziehen, desto schmaler wird der Spielraum für Reformbewegungen und für eigene Wege der verschiedenen Nationen, im sowjetischen Machtbereich.“ Die Sorgen der alten Männer verringern! So herum kann sich nie eine europäische Bewegung für Blockfreiheit entwickeln.

Die Logik, wenn die Sowjetunion die polnische Arbeiterbewegung niederschlagen läßt, kämpfen wir, als wäre nichts geschehen, einfach weiter gegen die USA, bleibt selber völlig der Blocklogik verhaftet und richtet sich prinzipiell gegen ein gemeinsames Programm der europäischen Völker im Kampf gegen beide Supermächte. Selbstverständlich müssen wir den Kampf gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen fortsetzen und die Rücknahme ihrer Zustimmung von der Bundesregierung fordern. Aber ein gemeinsamer Kampf mit dem polnischen Volk entsteht erst, wenn wir von der hiesigen Regierung auch Maßnahmen verlangen, die den Kampf der polnischen Arbeiter- und Unabhängigkeitsbewegung direkt unterstützen. Bekanntlich ist die Sowjetunion für Rücknahme des NATO-Rüstungsbeschlusses. Hindert uns das daran, gegen diesen Beschluß zu kämpfen? Aber weil Reagan von Sanktionen gegen die Okkupanten spricht (und die Weizenlieferungen *nicht* storniert), sollen wir nicht fordern, daß die BRD-Regierung an weitere Wirtschaftsbeziehungen mit Polen die Bedingung nach Freilassung der „Internierten“ und nach Aufhebung des Kriegsrechts knüpft? Es ist noch nicht weit her mit der Selbständigkeit der demokratischen Bewegung, wenn sie immer wieder in solche Schemata verfällt.

Wer gegen beide Supermächte kämpft, braucht sich nicht davor zu fürchten, daß er, je nachdem, in scheinbare Übereinstimmung mit den Interessen der einen oder anderen Supermacht gerät. Schlimm wird es, wenn es sich die Friedensbewegung nicht mit beiden Supermächten verdirbt. Dann wird sie, ob sie es will oder nicht, zu einem kalkulierbaren Faktor in den Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion.

Fortsetzung von Seite I

der in terroristische Aktivitäten einbezogen ist. Das wäre eine wirkliche Katastrophe für unser Land. Unser Land hat niemals Terrorismus gekannt, und es wäre besser, wenn es nicht bis dahin kommen würde. Das ist, weshalb ich gegen bewaffnete Aktionen in der gegenwärtigen Lage bin.“ Stattdessen sollten sich die Mitglieder der Solidarität in Zellen zu 10 Leuten organisieren und denen helfen, die ihren Job verloren haben. „Dies ist schon im Gang.“

Nach seiner Reaktion auf die Sanktionen, die Präsident Reagan gegen Polen und die Sowjetunion verhängt hat, gefragt, weist Mr. Bujak darauf hin, daß dies ein kompliziertes Problem sei, das noch weiterer Informationen und Überlegungen bedürfe, was ihn angehe. Die Sanktionen bedeuteten vermehrte Leiden für die Bevölkerung. Er fügt dann jedoch hinzu: „Man kann schon feststellen, daß diese Sanktionen einen erheblichen Druck bedeuten, und wir knüpfen daran einige Hoffnungen für die Reaktivierung der Solidarität und die Rückkehr zu einem Weg der Reformen.“

Bezüglich seiner eigenen Pläne sagte Mr. Bujak, er werde versteckt bleiben, bis der Kampf für die Wiederzulassung der Gewerkschaft gewonnen sei. „Ich werde das Land nicht verlassen, und ich werde mich auch nicht abschieben lassen. Nur meine Familie ist ein Problem für mich. Ich habe eine Frau, und ich würde sehr gerne Kinder haben.“

Auszug aus einem Flugblatt der „Solidarność“

„Die Staatsgewalt, die sich im eigenen Land wie ein Besatzer verhält, riskiert das, was jeder Besatzer in unserer Vergangenheit riskierte: Entstehung einer Massenwiderstandsbewegung. Wenn wir in der Lage waren, innerhalb von einigen Monaten eine millionenstarke Organiation zu schaffen, werden wir morgen neue Formen unserer Volkssolidarität ausarbeiten. Dies, was geschah, ist nicht die Niederlage der Ideen von ‚Solidarność‘, sondern eine Etappe eines jahrelangdauernden Prozesses der Befreiung unserer Gesellschaft aus der sozialen und nationalen Gefangenschaft. Wenn die Staatsgewalt auf einen psychischen Schock und Terror abzielt, dann muß ihr schon heute geantwortet werden durch die Organisation eines gesellschaftlichen Widerstandes im Untergrund. Die Taktik des Abwartens führt zu nichts: es ist nicht möglich, den Mut und den Kampfwillen um Unabhängigkeit durch Tatenlosigkeit aufrecht zu erhalten. Diese können nur durch die Organisation des Widerstands erhalten bleiben.

Was kann schon heute gemacht werden? Jeder muß im eigenen Kreis Kontakte zu Personen herstellen, die bereit sind, sich der gesellschaftlichen Widerstandsbewegung anzuschließen. Auf Terror und Verhaftungen muß mit sofortiger breitangelegter Hilfsaktion für die Verfolgten geantwortet werden. ... Wenn wir die Einheit des Handelns bewahren und uns nicht ‚normalisieren‘ lassen wollen, müssen wir die Mittel der gesellschaftlichen Kommunikation beibehalten; freie Presse und unabhängige Verlage. Für das Drucken und den Vertrieb von Flugblättern drohen hohe Strafen. Aus diesen Gründen sollten schon heute kleinere Widerstandsgruppen organisiert werden. Erst nachdem sich die Gesellschaft in kleinen und unabhängigen und effektiv funktionierenden Gruppen organisiert – was nur eine Frage der Zeit ist – kann der zentral gesteuerte Untergrundstaat aufgebaut werden. Die Konspirationsgruppen müssen so aufgebaut werden, daß zwischen den einzelnen Gruppen – der Druckgruppe, der Vertriebsgruppe, der Informationsgruppe, der Fernverbindungsgruppe – so wenig wie möglich unnütze Kontakte gibt und daß diese Kontakte durch dritte Personen zustandekommen. Es muß vermieden werden, daß eine Person mehrere Funktionen übernimmt ...

Gesellschaftlicher Widerstand ist die Erneuerung der Zusammenarbeit unter den Bedingungen, die von der Staatsgewalt aufgezwungen sind. Die Staatsgewalt hat uns die Rolle der Sklaven zugedacht – mit dieser Rolle wird keiner von uns jemals einverstanden sein. Wenn die Streikaktionen nicht gelingen, greifen wir zu den erprobten Formen des passiven Widerstandes. Die Soldaten wissen doch nicht, die Drehbänke zu bedienen und die Generäle, die moderne Industrie zu lenken. Seit dem Verlust des stalinistischen Gleichgewichts von Furcht und Terror werden durch jede Repressionswelle noch härtere Gegner des kommunistischen Arbeitslagers erzogen werden.“

Ideen von ‚Solidarność‘, sondern eine Etappe eines jahrelangdauernden Prozesses der Befreiung unserer Gesellschaft aus der sozialen und nationalen Gefangenschaft. Wenn die Staatsgewalt auf einen psychischen Schock und Terror abzielt, dann muß ihr schon heute geantwortet werden durch die Organisation eines gesellschaftlichen Widerstandes im Untergrund. Die Taktik des Abwartens führt zu nichts: es ist nicht möglich, den Mut und den Kampfwillen um Unabhängigkeit durch Tatenlosigkeit aufrecht zu erhalten. Diese können nur durch die Organisation des Widerstands erhalten bleiben.

Was kann schon heute gemacht werden? Jeder muß im eigenen Kreis Kontakte zu Personen herstellen, die bereit sind, sich der gesellschaftlichen Widerstandsbewegung anzuschließen. Auf Terror und Verhaftungen muß mit sofortiger breitangelegter Hilfsaktion für die Verfolgten geantwortet werden. ... Wenn wir die Einheit des Handelns bewahren und uns nicht ‚normalisieren‘ lassen wollen, müssen wir die Mittel der gesellschaftlichen Kommunika-

grundstaat aufgebaut werden. Die Konspirationsgruppen müssen so aufgebaut werden, daß zwischen den einzelnen Gruppen – der Druckgruppe, der Vertriebsgruppe, der Informationsgruppe, der Fernverbindungsgruppe – so wenig wie möglich unnütze Kontakte gibt und daß diese Kontakte durch dritte Personen zustandekommen. Es muß vermieden werden, daß eine Person mehrere Funktionen übernimmt ...

Gesellschaftlicher Widerstand ist die Erneuerung der Zusammenarbeit unter den Bedingungen, die von der Staatsgewalt aufgezwungen sind. Die Staatsgewalt hat uns die Rolle der Sklaven zugedacht – mit dieser Rolle wird keiner von uns jemals einverstanden sein. Wenn die Streikaktionen nicht gelingen, greifen wir zu den erprobten Formen des passiven Widerstandes. Die Soldaten wissen doch nicht, die Drehbänke zu bedienen und die Generäle, die moderne Industrie zu lenken. Seit dem Verlust des stalinistischen Gleichgewichts von Furcht und Terror werden durch jede Repressionswelle noch härtere Gegner des kommunistischen Arbeitslagers erzogen werden.“

Die Probleme der ZANU mit der Arbeiterbewegung



215 streikende Eisenbahnarbeiter wurden zu Gefängnis verurteilt. Obwohl es auf dem Gesetzesweg Fortschritte bei Lohn und Arbeitsschutz gibt – von einer Verankerung der ZANU unter den Arbeitern kann noch kaum die Rede sein.

Von Thomas Frank, Salisbury

„Unser Ministerium für Arbeit und soziale Dienste ... war damit befaßt, die völlige Organisation der Arbeiter zu gewährleisten, damit sie effektiver als Kämpfer für ihre Rechte streiten, als Produzenten unserer Güter arbeiten, als gemeinsame Eigentümer unserer Ressourcen und als Revolutionäre, die eine historische Rolle zu spielen haben, auftreten können, um den Weitergang unserer sozialistischen Revolution zu sichern."

Die mit diesem Resumée in der Neujahrsbotschaft R. Mugabes eingeleitete Proklamation des Jahres 1982 als ein Jahr der nationalen Umgestaltung war noch keine zwei Wochen alt, als 215 wegen Streiks festgenommene Eisenbahn-Arbeiter zu sechs Monaten Gefängnis, zum Teil auf drei, zum Teil auf fünf Jahre zur Bewährung ausgesetzt, verurteilt wurden. Vorausgegangen war dem fünftägigen Streik ein monatelanger Lohnkonflikt. Diese drakonische Maßnahme, gefolgt von Erlassen, die alle, auch gewerkschaftlich abgesegnete Streiks und jedes unentschuldigte Fernbleiben bei der Eisenbahn unter Strafe stellen, trifft eine Gruppe der Arbeiterklasse, die relativ gut organisiert ist, und deren Gewerkschaft mit Beschwerden über rassistische Praktiken der Eisenbahnverwaltung erst kurz zuvor an die Öffentlichkeit getreten war.

Sowohl bei den Managementpositionen als auch in besonders qualifizierten Berufen, z.B. im Wartungsdienst, sollen laut dieser Klagen keine Anstrengungen unternommen worden sein, um Schwarze zu fördern. Auch hatten sich schon früher Minister in vielleicht zu hitzigen Stellungnahmen beschwert, daß das Eisenbahnmanagement die Ökonomie des Landes sabotieren würde, indem wissentlich falsch disponiert und damit die vorhandene Kapazität nicht ausgelastet würde. Der Dachverband der Gewerkschaften hat den Streik hinterher verurteilt, gleichwohl aber die Berechtigung der Forderungen anerkannt.

Das Transportsystem des Landes ist ein empfindlicher Punkt in seiner Kapazität; insbesondere für den Handel mit dem Ausland ist es nicht ausrei-

nische Maßnahme, gefolgt von Erlassen, die alle, auch gewerkschaftlich abgesegnete Streiks und jedes unentschuldigte Fernbleiben bei der Eisenbahn unter Strafe stellen, trifft eine Gruppe der Arbeiterklasse, die relativ gut organisiert ist, und deren Gewerkschaft mit Beschwerden über rassistische Praktiken der Eisenbahnverwaltung erst kurz zuvor an die Öffentlichkeit getreten war.

Sowohl bei den Managementpositionen als auch in besonders qualifizierten Berufen, z.B. im Wartungsdienst, sollen laut dieser Klagen keine Anstrengungen unternommen worden sein, um Schwarze zu fördern. Auch hatten sich schon früher Minister in vielleicht zu hitzigen Stellungnahmen beschwert, daß das Eisenbahnmanagement die Ökonomie des Landes sabotieren würde, indem wissentlich falsch disponiert und damit die vorhandene Kapazität nicht ausgelastet würde. Der Dachverband der Gewerkschaften hat den Streik hinterher verurteilt, gleichwohl aber die Berechtigung der Forderungen anerkannt.

Das Transportsystem des Landes ist ein empfindlicher Punkt in seiner Kapazität; insbesondere für den Handel mit dem Ausland ist es nicht ausrei-chend. Doch fremder Währung kommt wirtschaftlich in vielerlei Hinsicht eine Schlüsselposition zu. Neue Lokomotiven und Ausbau des Transportsystem gehören zu wichtigen Anliegen der Regierung.

Die von der Handelskammer und der Eisenbahnverwaltung lancierten Statements über die Kosten und den Schaden für das Land konnten also Wirkung haben.

Demnach verlor Zimbabwe während des Streiks täglich 1,76 Mio. Dollar in fremder Währung und die Bahn 490000 Dollar an Frachteinnahmen.

Zu diesen Summen, deren Zustandekommen aber nicht überprüfbar ist, kommen etwaige Verluste aus dem Platzen von Handelsverträgen. Ein längerer Streik hätte also auf alle Fälle die Entwicklung des Landes ernsthaft behindern können.

Dennoch, 215 verurteilte Arbeiter und nicht etwa eine geschaßte Eisenbahnverwaltung unter einer Regierung, die beansprucht, eine Volks- und besonders Arbeiterregierung zu sein, müssen doch zur Hinterfragung der Beziehungen zwischen der ZANU und den Arbeitern und der Arbeiterbewegung veranlassen.

Daß diese nicht widerspruchslos sind, kann kaum besser gezeigt werden als mit der Rechtfertigung des Innenministers Hove für die harte Reaktion auf den Arbeiterstreik. Diese Rechtfertigung, schon im Dienst gegen den Lehrerstreik im Oktober, war damals aufgrund der besonderen Rolle der Lehrer in der inneren Lösung Smith-Muzorewas vielleicht verständlich, wirkt gegen streikende Eisenbahnarbeiter von einer Arbeiterregierung vorgetragen geradezu lächerlich:

Nämlich die Bauern, diejenigen, die am meisten gelitten und gekämpft hätten für die Unabhängigkeit, würden auch nicht streiken, obwohl die Regierung sie noch nicht mit ausreichendem Land versorgt hätte.

Ohne Zweifel hat die ZANU die Unterstützung der Arbeiter und hat sie auch während des Befreiungskampfes gehabt. Einzelne Belege lassen sich dafür leicht finden: Ende der sechziger Jahre bis 1971 war das größte rhodesische Transportunternehmen Stuttaford wie andere Transportunternehmen auch unwillentlich ein bedeutender Lieferant für Waffen für die Guerillas. Die Fahrer schmuggelten sie in ihren Wagen über die Grenze. Beweisen ist diese Unterstützung aber auch schon durch das Wahlergebnis 1980 und durch den Empfang Robert Mugabes in Highfield, dem größten Ghetto in Salisbury, bei seiner Rückkehr aus Mosambik.

Nie aber haben sich die Interessen dieser vielen ZANU-Unterstützer als besondere soziale Interessen in einer Arbeiterbewegung gefunden, die mit ihren Mitteln, Formen und Zielen die Niederringung des Smith-Regimes unterstützt hätte.

Dabei hatte es schon 1945 einen Streik der afrikanischen Eisenbahnarbeiter und 1948 einen Generalstreik gegeben. Minenarbeiteraktionen datieren zum Teil schon vor dieser Zeit. Ein 1956 organisierter Busboykott in Salisbury wird ebenfalls von Arbeitern getragen worden sein. Es hat aber keine Kraft gegeben, die die Erfahrungen aus diesen Kämpfen auch im Sinne des Zusammenhanges der sozialen und nationalen Interessen der Arbeiter hätte herausarbeiten können. Es gab keine sozialistische Arbeiterbewegung, die die nationale Befreiung als unumgänglichen Schritt zur sozialen aufgefaßt hätte.

Der Erfolg der ZANU hat seine Wurzeln darin, daß sie davon ausging, daß keine Gruppen von Weißen ein Interesse an der Überwindung der Siedlerkolonie haben. Von daher ging sie von ihrer Gründung auf Konfrontationskurs (die weißen Arbeiter hatten zum Zeitpunkt der Unbhängigkeit einen Lohn, der durchschnittlich zehn-

dieser vielen ZANU-Unterstützer als besondere soziale Interessen in einer Arbeiterbewegung gefunden, die mit ihren Mitteln, Formen und Zielen die Niederringung des Smith-Regimes unterstützt hätte.

Dabei hatte es schon 1945 einen Streik der afrikanischen Eisenbahnarbeiter und 1948 einen Generalstreik gegeben. Minenarbeiteraktionen datieren zum Teil schon vor dieser Zeit. Ein 1956 organisierter Busboykott in Salisbury wird ebenfalls von Arbeitern getragen worden sein. Es hat aber keine Kraft gegeben, die die Erfahrungen aus diesen Kämpfen auch im Sinne des Zusammenhanges der sozialen und nationalen Interessen der Arbeiter hätte herausarbeiten können. Es gab keine sozialistische Arbeiterbewegung, die die nationale Befreiung als unumgänglichen Schritt zur sozialen aufgefaßt hätte.

Der Erfolg der ZANU hat seine Wurzeln darin, daß sie davon ausging, daß keine Gruppen von Weißen ein Interesse an der Überwindung der Siedlerkolonie haben. Von daher ging sie von ihrer Gründung auf Konfrontationskurs (die weißen Arbeiter hatten zum Zeitpunkt der Unbhängigkeit einen Lohn, der durchschnittlich zehn-mal höher war wie der der Schwarzen. Wie heute noch in Südafrika, bestand ein Großteil der weißen Gewerkschaftstätigkeit darin, die Privilegien gegenüber den schwarzen Arbeitern zu verteidigen).

Soweit sich die ZANU damals zum Sozialismus äußerte, war es ein kaum entwickeltes Ziel, und vor allem stellte sie sich selbst in das sozialistische Weltlager, das nach ihrer Analyse dem reaktionären kapitalistischen gegenüberstand. Als Lehre aus den Niederlagen der Guerillaaktionen in den sechzigern und sicherlich auch durch den Einfluß der chinesischen Ausbilder in Tanzania und aus China selbst, begann sich die ZANU weitergehend auf den Marxismus-Leninismus zu berufen, worunter vor allem die Theorien Mao Zedongs über den Volkskrieg verstanden wurden. In der Tat befähigte das die ZANU insbesondere in den frühen siebziger Jahren, die Guerillas besser auszubilden, die Bauern in einem neuen Maße zu politisieren und zu mobilisieren und später geradezu klassisch die Städte vom Land her einzukreisen. Doch diese Neuorientierung erfolgte weitgehend in den Lagern. Im Exil hatte die ZANU nie ein passendes Gegenstück. In den Städten erreichte sie nie große Tiefe. In der Kritik der politischen Ökonomie konzentrierte man sich auf den mit militärischen Angelegenheiten befaßten Flügel und erfaßte längst nicht alle Teile der Partei gleichmäßig. Daß auf dem Index der vom Smith-Regime verbotenen Bücher unter dem Stichwort „Marx" nur eins der gleichnamigen Komikergebrüder steht, bedeutet schlicht, daß es nie Versuche gegeben hat, ein Studium seiner Schriften im Land zu initiieren.

Die Revolution war eine von Intellektuellen geführte Bauernrevolution. Die aus der chinesischen Revolution gefolgerte Formel: die Bauern als Haupt- und die Arbeiter als führende Kraft ergibt da keinen Sinn, und es war eine Bauernrevolution in einem Land, das unter all den Ländern, die von sich erklärten, nun den Weg des Sozialismus zu gehen, mit an der Spitze liegt, was den Anteil des Proletariats an der Gesamtbevölkerung angeht.

Diese Vorgeschichte mußte einige Komplikationen für den Aufbau des Landes zeitigen. Gleich nach der Unabhängigkeit gab es eine Streikbewegung, aber auch 1981 gab es viele Streiks. Einer gründlichen Behandlung der Widersprüche steht dabei der geringe Organisationsgrad der Arbeiter im Wege. Die alten Gewerkschaften waren nicht als Industriegewerkschaften organisiert, sondern entweder horizontal, d.h. für bestimmte Ausbildungsgrade, was Gewerkschaften für Weiße schuf, oder lokal als Branchen- oder gar Betriebsgewerkschaften. Die Mitgliederzahl der registrierten Gewerkschaften, d.h. der tariffähigen in den Industrieräten vertretenen, betrug am 1.9.1980 nur ca. 8% der Beschäftigten. 1979 arbeiteten nur 16% der Be-

Die Revolution war eine von Intellektuellen geführte Bauernrevolution. Die aus der chinesischen Revolution gefolgerte Formel: die Bauern als Haupt- und die Arbeiter als führende Kraft ergibt da keinen Sinn, und es war eine Bauernrevolution in einem Land, das unter all den Ländern, die von sich erklärten, nun den Weg des Sozialismus zu gehen, mit an der Spitze liegt, was den Anteil des Proletariats an der Gesamtbevölkerung angeht.

Diese Vorgeschichte mußte einige Komplikationen für den Aufbau des Landes zeitigen. Gleich nach der Unabhängigkeit gab es eine Streikbewegung, aber auch 1981 gab es viele Streiks. Einer gründlichen Behandlung der Widersprüche steht dabei der geringe Organisationsgrad der Arbeiter im Wege. Die alten Gewerkschaften waren nicht als Industriegewerkschaften organisiert, sondern entweder horizontal, d.h. für bestimmte Ausbildungsgrade, was Gewerkschaften für Weiße schuf, oder lokal als Branchen- oder gar Betriebsgewerkschaften. Die Mitgliederzahl der registrierten Gewerkschaften, d.h. der tariffähigen in den Industrieräten vertretenen, betrug am 1.9.1980 nur ca. 8% der Beschäftigten. 1979 arbeiteten nur 16% der Be-schäftigten unter Bedingungen, die in so einem Industrierat ausgehandelt worden waren. Beide Zahlen schließen Weiße ein. Diese Gewerkschaften wa-

ren oft sehr undemokratisch. Es gab Wahlsysteme, die bestimmten Mitgliedsteilen mehr Stimmen gaben; zum anderen gab es auch ein solches Durcheinander, daß ein hauptamtlicher Funktionär auf die Frage der Ridell-Komission, wie die Funktionäre in seiner Gewerkschaft gewählt würden, antwortete, das wisse er nicht, er jedenfalls sei nicht gewählt.

Unter diesen Umständen kann es nicht verwundern, daß die Regungen der Arbeiterbewegung seit der Unabhängigkeit zu einem großen Teil an den Gewerkschaften vorbeigehen.

Die ZANU arbeitet in keiner Weise in der Arbeiterbewegung und verfügt nicht einmal ansatzweise über die nöti-

Vereinheitlichung und Demokratisierung der Gewerkschaften wird im wesentlichen vom Arbeitsministerium vorangetrieben

gen Organisationsformen. Was bleibt, ist das Glück, dekretieren zu können. Die Vereinheitlichung und Demokratisierung der Gewerkschaften wird im

ren oft sehr undemokratisch. Es gab Wahlsysteme, die bestimmten Mitgliedsteilen mehr Stimmen gaben; zum anderen gab es auch ein solches Durcheinander, daß ein hauptamtlicher Funktionär auf die Frage der Ridell-Komission, wie die Funktionäre in seiner Gewerkschaft gewählt würden, antwortete, das wisse er nicht, er jedenfalls sei nicht gewählt.

Unter diesen Umständen kann es nicht verwundern, daß die Regungen der Arbeiterbewegung seit der Unabhängigkeit zu einem großen Teil an den Gewerkschaften vorbeigehen.

Die ZANU arbeitet in keiner Weise in der Arbeiterbewegung und verfügt nicht einmal ansatzweise über die nöti-

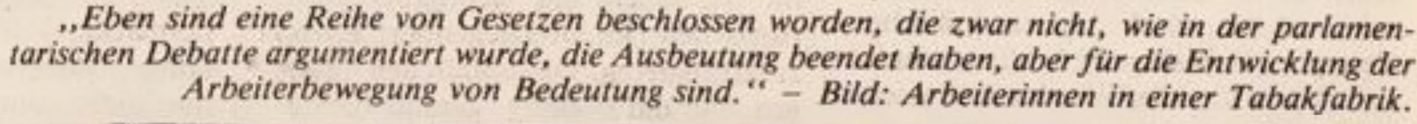
Vereinheitlichung und Demokratisierung der Gewerkschaften wird im wesentlichen vom Arbeitsministerium vorangetrieben

gen Organisationsformen. Was bleibt, ist das Glück, dekretieren zu können. Die Vereinheitlichung und Demokratisierung der Gewerkschaften wird im wesentlichen vom Arbeitsministerium vorangetrieben. Ebenso sind eine Reihe von Gesetzen beschlossen worden, die zwar nicht, wie in der parlamentari-

schen Debatte argumentiert wurde, die Ausbeutung beendet haben, aber für die Entwicklung der Arbeiterbewegung von Bedeutung sind. Im wesentlichen geht es dabei um Schutzrechte und um Einspruchsrechte der Arbeiter. Zum Beispiel ist mit der erneuten Erhöhung der Mindestlöhne ein ganzer Katalog von Maßnahmen verbunden gewesen. Bei Hausangestellten ist der Mindestlohn von 30 auf 50 Dollar angehoben worden; bei Teilzeitarbeit ist mindestens 90% des Mindestlohnes zu zahlen. Entlassungen sind verboten usw. Schon vorher war die Überstundenarbeit verboten worden. Gleichzeitig bemüht sich die Regierung, das unter dem Kolonialregime forcierte System der billigen Arbeitskraft auch von der anderen Seite her abzuschaffen, nämlich, daß Versicherungsleistungen zu schaffen sind, anstatt daß der Arbeiter noch ein Stückchen Land fürs Alter und alle Fälle hat.

Zusammen also mit diesen massiven Bemühungen verschafft das für die Klassenbeziehungen bestimmt einen klareren Blick. Auf der anderen Seite sind Arbeiterräte in den Betrieben geschaffen worden (auch wenn ihre Grundlagen noch nicht ausreichend definiert sind), und die Regierung fördert ein System von Industrieräten, in dem Arbeitsbedingungen und Löhne ausgehandelt werden. Unweigerlich wird der Blick der Arbeiter dadurch über den Betrieb hinaus gehoben. Schrittweise sollen die Arbeiter in alle Entscheidungsprozesse einbezogen werden wie auch Anteile an Betrieben, die die Regierung kauft, erhalten. Die beiden letzten Angelegenheiten sollen in diesem Jahr besonders vorangetrieben werden. Die Wirkung aller dieser Maßnahmen wird meines Erachtens der Arbeiterbewegung unbedingt einen klareren Blick für die Klassenbeziehungen verschaffen, obwohl bei diesem dekretierten Gewerkschaftssystem mit entscheidenden überbetrieblichen Verhandlungen (Industrieräten) sicher auch eine Tendenz zu Verbürokratisierung mit geschaffen wird. Positiv auch, weil in diesen Plänen die gesellschaftliche und Arbeiterkontrolle mehr betont wird, als das Gedeihen des Staates. In einem merkwürdigen Kontrast

Bemühungen verschafft das für die Klassenbeziehungen bestimmt einen klareren Blick. Auf der anderen Seite sind Arbeiterräte in den Betrieben geschaffen worden (auch wenn ihre Grundlagen noch nicht ausreichend definiert sind), und die Regierung fördert ein System von Industrieräten, in dem Arbeitsbedingungen und Löhne ausgehandelt werden. Unweigerlich wird der Blick der Arbeiter dadurch über den Betrieb hinaus gehoben. Schrittweise sollen die Arbeiter in alle Entscheidungsprozesse einbezogen werden wie auch Anteile an Betrieben, die die Regierung kauft, erhalten. Die beiden letzten Angelegenheiten sollen in diesem Jahr besonders vorangetrieben werden. Die Wirkung aller dieser Maßnahmen wird meines Erachtens der Arbeiterbewegung unbedingt einen klareren Blick für die Klassenbeziehungen verschaffen, obwohl bei diesem dekretierten Gewerkschaftssystem mit entscheidenden überbetrieblichen Verhandlungen (Industrieräten) sicher auch eine Tendenz zu Verbürokratisierung mit geschaffen wird. Positiv auch, weil in diesen Plänen die gesellschaftliche und Arbeiterkontrolle mehr betont wird, als das Gedeihen des Staates. In einem merkwürdigen Kontrast steht das allerdings zu allerlei moralisch frommen Begründungen für Gesetze wie auch zu der praktischen Behandlung des Bahnarbeiterstreiks.



„Eben sind eine Reihe von Gesetzen beschlossen worden, die zwar nicht, wie in der parlamentarischen Debatte argumentiert wurde, die Ausbeutung beendet haben, aber für die Entwicklung der Arbeiterbewegung von Bedeutung sind." – Bild: Arbeiterinnen in einer Tabakfabrik.



Stichwort:

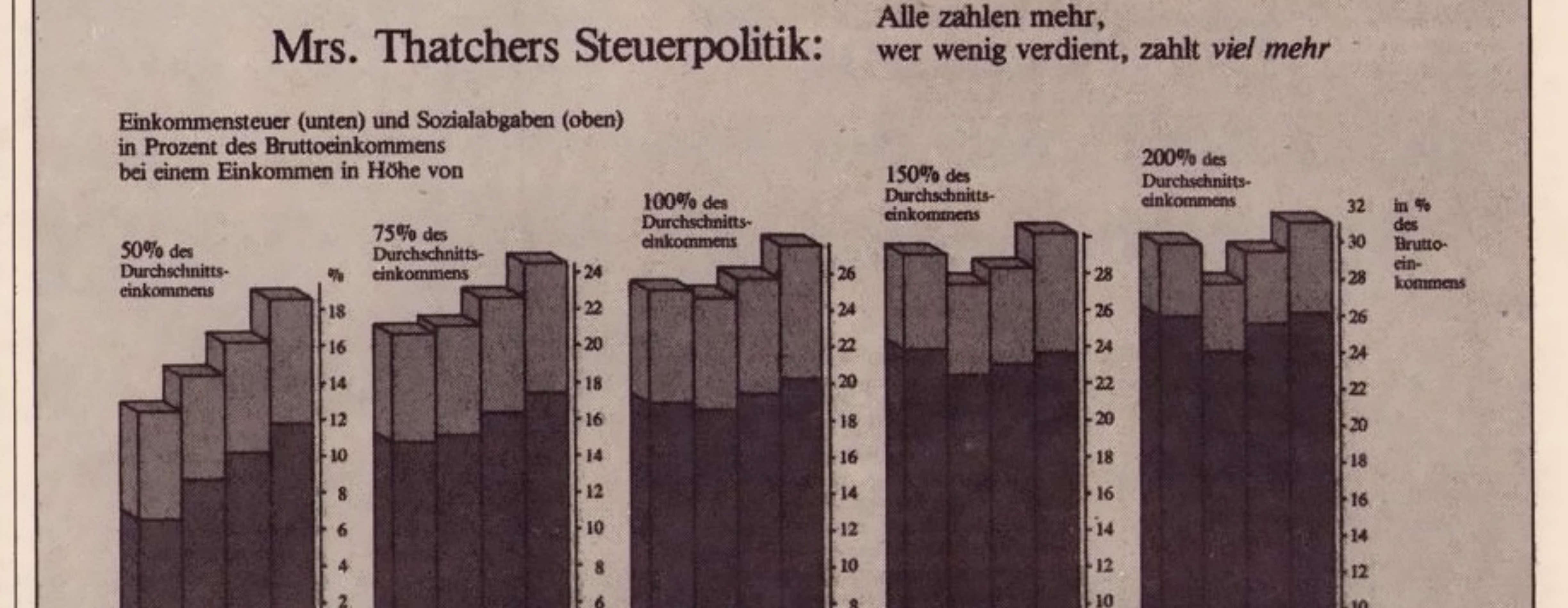
Sonderlombardsatz

frb. Vergangene Woche hat die Bundesbank eine Reduzierung des Zinssatzes für den Sonderlombardkredit von 10,5 auf 10 Prozent beschlossen. Es ist die dritte vorsichtige Senkung seit Oktober. Eine Zinssenkung wird davon kaum ausgehen, zumal wenige Tage darauf die Zinsen in den USA wieder einen Sprung nach oben gemacht haben.

Wieviel und zu welchem Zinssatz die Banken Kredite vergeben können, hängt einerseits davon ab, wieviel ihre Kunden bei ihnen anlegen, andererseits vom Spielraum, den ihnen die Bundesbank läßt. Zur Kreditvergabe müssen sich die Banken bei der Bundesbank refinanzieren, d.h. sie leihen sich ihrerseits Geld bei der Bundesbank, um selbst Geld verleihen zu können. Im wesentlichen gewährt die Bundesbank zwei Arten von Refinanzierungskrediten, nämlich den *Rediskontkredit* und den *Lombardkredit*.

Beim *Lombardkredit* gewährt die Bundesbank ein verzinsliches Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren aus dem Besitz der Banken. Diese Art Kredit dient der kurzfristigen Finanzierung, er ist täglich kündbar und soll die täglich schwankenden Zahlungsverpflichtungen der Banken decken. Der Zinssatz liegt daher über dem Diskontsatz, zu dem der längerfristige Rediskontkredit vergeben wird. Die Banken zahlen diesen höheren Satz, weil sie über diesen Kredit von einem Tag auf den anderen disponieren können. Sie zahlen ihn so rasch wie möglich zurück, womit auch nur solange Zins gezahlt wird, solange unbedingt nötig.

Im Zuge ihrer Politik, die Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken kurz zu halten und die Kredite zu verknappen und zu verteuern, vergibt die Bundesbank seit letzten Februar keine Lombardkredite mehr an die Banken. Stattdessen gewährt sie nur noch wesentlich teurere Sonderlombardkredite. Diesen Kredit kann die Zentralbank täglich zurückfordern.



Den Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt und die Steuern zu senken war eines der Ziele der Regierung Thatcher, als die Konservativen im Mai 1979 die Wahlen gewonnen hatten. Ihre erste Tat war denn auch eine Steuersenkung, allerdings kam schon dabei für die niedrigen Löhne nichts heraus. Seither steigen die Einkommensteuern unaufhaltsam und auch die Beitragssätze zur Sozialversicherung wurden angehoben. Die Abzüge für Einkommen über dem Durchschnittslohn liegen jetzt knapp über dem Prozentsatz von 1978, bei niedrigen Löhnen dagegen hat sich der Steuerabzug seither fast verdoppelt.

Die Woche im Rückblick

Das Druckabbausystem des Siedewasserreaktors Krümel ist nicht sicher, soweit darin Rückschlagklappen zwischen der Druckkammer und der Kondensationskammer vorgesehen sind. Diese Klappen können während des Druckabbaus offen bleiben, so daß in der Folge der Reaktor im Notfall nicht mehr ausreichend gekühlt werden kann. So hat am 20.1. das OVG Lüneburg auf eine von der Bürgerinitiative Umweltschutz Oberelbe (Geesthacht) eingereichte Klage hin festgestellt. Die Klage richtet sich gegen das mit der 2. Teilerrichtungsgenehmigung 1974 erteilte Baukonzept. Das AKW sollte noch in diesem Jahr in Betrieb gehen. HEW und NWK wollen trotz des Urteils weiterbauen.

Die sowjetische Getreideernte des Jahres 1981 bleibt ein Geheimnis. Erstmals seit 1975 hat das Statistische Zentralamt der UdSSR hier bei der eben erschienenen Wirtschaftsbilanz eine weiße Stelle gelassen. Westliche Schätzungen gehen von einem Ernteergebnis von 165 – 175 Mio. t aus, während im Fünfjahrplan 238 – 243 Mio. t vorgesehen waren. Die landwirtschaftliche Gesamtproduktion ist mit einem Rückgang von 2% ausgewiesen, nach Rückschlägen von -3% und -4% in den vorangegangenen Jahren. Für die Industrieproduktion wird eine Zunahme von 3,4% verzeichnet, 3,6% bei den Konsumgütern, 3,3% bei den Produktionsmitteln. Das Nationaleinkommen soll um 3,2% gestiegen sein.

Zimbabwe wird den gesamten Rohstoffhandel einer staatlichen Verkaufsgesellschaft unterstellen. Ein entsprechendes Gesetz wurde letzte Woche im Parlament eingebracht, was die Kammer der Bergbauunternehmen (Anglo-American, Rio Tinto-Zinc, Lonrho, Union Carbide usw.) zu heftigem Protest veranlaßte. Regierungschef Mugabe machte geltend, daß für die Rohstoffe höhere Preise erlöst werden könnten, als sie die Unternehmen derzeit mit ihren Muttergesellschaften verrechnen. Die Regierung werde dieses Jahr eine Reihe von Schritten unternehmen, um sicherzustellen, daß der Reichtum des Landes dem Volk zurückgegeben wird. Industrie wie Landwirtschaft werden davon betroffen sein.

Wohnungspolitische Tage in Westberlin
Zwei Tage lang wurde die herrschende Wohnungspolitik durchleuchtet und ein eigenes Konzept diskutiert
hjw. Westberlin. ,,Wohnungspolitik ist zu wichtig, um sie den Politikern zu überlassen.'' Dieses Motto hatten die Veranstalter der ,,Wohnungspolitischen Tage'' vom 22.1 – 25.1.82 in Westberlin sich gegeben. Initiiert wurden die Tage vom Berliner Mieterverein e.V., der Berliner Mietergemeinschaft, dem Netzwerk Selbsthilfe und dem Evangelischen Bildungswerk.
Geplant schon im Oktober letzten
schafter für eine Wende in der Wohnungspolitik'', sowie Ruth Becker, Ipsen, Cihan Arin und einige Instandbesetzer. Es wurden kurze Statements abgegeben. Die Zeit war knapp.
Orlowski beklagte sich über die ,,geringe Unterstützung der Betroffenen''. Duntze stellte 12 Fragen an den Senat; diese mußten jedoch unbeantwortet bleiben, da kein Vertreter des Senats anwesend war. Hämer verlangte im
nale Bauausstellung, Selbsthilfe und Mietermodernisierung, Instandbesetzer, Gewerkschaften und die Wohnungspolitik der Neuen Heimat.
Man sollte nicht dem Irrtum verfallen, daß bereits fertige Konzepte vorlagen, oder die AGs mit abschließenden Ergebnissen aufwarten konnten. Das war nicht der erklärte Zweck der wohnungspolitischen Tage und konnte auch aufgrund der Bandbreite der poli-
zeigebereitschaft der Mieter und öffentliche Kontrolle der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen durch die entsprechenden Behörden gesehen. Als weitere Möglichkeit wurde die Einrichtung eines Instandsetzungskontos oder -fonds zur zweckdienlichen Anlage des in der Miete enthaltenen Instandsetzungskostenanteils wie auch die eines Gebäude-TÜVs zur Kontrolle der laufenden Instandsetzungsmaßnahmen vorgeschlagen.
In Bezug auf Modernisierungsmaßnahmen wurde ,,keine Privatisierung öffentlicher Mittel durch Modernisierungsförderung'' gefordert, sowie die Umstellung des Förderungssystems von der Bezuschussung von Kapitalmarktmitteln auf direkte Förderung der Modernisierungsinvestitionen. Der
gewerkschaften mit der Mieterbewegung soll enger werden.
Die AG ,,Zeitbombe Sozialer Wohnungsbau – Auswirkungen der CDU-Neubaupläne'' beschäftigte sich mit den Neubauplänen des Senats, die insbesondere den besser Verdienenden zugute kommen sollen. Von 39000 bis 1985 geplanten Neubauwohnungen sollen 13700 als Sozialmietwohnungen erstellt werden, 11500 als Mietwohnungen im steuerbegünstigten Wohnungsbau und 13800 als Eigentumswohnungen bzw. Eigenheime. Für einkommensschwächere Mieter reduziert sich somit das Wohnungsangebot erheblich. Wie diese Politik des Senats insbesondere den Abschreibungsgesellschaften nützt, wurde anhand eines konkreten Falls in einer Ton-Dia-Show
rück, womit auch nur solange Zins gezahlt wird, solange unbedingt nötig.
Im Zuge ihrer Politik, die Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken kurz zu halten und die Kredite zu verknappen und zu verteuern, vergibt die Bundesbank seit letzten Februar keine Lombardkredite mehr an die Banken. Stattdessen gewährt sie nur noch wesentlich teurere Sonderlombardkredite. Diesen Kredit kann die Zentralbank täglich zurückfordern.
schen der Druckkammer und der Kondensationskammer vorgesehen sind. Diese Klappen können während des Druckabbaus offen bleiben, so daß in der Folge der Reaktor im Notfall nicht mehr ausreichend gekühlt werden kann. So hat am 20.1. das OVG Lüneburg auf eine von der Bürgerinitiative Umweltschutz Oberelbe (Geesthacht) eingereichte Klage hin festgestellt. Die Klage richtet sich gegen das mit der 2. Teilerrichtungsgenehmigung 1974 erteilte Baukonzept. Das AKW sollte
Die sowjetische Getreideernte des Jahres 1981 bleibt ein Geheimnis. Erstmals
Die Woche im Rückblick
seit 1975 hat das Statistische Zentralamt der UdSSR hier bei der eben erschienenen Wirtschaftsbilanz eine weiße Stelle gelassen. Westliche Schätzungen gehen von einem Ernteergebnis
samtproduktion ist mit einem Rückgang von 2% ausgewiesen, nach Rückschlägen von -3% und -4% in den vorangegangenen Jahren. Für die Industrieproduktion wird eine Zunahme von 3,4% verzeichnet, 3,6% bei den Konsumgütern, 3,3% bei den Produktionsmitteln. Das Nationaleinkommen soll um 3,2% gestiegen sein.
Zimbabwe wird den gesamten Rohstoffhandel einer staatlichen Verkaufsgesellschaft unterstellen. Ein entsprechendes Gesetz wurde letzte Woche im
Union Carbide usw.) zu heftigem Protest veranlaßte. Regierungschef Mugabe machte geltend, daß für die Rohstoffe höhere Preise erlöst werden könnten, als sie die Unternehmen derzeit mit ihren Muttergesellschaften verrechnen. Die Regierung werde dieses Jahr eine Reihe von Schritten unternehmen, um sicherzustellen, daß der Reichtum des Landes dem Volk zurückgegeben wird. Industrie wie Landwirtschaft werden davon betroffen sein.

Wohnungspolitische Tage in Westberlin

Zwei Tage lang wurde die herrschende Wohnungspolitik durchleuchtet und ein eigenes Konzept diskutiert

hjw. Westberlin. ,,Wohnungspolitik ist zu wichtig, um sie den Politikern zu überlassen.'' Dieses Motto hatten die Veranstalter der ,,Wohnungspolitischen Tage'' vom 22.1 – 25.1.82 in Westberlin sich gegeben. Initiiert wurden die Tage vom Berliner Mieterverein e.V., der Berliner Mietergemeinschaft, dem Netzwerk Selbsthilfe und dem Evangelischen Bildungswerk.

Geplant schon im Oktober letzten Jahres, als im öffentlichen Bewußtsein eine Situation entstanden war, wo über die Gewaltfrage und den Tod von Klaus-Jürgen Rattay die Wohnungsfragen unterzugehen drohten. Und das angesichts des Regierungsprogramms des Berliner CDU-Minderheitsenats, in dem deutlich wurde, daß er nichts lösen wird – so Christl Neusüß auf der abschließenden Pressekonferenz.

,,Ziel sollte sein, das Vorhaben des CDU-Senats und seiner FDP-Anhänger, mit den Räumungen von besetzten Häusern von den eigentlichen Problemen der Wohnungspolitik abzulenken, zu durchbrechen. Die ,Wohnungspolitischen Tage' wollten die Instandbesetzer aus der Schußlinie des neuen Senats nehmen, indem sie versuchten, die Grundlinien einer sozial gerechten und finanzierbaren Wohnungsbaupolitik zu diskutieren und der Öffentlichkeit als Handlungsperspektive vorzustellen.'' (Pressemitteilung des Berliner Mietervereins)

Eingeleitet wurden die ,,wohnungspolitischen Tage'' durch eine Veranstaltung ,,Wohnungsmisere in Berlin und Weißer Kreis'' am Freitag im Audi Max der TU. Die Veranstaltung wurde von 2000 Teilnehmern besucht; weniger von Mietern und Betroffenen, im wesentlichen von organisierten Mietern, Gewerkschaftern, Hausbesetzern, Architekten und sonstigen im Bereich Wohnungspolitik Tätigen. Auf dem Podium Hartmann Vetter vom Berliner Mieterverein, der Kreuzberger AL-Baustadtrat Orlowski, H.W. Hämer – einer der Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung –, der Kreuzberger Pfarrer Duntze, Christl Neusüß als Vertreterin der ,,Gewerkschafter für eine Wende in der Wohnungspolitik'', sowie Ruth Becker, Ipsen, Cihan Arin und einige Instandbesetzer. Es wurden kurze Statements abgegeben. Die Zeit war knapp.

Orlowski beklagte sich über die ,,geringe Unterstützung der Betroffenen''. Duntze stellte 12 Fragen an den Senat; diese mußten jedoch unbeantwortet bleiben, da kein Vertreter des Senats anwesend war. Hämer verlangte im Wohnungswesen einen ,,besseren Kapitalismus'', wie z.B. in Holland (Protest der Instandbesetzer). Auf die konkrete Lage im Wohnungswesen gingen lediglich Vetter – Aufhebung der Mietpreisbindung durch den CDU-Senat –, und Becker – Sozialer Wohnungsbau, Argumente der Wohnungsbaugesellschaften und der Bundesregierung zur Rechtfertigung ihrer Wohnungsbaupolitik – ein. Die Instandbesetzer nahmen Stellung zu den fürs Frühjahr befürchteten Räumungen und zur Frage der Kriminalisierung von Hausbesetzern. Eine Diskussion fand nicht statt und hätte wohl auch den Rahmen der Veranstaltung gesprengt. Man sollte wohl die Veranstaltung auch mehr als Einführung in die an den nächsten beiden Tagen stattfindenden Arbeitsgruppen verstehen. Besonders zu erwähnen sind noch die kabarettistischen Einlagen der Gruppe ,,Der wahre Anton'' aus Köln, die geschickt ihr derzeitiges Programm ,,Die Absa(h)nierung'' zwischen die einzelnen Beiträge einflochten und der Veranstaltung ein Stück Lebendigkeit gaben.

Am Samstag und Sonntag dann parallel laufende Arbeitsgruppen über verschiedenste, mit der Wohnungspolitik zusammenhängende Themen: wie Beispiele aus dem Ausland (Rotterdamm, Amsterdam, Wien), Verteilung der Subventionen durch die Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) – wer macht da die Politik –, Mietpreisbindung, Alternativen zur Instandsetzungs- und Modernisierungspolitik, Sozialer Wohnungsbau, die CDU-Neubaupläne, die Frage der Arbeitsimmigranten und der Jugend, Internationale Bauausstellung, Selbsthilfe und Mietermodernisierung, Instandbesetzer, Gewerkschaften und die Wohnungspolitik der Neuen Heimat.

Man sollte nicht dem Irrtum verfallen, daß bereits fertige Konzepte vorlagen, oder die AGs mit abschließenden Ergebnissen aufwarten konnten. Das war nicht der erklärte Zweck der wohnungspolitischen Tage und konnte auch aufgrund der Bandbreite der politischen Auffasungen nicht geleistet werden. Das politische Spektrum reichte von reformistischen bis zu radikaldemokratischen und ,,alternativen'' Vorschlägen, die sich zwischen dem weitestgehendsten Auslegen bestehender Gesetze und Verordnungen bis zu einer Kommunalisierung von Boden und Wohnungseigentum bewegten. Einigkeit bestand jedoch darin, daß man sich den wohnungspolitischen Zielen den Senats widersetzen muß und eine Wende in der Wohnungspolitik notwendig ist.

Die derzeitige Politik des Berliner Senats ist durch folgende Punkte zu kennzeichnen: Anpassung der Altbaumieten an die von Neubauten, Fortsetzung der Vernichtung von Althausbestand durch Blockentkernung und Kahlschlagsanierung, Subventionierung von Hausbesitzern über staatliche Förderung, vermehrte Bildung von Wohnungseigentum, Aufhebung der Mietpreisbindung, keine weiteren Instandbesetzungen und verstärkter Bau von Neubauwohnungen. Gegenüber dieser Politik wurden in den Arbeitsgruppen mögliche Alternativen diskutiert.

Die AG ,,Alternativen zur Modernisierungs- und Instandsetzungspolitik'' debattierte z.B. Fragen wie die Durchsetzung der Instandsetzungsverpflichtung der Hauseigentümer durch Anwendung bestehender gesetzlicher Möglichkeiten, wie Einschalten der Wohnungsaufsicht, Zweckentfremdungsverbot, Instandsetzungsgebot. Als Voraussetzung dazu wurden die Verlängerung der bestehenden Mietpreisbindung sowie Erreichen von Anzeigebereitschaft der Mieter und öffentliche Kontrolle der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen durch die entsprechenden Behörden gesehen. Als weitere Möglichkeit wurde die Einrichtung eines Instandsetzungskontos oder -fonds zur zweckdienlichen Anlage des in der Miete enthaltenen Instandsetzungskostenanteils wie auch die eines Gebäude-TÜVs zur Kontrolle der laufenden Instandsetzungsmaßnahmen vorgeschlagen.

In Bezug auf Modernisierungsmaßnahmen wurde ,,keine Privatisierung öffentlicher Mittel durch Modernisierungsförderung'' gefordert, sowie die Umstellung des Förderungssystems von der Bezuschussung von Kapitalmarktmitteln auf direkte Förderung der Modernisierungsinvestitionen. Der Vorschlag einer bedarfsorientierten Modernisierung, die das Mietniveau auch für niedrige Einkommensgruppen tragbar macht, sowie einer Mietpreis- und Belegungsbindung und einer Konzentration der öffentlichen Förderung auf die schlechtesten Altbaubestände wurde gemacht. Diskutiert wurde auch die Veränderung der Trägerschaft, die eine Kommunalisierung der Bestände ermöglichen soll, wobei die Einflußnahme der Bewohner auf Instandsetzung und Modernisierung dieser Häuser bzw. Blöcke berücksichtigt werden solle.

Die AG ,,Gewerkschaften und Wohnungspolitik'' beschäftigte sich im wesentlichen mit den derzeitigen Initiativen zur Wohnungspolitik innerhalb der Einzelgewerkschaften. Festgestellt wurde, daß es zwar eine Vielzahl von Initiativen und Aktivitäten in den Einzelgewerkschaften gibt, aber kaum Aktivität nach außen und Koordination dieser Gruppen vorhanden sind. Alte gewerkschaftliche Forderungen, wie Beseitigung der einkommensprogressiven Förderungspolitik mit ihren Schwerpunkten Eigentumsförderung und Steuervergünstigungen, und stattdessen die Konzentration staatlicher Maßnahmen auf Schaffung und Erhaltung billigen Wohnraums, sowie eine durchgreifende Reform des sozialen Wohnungsbaus bei Ausschaltung des privaten Kapitalmarkts sollten wieder aufgegriffen werden. Insbesondere wurde in diesem Zusammenhang die Unternehmenspolitik der Neuen Heimat kritisiert, die sich mehr und mehr von den Zielsetzungen einer gewerkschaftlichen Wohnungspolitik entfernt habe. Die Zusammenarbeit von Einzelgewerkschaften mit der Mieterbewegung soll enger werden.

Die AG ,,Zeitbombe Sozialer Wohnungsbau – Auswirkungen der CDU-Neubaupläne'' beschäftigte sich mit den Neubauplänen des Senats, die insbesondere den besser Verdienenden zugute kommen sollen. Von 39000 bis 1985 geplanten Neubauwohnungen sollen 13700 als Sozialmietwohnungen erstellt werden, 11500 als Mietwohnungen im steuerbegünstigten Wohnungsbau und 13800 als Eigentumswohnungen bzw. Eigenheime. Für einkommensschwächere Mieter reduziert sich somit das Wohnungsangebot erheblich. Wie diese Politik des Senats insbesondere den Abschreibungsgesellschaften nützt, wurde anhand eines konkreten Falls in einer Ton-Dia-Show gezeigt. Die Herstellungskosten werden künstlich aufgebläht, damit für die Abschreibungsgesellschaft möglichst hohe Verluste entstehen, die dann aus Steuerersparnis refinanziert werden. Die Herstellungskosten im sozialen Wohnungsbau liegen dadurch um bis zu 30% höher als normal, was die Kostenmiete entsprechend hochtreibt. Die direkten Subventionen aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus betrugen bei dem gezeigten Haus 100%, die zusätzlichen Subventionen durch Steuerersparnis machten nochmals etwa 70% der Erstellungskosten aus! Trotz der erheblichen öffentlichen Förderung wird aber über das Haus am Ende privat verfügt. – Mit diesem Beispiel wurden auch die Interessen der Banken als Kreditgeber am Wohnungsbau dargestellt.

Diese Beispiele nur als Ausschnitt aus der Tätigkeit der Arbeitsgruppen. Vielleicht erkennt man daran, wie komplex die Themenbereiche waren.

Neben den eingangs genannten Zielen der wohungspolitischen Tage wurde natürlich auch die anstehende Einführung des Weißen Kreises (s. KVZ 2/82) behandelt. Die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren ist inzwischen in allen Stadtbezirken begonnen worden; in einzelnen sind die für die Beantragung erforderlichen 2% schon erreicht. Eine breite Unterstützung ist festzustellen, insbesondere auch von den an den wohnungspolitischen Tagen beteiligten Gruppen. Diese Gruppen haben sich vorgenommen, darüberhinaus die angerissenen Fragen weiterzudiskutieren und daraus ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept für Westberlin zu entwickeln.

Noch mehr „Bild"?

Zwei Exponenten westdeutscher Pressemacht, Springer und Burda, ohnehin im Geist verbunden, wollen künftig *ein Kapital* sein. Bis Mitte 1983 soll Burda 51% am Springer-Konzern halten, die ½ Mrd. Mark hierfür hat der Familien-Clan in Offenburg schon bereit. Doch das Kartellamt hat die Fusion untersagt; nur noch die „Ministererlaubnis" kann das Projekt retten. Das Verfahren hierzu läuft. Springer und Burda machen geltend, ihre Presseerzeugnisse wahrten eine staats- und gesellschaftspolitisch bedeutsame Grundhaltung, die im vielstimmigen Konzert der deutschen Presse spezifisches Gewicht habe. Ob unsere Minister schon so käuflich sind, daß solche Begründung opportun erscheint?
Im Anhörungsverfahren, das der Entscheidung des Wirtschaftsministers vorausgeht, hat sich auch die IG Druck und Papier geäußert. Die Gewerkschaft lehnt die Fusion ab, verstrickt sich aber in ihrer Begründung völlig, weil sie von der bloßen Sorge um „Arbeitsplätze" ausgeht. Flugs wird daraus die Sorge um die Erhaltung des Springer-Blattes „Die Welt" und der „Meinungsvielfalt". Da kann man nur hoffen, daß nicht demnächst die Anti-Bild-Kampagnen ins Feuer der Arbeitsplatzerhalter kommen. Im folgenden die wichtigsten Passagen aus der Stellungnahme der Druckgewerkschaft.



Ein Zusammenschluß der Verlagshäuser und Druckereien der Unternehmensgruppen Springer und Burda hätte zur Folge:

- Jedes dritte verkaufe *Zeitungs*exemplar der Bundesrepublik käme aus diesem Hause.
- Jedes vierte verkaufte Exemplar einer *Zeitschrift* käme, sofern es sich nicht um eine ausgesprochene Fachzeitschrift handeln würde, aus diesem Hause. Jedes dritte verkaufte Exemplar würde dort gedruckt.
- Jeder dritte in der Bundesrepublik insgesamt gedruckte *Tiefdruckbogen* käme ebenfalls aus Druckereien dieses Zusammenschlusses.

Diese Marktmacht und diese publizistische Macht würde ein bisher nicht gekanntes Ausmaß darstellen. Arbeitsplätze würden dabei weder innerbetrieblich noch in der Druckindustrie insgesamt gesichert werden, sondern in nennenswertem Umfange trotz Zusammenschluß gefährdet sein.

- Bei nur 5% Marktausdehnung beider Unternehmen im Tiefdruck sind ein Viertel aller heute noch bestehenden Tiefdruckereien akut gefährdet, mit den ihnen zuarbeitenden Reprostudios rund *2000 Arbeitsplätze*.
- Trotz konstanter oder steigender Marktanteile sind aufgrund von Investitionen und koordinierter Planung auch bei einem Zusammenschluß innerbetrieblich *1000 Arbeitsplätze* im Laufe der nächsten drei Jahre gefährdet.
- Ein Abstimmen und Zusammenlegen von Zeitschriftentiteln und Verbreitungsgebieten könnte die Pressevielfalt weiter zurückdrängen. Die Erhaltung der *Welt* hängt davon ab, ob mittels einer besseren Konzeption eine bessere Position errungen werden kann. Hierauf dürfte der Zusammenschluß mit einem Nichtzeitungsunternehmen ohne Einfluß sein.

Die IG Druck und Papier spricht sich wegen des überragenden Interesses der Allgemeinheit an Pressevielfalt und Erhalt von Arbeitsplätzen gegen einen Zusammenschluß der Unternehmensgruppen Springer und Burda aus, da negative Folgen auf die Presselandschaft, die Marktsituation im Tiefdruckbereich und die Beschäftigten in der Druckindustrie deutlich abzusehen sind.

1. Springer und Burda

Beide Unternehmensgruppen gehören zu den vier großen der Druckindustrie und der Verlagsbranche. Wie aus untenstehender Tabelle ersichtlich ist, steht bei einer Gewichtung nach der Zahl der Beschäftigten und dem Umsatz Springer auf Platz Nummer 2 und Burda auf Platz Nummer 4.

Die Aktivitäten der Unternehmensgruppe Bertelsmann spielen sich aller-

bessere Position errungen werden kann. Hierauf dürfte der Zusammenschluß mit einem Nichtzeitungsunternehmen ohne Einfluß sein.

Die IG Druck und Papier spricht sich wegen des überragenden Interesses der Allgemeinheit an Pressevielfalt und Erhalt von Arbeitsplätzen gegen einen Zusammenschluß der Unternehmensgruppen Springer und Burda aus, da negative Folgen auf die Presselandschaft, die Marktsituation im Tiefdruckbereich und die Beschäftigten in der Druckindustrie deutlich abzusehen sind.

1. Springer und Burda

Beide Unternehmensgruppen gehören zu den vier großen der Druckindustrie und der Verlagsbranche. Wie aus untenstehender Tabelle ersichtlich ist, steht bei einer Gewichtung nach der Zahl der Beschäftigten und dem Umsatz Springer auf Platz Nummer 2 und Burda auf Platz Nummer 4.

Die Aktivitäten der Unternehmensgruppe Bertelsmann spielen sich aller-
dings zu rund einem Drittel im Ausland ab und erstrecken sich über die Druckindustrie und das Verlagsgewerbe hinaus auf das Betreiben von Buchclubs sowie die Herstellung von Schallplatten und Filmen. Die Unternehmensgruppen Springer und Burda haben, soweit erkennbar, ebenso wie die beiden anderen Großunternehmen dieser Branche, inländische Eigentümer. Die Unternehmensgruppe Springer ist, soweit bekannt, an keinen ausländischen Unternehmungen beteiligt. Burda hingegen hat zwei Tiefdruckereien mit einer Eigenbeteiligung von 50% in den Vereinigten Staaten und plant, sein dortiges Engagement in Form einer dritten Betriebsstätte weiter auszudehnen. Außerdem ist die Unternehmensgruppe alleiniger Eigentümer einer größeren Druckerei in Frankreich.

Unternehmensdaten

	Springer	Burda	zus.	Druck-ind.
Beschäftigte	12366	4609	16975	180000
Umsatz (Mrd.DM)	2,1	0,8	2,9	20,6

Stand 1980/81

Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz Mrd.DM
Bertelsmann	29570*	4,8
Springer	12366	2,1
Bauer	9950	1,5
Burda	4609	0,8

* *davon 11500 im Ausland*

2. Zeitungen

Schon heute hat Springer im Bereich der Tageszeitungen einen Marktanteil von 28,3%.

Axel Springer Verlag AG, Hamburg/Berlin (1)

Bild-Zeitung (Marktant.: 23,24%)	4710209
Die Welt, Bonn/Hamburg	203681
Hamburger Abendblatt (2)	281457
Berliner Morgenpost	181639
B.Z., Berlin	312263
Elmshorner Nachrichten (2)(3)	13206
Bergedorfer Zeitung (91%)(2)(3)	26250
	5728705
Marktanteil	*28,27%*

1) Springer ist mit 24,99% an der „Münchener Zeitungs-Verlag GmbH & Co." beteiligt. Durch die anteilige Zurechnung erhöht sich die Gesamtauflage der Springer-Verlagsgruppe auf 5822405, ihr Tageszeitungs-Marktanteil auf 28,73%. Springer ist ferner mit 20% an den Lübecker Nachrichten (109453 verkaufte Auflage) beteiligt.
2) Anzeigen-Kooperation: Hamburger Abendblatt-Wirtschaftskombination mit 587857 v.a. Daran beteiligt: Hamburger Abendblatt. Lübecker Nachrichten, Har-

der Tageszeitungen einen Marktanteil von 28,3%.

Axel Springer Verlag AG, Hamburg/Berlin (1)
Bild-Zeitung (Marktant.: 23,24%) 4710209
Die Welt, Bonn/Hamburg 203681
Hamburger Abendblatt (2) 281457
Berliner Morgenpost 181639
B.Z., Berlin 312263
Elmshorner Nachrichten (2)(3) 13206
Bergedorfer Zeitung (91%)(2)(3) 26250
5728705
Marktanteil 28,27%

1) Springer ist mit 24,99% an der „Münchener Zeitungs-Verlag GmbH & Co." beteiligt. Durch die anteilige Zurechnung erhöht sich die Gesamtauflage der Springer-Verlagsgruppe auf 5822405, ihr Tageszeitungs-Marktanteil auf 28,73%. Springer ist ferner mit 20% an den Lübecker Nachrichten (109453 verkaufte Auflage) beteiligt.
2) Anzeigen-Kooperation: Hamburger Abendblatt-Wirtschaftskombination mit 587857 v.a. Daran beteiligt: Hamburger Abendblatt, Lübecker Nachrichten, Har-
burger Anzeigen und Nachrichten, Zeitungsgruppe Nord (= Gruppe von Kleinzeitungen mit Bergedorfer Zeitung, Elmshorner Nachrichten und elf weiteren)
3) Redaktionelle Kooperation: „Norddeutsche Nachrichten" heißt die Zentralredaktion für Elmshorner Nachrichten, Bergedorfer Zeitung und die nicht zu Springer gehörenden Stormaner Tageblatt, Bad Oldesloe, Pinneberger Tageblatt, Barmstedter Zeitung, Uetersener Nachrichten.
Quelle: Diedrichs in Media-Perspektiven 7/81.

Die Unternehmensgruppe Burda besitzt bisher keinen Anteil im Zeitungsmarkt. Der Anteil von fast einem Drittel würde also in diesem Teilmarkt unverändert weiterbestehen.

Der relevante Teilmarkt dürfte jedoch im vorliegenden Falle der Markt der *Kaufzeitungen* sein.

Die „alleinige marktüberragende Stellung" des Springer-Konzerns bei den *Sonntagszeitungen* ist kaum noch zu überbieten. Der Anteil von 95%, den das Kartellamt anführt, stimmt mit unseren Berechnungen überein. Die besondere Stellung der *Bild-Zeitung* am Tageszeitungsmarkt beruht auf ihrem Anteil am gesamten Markt der Tageszeitungen von 23% (IV. Quartal 1980). Die Zeitungsgruppe WAZ hat als zweitstärkste Gruppe demgegenüber nur einen Marktanteil von 6%. Dieser enorme Abstand der *Bild-Zeitung* zur Zeitung mit der zweitstärksten Auflage macht die besondere Stellung der *Bild-Zeitung* deutlich. Die in neuester Zeit leicht rückläufige Auflage der *Bild-Zeitung* verändert aufgrund der absoluten Auflagenhöhe diese Situation kaum.

3. Zeitschriften

Im Bereich der *Publikumszeitschriften*, also aller Zeitschriften, die frei verkauft werden und keine Fachzeitschriften sind, halten beide Unternehmensgruppen bedeutende Marktanteile. Einen Eindruck von der Entwicklung auf diesem Markt seit 1968 gibt folgende Tabelle:

Verlag/ Konzern	Titel 1980	Marktanteil in % 1968	1976	1978	1980
		ungewichtet			
1 Bauer	18	18,4	21,3	20,9	20,5
2 Burda	9	12,4	18,5	13,6	12,2
3 Springer	8	8,8	8,5	8,8	8,4
4 Gruner + J.	9	8,0	7,6	6,2	6,7
gesamt	44	47,6	55,9	49,5	47,8

Auch hier sind die Marktanteile von Springer wieder erstaunlich konstant. Sie liegen seit 13 Jahren bei 13,5% mit einer Abweichung von plus/minus 0,5%.

Burda hat bei seinen gewichteten Marktanteilen etwas zugenommen,

ten, also aller Zeitschriften, die frei verkauft werden und keine Fachzeitschriften sind, halten beide Unternehmensgruppen bedeutende Marktanteile. Einen Eindruck von der Entwicklung auf diesem Markt seit 1968 gibt folgende Tabelle:

Verlag/ Konzern Titel 1980 Marktanteil in % 1968 1976 1978 1980
ungewichtet
1 Bauer 18 18,4 21,3 20,9 20,5
2 Burda 9 12,4 18,5 13,6 12,2
3 Springer 8 8,8 8,5 8,8 8,4
4 Gruner + J. 9 8,0 7,6 6,2 6,7
gesamt 44 47,6 55,9 49,5 47,8

Auch hier sind die Marktanteile von Springer wieder erstaunlich konstant. Sie liegen seit 13 Jahren bei 13,5% mit einer Abweichung von plus/minus 0,5%.

Burda hat bei seinen gewichteten Marktanteilen etwas zugenommen,
Bauer hat 6% zusätzlichen Marktanteils an sich gezogen. Ein Zusammenschluß von Burda und Springer würde bedeuten, daß dieser Großkonzern 24% Marktanteil besäße und daß dann die beiden größten gemeinsam mehr als 56% des Marktanteils bei Publikumszeitschriften halten würden.

Die gewichteten Marktanteile zeigen, daß bei einem Zusammenschluß jede vierte Zeitschrift aus dem neu entstehenden Pressekonzern käme.

Zieht man dazu in Betracht, daß insbesondere die Unternehmensgruppe Springer in erheblichem Umfange Zeitschriften anderer Verlage herstellt, so ergibt sich bereits ungewichtet ein Marktanteil bei den Zeitschriften für eigene Produkte und Fremdaufträge von 37%

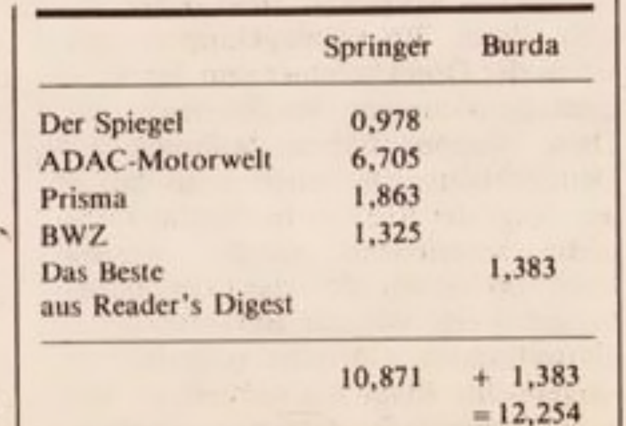
Eine marktbeherrschende Rolle besteht im Bereich der *Programmzeitschriften*, da schon heute nahezu jede zweite Programmzeitschrift aus dem Hause Springer stammt.

Marktanteile im III. Quartal 1981 in %

	Springer	Burda	zus.
eigene Verlagsprodukte	8,8	13,0	21,8
eigene Verlagsprodukte + Fremdaufträge	22,3	14,7	37,0
Programmzeitschriften	46,3	8,2	54,5

Quelle: IVW-Auflagenliste

Bei Springer und Burda werden folgende Produkte als *Fremdaufträge* gedruckt (Auflage III. Quartal 1981) in Mio.:



	Springer	Burda
Der Spiegel	0,978	
ADAC-Motorwelt	6,705	
Prisma	1,863	
BWZ	1,325	
Das Beste aus Reader's Digest		1,383
	10,871	+ 1,383 = 12,254

Dieses zusätzliche Drucken von nicht selbst verlegten Publikumszeitschriften hat zur Folge, daß nicht nur jedes vierte verkaufte Exemplar einer Zeitschrift aus diesem Hause käme, sondern auch jedes dritte verkaufte Exemplar dort gedruckt würde.

5. Der Tiefdruckmarkt

Ein Zusammenschluß von Springer und Burda hätte nicht nur erhebliche Konsequenzen bezüglich der Pressekonzentration, sondern auch im hart umkämpften und schon heute von Großbetrieben geprägten Tiefdruckmarkt.

Der Tiefdruck hat an der Druckin-

Der Spiegel 0,978
ADAC-Motorwelt 6,705
Prisma 1,863
BWZ 1,325
Das Beste aus Reader's Digest 1,383
10,871 + 1,383 = 12,254

Dieses zusätzliche Drucken von nicht selbst verlegten Publikumszeitschriften hat zur Folge, daß nicht nur jedes vierte verkaufte Exemplar einer Zeitschrift aus diesem Hause käme, sondern auch jedes dritte verkaufte Exemplar dort gedruckt würde.

5. Der Tiefdruckmarkt

Ein Zusammenschluß von Springer und Burda hätte nicht nur erhebliche Konsequenzen bezüglich der Pressekonzentration, sondern auch im hart umkämpften und schon heute von Großbetrieben geprägten Tiefdruckmarkt.

Der Tiefdruck hat an der Druckin-
dustrie einen Anteil von rund 20%. Bei einem Umsatz von rund 21 Mrd. DM im Jahr 1980 macht dies für diesen Teilmarkt ein Volumen von rund 5 Mrd. DM aus. Dieses Umsatzvolumen teilen sich rund 20 Tiefdruckereien der Bundesrepublik, die zwei größten davon sind Springer und Burda. Ihnen folgen mit deutlichem Abstand Bertelsmann und Bauer.

Allerdings läßt sich der Anteil dieser vier Großdruckereien am deutschen Tiefdruckmarkt anhand von Umsatzzahlen nicht ermitteln, da sie zu erheblichen Teilen eigene Produkte drucken, also keine Tiefdruckaufträge, die getrennt erfaßt werden könnten. Es erscheint uns daher nötig, die Zahl und Art der in der Bundesrepublik insgesamt installierten Druckwerke im Bereich Tiefdruck zu analysieren.

Anlagen der neuesten Generation dreifach breiter Tiefdruckmaschinen mit 240 cm Zylinderbreite sind bisher lediglich in fünf Druckereien der Bundesrepublik und West-Berlins installiert: Bei Springer in Ahrensburg und Darmstadt ist mit 57 von insgesamt 117 installierten Druckwerken dieser Art rund die Hälfte der Kapazität in diesem Bereich installiert.

Nimmt man alle in der Bundesrepublik vorhandenen Tiefdruckwerke mit einer Zylinderbreite von 180 cm und mehr, also alle doppelbreiten Maschinen einschließlich der darüberliegenden Formate, so sind von 529 insgesamt installierten Werken 143 bei Springer und 131 bei Burda aufgestellt. Dies entspricht zusammen einem Anteil von 52%. Es ist davon auszugehen, daß in der Bundesrepublik insgesamt 1900 Tiefdruckwerke installiert sind, von denen sich etwa 1600 gleichzeitig im Einsatz befinden. Macht man über alle diese Aggregate mit Hilfe der Maschinengeschwindigkeiten und Formate eine vergleichende Kapazitätsrechnung, so ergibt sich daraus, daß Springer und Burda an der gesamten Tiefdruckkapazität der Bundesrepublik einen Anteil von 32% haben. Es folgen Bertelsmann mit einem Anteil von 12% und Bauer mit einem Anteil von 6,4%. Der Anteil der vier Großbetriebe an der Druckkapazität im Tiefdruck beträgt somit 50% der Gesamtkapazität der BRD.

7. Zusammenfassung

Ein Zusammenschluß der Unternehmensgruppen Springer und Burda würde im Bereich der Zeitungen, Zeitschriften, des Pressevertriebsmarktes, des Anzeigenmarktes und des Tiefdruckmarktes zu marktbeherrschenden Positionen führen. Diese Marktbeherrschung wäre besonders kraß bei den Sonntagszeitungen (98% Marktanteil), bei den Kaufzeitungen im Straßenvertrieb (78% Marktanteil) und bei den Programmzeitschriften (46% Marktanteil).

Bei der *Bild-Zeitung* und den Programmzeitschriften haben sich im letzten Jahrzehnt die Marktanteile nur um zehntel Prozente verschoben. In etwas abgeschwächter Form trifft dies auch für die Marktanteile der beiden Unternehmensgruppen im Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt insgesamt zu. Es ist daher schon heute von einem wesentlich eingeschränkten Wettbewerb auszugehen.

Die verlegerische Linie des Hauses Springer kann mit Sicherheit auch in Zukunft unabhängig von Axel Springer und ohne Verkauf an Burda gewahrt und gesichert werden. Arbeitsverträge, Redaktionsstatuten, die Schaffung einer Stiftung und ähnliche Maßnahmen bieten hierzu sicherlich ausreichende Möglichkeiten. Die Unternehmensgruppe Springer ist betriebswirtschaftlich gesund und auch in absehbarer Zukunft alleine voll existenzfähig. Die Möglichkeiten zu positiven Ergebnissen erscheinen für die Zukunft gesichert.

Die Belegschaft der Axel Springer AG hat wiederholt ihre Bereitschaft und ihren Willen bekundet, im Rahmen einer Stiftung oder sonstigen zukünftigen Gesellschaftsform ihr Engagement und ihren Beitrag einzubringen, um verantwortlich an der Sicherung und Fortentwicklung der verlegerischen und unternehmerischen Leistung mitzuwirken. Die IG Druck und Papier hält solche Überlegungen für sehr viel naheliegender und besser mit dem Interesse der Allgemeinheit vereinbar als einen Verkauf oder gar weitere Konzentrationsprozesse.

Der Erhalt der überregionalen Tageszeitung *Die Welt* ist der einzige problematische Punkt. Ein Sanierungskonzept kostet mit Sicherheit Geld

verträge, Redaktionsstatuten, die Schaffung einer Stiftung und ähnliche Maßnahmen bieten hierzu sicherlich ausreichende Möglichkeiten. Die Unternehmensgruppe Springer ist betriebswirtschaftlich gesund und auch in absehbarer Zukunft alleine voll existenzfähig. Die Möglichkeiten zu positiven Ergebnissen erscheinen für die Zukunft gesichert.

Die Belegschaft der Axel Springer AG hat wiederholt ihre Bereitschaft und ihren Willen bekundet, im Rahmen einer Stiftung oder sonstigen zukünftigen Gesellschaftsform ihr Engagement und ihren Beitrag einzubringen, um verantwortlich an der Sicherung und Fortentwicklung der verlegerischen und unternehmerischen Leistung mitzuwirken. Die IG Druck und Papier hält solche Überlegungen für sehr viel naheliegender und besser mit dem Interesse der Allgemeinheit vereinbar als einen Verkauf oder gar weitere Konzentrationsprozesse.

Der Erhalt der überregionalen Tageszeitung Die Welt ist der einzige problematische Punkt. Ein Sanierungskonzept kostet mit Sicherheit Geld.
Dieses kann Springer aufbringen. Die Chancen eines solchen Konzepts können nicht erkauft, sondern müssen erdacht werden. Der Zusammenschluß mit einem Nichtzeitungshaus wie Burda stellt hierbei kaum eine notwendige und unvermeidliche Hilfe dar. Die IG Druck und Papier wünscht selbstverständlich den Erhalt der *Welt*. Sie gehört zu den wenigen überregionalen Tageszeitungen in der Bundesrepublik (die Straßenverkaufszeitungen sind hier ausgeklammert).

Eine Veränderung der redaktionellen Tendenz der *Welt* oder das Einstellen ihres Erscheinens würde nicht eine Verringerung der Meinungsvielfalt in dem Sinne bedeuten, daß konservative politische Positionen in der überregionalen Tagespresse nicht mehr präsent wären. Die Vernichtung von über 1000 Arbeitsplätzen größtenteils sehr qualifizierter und spezialisierter Mitarbeiter würde allerdings von verheerender Auswirkung auf die Betroffenen selbst und die Arbeits- und Beschäftigungssituation im Zeitungswesen insgesamt sein.

Das überragende Interesse der Allgemeinheit kann somit nicht in einem Zusammenschluß von Burda und Springer liegen, selbst bei sehr ernsthafter Würdigung der Bemühungen, die Tageszeitung *Die Welt* in ihrem Bestand für die Zukunft zu sichern. Die mit Ausnahme der *Welt* bei den restlichen Unternehmensbereichen von Springer und Burda auftretenden Marktfolgen, Marktstrukturen und Oligopolstellungen verbieten ebenso wie die tendenziellen Arbeitsplatzfolgen und die wahrscheinlicherweise abnehmende Pressevielfalt diesen Zusammenschluß.



Vor 11000 Funktionären der IG BSE auf 2 Großveranstaltungen verurteilte R. Sperner die 1%-Kürzungen im öffentlichen Dienst (Bild: Essen)

50000 Sozialwohnungen sofort / 7% mehr Lohn

Großkundgebungen der IG BSE / Sperner gegen Leiharbeit in jeder Form

hjr.München. Rund 11000 Mitglieder der IG Bau-Steine-Erden, vor allem Funktionäre, Mitglieder der erweiterten Bezirksvorstände, Betriebsräte nahmen am vergangenen Wochenende an zwei Großkundgebungen in Essen und München teil. Nach Essen in die Grugahalle waren am Samstag 8000 Kollegen der Landesverbände Nordmark, Niedersachsen, Unterweser-Ems, Nordrhein, Westfalen, Hessen und aus dem nördlichen Teil von Rheinland-Pfalz-Saar gekommen, nach München in die Bayernhalle am Sonntag 3000 Kollegen aus anderen Landesverbänden.

In seinem Hauptreferat ging der Bundesvorsitzende der IG BSE, Rudolf Sperner, auf die Lage in Polen, auf die wirtschaftliche Lage in der BRD, insbesondere in der Bauwirtschaft, auf die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze, auf die Leiharbeit und die Tätigkeit von Auslandsfirmen, die aktuelle Lage im Wohnungsbau und auf die bevorstehende Lohn- und Gehaltstarifrunde ein.

Zur Lage in Polen betonte Sperner die Solidarität mit den Forderungen nach gewerkschaftlichen und Bürgerrechten und forderte die Aufhebung des Kriegsrechts und die Freilassung aller inhaftierter Gewerkschafter. Allein in München waren während der Anreise unter den Teilnehmern 10000 DM auf der Grundlage des DGB-Aufrufs gesammelt worden.

Entschieden sprach sich Sperner für das generelle Verbot der Leiharbeit aus. Er begrüßte die Einschränkung der Leiharbeit im Baubereich als Ergebnis des gewerkschaftlichen Kampfes für das Verbot der Leiharbeit. Gleichzeitig verurteilte er die sich in letzter Zeit häufende Vergabe von Bauaufträgen an Auslandsfirmen insbesondere der Staatshandelsländer (Ostblockstaaten), weil diese die hier geltenden Tarifverträge unterlaufen und keine Beiträge an die Sozialversicherungen und die Sozialkassen der Bauwirtschaft zahlen. Sperner wandte sich gegen Leiharbeit jeglicher Art, also auch die legale Leiharbeit, als Menschenhandel und forderte in diesem Zusammenhang gleiche Rechte für die ausländischen Arbeitnehmer wie ihre deutschen Kollegen, insbesondere das Recht auf Übernahme der deutschen Staatsbürgerschaft mit „allen Rechten, aber auch mit allen Pflichten".

Kernstück der Rede war die Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm, insbesondere nach Schaffung von Arbeitsplätzen im Baubereich. Als Sofortmaßnahme forderte er den Bau von 50000 Sozialwohnungen mit einem Gesamtvolumen von 6,5 Mrd. DM, wodurch 100000 Bauarbeiter und weitere 100000 Arbeitnehmer beschäftigt werden könnten. Mit seinen sonstigen Forderungen hielt er sich ziemlich eng an das Beschäftigungsprogramm des DGB (Ausbau des Energie- und Wärmenetzes, Verbesserung des Fernstraßennetzes, Abfallbeseitigung, Gewässerreinhaltung und Bau von Talsperren, sowie Küsten- und Hochwasserschutz).

Zur Finanzierung des Beschäftigungsprogramms sprach sich Sperner unter großem Beifall für die vom DGB geforderte Ergänzungsabgabe für Besserverdienende und eine Arbeitsmarktabgabe für „Selbständige und Beamte" aus, und entschieden gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Bei der Forderung nach beschleunigtem Ausbau von Kernkraftwerken erhielt er zunächst nur mäßigen Beifall, der erst anschwoll, als er die Forderung nach ausreichenden Entsorgungs- und Sicherheitsmaßnahmen anschloß.

Völlig unverständlicherweise stellte sich Sperner gegen die Hausbesetzerbewegung, als er sagte, daß er kein Verständnis dafür aufbringe, daß Wohnungen wegen irgendwelcher Hausbesetzer nicht modernisiert oder daß nicht neu gebaut werden könnte. Das verkennt nicht nur die Tatsache, daß die Hausbesetzerbewegung in vielen Städten den Abriß von zahlreichen Häusern verhindert hat, sondern es wirkt auch direkt schädlich für die eigenen Forderungen nach verstärktem Wohnungsbau, sowie nach Maßnahmen der Gemeinden, mit denen verhindert werden soll, daß vorhandener Wohnraum zu Spekulationszwecken leersteht. Forderungen, für die die Hausbesetzerbewegung genauso eintritt.

Zum Schluß gab Sperner den Beschluß des Gewerkschaftsbeirats bekannt, alle laufenden Tarifverträge zu kündigen und für das Bauhauptgewerbe 7% Lohnerhöhung zu fordern. Dies begründete er unter anderem mit der Ablehnung des 4%-Abschlusses im letzten Jahr durch die Mitgliedschaft.

In dieser Forderung, die nur knapp unterhalb der der IG Metall liegt, spiegelt sich vor allem wohl die bewußt gewordene Erfahrung wider, daß der niedrige Abschluß des letzten Jahres keinen einzigen Arbeitsplatz gesichert hat.

DGB-Kundgebung gegen Arbeitslosigkeit

wat. Westberlin. Der DGB rief für den 26.1. zu einer Kundgebung gegen die Arbeitslosigkeit auf. In Westberlin ist die Arbeitslosenquote höher als in der BRD; es gibt inzwischen 60000 Arbeitslose. Trotzdem kamen nur knapp 2000 zu der Kundgebung, obwohl der DGB besonders in einigen von Entlassungen bedrohten Betrieben kräftig mobilisert hatte. Es sprachen die westberliner Vorsitzenden von DGB, IGM und ÖTV. Wagner von der IGM verlangte ein Beschäftigungsprogramm und nannte den Bau von Fernwärmeeinrichtungen, Wohnungsbau und den Ausbau der S-Bahn als mögliche Aufgaben. Weiter forderte er eine Änderung des Berlin-Förderungsgesetzes, damit die Kapitalisten wieder Verwaltungs- und Forschungsabteilungen nach Westberlin verlegen und insbesondere Arbeitsplätze für qualifizierte Arbeiten schaffen. Er griff den CDU-Senat an, daß er ähnlich wie die vorigen SPD-Senate das Förderungsgesetz ganz im Sinne der Industrie- und Handelskammer ändern will, und die Forderung des DGB unberücksichtigt bleibt, die Förderung mit der Auflage zu verbinden, daß Arbeitsplätze geschaffen werden. Hackbarth von der ÖTV griff das Sparprogramm der CDU an und nannte als weitere Beschäftigungsmöglichkeiten den Ausbau des Müll-Recycling und weiterer Eigenbetriebe. Gegenüber der Absicht der Bundesregierung, per Gesetz im öffentlichen Dienst die Löhne zu kürzen, forderte er Streik, wofür er großen Beifall erhielt.

BAG verweigert der ÖTV Zutrittsrecht bei Kirche

kvz. Nachdem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 17.2. des letz-
sungen bedrohten Betrieben kräftig mobilisert hatte. Es sprachen die westberliner Vorsitzenden von DGB, IGM und ÖTV. Wagner von der IGM verlangte ein Beschäftigungsprogramm und nannte den Bau von Fernwärmeeinrichtungen, Wohnungsbau und den Ausbau der S-Bahn als mögliche Aufgaben. Weiter forderte er eine Änderung des Berlin-Förderungsgesetzes, damit die Kapitalisten wieder Verwaltungs- und Forschungsabteilungen nach Westberlin verlegen und insbesondere Arbeitsplätze für qualifizierte Arbeiten schaffen. Er griff den CDU-Senat an, daß er ähnlich wie die vorigen SPD-Senate das Förderungsgesetz ganz im Sinne der Industrie- und Handelskammer ändern will, und die Forderung des DGB unberücksichtigt bleibt, die Förderung mit der Auflage zu verbinden, daß Arbeitsplätze geschaffen werden. Hackbarth von der ÖTV griff das Sparprogramm der CDU an und nannte als weitere Beschäftigungsmöglichkeiten den Ausbau des Müll-Recycling und weiterer Eigenbetriebe. Gegenüber der Absicht der Bundesregierung, per Gesetz im öffentlichen Dienst die Löhne zu kürzen, forderte er Streik, wofür er großen Beifall erhielt.

BAG verweigert der ÖTV Zutrittsrecht bei Kirche

kvz. Nachdem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 17.2. des letzten Jahres ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts in Kassel von 1978 aufgehoben hatte, das das Zutrittsrecht für die ÖTV in die kirchlichen Einrichtungen vorsah, hat das Bundesarbeitsgericht in einer erneuten Entscheidung den Rechtssatz des Verfassungsgerichtes nachgebetet. Nicht mehr der Artikel 9, Abs. 3 des Grundgesetzes über das Koalitionsrecht gebe den Ausschlag, sondern die kirchliche Autonomie nach Artikel 140 Grundgesetz. Diese werde durch ein Zutrittsrecht der Gewerkschaften verletzt. (Aktz.: I AZR 279/81 v. 19.1.81) – In einer vorläufigen Stellungnahme der ÖTV kritisiert diese vor allem die noch weitergehende Intention des jetzigen BAG-Urteils, das eine Tätigkeit der Gewerkschaft ausschließlich über Beschäftigte in den kirchlichen Einrichtungen selbst möglich macht. Gegenüber der Kirche erklärte die ÖTV, „daß das Klima gespannt bleibt und der Widerspruch zwischen wohlmeinenden Worten zur Arbeiterbewegung und einer krassen Herr-im-Haus-Politik als Arbeitgeber immer offensichtlicher wird".

Jugendvertreterin droht Ausschluß wegen Friedensaufruf

kvz. Der Hertie-Konzern will die Vorsitzende der Wolfsburger Jugendvertretung, Sigrid Stenzel, aus der Gesamtjugendvertretung ausschließen und damit auch die Basis für einen Hinauswurf aus dem Betrieb schaffen. Begründung: Die Jugendvertreterin habe einen Friedensaufruf mit anderen Jugendvertretern verfaßt und an verschiedene Friedensinitiativen versandt. Vor dem Frankfurter Arbeitsgericht fand in der letzten Woche ein Prozeß statt, in dem der Anwalt von Hertie mit einem Urteil des LAG Düsseldorf die Unzulässigkeit von Friedensaktionen im Betrieb feststellen wollte. Wörtlich: „Nach der Rückkehr des Bundeskanzlers aus den USA sind Friedensappelle unterschiedlich zu bewerten. Oder wissen wir nicht von Clausewitz, daß Krieg nichts als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist? Wenn die Verfolgung von DGB-Politik im Betrieb schon rügbar ist, dann erst recht die von extremen Auffassungen." Außerdem sei der Aufruf der Jugendvertreter über die Hertie-Frankiermaschine versandt worden, bei fünf Briefen – Kostenpunkt 3 DM. Das sei sowieso ein Grund zur fristlosen Kündigung. In einem vorangegangenen Vergleichsgespräch hatte die Jugendvertreterin allerdings erklärt, das Geld für möglicherweise versehentlich durch die Frankiermaschine geratene Aufrufe zu ersetzen. Darum geht es dem Hertie-Konzern aber nicht. Er betreibt den Ausschluß aus der Jugendvertretung aus politischen Gründen. – Der Prozeß wird erst in einigen Wochen fortgesetzt.

4,7%-Abschluß in der Holzindustrie Baden-Württembergs

kvz. Nachdem seit dem 21.1. bis zu 4500 Beschäftigte in den Streik getreten waren, mußten die Kapitalisten in dieser Woche nachgeben. Der Spruch der Einigungsstelle sieht 4,7% vor, in zwei Schritten, Abschluß zum 1.1. 1982. – Für viele Holzarbeiter war es der erste Streik in ihren Betrieben. Die Annahme des Ergebnisses kam durch Urabstimmung zustande.

Forderungen in der italienischen Metallindustrie

Oder wissen wir nicht von Clausewitz, daß Krieg nichts als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist? Wenn die Verfolgung von DGB-Politik im Betrieb schon rügbar ist, dann erst recht die von extremen Auffassungen." Außerdem sei der Aufruf der Jugendvertreter über die Hertie-Frankiermaschine versandt worden, bei fünf Briefen – Kostenpunkt 3 DM. Das sei sowieso ein Grund zur fristlosen Kündigung. In einem vorangegangenen Vergleichsgespräch hatte die Jugendvertreterin allerdings erklärt, das Geld für möglicherweise versehentlich durch die Frankiermaschine geratene Aufrufe zu ersetzen. Darum geht es dem Hertie-Konzern aber nicht. Er betreibt den Ausschluß aus der Jugendvertretung aus politischen Gründen. – Der Prozeß wird erst in einigen Wochen fortgesetzt.

4,7%-Abschluß in der Holzindustrie Baden-Württembergs

kvz. Nachdem seit dem 21.1. bis zu 4500 Beschäftigte in den Streik getreten waren, mußten die Kapitalisten in dieser Woche nachgeben. Der Spruch der Einigungsstelle sieht 4,7% vor, in zwei Schritten, Abschluß zum 1.1. 1982. – Für viele Holzarbeiter war es der erste Streik in ihren Betrieben. Die Annahme des Ergebnisses kam durch Urabstimmung zustande.

Forderungen in der italienischen Metallindustrie

kvz. Die italienischen Metallgewerkschaften haben ihre Forderungen aufgestellt. Für den zweijährigen Tarifvertrag wird eine Arbeitszeitverkürzung um zweieinhalb auf 37,5 Stunden gefordert sowie eine Lohnerhöhung netto zwischen 100 und 280 DM. Ende Februar soll ein erster 8-Stunden-Warnstreik zur Unterstützung dieser Forderungen stattfinden.

Britische Bergleute nehmen 9,3% an

kvz. Mit einer Zustimmung von nur 45% haben es die britischen Bergleute abgelehnt, ihrer Gewerkschaft ein Streikmandat zu erteilen. Die Beteiligung an der Abstimmung lag bei 82%. Nach der Satzung der National Union of Mineworkers hätten mindestens 55% ihre Streikbereitschaft erklären müssen. Regierung und Kapitalisten sind erleichtert, andererseits wird bemängelt, daß auch dieser Abschluß deutlich über den in der Privatindustrie derzeit üblichen von 4 bis 6% liege. Die Kumpels werden rückwirkend zum November eine 8,8%-Erhöhung auf den Grundlohn erhalten, dazu ein erhöhtes Urlaubsgeld, so daß insgesamt eine Erhöhung zwischen 9 und 10,5% herauskommen soll – bei einer Inflationsrate von 12%. Der Ausgang der Urabstimmung ist beeinflußt durch Richtungskämpfe in der Gewerkschaft; so hatte der scheidende Vorsitzende Gormley unmittelbar vor der Abstimmung zu einer Ablehnung der Streikbereitschaft aufgerufen. Sein mit 70% der Stimmen gewählter Nachfolger Scargill ist KP-Mitglied.



4000 in Gelsenkirchen gegen die Schließung des „Schalker Vereins"

Auf der Kundgebung am 26.1. verlangte der Oberbürgermeister Kuhlmann staatliche Unterstützung, und mit der Überwindung der „egoistischen Länderinteressen" endlich die Durchführung des „Ruhrprogramms". Rudolf Judith vom IGM-Bundesvorstand sagte an die Adresse der Stahlkapitalisten, bei ihrem Gebaren brauchten sie sich über Enteignungsdiskussionen nicht zu wundern. Bei den Maßnahmen in der Stahlindustrie würde die Sozialpartnerschaft aufhören. Schreiber, von der örtlichen IGM, legte eine Resolution vor, in der der Thyssen-Aufsichtsrat aufgefordert wird, seinen Beschluß auf der Aufsichtsratssitzung vom 28.1. rückgängig zu machen. Sodann

in München waren während der Anreise unter den Teilnehmern 10000 DM auf der Grundlage des DGB-Aufrufs gesammelt worden.

Entschieden sprach sich Sperner für das generelle Verbot der Leiharbeit aus. Er begrüßte die Einschränkung der Leiharbeit im Baubereich als Ergebnis des gewerkschaftlichen Kampfes für das Verbot der Leiharbeit.

ßennetzes, Abfallbeseitigung, Gewässerreinhaltung und Bau von Talsperren, sowie Küsten- und Hochwasserschutz).

Zur Finanzierung des Beschäftigungsprogramms sprach sich Sperner unter großem Beifall für die vom DGB geforderte Ergänzungsabgabe für Besserverdienende und eine Arbeitsmarktabgabe für „Selbständige und Beam-

be 7% Lohnerhöhung zu fordern. Dies begründete er unter anderem mit der Ablehnung des 4%-Abschlusses im letzten Jahr durch die Mitgliedschaft.

In dieser Forderung, die nur knapp unterhalb der der IG Metall liegt, spiegelt sich vor allem wohl die bewußt gewordene Erfahrung wider, daß der niedrige Abschluß des letzten Jahres keinen einzigen Arbeitsplatz gesichert hat.



4000 in Gelsenkirchen gegen die Schließung des „Schalker Vereins"

Auf der Kundgebung am 26.1. verlangte der Oberbürgermeister Kuhlmann staatliche Unterstützung, und mit der Überwindung der „egoistischen Länderinteressen" endlich die Durchführung des „Ruhrprogramms". Rudolf Judith vom IGM-Bundesvorstand sagte an die Adresse der Stahlkapitalisten, bei ihrem Gebaren brauchten sie sich über Enteignungsdiskussionen nicht zu wundern. Bei den Maßnahmen in der Stahlindustrie würde die Sozialpartnerschaft aufhören. Schreiber, von der örtlichen IGM, legte eine Resolution vor, in der der Thyssen-Aufsichtsrat aufgefordert wird, seinen Beschluß auf der Aufsichtsratssitzung vom 28.1. rückgängig zu machen. Sodann sollten Verhandlungen zwischen IGM, Stadt, Land, Bund und Thyssen geführt werden zwecks Überprüfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Wird der Druck auf Thyssen reichen?

Kampf beim „Schalker Verein" in Gelsenkirchen

acm. Daß es den Kapitalisten an Mitteln zu Investitionen nicht fehlt, das haben wir an anderer Stelle in der Zeitung schon dargestellt. Daß es auch konkret den Thyssen-Kapitalisten nicht fehlt, das macht der Beschluß des Aufsichtsrates deutlich, den letzten der vier Hochöfen beim „Schalker Verein" abzureißen und 30 Mio. DM zu „investieren", um die Belegschaft um 1170 Mann zu verkleinern. Dies sehen die Rationalisierungsmaßnahmen vor – und dafür ist Geld allemal da.

Seit dem Beschluß des Aufsichtsrates schlagen die Wellen in Gelsenkirchen hoch. Noch einen Tag vor der Vorstandssitzung, am 12.1., fand ein Fackelzug mit 2000 Teilnehmern statt. Am nächsten Tag marschierten 60 Mitglieder von „Frauen kämpfen für den Schalker Verein" zur Aufsichtsratssitzung. Bartels, Aufsichtsratsvorsitzender, ließ eine Stunde warten. „Ich danke Ihnen", sagt's und verschwindet im Aufzug. Währenddessen kreisten zwei Flugzeuge mit Transparenten über dem Thyssen-Haus, im Betrieb ruhte die Arbeit.

Zur Betriebsversammlung am 18. trafen schon viele Solidaritätserklärungen ein und auch Oberbürgermeister Kuhlmann (SPD) sagte seine Unterstützung zu bei weiteren Kampfmaßnahmen. Seine SPD-Ratsfraktion stand ihm dabei mit einem Beschluß, der zu Aktionen auffordert, zur Seite.

Gegenüber dem „Rationalisierungskonzept" der Kapitalisten hatten Betriebsrat und IG Metall andere Vorstellungen vorgelegt. Grob sahen sie so aus: Die Rationalisierungsmaßnahmen in der Gießerei werden anerkannt. Das Betriebsgelände von ca. einer Million Quadratmeter muß ausgebaut werden, um neue Produkte zu erstellen. Von der Geschäftsführung werden verstärkte Aktivitäten im Absatzmarkt gefordert. Bei den Rationalisierungsmaßnahmen darf keiner entlassen werden. Ersatzarbeitsplätze sollen durch neue Produkte geschaffen werden. Schaffung einer Möglichkeit zur vorzeitigen Pensionierung ab 55 Jahren mit sozialer Absicherung. In der Frage des Hochofens seien die Zahlen des Vorstandes vom Mai 1981 veraltet und die jetzigen Zahlen ließen andere Rückschlüsse zu. Der Konzern fand am Vorschlag aber keinen Gefallen. Sein Beschluß blieb unverändert, für „das Konzept" würde er keine 30 Mio. zur Verfügung stellen.

Im übrigen haben die Kapitalisten noch ein „faires" Angebot auf Lager: Die Verlegung von Teilen der Produktion soll eine Wanderung der Arbeiter zur Folge haben. Sie dürfen nach Duisburg kommen, angeblich sucht der Vorstand schon Wohnungen.

Seit dem 20. rief dann der Oberbürgermeister Kuhlmann zur „Solidaritätskundgebung" am 26. auf. Es ginge nicht nur um die Arbeitsplätze selbst, es ginge um die Zukunft der ganzen Stadt, der auch Steuer- und sonstige Einnahmen durch Abwanderungsbewegungen verloren gingen. Solidarität in der ganzen Stadt gegen die Thyssen-Pläne sei jetzt angebracht. Mit der Kundgebung soll auf die am 28. stattfindende Routineaufsichtsratssitzung von Thyssen Druck gemacht werden. Ob der größer werdende Druck allerdings ausreichen wird, ist fraglich. Die „FAZ" ließ es schon am Dienstag in kleiner Meldung kalt verbreiten: Aufsichtsratsvorsitzender Spethmann hat immer zwei Stimmen – wenn es um die Entscheidung geht. Hier endet dann auch die Macht der Montanmitbestimmung.

10000 DM verlieren die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bis 1985 bei den geplanten Kürzungen

		Angestellte(r) BAT VIII vergleichbar Kr II	Arbeiter(in) MTB II / MTL VIII	Beamter(in) A 9
Einkommenskürzung (jährlich 1%)				
	1982	216,06	261,17	270,01
	1983	216,06	261,17	270,01
	1984	216,06	261,17	270,01
	1985 usw.!	216,06	261,17	270,01
zusammen		864,24	1044,68	1080,04
Verschiebung Tarif-/Besoldungserhöhung				
	1982	334,65	366,18	404,76
	1983	351,39	384,51	425,01
	1984	368,97	403,74	446,25
	1985 usw.!	387,42	423,93	468,57
zusammen		1442,43	1578,36	1744,59
Kürzung des Weihnachtsgeldes (30%)				
	1982	702,81	769,03	850,02
	1983	737,95	807,48	892,52
	1984	774,85	847,86	937,15
	1985 usw.!	813,59	890,25	984,00
zusammen		3029,20	3314,62	3663,69
Wegfall des Urlaubsgeldes				
zusammen	1982 – 1985	1200,00	1200,00	1200,00
Kürzung des Kindergeldes				
zusammen	1982 – 1985	960,00	960,00	960,00
Erhöhung d. Arbeitslosenversicherung				
zusammen	1982 – 1985	292,92	323,52	–
Erhöhung der gesetz. Krankenkasse (AOK Ffm. a. 12,3%)				
	1982 – 1985	762,24	841,44	–
Streichung der Essenszuschüsse (1,-)				
zusammen	1982 – 1985	840,00	840,00	840,00
macht zusammen		**9391,03**	**10102,62**	**9488,32**

Grundlage der Berechnung: jeweils Bund/Land Tarifvertrag; Arbeitnehmer ist 31 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, Vergütungsstufe 6; jährliche Tariferhöhung 5% (angenommen), auf 4 Jahre (bei Beschäftigten von Gemeinden gibt es unwesentliche Verschiebungen).

wal. Unter diesem Titel brachte die Kreisverwaltung der ÖTV in Frankfurt a.M. ein Flugblatt heraus und wies in einer Tabelle beispielhaft nach, daß die geplanten Kürzungen bis 1985 um die 10000 DM pro Beschäftigtem ausmachen werden.

Die vom Bundestag beschlossene *1%-Kürzung* ist nicht etwa eine einmalige Kürzung, sondern wird in *jedem Jahr* wiederholt. Um 1% der jeweiligen Besoldungsgruppe Stufe 1 und Ortszuschlag Stufe 1 sollen die Zulagen, deren Tarifverträge bei den Arbeitern und Angestellten gekündigt sind, gekürzt werden. Zudem wollen die öffentlichen Arbeitgeber die *Tarif- und Besoldungserhöhung erst drei Monate später* durchführen.

Die Tarifverträge für Weihnachts- und Urlaubsgeld laufen zum Ende des Jahres '82 aus. Das Auslaufen der Tarifverträge werden sie auch dazu nutzen, die geplante *30%-Kürzung des Weihnachtsgeldes und den Wegfall des Urlaubsgeldes* durchzusetzen.

Die *Essenszuschüsse,* die in den meisten Dienststellen 1 bis 1,50 DM ausmachen, sollen auch gestrichen werden.

Von den *Kürzungen des Kindergeldes und den Erhöhungen der Versicherungsbeiträge* sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes genauso betroffen wie alle anderen Arbeitnehmer auch.

Neben der 1%-Kürzung hat der Bundestag auch die *Kürzung der Anwärterbezüge um bis zu 15,3%* beschlossen.

Bei dieser Rechnung ist ganz abgesehen davon, wieviel Geld Bund, Länder und Kommunen durch Personalabbau, Stellenstreichung, Wiederbesetzungssperren, Privatisierung und Rationalisierung auf dem Rücken der Beschäftigten einsparen. In Hessen werden auf diese Weise 1982 mehr als 8000 Arbeitsplätze vernichtet.

Die 1%-Einkommenskürzung ist nur die Spitze eines Eisberges. Wenn der Kampf dagegen nicht gelingt, wird jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst dem Staat bis 1985 ungefähr 10000 DM für Investitionserleichterungen, Rationalisierungsbeihilfen und Steuernachlässe für die Kapitalisten zur Verfügung stellen.

Vertrauensleuteversammlung beriet Streik und Tarifkampf

Größte Vollversammlung seit einiger Zeit

wen.Frankfurt. Auf der Vertrauensleutevollversammlung am 25.1. war mit 500 die seit langem größte Zahl von Vertrauensleuten zu diesem Treffen gekommen. Der einleitende Beitrag des Vorsitzenden des ÖTV-Bezirks Hessen Heinz Wolf war recht allgemein gehalten. Die ÖTV hätte jetzt eine bundesweite Urabstimmung vorbereitet für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen am Donnerstag, 28.1., und strebe auch einen flächendeckenden Arbeitskampf an. Recht unkonkret sprach er sich gegen die Kürzungen und gegen Stellenabbau aus. Zum Streik stellte er fest, daß es in den streikrelevanten Betrieben zwar keine Euphorie gebe, dafür aber Entschlossenheit. Und: Wir streiken nicht um des Streikens willen. Da wohl die wenigsten nur um des Streikens willen streiken, läßt sich diese Aussage in der Richtung interpretieren: Wenn uns ein Kompromiß angeboten wird, den wir auch den mobilisierten Mitgliedern verkaufen können, findet kein Streik statt. Ähnlich hörte sich auch die Aussage an, daß Vorbedingung für die Verhandlungen sei, daß die Kürzungen nicht zum 1.3. in Kraft treten. Aber was ist, wenn diese auf den 1.4. oder 1.6. verschoben werden? Klar war dagegen, daß die Kürzungen nicht per Tarifvertrag legalisiert werden sollen. Ein Vertrauensmann der Stadtreinigung stellte dazu unter großem Beifall nachher fest, daß seine Kollegen keine Verschiebung der Kürzungen akzeptieren und daß am 28.1. ein klares Ja oder ein klares Nein herauskommen soll, damit man weiß, woran man ist. Wer Wolf kennt, fühlte sich an seine Stellungnahme „bedingtes Jein“ zur Startbahn West erinnert.

Weitaus klarer waren dagegen die Äußerungen der Vertreter der Frankfurter Kreisverwaltung. Es wurde betont, daß wenn die ÖTV nichts gegen die 1%-Kürzung macht, dies in die Tarifrunden aller anderen Gewerkschaften von vonherein mit eingehen wird. Für die Tarifrunde wurde Kampfbereitschaft in gleicher Härte wie gegen die Kürzung angekündigt.

Man war sich bezüglich der Streikbereitschaft ziemlich einig und konzentrierte sich dann auf konkrete Vorbereitungen. Scheitern die Verhandlungen am 28.1., wird dann zwischen dem 3. und 5. Februar die Urabstimmung durchgeführt. Abstimmungsberechtigt sind alle Arbeiter und Angestellten, für die die Kündigung der tarifvertraglichen Zulage zutrifft. Es wird eine gemeinsame Abstimmung von Arbeitern und Angestellten geben, ohne daß getrennte Ergebnisse ausgewiesen werden. Dieses Vorgehen hat auch Bedeutung für den Fall, daß sich die kommunalen Arbeitgeber (wo es v.a. starke Arbeiterbereiche gibt) abkoppeln. Wichtig ist auch zu wissen, daß nach den Richtlinien der ÖTV alle Mitglieder (die es betrifft) und die nicht verhindert sind, zur Abstimmung verpflichtet sind. Die Urabstimmungsleitungen sind gebildet, die auch später Streikleitungen sein werden.

Die GEW hat auf der Versammlung ihre Unterstützung und Solidarität ausgedrückt.

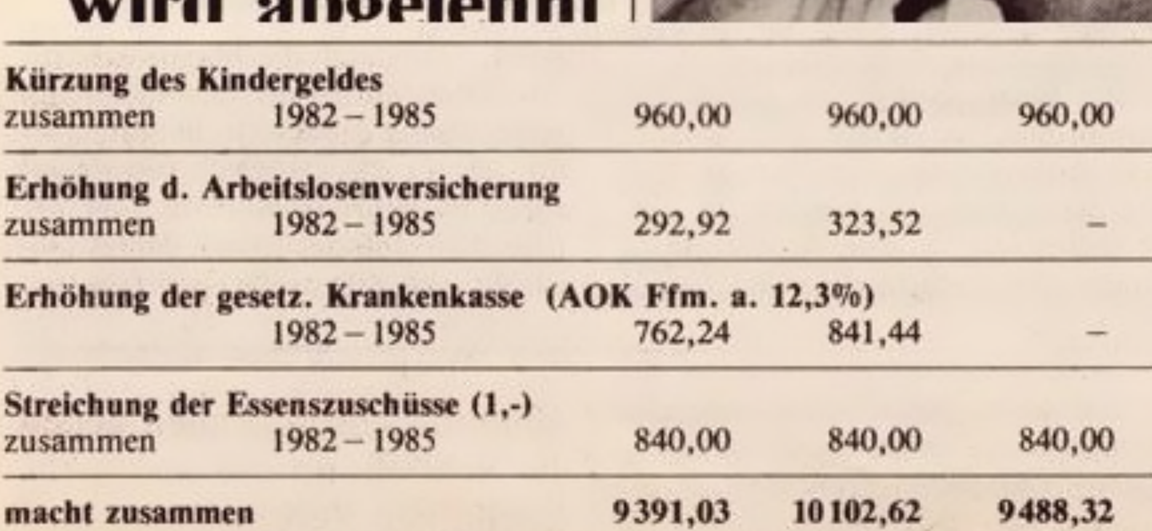
Kurz angesprochen wurde die Tarifrunde ausgehend von der Befürchtung, die Kürzung könnte in die Tarifrunde vertagt werden und dort wirksam werden. Die meisten konzentrieren sich jetzt aber auf die Abwehr der 1%-Kürzung und die Vorbereitung der Urabstimmung, so daß bisher noch keine Forderungen aus den Betrieben vorliegen. Dies ist insofern richtig, da für viele auch vom Ergebnis der Urabstimmung und evtl. des Streiks abhängt, welche Forderung man aufstellt. Bis Ende Februar müssen jedoch die Forderungen vorliegen. Günstig ist, daß der Beschluß ausgesetzt ist, daß Kluncker für den GHV noch im Dezember wie früher eine Forderungsempfehlung vorgibt, bei der es dann meist auch blieb. Läge jetzt z.B. eine 6,5%-Vorgabe vor, hätte dies sicher demobilisierende Wirkungen.

„Personal-bedarfs-ermittlungs-verfahren“ wird abgelehnt



Deutsche Krankenhausgesellschaft, die Bundesärztekammer und zahlreiche weitere Berufsverbände gegen dieses Forschungsprojekt aus. In einem Schreiben der ÖTV an das Bundesministerium wurde besonders kritisiert: 1. daß der Personalbedarf sich nicht ausschließlich mathematisch errechnen läßt, es müßten qualitative und nicht ausschließlich quantitative Größen herangezogen werden; 2. daß der Personalbedarf nicht durch die Ermittlung

sonalversammlung lehnen die gleichzeitige Durchführung der Wirtschaftsprüfung und PBEV am ZKH Bremen-Ost als unzumutbare Belastung des Personals ab und verweisen auf den sich seit Jahren verschärfenden Personalmangel. Zahlreiche pflegerische Aufgaben müssen zunehmend durch ungelernte Arbeitskräfte ausgeführt werden. Offene Stellen können nicht mehr mit ausgebildetem Personal besetzt werden.“


Kürzung des Kindergeldes zusammen 1982 – 1985 960,00 960,00 960,00
Erhöhung d. Arbeitslosenversicherung zusammen 1982 – 1985 292,92 323,52 –
Erhöhung der gesetz. Krankenkasse (AOK Ffm. a. 12,3%) 1982 – 1985 762,24 841,44 –
Streichung der Essenszuschüsse (1,-) zusammen 1982 – 1985 840,00 840,00 840,00
macht zusammen 9391,03 10102,62 9488,32
Grundlage der Berechnung: jeweils Bund/Land Tarifvertrag; Arbeitnehmer ist 31 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, Vergütungsstufe 6; jährliche Tariferhöhung 5% (angenommen), auf 4 Jahre (bei Beschäftigten von Gemeinden gibt es unwesentliche Verschiebungen).

hen davon, wieviel Geld Bund, Länder und Kommunen durch Personalabbau, Stellenstreichung, Wiederbesetzungssperren, Privatisierung und Rationalisierung auf dem Rücken der Beschäftigten einsparen. In Hessen werden auf diese Weise 1982 mehr als 8000 Arbeitsplätze vernichtet.

Die 1%-Einkommenskürzung ist nur die Spitze eines Eisberges. Wenn der Kampf dagegen nicht gelingt, wird jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst dem Staat bis 1985 ungefähr 10000 DM für Investitionserleichterungen, Rationalisierungsbeihilfen und Steuernachlässe für die Kapitalisten zur Verfügung stellen.

gung stellte dazu unter großem Beifall nachher fest, daß seine Kollegen keine Verschiebung der Kürzungen akzeptieren und daß am 28.1. ein klares Ja oder ein klares Nein herauskommen soll, damit man weiß, woran man ist. Wer Wolf kennt, fühlte sich an seine Stellungnahme „bedingtes Jein“ zur Startbahn West erinnert.

Weitaus klarer waren dagegen die Äußerungen der Vertreter der Frankfurter Kreisverwaltung. Es wurde betont, daß wenn die ÖTV nichts gegen die 1%-Kürzung macht, dies in die Tarifrunden aller anderen Gewerkschaften von vonherein mit eingehen wird. Für die Tarifrunde wurde Kampfbe-

den. Die meisten konzentrieren sich jetzt aber auf die Abwehr der 1%-Kürzung und die Vorbereitung der Urabstimmung, so daß bisher noch keine Forderungen aus den Betrieben vorliegen. Dies ist insofern richtig, da für viele auch vom Ergebnis der Urabstimmung und evtl. des Streiks abhängt, welche Forderung man aufstellt. Bis Ende Februar müssen jedoch die Forderungen vorliegen. Günstig ist, daß der Beschluß ausgesetzt ist, daß Kluncker für den GHV noch im Dezember wie früher eine Forderungsempfehlung vorgibt, bei der es dann meist auch blieb. Läge jetzt z.B. eine 6,5%-Vorgabe vor, hätte dies sicher demobilisierende Wirkungen.

„Personal-bedarfs-ermittlungs-verfahren“ wird abgelehnt



h.h.Bremen. Am 8. September 1981 stellte der Senator für Gesundheit und Umweltschutz einen Antrag an die Klinikdirektion des Zentralkrankenhauses Bremen-Ost mit der Bitte um Unterstützung bei dem Projekt PBEV im Bereich „Innere Medizin“. Bei dem Projekt „Vorhaben zur Ermittlung des leistungsbezogenen Personalbedarfs für Krankenhäuser“ – kurz „Personalbedarfsermittlungsverfahren“ (PBEV) – handelt es sich um ein durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung gefördertes Forschungsvorhaben, an dem die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein beteiligt sind.

Im Projekthandbuch für das Forschungsvorhaben werden u.a. folgende Ziele genannt: „Aufgabe des PBEV ist es,
den Ist-Zustand der zu untersuchenden Disziplinen in den ausgewählten Krankenhäusern abzubilden und dabei herauszuarbeiten
1. welche Leistungen erbracht werden,
2. wie die Leistungen erbracht werden,
3. welche Zeitspanne jeweils zur Erbringung einer Leistungseinheit angefallen ist,
4. in welchem prozentualen Verhältnis diese Leistungen zueinander stehen,
5. welche Einflußfaktoren auf die Leistungserbringung einwirken und wie (eventuell) ihre quantifizierten Ausprägungen sind.“

Somit erhebt das PBEV den Anspruch, Einflußfaktoren wie bauliche und organisatorische Gegebenheiten, Arbeitsbelastung, Personalbestand, Patientenzustand, Krankheitsarten usw. in die Analyse mit einzubeziehen. Angewandt werden sollen Interviews, Arbeitsablaufstudien, Zeitaufnahmen und Multimomentaufnahmen über einen Zeitraum von sechs Monaten.

Alle Tätigkeiten sollen minutiös erfaßt werden und werden deshalb bis ins kleinste differenziert. Einige Beispiele:

1. Visite auf einer Normalstation: durchgeführt vom a) Chefarzt, b) Oberarzt, c) Assistenzarzt. Die Tätigkeiten bei jeder dieser Visiten sind jeweils die gleichen: a) Visite durchführen, b) Visitenanordnungen treffen, c) Visitengespräche.
2. Die gleiche Differenzierung angewandt auf Visiten auf einer Intensivstation.
3. Der Arbeitsgang „Betten machen“ wird unterteilt in a) Bett frei, b) Patient wird aus dem Bett geholfen, c) Patient liegt. Wenn dem Patienten aus dem Bett geholfen werden muß, werden folgende Arbeitsgänge zugrundegelegt:
- Patient aus dem Bett helfen / ins Bett zurückbringen
- Kopfteil verstellen
- Bettzeug ablegen / aufschütteln / auflegen
- Laken straffen
- Patient lagern
- Bettplatz ordnen.

Auch der Vorläufer des Personalermittlungsverfahrens, das „Personalbedarfsberechnungsverfahren – PBBV“, war äußerst umstritten. In einer Presseerklärung vom 3. März 1980 sprachen sich die Gewerkschaft ÖTV, die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die Bundesärztekammer und zahlreiche weitere Berufsverbände gegen dieses Forschungsprojekt aus. In einem Schreiben der ÖTV an das Bundesministerium wurde besonders kritisiert: 1. daß der Personalbedarf sich nicht ausschließlich mathematisch errechnen läßt, es müßten qualitative und nicht ausschließlich quantitative Größen herangezogen werden; 2. daß der Personalbedarf nicht durch die Ermittlung von Durchschnittszeiten der Arbeitsleistungen zu bestimmen sei, sondern von den medizinischen Standards, den formalen und informalen Organisationsstrukturen und den individuellen Qualifikationen der Mitarbeiter bestimmt wird, 3. daß nicht alle krankenhausindividuellen und krankenhausspezifischen Arbeitsabläufe hinreichend berücksichtigt werden. Mit einer Erklärung vom 17. November 1980 stieg die ÖTV offiziell aus dem Projektbeirat des Forschungsvorhabens PBBV aus. In dieser Erklärung wurde nochmal kritisiert, daß REFA-Methoden, die für die industrielle Produktion entwickelt wurden, einfach auf das Krankenhaus übertragen wurden. Auch als auf Druck der Gewerkschaft ÖTV und der Berufsverbände das Projekt PBBV zurückgezogen und unter leicht modifizierten Bedingungen unter dem Namen PBEV wiedererstand, weigerte sich die ÖTV konsequent, in dem Projektbeirat „eine Alibifunktion“ zu erfüllen.

Auch in Bremen wird das Projekt PBEV abgelehnt. Der Chef der betroffenen medizinischen Klinik des ZKH Bremen-Ost äußerte Bedenken gegen die Durchführung und bat die Klinikdirektion, diesem Vorhaben nicht zuzustimmen. Die Klinikdirektion schloß sich diesen Bedenken an. Auf beiden Personalversammlungen am 23.9.81 – wegen des Schichtdienstes werden im ZKH Bremen-Ost immer zwei Personalversammlungen durchgeführt – wurde auf Antrag des Personalrats folgender Text jeweils ohne Gegenstimme beschlossen: „Die Teilnehmer der Personalversammlung lehnen die gleichzeitige Durchführung der Wirtschaftsprüfung und PBEV am ZKH Bremen-Ost als unzumutbare Belastung des Personals ab und verweisen auf den sich seit Jahren verschärfenden Personalmangel. Zahlreiche pflegerische Aufgaben müssen zunehmend durch ungelernte Arbeitskräfte ausgeführt werden. Offene Stellen können nicht mehr mit ausgebildetem Personal besetzt werden.“

Der Personalrat schloß sich dieser Resolution an und lehnte den Antrag des Senators für Gesundheit und Umweltschutz auf Durchführung von PBEV ab. Da es auch nach mehreren Gesprächen zu keiner Einigung kam, wurde das Problem vor einer Schlichtungsstelle behandelt. Nach § 59, Abs. 3 des Bremer Personalvertretungsgesetzes ist die Schlichtungsstelle paritätisch besetzt. Sie besteht aus dem zuständigen Senator – in diesem Fall der Senator für Gesundheit und Umweltschutz, Herbert Brückner – und zwei von ihm benannten Vertretern auf der einen und drei vom Personalrat benannten Vertretern auf der anderen Seite. Auch in der Schlichtungsverhandlung kam es zu keiner Einigung.

Nach dem Bremer Personalvertretungsgesetz müßte nun die Einigungsstelle entscheiden. Sie besteht aus 3 Beisitzern des Dienstherren, 3 Vertretern des Gesamtpersonalrats bzw. der örtlichen Personalräte und einem unparteiischen Vorsitzenden, auf den sich die beiden Parteien einigen müssen. Diesen Weg will der Senator für Gesundheit und Umweltschutz jetzt umgehen. Laut Bremer Personalvertretungsgesetz wird bei Streitigkeiten innerhalb der Senatskommission für das Personalwesen u.a. keine Schlichtungs- bzw. Einigungsstelle eingeschaltet. Darauf will die senatorische Dienststelle jetzt raus. Das Personalbedarfsermittlungsverfahren soll nun per Dienstanweisung durchgedrückt werden. Der Personalrat will dagegen klagen und auf seinen Mitbestimmungsrechten bestehen.

Ökonomische Krise und was die Gewerkschaften jetzt tun sollen und tun können

Seitdem die Eckpfeiler der ökonomischen Strategie der Regierung für 1982 heraus sind – erneute Senkung der Reallöhne, schärfere Kürzungen in den öffentlichen Diensten und Sozialleistungen, weitere Ausdehnung der Arbeitslosigkeit –, ist die wirtschaftspolitische Diskussion in den Gewerkschaften gegenüber der Regierungspolitik zunehmend säuerlicher und grundsätzlicher geworden. Zu dieser Diskussion hat sich H.-G. Schmierer in KVZ 51/1981 unter dem Titel „Wirtschaftliche und politische Entwicklung – Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung" gemeldet. Seinen Auffassungen stellen wir unseren aus einem Leserbrief entwickelten Diskussionsbeitrag gegenüber. *uni.Dortmund*

Wenn wir es richtig sehen, dann lassen sich H.G. Schmierers Auffassungen darüber, was die Gewerkschaften jetzt aktuell gegenüber der wirtschaftlichen Krise unternehmen können und sollen, mit den folgenden Sätzen zitieren:

– Es sei jetzt die Frage aufgeworfen, „wie die Gewerkschaftsbewegung sich aus einer Bewegung, deren vorrangiges Ziel es bisher gewesen ist, die freie Wirkung der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalverhältnisses einzuschränken, in eine Bewegung umwandeln kann, die für die Übernahme der Leitung der Produktion durch die arbeitenden Massen entsprechend ihren Bedürfnissen kämpft."

– Es solle jetzt „von der Verteidigung dieser Teilreformen zum Kampf für die Änderung der Produktionsweise" übergegangen werden.

– Auf der Tagesordnung stünde für die Gewerkschaftsbewegung jetzt, „sich zu einer umfassenden politischen Kraft auszubilden, die zum politischen Zentrum der Gesamtbewegung wird".

Unserer Meinung nach sollten die Gewerkschaften nur *harnäckig und energisch die Lohnabhängigen in Westdeutschland vor den Folgen der ökonomischen Krise zu schützen suchen. Zu diesem Zweck könnten die Gewerkschaften die Ursachen dieser neuerlichen Krise in ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit erörtern, mit Streiks und Demonstrationen den Kürzungen am Reproduktionsniveau, der Zerstörung der natürlichen Umwelt, Kriegsgefahr und innerer Reaktion entgegentreten.* Wir sind der Auffassung, daß darin ihr wirkungsvollster Beitrag bestünde, eine revolutionäre politische Alternative herauszubilden und zu sammeln.

Es fällt den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten nach wie vor schwer, in den Belegschaften zu klären, warum ganz unmittelbare und oft ziemlich einfache Bedürfnisse von Einzelnen und von Beschäftigtengruppen nicht mehr oder noch immer nicht befriedigt werden. Warum gibt es keine neuen Sicherheitsschuhe, warum wird die Schutzkleidung nicht mehr durch den Betrieb gewaschen und man muß das selber zu Hause tun, warum wird nicht endlich die regelmäßige Arbeitszeit von Schulhausmeistern von 52 Stunden auf z.B. 45 verkürzt usw.? Wir glauben auch zu beobachten, daß sich die Gewerkschaftsbewegung zu sehr bedeutenden Teilen noch weitgehenden politischen Perspektiven verweigert. So müßte man zur Kenntnis nehmen, daß die Mitglieder und darunter viele tausend Betriebs- und Personalräte den Vorstoß der DGB-Spitze in Sachen Friedenspolitik offensichtlich nicht getragen haben. Anders ist

Zerstörung der natürlichen Umwelt, Kriegsgefahr und innerer Reaktion entgegentreten. Wir sind der Auffassung, daß darin ihr wirkungsvollster Beitrag bestünde, eine revolutionäre politische Alternative herauszubilden und zu sammeln.

Es fällt den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten nach wie vor schwer, in den Belegschaften zu klären, warum ganz unmittelbare und oft ziemlich einfache Bedürfnisse von Einzelnen und von Beschäftigtengruppen nicht mehr oder noch immer nicht befriedigt werden. Warum gibt es keine neuen Sicherheitsschuhe, warum wird die Schutzkleidung nicht mehr durch den Betrieb gewaschen und man muß das selber zu Hause tun, warum wird nicht endlich die regelmäßige Arbeitszeit von Schulhausmeistern von 52 Stunden auf z.B. 45 verkürzt usw.? Wir glauben auch zu beobachten, daß sich die Gewerkschaftsbewegung zu sehr bedeutenden Teilen noch weitgehenden politischen Perspektiven verweigert. So müßte man zur Kenntnis nehmen, daß die Mitglieder und darunter viele tausend Betriebs- und Personalräte den Vorstoß der DGB-Spitze in Sachen Friedenspolitik offensichtlich nicht getragen haben. Anders ist

nicht zu erklären, daß die geplanten 8 Millionen Unterschriften unter die DGB-Erklärung zum Breschnew-Besuch nicht nur nicht vorgelegt werden konnten, sondern daß ganz klein und still im Funktionärsorgan „Quelle" 1/82 gemeldet werden mußte, es sei jetzt endlich 1 Million Unterschriften zusammen. Man könnte sich auch vor Augen führen, mit welcher Disziplin und Stille die Dortmunder Stahlarbeiter alle Vergesellschaftungsprojekte im Kampf um die Dortmunder Stahlwerke begraben haben und jetzt die Fusion mit Krupp erwarten, die sie absehbar einige tausend Arbeitsplätze allein in Dortmund kosten wird. Kurz, es ist Traumtänzerei, zu glauben, die Gewerkschaftsbewegung werde aktuell die Umwälzung der Macht- und Produktionsverhältnisse auf die Tagesordnung setzen oder gar zum politischen Zentrum einer solchen Bewegung werden.

Es ist darüber hinaus ziemlich fraglich nach den polnischen Erfahrungen und durchaus auch nach der Erfahrung der westdeutschen Gewerkschaften mit SPD-regierten Bundesländern, Städten usw., ob es anstrebenswert wäre, daß sich die Gewerkschaften aus Gewerkschaften in irgendwelche umfassenden politischen Kräfte umwandeln, die die politische und ökonomische Leitung anstreben. Nicht etwa, weil die Gewerkschaften auf Abwehr von Übergriffen der Kapitalisten, auf Tarifverträge und Arbeitszeitordnung begrenzt wären und gesellschaftspolitische Vorstellungen nicht hätten, ist das bedenklich. Die Gewerkschaften sind ganz im Gegenteil der Auffassung: „Schutz- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften bilden eine unauflösliche Einheit" (DGB-Grundsatzprogramm 80). Und das ist gut so. Aber weisen die Erfahrungen mit Arbeiterparteien an der Regierung oder mit Kollegen in Leitungsfunktionen der Produktion nicht darauf hin, wie verdammt notwendig deren Kontrolle durch unabhängige Organe der Arbeitenden ist, ausschließlich unter Gesichtspunkten der Arbeitenden? Wir sind deswegen eher dafür, daß die Gewerkschaften jetzt ihre Möglichkeiten: die Betriebsräte, die Büros, Häuser und Bildungsstätten der Organisationen, ihre Publizistik, das ganze Kampffeld ihrer Verträge und Vereinbarungen effektiver nutzen, um die Interessen und Perspektiven der Arbeiterbewegung wirksamer und anders im „politischen Raum" durchzusetzen als das durch „den Hebel SPD" bisher möglich war. Diese Auseinandersetzung muß auf die organisierten und unorganisierten Grünen und Kommunisten, sowie auf die alternative Wahlbewegung ausgedehnt werden. Es paßt damit gut zusammen, wenn die Gewerkschaften dann auch von und gegenüber den Leitungen in Betrieb und Gesellschaft wirksamere Rechte der Kritik und Kontrolle verlangten. Oder anders gesagt: Wir halten es für überhaupt nicht ausgemacht, daß ausgerechnet Gewerkschaften und Betriebsräte *die* Organisationen für die politische Organisation des Kampfes um die Staatsmacht abgeben sollen und ob nicht im Gegenteil von den Gewerkschaften wohl unterschiedene besondere Formen der Organisation der Volksmassen entwickelt werden müssen, würden aber von den Gewerkschaften verlangen, daß sie, statt einzelne unkontrollierbare Leute à la Matthöfer

den Gewerkschaften gegenüber der Regierungspolitik zunehmend säuerlicher und grundsätzlicher geworden. Zu dieser Diskussion hat sich H.-G. Schmierer in KVZ 51/1981 unter dem Titel „Wirtschaftliche und politische Entwicklung – Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung" gemeldet. Seinen Auffassungen stellen wir unseren aus einem Leserbrief entwickelten Diskussionsbeitrag gegenüber. *uni.Dortmund*

unorganisierten Grünen und Kommunisten, sowie auf die alternative Wahlbewegung ausgedehnt werden. Es paßt damit gut zusammen, wenn die Gewerkschaften dann auch von und gegenüber den Leitungen in Betrieb und Gesellschaft wirksamere Rechte der Kritik und Kontrolle verlangten. Oder anders gesagt: Wir halten es für überhaupt nicht ausgemacht, daß ausgerechnet Gewerkschaften und Betriebsräte *die* Organisationen für die politische Organisation des Kampfes um die Staatsmacht abgeben sollen und ob nicht im Gegenteil von den Gewerkschaften wohl unterschiedene besondere Formen der Organisation der Volksmassen entwickelt werden müssen, würden aber von den Gewerkschaften verlangen, daß sie, statt einzelne unkontrollierbare Leute à la Matthöfer

oder Farthmann für gesellschaftliche Leitungsaufgaben auszubilden, die Bewegung zur Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der Arbeiterbewegung ausbilden.

Was statt Übersehen und Geringschätzung der gesellschaftspolitischen Ansätze der Gewerkschaften?

Wir sind da *gegen eine ignorante Unterbewertung gesellschaftspolitischer Erfahrungen und gesellschaftspolitischer Vorstellungen der Gewerkschaften und für die offensive öffentliche Diskussion dieser Vorstellungen. Das schließt den Einstieg in entsprechende innergewerkschaftliche Arbeits- und Diskussionszusammenhänge ein, vor allem aber das Überprüfen und gegebenenfalls Abändern der Grundlagen von der derzeitigen Lage angemessenen Ansatzpunkten einer gewerkschaftlichen Strategie und Taktik zur notwendigen Änderung der politischen Kräfteverhältnisse zu Gunsten der Arbeiterbewegung.* Wozu soll es nützlich sein, das DGB-Beschäftigungsprogramm als „kraftlos und bürokratisch" zu denunzieren, weil es sich nicht „ausdrücklich" auf die kämpfende Bewegung bezieht, wie das in H.G. Schmierers Artikel geschieht? Statt ausdrücklich bezieht es sich aber offensichtlich mittelbar auf den Kampf gegen die Wohnungsnot, die Zerstörung der Natur und die fortschrittlichen Teile der energiepolitischen Debatte, und zwar so speziell, wie noch kein Beschäftigungsprogramm des DGB vorher. Das ist ein beachtlicher und nützlicher Fortschritt. Denn einerseits könnte damit der DGB die Unterstützung auch jener kämpfenden Bewegung für seine Politik gegen die Arbeitslosigkeit erhalten, was seiner ausschließlich auf Vorstände, Betriebsräte und Regierungskonsultationen gestützten Vorgehensweise neue Elemente der Politik zuführen könnte. Andererseits wächst den Bewegungen prinzipielle Unterstützung aus dem Raum der Gewerkschaften zu, die so bisher nicht denkbar war.

Zweierlei wird das neue Beschäftigungsprogramm des DGB allein nicht leisten – darüber gibt man sich in den Gewerkschaften aber auch keinen Illusionen hin: den gesellschaftlichen Gesamtbedarf an Wohnung, Massenverkehr, Energieeinsparung und Umweltschutz befriedigen und die Arbeitslosigkeit beseitigen. Allerdings erwartet man einen merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf Grund der Erfahrungen mit den Beschäftigungsprogrammen zwischen 1977 und 1979, die das DIW so zusammenfaßt: „Rund die Hälfte des gesamten Beschäftigungszuwachses der Jahre 1978 und 1979 läßt sich damit auf die finanzpolitische Aktivität zurückführen" (Wochenbericht des DIW Nr. 11/1980). Mit Recht setzt der DGB zur Realisierung des Programms zur Zeit nicht die Umwälzung der Macht- und Produktionsverhältnisse in der BRD voraus. Der DGB ist für 50 Mrd. DM bis 1985, das sind 10 Mrd. DM pro Jahr. Das macht etwa ca. 5% des eben verabschiedeten Bundeshaushaltes und ca. 2,5% aller öffentlichen Haushalte aus. Es ist schlecht vorstellbar, daß ein derartiger Mückenstich die westdeutsche Kapitalistenklasse zum Staatsstreich oder zur massiven Kapitalflucht peitschen würde, der man durch ihre Enteignung zuvorkommen müßte. Allerdings ver-

das DIW so zusammenfaßt: „Rund die Hälfte des gesamten Beschäftigungszuwachses der Jahre 1978 und 1979 läßt sich damit auf die finanzpolitische Aktivität zurückführen" (Wochenbericht des DIW Nr. 11/1980). Mit Recht setzt der DGB zur Realisierung des Programms zur Zeit nicht die Umwälzung der Macht- und Produktionsverhältnisse in der BRD voraus. Der DGB ist für 50 Mrd. DM bis 1985, das sind 10 Mrd. DM pro Jahr. Das macht etwa ca. 5% des eben verabschiedeten Bundeshaushaltes und ca. 2,5% aller öffentlichen Haushalte aus. Es ist schlecht vorstellbar, daß ein derartiger Mückenstich die westdeutsche Kapitalistenklasse zum Staatsstreich oder zur massiven Kapitalflucht peitschen würde, der man durch ihre Enteignung zuvorkommen müßte. Allerdings ver-

langt die Durchsetzung des Beschäftigungsprogramms eine Kürzung des Maximalprofits der Kapitalistenklasse und die Gewerkschaftsbewegung ist da guter Dinge. Denn sie weiß, daß es kein ökonomisches Gesetz des Minimalprofits gibt und die Verwertungsbedingungen des Kapitals durch den politischen und ökonomischen Kampf gestaltbar sind, wie die höchst unterschiedlichen historischen und lokalen Verwertungsbedingungen zeigen. Es gibt nur ein ökonomisches Gesetz des Maximalprofits: die minimalen Lebensbedingungen des Arbeiters. Mit Maßnahmen zur Kürzung des Maximalprofits ist auch für Gewerkschafter die Beseitigung der gesamten Profitwirtschaft gegebenenfalls nicht vom Tisch, noch haben sich die Bedingungen dafür verschlechtert.

Wir halten auch nichts davon, darüber zu lamentieren, daß die „Gewerkschaftsbewegung und ihre Organisationen" auf die eventuelle Leitung der gesellschaftlichen Produktion „kaum vorbereitet" sind – abgesehen von der oben besprochenen Problematik solcher Leitung. Entscheidender ist, daß die Vorbereitungen noch nicht ausreichend sind, um politische Ökonomie der Arbeit unter verschärften Bedingungen des Klassenkampfs durchzusetzen. Ansonsten möchten wir mal wissen, welche Organisation der Arbeiterbewegung heute dazu bessere Voraussetzungen hat: In den Gewerkschaften arbeiten alle die Kräfte, die sich mehr oder weniger zum Verständnis der gesellschaftlichen Gesamtbewegung auf der Basis der Marxschen politischen Ökonomie emporgearbeitet haben; Konferenzen der im DGB organisierten leitenden Angestellten werden laufend durchgeführt; tausende von Betriebs- und Personalräten sind täglich mit der Ordnung der Produktion und der Ökonomie von Betrieben und Konzernen in Wirtschafts- und Haushaltsausschüssen oder in Aufsichtsräten befaßt; Redaktionen gewerkschaftlicher Zeitungen, Vorstände, das WSI und DIW mit ihren zahlreichen Verbindungen zur universitären und sonstigen professionellen Wirtschafts- und Sozialwissenschaft setzen sich schon seit Jahrzehnten kontinuierlich mit der Gesamtentwicklung der Ökonomie auseinander.

Man wird daran ziemlich häufig den klebrigen Reformismus kritisieren können, nicht aber den Mangel an Kenntnissen. Das gleiche gilt für die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gesamtvorstellungen der Gewerkschaften, von denen nicht einfach behauptet werden kann, ès gäbe sie überhaupt nicht, weswegen H.G. Schmierer ihnen vorschlagen müßte „eine umfassende politische Konzeption der Neuordnung der Gesellschaft" bis 83/84 auf die Beine zu stellen. Die gewerkschaftlichen Vorstellungen zur Neuordnung der Gesellschaft haben die Gewerkschaften im Grundsatzprogramm 1980 neu gefaßt, und dort schreiben sie zum Beispiel: „Die von den Gewerkschaften angestrebte Wirtschaftsordnung soll

– jedem Arbeitnehmer ein Höchstmaß an Freiheit und Selbstverantwortung gewährleisten;
– ihn an der Gestaltung der Wirtschaft gleichberechtigt beteiligen,
– ihm einen angemessenen Arbeitsplatz unter menschenwürdigen Bedingungen sichern,
– eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung herbeiführen,
– das ökologische Gleichgewicht wiederherstellen und erhalten,
– eine demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht gewährleisten,
– Wettbewerb und Planung zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele einsetzen sowie
– die Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge durch Offenlegung aller erforderlichen Daten ermöglichen."

(Entwurf Grundsatzprogramm, S. 12)

Diese wie auch andere Stellen hat Schwächen, insbesondere was die Gleichbehandlung von Kapital und Arbeit angeht und in der unzureichenden Erörterung politischer Hebel zur Durchsetzung. Dies festzustellen, ist aber nicht besonders viel. Mehr wäre es, zu erörtern, über welche Punkte des Grundsatzprogrammes angesichts absehbarer politischer und ökonomischer Zuspitzungen des Klassenkampfs erneut die Debatte zu eröffnen wäre, und auf welche politischen Tätigkeiten der DGB zu orientieren wäre, um auch darüber zu der natürlich bestehenden Diskussion beitragen zu können.

schaft gleichberechtigt beteiligen,
– ihm einen angemessenen Arbeitsplatz unter menschenwürdigen Bedingungen sichern,
– eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung herbeiführen,
– das ökologische Gleichgewicht wiederherstellen und erhalten,
– eine demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht gewährleisten,
– Wettbewerb und Planung zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele einsetzen sowie
– die Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge durch Offenlegung aller erforderlichen Daten ermöglichen."
(Entwurf Grundsatzprogramm, S. 12)
Diese wie auch andere Stellen hat Schwächen, insbesondere was die Gleichbehandlung von Kapital und Arbeit angeht und in der unzureichenden Erörterung politischer Hebel zur Durchsetzung. Dies festzustellen, ist aber nicht besonders viel. Mehr wäre es, zu erörtern, über welche Punkte des Grundsatzprogrammes angesichts absehbarer politischer und ökonomischer Zuspitzungen des Klassenkampfs erneut die Debatte zu eröffnen wäre, und auf welche politischen Tätigkeiten der DGB zu orientieren wäre, um auch darüber zu der natürlich bestehenden Diskussion beitragen zu können.

In der ökonomischen Verteidigung politisch angreifen?

Darin, wie der DGB jetzt beginnt, auf die Krise und die Absichten der Kapitalisten in dieser Krise zu reagieren, sehen wir das Ergebnis eines fruchtbaren Lernprozesses der Gewerkschaften, die bei aller zähen Staatstreue politische Angriffe auf die Kapitalistenklasse und Regierung ins Auge fassen. Sie sind aber auch gewissermaßen auf dieses Terrain gezwungen.

In der Krise 1974/75 gelang es dem westdeutschen Kapital anscheinend, eine wesentliche Änderung der Akkumulationsbedingungen gegenüber der Arbeiterklasse durchzusetzen, nämlich eine Änderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals in der Weise, daß die Ausbeutungsrate merklich nach oben schnellte. Dafür sprechen einige Indexzahlen:

Durchgesetzt wird gegenüber der Arbeiterbewegung zum ersten Mal wieder seit den 50er Jahren eine merkliche industrielle Reservearmee, was man an den Arbeitslosenziffern sehen kann. Während die Arbeitslosenquote bis 1973 noch bei 1% liegt (und davor jeweils jährlich im Durchschnitt sich nur um jeweils 0,1 – 0,3%-Punkte bewegte), springt sie im Jahresdurchschnitt 1974 um 1,4% und dann im nächsten Jahr noch einmal um 2,4% auf 5%. Erst im Gefolge davon wird eine merkliche Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit im Zusammenhang mit einer Änderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals durchgesetzt, was die Krise 1966/67 nicht auszeichnet, wohl aber die von 74/75. So schlecht geeignet verfügbare Zahlen der volkswirtschaftlichen Statistik auch für die Beurteilung einer Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals sind, so sagen vielleicht am ehesten die Anteile von Lohn und Gehältern am Umsatz etwas darüber aus. Dieser Anteil ändert sich insgesamt seit der 60er Krise recht wenig, schwankt um die 24,5%, sackt aber von 1975 auf 1976 außergewöhnlich von 24,9% auf 23,6% ab. Auch die Arbeitsproduktivität erhöht sich just 1975/76 sprunghaft, nachdem sich ihre Steigerung zwischen 1968 und 1975 eher verlangsamt hatte, was zeigt, daß die im Investitionsboom von 1971/72 getätigte Anlage von fixem Kapital hinsichtlich einer tatsächlichen Änderung der Kapitalzusammensetzung erst in der Krise gegenüber der Arbeiterklasse durchgesetzt werden konnte, wie aber auch der Investitionsboom die Voraussetzung für diese Form der Änderung war.

Die Gewerkschaften reagieren auf diese Niederlage diffus. Die ersten Beschäftigungsprogramme werden eingefordert, die Debatte um Mikroprozessoren beginnt und wird eher fatalistisch und nur maschinenbezogen geführt, gegen die Intensivierung der Arbeit und für die Verkürzung der Arbeitszeit läßt die IG-Metall im 35-Stunden-Streik die Abteilung der Stahlarbeiter isoliert vorrücken, mit dem Erfolg, daß sie sich nicht durchsetzen.

Bei aller Unsicherheit im einzelnen erscheint uns die Stimmung in den Gewerkschaften doch deutlich gewandelt. In der Gewerkschaft ÖTV sprechen nicht nur Mitglieder, sondern zuvorderst auch Hauptamtliche davon, daß die gesellschaftliche Ordnung in der BRD in den letzten Jahren gezeigt habe, daß sie nichts weiter als hundsgewöhnlicher Kapitalismus sei, in der immer die Lohnabhängigen die Krisensuppe auslöffeln sollen. Wir in den Öffentlichen Diensten seien jetzt in der Pflicht gegenüber der gesamten Gewerkschaftsbewegung, durch Abwehr der 1%-Kürzung das Tarifvertragsrecht das allgemeine Lohnniveau und die soziale Versorgung auf ihrem derzeitigen Niveau zu verteidigen. Von besonderer Bedeutung sei es da nicht, ob die Schmidt-Regierung baden ginge. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende! Die auf Zusammenschlüsse größerer Gewerkschaftsmassen gerichteten Aktivitäten wie die Kundgebungen der IGM in Baden-Württemberg gegen die Sparpolitik, die Urabstimmungsvorbereitung in der ÖTV oder die 8000 Mann starke Funktionärskonferenz der IG Bau, Steine, Erden in Verbindung mit dem auf Öffentlichkeitswirkung zielenden Auftreten dieser Gewerkschaften zeigen, daß die Gewerkschaften begonnen haben, auf ihre Weise die Auseinandersetzung politisch zuzuspitzen, statt sich nur

In der Gewerkschaft ÖTV sprechen nicht nur Mitglieder, sondern zuvorderst auch Hauptamtliche davon, daß die gesellschaftliche Ordnung in der BRD in den letzten Jahren gezeigt habe, daß sie nichts weiter als hundsgewöhnlicher Kapitalismus sei, in der immer die Lohnabhängigen die Krisensuppe auslöffeln sollen. Wir in den Öffentlichen Diensten seien jetzt in der Pflicht gegenüber der gesamten Gewerkschaftsbewegung, durch Abwehr der 1%-Kürzung das Tarifvertragsrecht das allgemeine Lohnniveau und die soziale Versorgung auf ihrem derzeitigen Niveau zu verteidigen. Von besonderer Bedeutung sei es da nicht, ob die Schmidt-Regierung baden ginge. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende! Die auf Zusammenschlüsse größerer Gewerkschaftsmassen gerichteten Aktivitäten wie die Kundgebungen der IGM in Baden-Württemberg gegen die Sparpolitik, die Urabstimmungsvorbereitung in der ÖTV oder die 8000 Mann starke Funktionärskonferenz der IG Bau, Steine, Erden in Verbindung mit dem auf Öffentlichkeitswirkung zielenden Auftreten dieser Gewerkschaften zeigen, daß die Gewerkschaften begonnen haben, auf ihre Weise die Auseinandersetzung politisch zuzuspitzen, statt sich nur

einzeln gegenüber ihren Kapitalisten zur Wehr zu setzen.

Unserem Eindruck nach haben die Gewerkschaften seit längerem begriffen, daß die Kapitalisten die seit 74 geschaffenen Voraussetzungen jetzt dazu nutzen wollen, einen Angriff auf den generellen Wert der Arbeitskraft zu führen, wobei die Regierung ihnen behilflich ist. Sie wissen, was es bedeutet, wenn der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1981/82 schreibt, daß „die Flexibilität der Lohnpolitik nicht ausreicht, des Beschäftigungsproblems Herr zu werden" und daß man deswegen eine Einschränkung der Leistungsgesetze ins Auge fassen müsse. Sie haben auch begriffen, daß die sogenannte Konsolidierung der Staatsfinanzen genau jene Einschränkungen der Reproduktion der Lohnabhängigen angeht, welche über den Staat vermittelt wird. Deswegen haben sie dagegen protestiert.

Uns erscheinen diese Anstrengungen ziemlich richtig und unterstützenswert. Statt uns in dunklen Andeutungen über möglicherweise wiedereröffnete „schrankenlose Ausbeutung von Mensch und Natur" zu ergehen und die Gewerkschaften auf die 35-Stunden-Woche zu nageln, sollten wir hier in Wort und Tat zur Seite stehen. Schrankenlos – wie denn? Hat man gehört, daß ein KZ-System der Arbeit auf die Tagesordnung gesetzt werden soll oder auch nur das Tarifvertragsrecht beseitigt? Eine generelle Verlängerung des Arbeitstages, nicht einmal um eine Stunde wie zu Erhards Zeiten, will uns auch keiner reindrücken. Sollen die – zwar nicht umwerfenden – Gesetze zum Schutze der Natur und des Menschen abgeschafft werden? Nicht daß wir davon wüßten.

Jugendkultur als Widerstand

Über Kultur, Subkultur und Gegenkultur / Von Bernhard Peters

„Ich hielt mich am Haltegriff in einem sauberen Wagen der Berliner U-Bahn und hatte das Gefühl, daß diese Fahrt eigentlich zurück in die Vergangenheit ging. Neben mir standen zwei perfekt konservierte englische Teds, die Haare vorschriftsmäßig mit Pomade zu einem ‚Entenschwanz' zurückgekämmt ... Für den englischen Betrachter wirkten sie leicht komisch und auch relativ ungefährlich, mit ihrer leichten Sonnenbräune, der makellosen Frisur und ihrem frisch gewaschenen und gebügelten Aussehen. Ich folgte einer Gruppe Punks aus dem Bahnhof; ihr Haar war orange und gelb, sie trugen mit Sicherheitsnadeln zusammengehaltene Plastikmäntel und wirkten wie ein wandelnder Elektroschock. Das einzige, was fehlte, waren die dürren Hälse und die pickelige Haut, was gewöhnlich dafür spricht, daß es sich tatsächlich um etwas Hausgemachtes handelt und um keinen Modestil. Mods, Rocker, alternde Hippies – die Straßen wirkten wie das Kaleidoskop einer gescheiterten, unterirdisch verlaufenen englischen Geschichte, einer Collage, bei der auch die Zeitabfolge völlig durcheinandergeraten war. Vielleicht noch heftiger als England wurde die Bundesrepublik schließlich von einer anderen englischen Krankheit heimgesucht: der Jugendkultur." (1)

Jugend*kultur*? Unter den verschiedenen Bedeutungen des Begriffs *Kultur* ist uns, die wir unter der Aufsicht von Kultusministern erzogen wurden und Nutznießer von *Kulturpolitik* sind, wohl diejenige am geläufigsten, bei der wir an „bedeutende Werke", vornehmlich aus der geistigen und künstlerischen Produktion, denken, und darüber hinaus die Bedeutung, die an *Kultivierung* anklingt, worunter man sowohl die charakterliche und geistige Bildung an den genannten großen Werken wie angenehme Tischsitten verstehen mag. Der Gegenbegriff dazu ist, in diesem Verständnis, die *Massenkultur*, die eigentlich gar keine Kultur ist, sondern eher das Gegenteil, ein Produkt der Unterhaltungs- und Freizeitindustrie, das nicht der Bildung, sondern bestenfalls der Zerstreuung dient, eine Kultur *für* die Massen, aber nicht *von* den Massen. Gehören die *Jugendkulturen* und *Subkulturen* zu diesen Hervorbringungen? Das zitierte Beispiel scheint dafür zu sprechen. Der Beobachter läßt den Verdacht anklingen, daß es sich um Modestile handelt und nicht „um etwas Hausgemachtes". In der Tat orientieren sich die Gruppenstile der westdeutschen Jugend seit den fünfziger Jahren an Vorbildern aus England und den USA, bei deren Übertragung Massenmedien, Unterhaltungsindustrie und andere Abteilungen der Konsumgüterindustrie eine große Rolle spielen. Welche Rolle aber spielt die Aktivität der Jugend selbst? Welche Bedeutung haben *Kultur, Jugendkultur(en), Subkultur* oder gar *Alternativ-* oder *Gegenkultur* für die

und darüber hinaus die Bedeutung, die an *Kultivierung* anklingt, worunter man sowohl die charakterliche und geistige Bildung an den genannten großen Werken wie angenehme Tischsitten verstehen mag. Der Gegenbegriff dazu ist, in diesem Verständnis, die *Massenkultur*, die eigentlich gar keine Kultur ist, sondern eher das Gegenteil, ein Produkt der Unterhaltungs- und Freizeitindustrie, das nicht der Bildung, sondern bestenfalls der Zerstreuung dient, eine Kultur *für* die Massen, aber nicht *von* den Massen. Gehören die *Jugendkulturen* und *Subkulturen* zu diesen Hervorbringungen? Das zitierte Beispiel scheint dafür zu sprechen. Der Beobachter läßt den Verdacht anklingen, daß es sich um Modestile handelt und nicht „um etwas Hausgemachtes". In der Tat orientieren sich die Gruppenstile der westdeutschen Jugend seit den fünfziger Jahren an Vorbildern aus England und den USA, bei deren Übertragung Massenmedien, Unterhaltungsindustrie und andere Abteilungen der Konsumgüterindustrie eine große Rolle spielen. Welche Rolle aber spielt die Aktivität der Jugend selbst? Welche Bedeutung haben *Kultur, Jugendkultur(en), Subkultur* oder gar *Alternativ-* oder *Gegenkultur* für die

Jugend? Übrigens, kann man überhaupt von *der* Jugend und *der* Jugendkultur sprechen, beseitigt die Lebensphase „Jugend" und das Medium „Kultur" die Klassengrenzen?

Verfolgen wir zunächst die Spur nach England. In letzter Zeit sind einige am Marxismus orientierte Untersuchungen über die englische Jugendkultur aus dem Umkreis des „Centre for Contemporary Cultural Studies" der Universität Birmingham bei uns erschienen. (2) Die Forscher dieses Instituts bedienen sich eines Kulturbegriffs, der von englischen Kulturtheoretikern und Sozialhistorikern (R. Williams, E.P. Thompson) geprägt worden ist: Kultur als *Lebensweise* einer Gruppe, mit allen Kennzeichen des materiellen und geistigen Lebens: Arbeit, Wohnen, Kleidung, Freizeitbeschäftigung, soziale Institutionen (z.B. Familie), soziale Normen, Werte, Weltbilder, alles, was „man" tut oder nicht tut, was „man" ganz selbstverständlich weiß, was einem wichtig ist, was einem als Sinn der Welt und des eigenen Lebens erscheint. (Ein solch umfassender Begriff von Kultur ist uns in einem anderen Zusammenhang ganz geläufig: nämlich der Entdeckung und Beschreibung *fremder* Kulturen, seien es „primitive" oder Hochkulturen, im Zuge der europäischen Welteroberung.) Die Konzeption der britischen Theoretiker macht aber einen wichtigen Schritt weiter: sie faßt Kultur nicht bloß als Resultat, etwa als naturwüchsigen Überbau über eine bestimmte ökonomische Basis, sondern als *soziale Praxis*, in der Menschen, die in bestimmte Produktionsverhältnisse eingebunden sind und bestimmte gesellschaftliche, kulturelle Voraussetzungen vorfinden, diese Bedingungen verarbeiten. „Kultur ist die Art, die Form, in der Gruppen das Rohmaterial ihrer sozialen und materiellen Existenz bearbeiten ... Männer und Frauen werden durch Gesellschaft, Kultur und Geschichte geformt und formen sich selbst. So bilden die bestehenden kulturellen Muster eine Art historisches Reservoir ..., das die Gruppen aufgreifen, transformieren und weiterentwickeln. Jede Gruppe macht etwas aus ihren Ausgangsbedingungen, und durch dieses ‚Machen', durch diese Praxis, wird Kultur reproduziert und vermittelt. Aber diese Praxis findet nur in dem gegebenen Feld der Möglichkeiten und Zwänge statt ..." (3)

Eine in Klassen gespaltene Gesellschaft bringt zwangsläufig eine gespaltene Kultur – oder mehrere Kulturen hervor: eine herrschende Kultur, die der herrschenden Minderheit, die aber zumindest in wesentlichen Teilen auch für die Beherrschten verbindlich ist, die sich in sozialen Institutionen (Familie, Bildungseinrichtungen) verkörpert und durch sie vermittelt wird, aber auch durch die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. Aber diese herrschende Kultur erhält unterschiedliche Ausprägungen für verschiedene Klassen und Schichten, und sie läßt Platz für eine selbständige Gestaltung der Lebensverhältnisse durch die unterdrückten Klassen, für eine Praxis des Widerstands, in der sich Elemente einer alternativen oder oppositionellen Kultur bilden können. Die Kultur der Arbeiterklasse besteht nicht in erster Linie in künstlerischen Werken, sie besteht in bestimmten Wertvorstellungen und Verhaltensweisen, die dem herrschenden Wertsystem gegenüberstehen: etwa in der Aufwertung von realer Gleichheit und Solidarität gegenüber dem bürgerlichen Utilitarismus (nach dem jeder nach seinem eigenen Vorteil zu streben hat); diese Werte einer Arbeiterklassenkultur können sich verkörpern in Gewerkschaften, Vereinen und auch in informellen solidarischen Beziehungen, etwa im Wohnviertel.

Innerhalb der Klassenkulturen können sich generationsspezifische Subkulturen bilden: Probleme, die sich aus der Klassenlage ergeben, werden dennoch von der Jugend in besonderer Weise erfahren und verarbeitet; bestimmte Probleme der Biographie, der Sozialisation und Persönlichkeitsentwicklung stellen sich zwar für alle Jugendlichen, die Lösungsmöglichkeiten sind jedoch je nach der sozialen Lage verschieden. Jugendliche Subkulturen, die stets nur eine Minderheit der Jugend erfassen, sind der Versuch, solche Schwierigkeiten zu lösen; dabei handelt es sich oft bloß um scheinhafte Lösungen, die letztlich Ohnmacht und Spaltung bestätigen; der Möglichkeit nach aber auch um Ansatzpunkte einer realen Änderung.

Geprägt sind diese Subkulturen in doppelter Weise: einmal durch die Klassenkultur, der sie entstammen (die deshalb Stammkultur genannt wird), zum anderen durch die herrschende Kultur. Diese Subkulturen bilden sich vor allem durch die Ausprägung eines bestimmten *Stils*, für dessen Konstruktion Kleidung, Körpersprache, Umgangsformen, Jargon usw. benutzt werden, oft also Gebrauchsgegenstände, die als Waren bezogen werden. Es entwickelt sich so eine doppelte Beziehung zur Freizeit- und Unterhaltungsindustrie: diese liefert das Material, versucht gleichzeitig, Stile und Moden zu produzieren; die Subkulturen verwenden dieses Material, arrangieren es neu, benutzen es, um neue Stile (Bekleidung, Tanzstile, musikalische Formen usw.) zu schaffen – die wiederum von der Industrie in der Regel aufgegriffen werden. (Die beschriebenen Vorgänge haben natürlich bestimmte ökonomische Voraussetzungen: eine bestimmte wirtschaftliche Selbständigkeit der Jugend und die Entwicklung einer Unterhaltungs- und Freizeitindustrie; im Zentrum die Entwicklung der Unterhaltungselektronik, die es ermöglicht hat, daß die Musik zum Zentrum der Jugendkultur geworden ist.)

Die englischen Untersuchungen unterscheiden scharf zwischen Subkulturen der Arbeiterklasse, die aus den Arbeiter-Stammkulturen hervorgehen, und *Gegenkulturen*, die sich in direkter Auseinandersetzung mit der herrschenden Kultur bilden, sich bewußt gegen die herrschenden Werte richten und also – auch sozial – aus dem Innern der herrschenden Kultur hervorgehen, von bürgerlichen und „Mittelschichten" getragen werden (Jugendliche aus der Arbeiterklasse werden von diesen Gegenkulturen zwar oft angezogen, spielen aber meist eine konfliktreiche Sonderrolle).

Während die Subkulturen der Arbeiterklasse reine Freizeitkulturen sind (Freitag abend bis Montag morgen), führen die Gegenkulturen oft zu neuen Lebensformen am Rande der Gesellschaft, außerhalb der etablierten Arbeitsteilung; ihre Geschichte reicht von den Beatniks und dem „underground" der sechziger Jahre über Hippies und Freaks bis zu den wieder neu entstandenen Formen der Alternativbewegung; auch die radikalen politischen Bewegungen werden den Mittelschicht-Kulturen zugerechnet. Individualität und Selbstbezogenheit seien für die Mittelschicht-Gegenkultur charakteristisch, Männlichkeitskult, Puritanismus, Kollektivismus für die Arbeiter-Subkulturen. Ein Beispiel ist die unten dargestellte Subkultur der Skinheads in dem heruntergekommenen Londoner Arbeiterviertel *East-End:* Die Skinhead-Kultur rebelliert nicht gegen die Wertvorstellungen der älteren Generation, sondern sucht sie zu übernehmen und zu erhalten: etwa die Wertschätzung der Gemeinschaft und der körperlichen Arbeit, den Gegensatz von „wir" und „die" (interpretierbar sowohl als Gegensatz zwischen „unten" und „oben" wie zwischen „innen" und „außen"); die Subkultur kann diese Werte aber nur noch in symbolischen, gewalttätigen und zudem spalterischen, da gegen andere Gruppen von Unterdrückten gerichteten, Aktivitäten verwirklichen – eine ohnmächtige Praxis, die, wie im Sommer 1981, in wilden, brutalen Aufständen explodieren kann.

Nach diesen Untersuchungen drängen sich Fragen auf: Folgt die *kulturelle Produktion*, die Entwicklung des soziokulturellen Systems bestimmten Gesetzmäßigkeiten; in welchem Verhältnis stehen diese zu den Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der ökonomischen Produktionsverhältnisse? Sind in einem Land wie in der BRD „Stammkulturen" der Arbeiterklasse ausmachbar, und sind die Subkulturen und Gegenkulturen ebenso eindeutig voneinander abgrenzbar und der Arbeiterjugend bzw. den „Mittelschichten" zuzuordnen? Welche Rolle spielen die Jugendindustrien? Vor allem: Welches Widerstandspotential enthalten Subkulturen und Gegenkulturen, welche Ansätze einer kulturellen und gesellschaftlichen Umwälzung?

(wird fortgesetzt)

---

(1) Das schreibt ein englischer Soziologe in seinem Vorwort für die deutsche Übersetzung seines Anfang der siebziger Jahre entstandenen Buches: Paul Willis, „Profane Culture", Rocker, Hippies: Subversive Stile der Jugendkultur. Frankfurt a.M. (Syndikat), 1981, DM 19,80

(2) John Clarke u.a., Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen. Frankfurt a.M. (Syndikat) 1979, DM 19,80 – Paul Willis, Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule, Frankfurt a. M. (Syndikat) 1979, DM 19,80 – Mike Brake, Soziologie der jugendlichen Subkulturen. Eine Einführung. Frankfurt a.M. (Campus) 1981, DM 20,00

(3) John Clarke u.a., a.a.O., S. 40 f.

Lebensverhältnisse durch die unterdrückten Klassen, für eine Praxis des Widerstands, in der sich Elemente einer alternativen oder oppositionellen Kultur bilden können. Die Kultur der Arbeiterklasse besteht nicht in erster Linie in künstlerischen Werken, sie besteht in bestimmten Wertvorstellungen und Verhaltensweisen, die dem herrschenden Wertsystem gegenüberstehen: etwa in der Aufwertung von realer Gleichheit und Solidarität gegenüber dem bürgerlichen Utilitarismus (nach

werden, oft als Gebrauchsgegenstände, die als Waren bezogen werden. Es entwickelt sich so eine doppelte Beziehung zur Freizeit- und Unterhaltungsindustrie: diese liefert das Material, versucht gleichzeitig, Stile und Moden zu produzieren; die Subkulturen verwenden dieses Material, arrangieren es neu, benutzen es, um neue Stile (Bekleidung, Tanzstile, musikalische Formen usw.) zu schaffen – die wiederum von der Industrie in der Regel aufgegriffen werden. (Die beschriebenen

gung; auch die radikalen politischen Bewegungen werden den Mittelschicht-Kulturen zugerechnet. Individualität und Selbstbezogenheit seien für die Mittelschicht-Gegenkultur charakteristisch, Männlichkeitskult, Puritanismus, Kollektivismus für die Arbeiter-Subkulturen. Ein Beispiel ist die unten dargestellte Subkultur der Skinheads in dem heruntergekommenen Londoner Arbeiterviertel *East-End:* Die Skinhead-Kultur rebelliert nicht gegen die Wertvorstellungen der älteren Genera-

standenen Buches: Paul Willis, „Profane Culture", Rocker, Hippies: Subversive Stile der Jugendkultur. Frankfurt a.M. (Syndikat), 1981, DM 19,80
(2) John Clarke u.a., Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen. Frankfurt a.M. (Syndikat) 1979, DM 19,80 – Paul Willis, Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule, Frankfurt a. M. (Syndikat) 1979, DM 19,80 – Mike Brake, Soziologie der jugendlichen Subkulturen. Eine Einführung. Frankfurt a.M. (Campus) 1981, DM 20,00
(3) John Clarke u.a., a.a.O., S. 40 f.

Unsere grundlegende These über die Skinheads zentriert sich um die Idee der Gemeinschaft. Wir sind der Auffassung, daß der Skinhead-Stil einen Versuch darstelle, über den „mob" (Bande) die traditionelle Arbeiter-Gemeinschaft als Ersatz für ihren tatsächlichen Niedergang wiederzubeleben. Die diesem Stil zugrundeliegende sozialstrukturelle Entwicklung ist, so gesehen, die relative Verschlechterung der Situation der Arbeiterklasse in der 2. Hälfte der 60er Jahre und vor allem die sich noch rapider verschlechternde Situation der unteren Schichten der Arbeiterklasse und der ihnen zugehörenden Jugendlichen.

John Clarke
Die Skinheads und die magische Rückgewinnung der Gemeinschaft

Jackett, die Fahrkartenkontrolleure, die Behördenvertreter und so was ..."

Aber die Skinheads fühlten sich nicht nur durch die offen sichtbare Machtstruktur unterdrückt; sie lehnten vor allem die ab, die versuchten, „weiterzukommen" und zu „bluffen",

Grundlagen in der Nachkriegszeit hat sie als eine wirkliche Quelle von Solidarität verdrängt; die Skinheads benutzten eine *Vorstellung* von der Gemeinschaft als Grundlage ihres Stils. Sie waren die „enterbten Erben", sie übernahmen eine Tradition, der die reale

ihm verbundene Gewalt eröffnet ebenso ein Ausdrucksfeld für das kollektive, männliche Selbstbild der Skinheads; dies identifiziert Männlichkeit mit physischer Härte und schließt die fehlende Bereitschaft ein, zurückzustecken, wenn es „Ärger" gibt. Die Gewalt beweist aber auch die Bedeutung, die die Mobs der kollektiven Solidarität und der wechselseitigen Hilfe in Drucksituationen beimessen. Die Betonung physischer Härte zeigte sich auch in den beiden anderen, am meisten publik gewordenen Aktivitäten der Skinheads – im „Pakis verdreschen" und „Schwule ticken". Das

John Clarke
Die Skinheads und die magische Rückgewinnung der Gemeinschaft

Unsere grundlegende These über die Skinheads zentriert sich um die Idee der Gemeinschaft. Wir sind der Auffassung, daß der Skinhead-Stil einen Versuch darstelle, über den „mob" (Bande) die traditionelle Arbeiter-Gemeinschaft als Ersatz für ihren tatsächlichen Niedergang wiederzubeleben. Die diesem Stil zugrundeliegende sozialstrukturelle Entwicklung ist, so gesehen, die relative Verschlechterung der Situation der Arbeiterklasse in der 2. Hälfte der 60er Jahre und vor allem die sich noch rapider verschlechternde Situation der unteren Schichten der Arbeiterklasse und der ihnen zugehörenden Jugendlichen.

Dies und das Gefühl der Jugendlichen, von der bestehenden „Jugendkultur" (die in der Öffentlichkeit von Musikformen und Stilen beherrscht wird, die aus dem „underground" stammen) ausgeschlossen zu sein, führte zur Rückkehr zu einem verstärkten „Wir/die"-Bewußtsein unter den Jugendlichen aus den unteren Schichten der Arbeiterklasse, dem Gefühl, ausgeschlossen zu sein und zugleich von verschiedenen Seiten angegriffen zu werden. Die Hilfsmittel, um mit diesem Gefühl des Ausgeschlossenseins zurecht zu kommen, wurden weder in den neu entstehenden noch in den bereits kommerziell vereinnahmten Elementen jugendlicher Subkulturen gefunden, sondern in solchen Vorstellungsbildern und Verhaltensmustern, die eine stärker traditionelle Form kollektiver Solidarität betonten. Material aus *The Paint House* illustriert das Gefühl der Unterdrückung:

„Überall gibt es Scheißbosse, die versuchen überall zu sagen, was du tun sollst ..., egal was du tust, wohin du gehst, immer sind sie schon da. Leute, die Macht haben, Leute, die dir sagen, was du zu tun hast, und die darauf achten, daß du es auch tust. Es ist das System, in dem wir leben, das System der Bosse. Schulen, zum Beispiel, da mußt du hingehen, stimmt doch, oder? Die Lehrer und die Schuldirektoren, sie haben die Macht. Sie sagen dir, was du tun sollst und du bist froh, wenn du da rauskommst und abhauen kannst. Die denken, weil du jung bist und weil sie dich bezahlen, daß sie dich behandeln können, wie sie wollen, und sagen können, was sie wollen. Dann gibt es noch die Gerichte ... sie sind alle Teil der Macht. Alle Offiziellen und alle Leute in Uniform. Jeder mit einer Marke am Jackett, die Fahrkartenkontrolleure, die Behördenvertreter und so was ..."

Aber die Skinheads fühlten sich nicht nur durch die offen sichtbare Machtstruktur unterdrückt; sie lehnten vor allem die ab, die versuchten, „weiterzukommen" und zu „bluffen", Leute aus der Nachbarschaft, die sich einbildeten, was Besseres zu sein; sie lehnten die Leute „auf unserem Buckel" ab:

„Alle diese Arschkriecher in der Schule, die immer alles machen, was man ihnen sagt ... das sind die, die später Bullen oder sowas werden. Ich hasse die Leute, die's immer nur gut mit einem meinen, die kommen, um „den Armen in den Slums zu helfen". Sie sind alle nett und reizend und freundlich, sie geben vor, auf deiner Seite zu sein, und indem sie sich nett mit dir unterhalten, versuchen sie, was über dich rauszukriegen, aber Sozialarbeiter und solche Leute, die sind nicht auf deiner Seite. Sie glauben zu wissen, wie du leben sollst. Sie versuchen, dich dazu zu bringen, zu tun, was sie vorschlagen, und wenn du es nicht tust, dann haben sie das Gesetz auf ihrer Seite. Mit diesem ganzen Pack gegen uns haben wir auch noch die ganzen Juden, Pakistanis, Inder und Hippies auf dem Buckel."

Das Gefühl, im Zentrum dieser Vielzahl unterdrückender und ausbeutender Kräfte zu stehen, bringt ein Bedürfnis nach Gruppensolidarität hervor, das, obwohl es grundsätzlich defensiv ist, bei den Skinheads mit einem aggressiven Inhalt gekoppelt war, dem Ausdruck von Frustration und Unzufriedenheit durch das Attackieren von Außenseitern, die als Sündenböcke dienten. Der Inhalt dieser Solidarität entwickelte sich, wie wir noch in unserer Betrachtung des Skinhead-Stils sehen werden, aus dem traditionellen Inhalt der Arbeiter-Gemeinschaft – des wichtigsten Beispiels für ein defensiv organisiertes Kollektiv. Dennoch erneuert der Skinhead-Stil diese Gemeinschaft nicht wirklich; der Verfall ihrer Grundlagen in der Nachkriegszeit hat sie als eine wirkliche Quelle von Solidarität verdrängt; die Skinheads benutzten eine *Vorstellung* von der Gemeinschaft als Grundlage ihres Stils. Sie waren die „enterbten Erben", sie übernahmen eine Tradition, der die reale soziale Basis abhanden gekommen war. Die Themen und Vorstellungen erhielten sich zwar noch, aber die Realität verfiel und verschwand zusehends. Wir sind der Auffassung, daß diese verschobene Beziehung zur traditionellen Arbeiter-Gemeinschaft die Erklärung für die übertriebene und heftige Form ist, die die Werte und Belange der Gemeinschaft im Skinhead-Stil annahmen ...

Wir wollen abschließend diese Beziehung zwischen den Skinheads und dem Selbstbild der Arbeiter-Gemeinschaft noch durch einige Grundelemente des Skinhead-Stils verdeutlichen. Ein sehr zentraler Aspekt für die Skinheads ist die Betonung territorialer Beziehungen – die „Mobs" organisierten sich auf territorialer Basis und identifizierten sich untereinander durch die Zugehörigkeit zu besonderen Wohngegenden (etwa die „Smethwick Mob" usw.). Dies zwang die Mobs zur Befestigung und Verteidigung ihres „Reviers", zur Grenzmarkierung mit Hilfe von Graffitis („Quinton Mob rules here") und zur Aufrechterhaltung dieser Grenzen gegen die Einfälle anderer Gruppen. Dieser Territorialismus besitzt, wie die Gemeinschaft, eigene lokale Bezugspunkte, um die herum die Interaktion sich abspielt – der Straßentreffpunkt, die Kneipe und das Fußballfeld. Obwohl der Fußballpaltz nicht unbedingt im Revier des Mobs liegt, schafft seine eigene Lokalidentität und die schon bestehenden, auf ihn bezogenen Aktivitäten des Viertels doch einen Bezugspunkt für die Organisation des Mobs.

Der Fußball und vor allem die mit ihm verbundene Gewalt eröffnet ebenso ein Ausdrucksfeld für das kollektive, männliche Selbstbild der Skinheads; dies identifiziert Männlichkeit mit physischer Härte und schließt die fehlende Bereitschaft ein, zurückzustecken, wenn es „Ärger" gibt. Die Gewalt beweist aber auch die Bedeutung, die die Mobs der kollektiven Solidarität und der wechselseitigen Hilfe in Drucksituationen beimessen. Die Betonung physischer Härte zeigte sich auch in den beiden anderen, am meisten publik gewordenen Aktivitäten der Skinheads – im „Pakis verdreschen" und „Schwule ticken". Das Verprügeln der Pakistanis (Paki-bashing) schloß die rituelle und aggressive Verteidigung der sozialen und kulturellen Homogenität des Viertels gegen ihre offensichtlichsten Außenseiter ein – teilweise aufgrund ihrer besonderen Erkennbarkeit (etwa als Ladenbesitzer) in den Stadtvierteln, etwa im Vergleich zu den Westindern, und auch aufgrund ihrer andersartigen Kulturmuster (etwa ihrer Weigerung, sich zu verteidigen, usw.)

„Schwule ticken" kann als Reaktion gegen die Auflösung traditionell verfügbarer Stereotypen von Männlichkeit, vor allem durch die Hippies interpretiert werden ...

Wir können diese drei miteinander verbundenen Elemente des Territorialismus, der kollektiven Solidarität und der Männlichkeit als Ausdrucksformen ansehen, in denen die Skinheads das tradierte Bild der Gemeinschaft in einer Periode wiederzubeleben versuchten, in der die Erfahrung wachsender Unterdrückung Formen wechselseitiger Hilfe und Verteidigung verlangten. Und wir können abschließend in den gegenwärtigen Stilformen der Skinheads einen Hinweis auf die „Rückgewinnung der Gemeinschaft" finden, die insofern „magisch" oder „imaginär" war, als sie ohne den materiellen und organisatorischen Unterbau einer solchen Gemeinschaft geschaffen wurde und entsprechend auch den informellen Mechanismen sozialer Kontrolle, die für solche Gemeinschaften charakteristisch sind, weniger unterworfen war.

(aus: Clarke u.a., a.a.O., S. 171 ff., gekürzt)

Von Michael Ackermann

HERMANN Komisch. Wenn ich es in der Zeitung lies, daß der Herr Lodenfrey oder weiß der Teufel wer, seiner jungen Frau zum Hochzeitstag einen BMW 635 CSI kauft hat, dann denk ich mir: mit welchem Geld? Und wenn ich weiter denk, daß ich heuer mit der Helga und die Kinder in einem österreichischen Scheißnest zwei Tage Urlaub vertan hab, weil uns auf der Fahrt nach Grado der Wagn verreckt is, und die Werkstatt ned schneller war, dann hab ich einen Haß. *Lacht.* Und dabei is mir jetzt ausnahmsweis sogar das Geld wurscht, wo die Werkstatt eh nicht teuer war, aber die Zeit, wo mir verplempern ham müssen. Und wenn ich dann denk, daß irgendwo so eine lackierte Kuh mit einem siebzigtausend Mark Schlitten durch die Gegen fahrt und unterwegs mit dem 15tausend Mark Autotelefon mit der Freundin plaudert, krieg ich einen Haß, ob ich es will oder ned.
EDGAR Weil du übertreibst.
HERMANN Des is ned übertrieben, des is untertriebn. Der wirkliche Reichtums is unkenntlich, aber da is er. Und warum geht des? Weil mir schuftn und unsere Fraun durchn Supermarkt nach die Sonderangebote tigern.
EDGAR Du bist neidisch! Das ist der blanke Neid. Drum bist du ein unglücklicher Mensch ...
HERMANN Und warum spar ich?
EDGAR Aus Dummheit.
HERMANN Shmarrn, weils ned langt, oder grad langt, mit Sparn eben.
EDGAR ... Das stimmt natürlich, was mir ham, ham mir auch bloß, weil die Emmi verdient. – Laß halt die Helga auch wieder arbeiten.
HERMANN Mit die Kinder!

•

Beifall auf offener Szene rief die vorstehende Passage im Frankfurter Schauspielhaus hervor – allerdings gespalten, ein Teil der Zuschauer saß wie geplättet auf der Bank, fühlte sich angegriffen, erwischt.

F.X. Kroetz' Stück „Nicht Fisch nicht Fleisch" ist provokant. Vor allem für die, die nicht arbeiten.

Kroetz hat sich vorgenommen, die Auswirkungen der „Neue Techniken" auf die Arbeiter zu schildern. Beispiel Druckindustrie: Einführung des Fotosatzes. Dabei verwendet er eine besondere Methode, indem er das Geschehen aus dem eigentlichen Handlungsort Betrieb herausverlagert. Er transportiert die Konflikte, die aus dem Einbruch





Franz Xaver Kroetz und sein Stück „Nicht Fisch nicht Fleisch"

oder grad langt, mit Sparn eben.
EDGAR ... Das stimmt natürlich, was mir ham, ham mir auch bloß, weil die Emmi verdient. – Laß halt die Helga auch wieder arbeiten.
HERMANN Mit die Kinder!
•
Beifall auf offener Szene rief die vorstehende Passage im Frankfurter Schauspielhaus hervor – allerdings gespalten, ein Teil der Zuschauer saß wie geplättet auf der Bank, fühlte sich angegriffen, erwischt.
F.X. Kroetz' Stück „Nicht Fisch nicht Fleisch" ist provokant. Vor allem für die, die nicht arbeiten.
Kroetz hat sich vorgenommen, die Auswirkungen der „Neuen Techniken" auf die Arbeiter zu schildern. Beispiel Druckindustrie: Einführung des Fotosatzes. Dabei verwendet er eine besondere Methode, indem er das Geschehen aus dem eigentlichen Handlungsort Betrieb herausverlagert. Er transportiert die Konflikte, die aus dem Einbruch



Franz Xaver Kroetz und sein Stück „Nicht Fisch nicht Fleisch"



Dieses Plakat kann über die Redaktion der **revolutionären volksbildung**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, bezogen werden. Es ist fünffarbig im Format DIN A 2 und kostet 3 DM plus Versand, bei Abnahme von mehr als 5 Stück inclusive Versand. Für größere Mengen, zum Beispiel zum Verkleben, können auf Anfrage Sonderpreise gemacht werden.

der „Neuen Techniken" für die Arbeiter entstehen, in die „Privatsphäre", um darüber zur Beschreibung gesellschaftlicher Konflikte zu gelangen.

•

Hermann und Edgar, beide Schriftsetzer, arbeiten in der gleichen Firma. Hermann, aktiver Gewerkschafter und „politisch", ist aus dem letzten Betrieb rausgeschmissen worden, weil er „sich eingesetzt hat". Der zitierte Dialog am Anfang scheint den beiden schon die jeweilige Rolle zugewiesen zu haben. Denn Edgar wirkt konservativ, will dem Fortschritt aus dem Wege gehen, ist mit Haut und Haar Maschinensetzer, liebt den Duden und seine Privatsphäre. „Betrieb ist Betrieb und daheim is daheim ... Drin mit den Wölfen heulen und heraußen: ein freier Mann, wehe, wenn mir einer in den Weg tritt."

Folgerichtig ist Edgar „privat" das, was man einen Frauenunterdrücker nennt. Der Mann „hat die Hosen an", das ist sein Standpunkt. Die Frau hat zu gehorchen, zu Hause zu sein, Kinder zu kriegen, den Mann zu versorgen. Sein großes Problem: seine Frau Emmi ist das genaue Gegenteil von seinem Wunschbild. Emmi, kurz davor, Filialleiterin in einem Supermarkt zu werden, will keine Kinder, verweigert ihm die „ehelichen Pflichten":
EMMI Wo ich morgen einen harten Tag habe.
EDGAR Deine Scheißfirma! Regiert mir ins Bett hinein, die Firma. Ich sollt es dir überhaupt nicht gestatten, daß du arbeiten gehst. Ist die Frau nicht mehr am Herd, läuft die Ehe schon verkehrt!

re. „Betrieb ist Betrieb und daheim is daheim ... Drin mit den Wölfen heulen und heraußen: ein freier Mann, wehe, wenn mir einer in den Weg tritt."
Folgerichtig ist Edgar „privat" das, was man einen Frauenunterdrücker nennt. Der Mann „hat die Hosen an", das ist sein Standpunkt. Die Frau hat zu gehorchen, zu Hause zu sein, Kinder zu kriegen, den Mann zu versorgen. Sein großes Problem: seine Frau Emmi ist das genaue Gegenteil von seinem Wunschbild. Emmi, kurz davor, Filialleiterin in einem Supermarkt zu werden, will keine Kinder, verweigert ihm die „ehelichen Pflichten":
EMMI Wo ich morgen einen harten Tag habe.
EDGAR Deine Scheißfirma! Regiert mir ins Bett hinein, die Firma. Ich sollt es dir überhaupt nicht gestatten, daß du arbeiten gehst. Ist die Frau nicht mehr am Herd, läuft die Ehe schon verkehrt!
Ganz umgekehrt bei Hermann und

Ganz umgekehrt bei Hermann und seiner Frau Helga, mit zwei Kindern. Sie „hausfraulicher Typ", ängstlich, daß Hermann wieder seine Arbeit verliert und mit dem Wunsch weiterer Kinder. Hermann schläft kaum noch mit ihr, „weils die Pille nicht nimmt, wie jede andere Frau", er hat Angst vor dem dritten Kind, weil dafür sein Lohn nicht mehr reicht.

•

In diese Ausgangslage platzt im Betrieb die Umstellung von Bleisatz auf Fotosatz. Für Edgar bricht eine Welt zusammen, er will sich vom Maschinensatz nicht trennen. Hermann, sehend, daß man diese Entwicklung nicht aufhalten kann, denkt sofort an die Absicherung vor Rationalisierung, Abgruppierung und Entlassung, aber sieht die Chance von Lohnerhöhung an der ADS-Maschine.

In einer Schlüsselszene – Edgar und Hermann auf dem Umschulungskursus für Fotosatz – löst Kroetz die scheinbare Gegenüberstellung vom Konservativen Edgar und fortschrittlichen Hermann auf. Edgar beschwört die Sinnentleerung der Arbeit durch die technische Entwicklung, Hermann dagegen setzt auf den Fortschritt, den die Arbeiter nur ergreifen müßten.
HERMANN Man kann alles lernen.
EDGAR Wenn es einen Fortschritt bringt.
HERMANN Bringt es, der Fotosatz ist schneller, sauberer, billiger – was du willst.
EDGAR Für die Wirtschaft, aber für mich? Die Wirtschaft gehört mir nicht und der Fortschritt auch nicht. Da kann ich mir nix kaufen dafür. In meiner alten Arbeit war ein Wohlgefühl. Jetzt bin ich degradiert zum Knöpferldrücker.
HERMANN Da müssen wir durch.
(...)
HERMANN Denk ans Geld. Ein guter ADS-Setzer kann 25 Mark in der Stund kriegen.
EDGAR Weil sie weniger Setzer brauchen mit der neuen Technik, da gebn sie die wo übrig bleiben ein bißl mehr. Aber wieviel sind arbeitslos, weil du die Arbeit, wo eigentlich ihnen gehört, mitmachst?
HERMANN Dann muß man die Verhältnisse ändern.
EDGAR Das kann man nicht.
HERMANN Das kann man schon ... Wenn der Fortschritt dem Arbeiter dient, geht es. Wenn er dem Unternehmen dient nicht.
EDGAR Der Fortschritt gehört dem Arbeiter nicht.

und der Fortschritt auch nicht. Da kann ich mir nix kaufen dafür. In meiner alten Arbeit war ein Wohlgefühl. Jetzt bin ich degradiert zum Knöpferldrücker.
HERMANN Da müssen wir durch.
(...)
HERMANN Denk ans Geld. Ein guter ADS-Setzer kann 25 Mark in der Stund kriegen.
EDGAR Weil sie weniger Setzer brauchen mit der neuen Technik, da gebn sie die wo übrig bleiben ein bißl mehr. Aber wieviel sind arbeitslos, weil du die Arbeit, wo eigentlich ihnen gehört, mitmachst?
HERMANN Dann muß man die Verhältnisse ändern.
EDGAR Das kann man nicht.
HERMANN Das kann man schon ... Wenn der Fortschritt dem Arbeiter dient, geht es. Wenn er dem Unternehmen dient nicht.
EDGAR Der Fortschritt gehört dem Arbeiter nicht.

HERMANN Dann muß er erkämpft werden ... Die Gewerkschaft sorgt dafür, daß nirgends ein einziges „Schreibfräulein" an den Bildschirm kommt.
EDGAR Warum nicht? Weil es die Gewerkschaft vielleicht durchsetzen kann. Aber der fachliche Grund? Keiner. Ich will kein Reservat haben wie die Indianer, damit ich nicht ausstirb.

Kroetz läßt das Stück auf Zuspitzung zusteuern. Edgar kündigt bei der Firma selbst, wird arbeitslos, findet keine neue Arbeit als Maschinensetzer. Zu Hause löst sich sein bisheriges Selbstbewußtsein völlig auf, fühlt er sich seiner Frau „unterlegen", weil sie jetzt „das Geld verdient", fordert sie gar auf zu kündigen, aus Solidarität mit seinem Schicksal. Nicht mehr „Herr im Haus", dreht er durch, will ins Wasser gehen.

•

Vorher erklärt Hermann Edgar zum Arbeiterfeind, weil er in einer schweren Situation im Betrieb selbst gekündigt hat, beschimpft ihn, daß er nur ein schlechtes Beispiel für seine Kollegen abgegeben habe und daß gar zu viele nicht auf ihn hören, sondern Edgars Haltung auch noch bewundern. Als er Edgar aus seiner Wohnung verweist, verurteilt seine Frau diese Haltung und schickt ihn aus dem Haus, er zieht aus.

Am Schluß des Stückes treffen Edgar und Hermann sich an einem Fluß wieder. Hermann, dem von seinen Kollegen der Hintern aufgeblasen wurde, wegen seiner „aufgeblasenen Haltung", Edgar, der sich „ersäufen" will. – Beide verzweifelt, auf ihre Weise gescheitert.

Am Ende schließlich alle vier Personen in der Küche von Helga vereint, Hermann und Edgar pudelnaß, vor heißer Suppe. Schweigen.

•

Der Schluß des Stückes schwelgt in Phantastik. Kroetz: „Ein Tableau der Zerstörten wollte ich schaffen, die schnaufen müssen, um weitergehen zu können ... Keine Floskeln mehr, Null, nichts mehr. Und zwar alle vier sind am Rande der physischen, psychischen Kraft."

Kroetz hat vier Personen geschaffen, die alle auf ihre Art und Weise sowohl fortschrittlich wie rückschrittlich sind, widersprüchlich in bezug auf die Lösung der anstehenden Konflikte. Dabei bleibt den Frauen im Stück wenig eigene Entwicklung, obwohl sie doch die ganze Zeit den Männern überlegen wirken. Hermann, der „fortschrittliche", erfaßt den Rationalisierungsprozeß in der Druckindustrie nur aus dem Gesichtsfeld des „Abwehrkampfes", der Sicherung der materiellen Bedingungen. Er ist, wenn auch nicht ausdrücklich im Stück benannt, der aktive linkssozialdemokratische Gewerkschafter, der versucht, im Alltagskampf der Arbeiterbewegung das Gleichgewicht zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse zu erhalten. Edgar, der immer zurück erscheint, springt in der Auseinandersetzung über die Technik plötzlich voraus, entwickelt das Gefühl für die Unlösbarkeit des Widerspruches, solange die Technik im Produktionsprozeß dem Kapitalisten dient, dem die Produktionsmittel gehören. Hermann sagt, man müsse kämpfen,

Der Schluß des Stückes schwelgt in Phantastik. Kroetz: „Ein Tableau der Zerstörten wollte ich schaffen, die schnaufen müssen, um weitergehen zu können ... Keine Floskeln mehr, Null, nichts mehr. Und zwar alle vier sind am Rande der physischen, psychischen Kraft."
Kroetz hat vier Personen geschaffen, die alle auf ihre Art und Weise sowohl fortschrittlich wie rückschrittlich sind, widersprüchlich in bezug auf die Lösung der anstehenden Konflikte. Dabei bleibt den Frauen im Stück wenig eigene Entwicklung, obwohl sie doch die ganze Zeit den Männern überlegen wirken. Hermann, der „fortschrittliche", erfaßt den Rationalisierungsprozeß in der Druckindustrie nur aus dem Gesichtsfeld des „Abwehrkampfes", der Sicherung der materiellen Bedingungen. Er ist, wenn auch nicht ausdrücklich im Stück benannt, der aktive linkssozialdemokratische Gewerkschafter, der versucht, im Alltagskampf der Arbeiterbewegung das Gleichgewicht zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse zu erhalten. Edgar, der immer zurück erscheint, springt in der Auseinandersetzung über die Technik plötzlich voraus, entwickelt das Gefühl für die Unlösbarkeit des Widerspruches, solange die Technik im Produktionsprozeß dem Kapitalisten dient, dem die Produktionsmittel gehören. Hermann sagt, man müsse kämpfen,

den Fortschritt für die Arbeiter sichern, nicht für die Kapitalisten. Aber er kann den Weg nicht weisen, den Widerspruch zu lösen. Denn tatsächlich kann und konnte der Entleerung der Arbeit ja auch durch den Rastertarifvertrag keine Grenze gesetzt werden. Das handwerksmäßige, die Zusammenhänge des Arbeitsprozesses wurden zerrissen, die Arbeitsgänge untergliedert, einfache Arbeit erzeugt, tatsächlich ausführbar ohne große Vorkenntnisse. Unterteilung in Arbeiter als nur noch codierende oder tippende ist heute in den großen Betrieben schon das Alltägliche.

Kroetz verweist Edgar hier auf den Platz des spürenden, dem handwerklichen Prozeß verbundenen Arbeiters, der sich der Potenzen der Arbeit beraubt, entfremdet sieht. Ein unaufhaltsamer Prozeß, wo Edgar nur noch der verzweifelte Schrei bleibt: „Ich will der Computer sein!"

•

Kroetz hat sich vor dem Schreiben des Stückes in einen Umschulungskurs begeben. Die Sprache des Stückes ist, wie man zu sagen pflegt, „aus dem Leben gegriffen". Die Typisierung der Arbeiter ist streng, aber es sind doch „wirkliche Menschen", konturscharf, die in seinem Stück handeln, bzw. in ihren Handlungen scheitern. Die Charakteristik von Edgar und Hermann, ihre Standpunkte entspringen der betrieblichen Wirklichkeit (meiner eigenen Erfahrung als Schriftsetzer nach).

Kroetz sieht aus dem beschriebenen Konflikt keinen Ausweg. Auf den Vorwurf, er weise keine Lösungen in dem Stück auf, sagt er: „Im Stück sind die Konflikte nicht gelöst, weil es keine einfachen Lösungen gibt." Er betont, der Fortschritt reiße alles nieder, nur ein Zurück könne die Menschen glücklicher machen.

Aus dieser Perspektive ist es folgerichtig, daß keine Lösung vorhanden ist. Denn die Arbeiter, ob im Stück oder der Wirklichkeit, können nicht zurück zum Gutenbergschen Setzkasten, zur Idylle – der vermeintlichen.

•

Kroetz ist im Mai 1980 aus der DKP ausgetreten. Begründet hat er dies damit, daß er mit dem „realen Sozialismus" nicht klar käme und die Rolle der SPD positiver beurteile. Diese Entscheidung hat ihre Widerspiegelung in den Stücken. In dem gleichen Band (1), in dem sich „Nicht Fisch nicht Fleisch" befindet, sind Stücke von 1973 und 1976, „Verfassungsfeinde" und „Jumbo-Track" dokumentiert. Der Vergleich lohnt sich. Es sind Stücke voll plakativer Anklage gegen Unterdrückung und Illusionen, aber ganz anders als in „Nicht Fisch nicht Fleisch", sind es der Handlung nach Hüllen, in die Parolen verpackt werden. Mit Verfremdungseffekten, die die Wirklichkeit nicht näher rücken, sondern entfernen lassen, die Kritik entschärfen statt zuzuspitzen.

Obwohl er also in „Nicht Fisch nicht Fleisch" mit der Lösung hadert, weil er den gesellschaftlichen Widerspruch nicht in seiner Ganzheit erfaßt, ist ihm die Darstellung der Konflikte gelungen, kann man entlang des Stückes über Lösungen nachdenken und diskutieren. Ähnlich in seinem 1981 verfaßten Roman „Der Mondscheinknecht" (2), in dem er sowohl die Existenzbe-

oder der Wirklichkeit, können nicht zurück zum Gutenbergschen Setzkasten, zur Idylle – der vermeintlichen.
•
Kroetz ist im Mai 1980 aus der DKP ausgetreten. Begründet hat er dies damit, daß er mit dem „realen Sozialismus" nicht klar käme und die Rolle der SPD positiver beurteile. Diese Entscheidung hat ihre Widerspiegelung in den Stücken. In dem gleichen Band (1), in dem sich „Nicht Fisch nicht Fleisch" befindet, sind Stücke von 1973 und 1976, „Verfassungsfeinde" und „Jumbo-Track" dokumentiert. Der Vergleich lohnt sich. Es sind Stücke voll plakativer Anklage gegen Unterdrückung und Illusionen, aber ganz anders als in „Nicht Fisch nicht Fleisch", sind es der Handlung nach Hüllen, in die Parolen verpackt werden. Mit Verfremdungseffekten, die die Wirklichkeit nicht näher rücken, sondern entfernen lassen, die Kritik entschärfen statt zuzuspitzen.
Obwohl er also in „Nicht Fisch nicht Fleisch" mit der Lösung hadert, weil er den gesellschaftlichen Widerspruch nicht in seiner Ganzheit erfaßt, ist ihm die Darstellung der Konflikte gelungen, kann man entlang des Stückes über Lösungen nachdenken und diskutieren. Ähnlich in seinem 1981 verfaßten Roman „Der Mondscheinknecht" (2), in dem er sowohl die Existenzbe-

dingungen eines Behinderten, aufgewachsen unter hinterwäldlerischen Bedingungen einer Bergbauernfamilie, schildert, wie das Thema der „Neuen Techniken" in der Druckindustrie erneut aufgreift.

In Frankfurt läuft das Theaterstück noch im Schauspielhaus.

(1) F.X. Kroetz: Drei Stücke, Suhrkamp, NF 94, 9 DM
(2) F.X. Kroetz: Der Mondscheinknecht, Suhrkamp, Leinen, 20 DM